

ADLER, VICTOR

Victor Adlers Aufsätze, Reden und
Briefe

Adler als Sozialhygieniker

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung
Wien
1924



books2ebooks.eu

digitalisiert an der
Universitätsbibliothek
Wien

digitised at Vienna
University Library

books2ebooks – Millions of books just a mouse click away!



European libraries are hosting millions of books from the 15th to the 20th century. All these books have now become available as eBooks – just a mouse click away. Search the online catalogue of a library from the eBooks on Demand (EOD) network and order the book as an eBook from all over the world – 24 hours a day, 7 days a week. The book will be digitised and made accessible to you as an eBook. Pay online with a credit card of your choice and build up your personal digital library!

What is an EOD eBook?

An EOD eBook is a digitised book delivered in the form of a PDF file. In the advanced version, the file contains the image of the scanned original book as well as the automatically recognised full text. Of course marks, notations and other notes in the margins present in the original volume will also appear in this file.

How to order an EOD eBook?



Wherever you see this button, you can order eBooks directly from the online catalogue of a library. Just search the catalogue and select the book you need.

A user friendly interface will guide you through the ordering process. You will receive a confirmation e-mail and you will be able to track your order at your personal tracing site.

How to buy an EOD eBook?

Once the book has been digitised and is ready for downloading you will have several payment options. The most convenient option is to use your credit card and pay via a secure transaction mode. After your payment has been received, you will be able to download the eBook.

Standard EOD eBook – How to use

You receive one single file in the form of a PDF file. You can browse, print and build up your own collection in a convenient manner.

Print

Print out the whole book or only some pages.

Browse

Use the PDF reader and enjoy browsing and zooming with your standard day-to-day-software. There is no need to install other software.

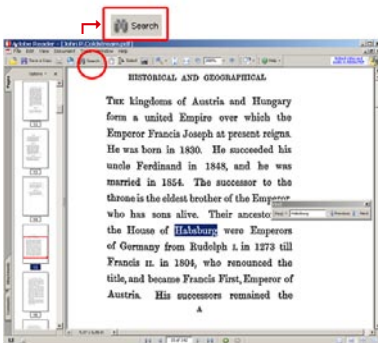
Build up your own collection

The whole book is comprised in one file. Take the book with you on your portable device and build up your personal digital library.

Advanced EOD eBook - How to use

Search & Find

Print out the whole book or only some pages.



With the in-built search feature of your PDF reader, you can browse the book for individual words or part of a word.

Use the binocular symbol in the toolbar or the keyboard shortcut (Ctrl+F) to search for a certain word. "Habsburg" is being searched for in this example. The finding is highlighted.

Copy & Paste Text



Click on the "Select Tool" in the toolbar and select all the text you want to copy within the PDF file. Then open your word processor and paste the copied text there e.g. in Microsoft Word, click on the Edit menu or use the keyboard shortcut (Ctrl+V) in order to Paste the text into your document.

Copy & Paste Images



If you want to copy and paste an image, use the "Snapshot Tool" from the toolbar menu and paste the picture into the designated programme (e.g. word processor or an image processing programme).

Terms and Conditions

With the usage of the EOD service, you accept the Terms and Conditions. EOD provides access to digitized documents strictly for personal, non-commercial purposes.

Terms and Conditions in English: <http://books2ebooks.eu/odm/html/ubw/en/agb.html>

Terms and Conditions in German: <http://books2ebooks.eu/odm/html/ubw/de/agb.html>

More eBooks

More eBooks are available at <http://books2ebooks.eu>

I

440.746

/3





VICTOR ADLER

ÜBER
ARBEITERSCHUTZ, HYGIENE
UND ALKOHOLFRAGE



Drittes Heft
der Aufsätze / Reden
und Briefe von Victor Adler

*Herausgegeben vom Parteivorstand der
Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Deutschösterreichs*

WIEN 1924

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung



Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe

Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozial-
demokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs

Drittes Heft:

Adler als Sozialhygieniker

Wien 1924

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI.

I
440.746 / 3



Monographien von E. Adler, Wien VI, Gumpendorferstraße 18.

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright 1924 by Wiener Volksbuchhandlung
Wien VI, Gumpendorferstraße 18.

Adler als Sozialhygieniker

Vorwort.

Victor Adler ist von der Medizin zum Sozialismus gekommen. Als junger Arzt hatte er hauptsächlich auf der psychiatrischen Klinik bei Professor Meynert gearbeitet, den er sein ganzes Leben lang hochschätzte. Die kurze Zeit, die er als praktischer Arzt im IX. Wiener Bezirk, in der Berggasse 19, tätig war — keine „goldene Praxis“, sondern kaum eine kupferne — brachte ihm zum Bewußtsein, welche entscheidende Rolle bei der Entstehung und Heilung vieler Krankheiten, ganz besonders der „Wiener Krankheit“, der Tuberkulose, die sozialen Verhältnisse spielen: Wohnung, Nahrung, Arbeitszeit, hygienische Vorkehrungen in den Werkstätten. Die Kunst, den einzelnen Menschen zu heilen, erweiterte sich ihm zur Frage der Heilung der sozialen Krankheit. Er wollte Gewerbeinspektor werden, um auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes in den Fabriken für die Gesundheit der Arbeiter zu wirken. Daraus wurde freilich nichts — ein Glück für die österreichische Arbeiterklasse und für den Sozialismus überhaupt — aber aus seinen Studien über die Arbeiterschutzgesetze und die Fabriksinspektion erwuchs die tiefgehende medizinische und soziale Sachkenntnis, die ihn befähigte, in allen Fragen sowohl der Gewerbeinspektion, als auch der Gewerbehygiene das Wort zu ergreifen und durch seine Sachkunde auch dem Gegner zu imponieren. Seine Kritik an der Fabrikinspektion schärfte das Gewissen der k. k. Gewerbeinspektoren und steifte ihr Rückgrad gegenüber den Unternehmern und den Sektionschefs. Jeder Anlaß, der eine Frage des Arbeiterschutzes zur öffentlichen Erörterung brachte, wurde ausgenützt, um einerseits die Arbeiter in Bewegung zu setzen, anderseits auf Regierung und Parlament zu wirken — auf ein Parlament, das die Arbeiter vom Wahlrecht ausschloß und später nur eine winzige Zahl von Arbeitervetretern zählte. Da hieß es, sich in Geduld üben und nicht locker zu

lassen und keine Mühe zu scheuen. Um zum Beispiel das Verbot des weißen, giftigen Phosphors in der Zündwarenindustrie durchzusetzen, welches Aufgebot von Kräften war dazu nötig! Adler benützte den Internationalen Kongreß für Hygiene (1887), um dort einen Vorstoß zu machen, und später, als die Sozialdemokraten im Reichsrat eine kleine Vertretung hatten, wurde immer wieder der Antrag erneuert, bis endlich die Regierung mürbe war und der Phosphorkieferbrand aus der Reihe der Gewerbekrankheiten verschwand — das Jahr 1909 mußte kommen, 22 Jahre nach dem Hygienekongreß! Die Erfolge hingen damals nicht zum Pflücken bereit auf den Bäumen, es mußte erst viel Unkraut gejätet, gepflanzt und gearbeitet werden, in mühseliger Kleinarbeit, und spät und kärglich reiften die Errungenschaften mit dem Wachsen der sozialdemokratischen Partei, der Schaffung der Gewerkschaften und dem Erringen und Durchsetzen der politischen Rechte.

Neben dem Arbeiterschutz in den Betrieben waren alle Fragen, die mit der Volksgesundheit überhaupt in Zusammenhang standen, für Adler ein Gegenstand größten Interesses. Stets war er auf beides bedacht: die Arbeiter an einer aktuellen Tagesfrage, die ihre Interessen berührte, zu packen, aufzurütteln, „mit dem Bewußtsein ihrer Lage zu erfüllen“, agitatorisch zu wirken — und die öffentliche Meinung zu beeinflussen und so die Behörden, die Regierung, die Gesetzgebung vorwärtszutreiben. Als es im Jahre 1893 in Wien eine kleine Choleraepidemie gab und die Behörden an die Einsicht der Bevölkerung appellierten, hygienische Verhaltensmaßregeln herausgaben, benützte Adler dies, um die soziale Seite der Epidemien zu zeigen, das „Minimum an Wohnung und Nahrung“ zu verlangen, das für die Hebung der Widerstandsfähigkeit des Volkes notwendig ist. Gegen die Tuberkulose, die jahraus, jahrein mehr Opfer fordert als die Cholera in Jahrzehnten, führte Adler ebenso einen unermüdlichen Kampf und geißelte die Halbheiten der bürgerlichen Tuberkulosebekämpfung. Mit zäher Geduld drängte er auf die Beschlußfassung eines Epidemiegesetzes, das zuerst beim Finanzministerium, dann bei den Vertretungen der Kronländer verbissenen Widerstand fand, schließlich aber doch im Reichsrat zur Annahme gelangte. Während des Weltkrieges hat

Adler, wovon allerdings keine Rede und kein Zeitungsartikel Kunde gibt, an den Vorkehrungen gegen die Verbreitung der Tuberkulose unermüdlich mitgearbeitet.

Die reine Liebe Adlers zum arbeitenden Volk hat ihn geheißen, furchtlos nicht bloß der herrschenden Klasse entgegenzutreten, sondern auch, was oft noch viel schwerer ist, den „Lastern der Unterdrückten“. So hat er den Kampf gegen den Alkohol aufgenommen, und seine Rede auf dem österreichischen Gewerkschaftskongreß im Jahre 1907 über „Alkoholismus und Gewerkschaft“ ist eine Ruhmestat von dauerndem Wert. Er hat da bittere Wahrheiten gesagt, und kein anderer als er hätte sie aussprechen können, ohne heftigen Widerspruch auszulösen. Auch bei den jungen Arbeitern hat er für die Alkoholabstinenz gesprochen und keine Gelegenheit außer acht gelassen, um seine Überzeugung auszusprechen, daß der kämpfende Arbeiter, der Sozialdemokrat, die Pflicht hat, sein kostbarstes Werkzeug, das Gehirn und das Nervensystem, vor dem Alkohol, vor dem Schnaps-, Wein- und Biergift zu bewahren. Er selbst trank noch in den ersten Neunzigerjahren gelegentlich, besonders am Abend vor dem Schlafengehen, schweres Bier, um einzuschlafen, und manchmal vor einer Rede ein Gläschen Kognak, weil er glaubte, seinen leichten Sprachfehler dadurch günstig zu beeinflussen. Er war damals auch noch ein Gegner der Abstinenz, die er für etwas Sektiererisches und Asketisches hielt. Als ich das erstemal abends bei ihm war und er mir einen Artikel diktieren wollte, schenkte er sich und auch mir ein Glas Bier ein, und als ich ablehnte, sagte er:

— Haben Sie einen Tripper?

= Nein, aber ich bin Abstinent!

— Also Tripper im Hirn?

Aber nach kurzer Zeit war er selbst Totalabstinent, und zwar weil er erkannte, daß man den anderen ein Beispiel geben muß. Nicht die Sorge um den eigenen Leib hat ihn zur Abstinenz gebracht, sondern die Beobachtungen, die er in der Arbeiterklasse gemacht hat. „Mich haben nicht die Professoren zum Abstinenten gemacht, sondern nur jene Genossen, die mir Kummer gemacht haben und der Partei Schande“ Aber es ist kein Zweifel, und er hat es selbst erkannt, daß die

Abstinenz ihn selbst ebenfalls fähig gemacht hat, all die Arbeit zu leisten, die sein Leben ausgefüllt hat

So hat Victor Adler auf allen Gebieten der Fürsorge für die Arbeiter, für die Gesundheit des arbeitenden Volkes und die körperliche, geistige und moralische Gesundung des einzelnen und der Masse ebenso seinen Mann gestellt, wie im Gerichtssaal und auf politischem Boden. Die Reden und Aufsätze in diesem Band sind der lebendige Beweis dafür, wie für die Vielseitigkeit dieses glänzenden Geistes.

Wien, im Juni 1924.

Dr. Michael Schacherl.

Nieder mit der Gemüthlichkeit!

I.

Adler über die Alkoholfrage.

Nieder mit der Gemütlichkeit!

Bekanntlich ist der Alkohol zu allen Dingen gut. Er regt an, er beruhigt, er macht kräftig zur Arbeit, er läßt die überspannten Nerven abklingen; er macht tapfer und schneidig, er macht umgänglich und gemütlich, kurz, der Alkohol ist unentbehrlich für das Wachen, für das Schlafen, er ist der Freund des Menschen bei Tag und Nacht.

Dieses Vorurteil zu brechen ist schwer. Dem Arbeiter aus seiner eigenen Praxis zu beweisen, was das wissenschaftliche Experiment längst bewiesen hat, daß der Alkohol seine Arbeitsfähigkeit nicht erhöht, sondern vermindert, scheitert oft daran, daß die Versuche meist zu kurz, ganz unkontrolliert und vor allem keineswegs objektiv gemacht werden. Aber daß der Arbeiter das Stück seines Lebens, das er dem Ausbeuter verkaufen muß, durch Alkohol verwüstet oder wenigstens minderwertig macht, ist noch das geringere Übel. Schlimmer ist, daß er durch den Alkohol den Wert der wenigen Stunden herabsetzt, die ihm selbst gehören. Die kurze Zeit der Muße, die paar Stunden des Feierabends sind es, wo er erst Mensch ist. Sie allein gehören seinem eigenen Selbst, seiner Familie, seiner Klasse. Das ist die einzige Zeit, die er seiner Belehrung, seiner Erholung, der gewerkschaftlichen Organisation, dem politischen Kampf widmen kann. Die Hoffnung auf die Zukunft der Arbeiterklasse beruht auf der Revolutionierung der Gehirne. Darum ist ihr größter Feind, wer diese Gehirne verdirbt, wer sie schwächt in ihrer Funktionsfähigkeit. Das aber tut der Alkohol.

Freilich sagen sie: „Ohne Bier keine Gemütlichkeit!“ Nun wage ich zu sagen: Die Arbeiterschaft hat keinen größeren Feind als diese verdammte Gemütlichkeit! Ich hasse sie, diese Schlaffheit mit kurzatmigen Aufregungen, diese spießerhafte Simpelei, deren letzte Steigerung das letzte Wort des gemütlichen Wienertums ist: „Verkaufte mei G'wand, i bin im Himmel!“ Der grundlose Optimismus, wechselnd mit zu Exzessen neigender Aufgeregtheit, das ist die Stimmung.

die durch den Alkohol befördert wird und die niemand so gefährlich ist als den Österreichern, die ohnehin erblich belastet sind mit gemeingefährlicher Duselei.

Wir wollen nicht gemütlich sein, sondern unsere ganze Arbeit will, daß die Arbeiter ungemütlich werden. Wir wollen uns nichts verhüllen, sondern klar sehen, wollen uns arbeitsfähiger, tüchtiger machen, und wenn der Frondienst für die anderen alkoholisierte Gehirne verwenden kann, die Arbeit an der Befreiung der Arbeiterklasse bedarf klarsehender, kaltblütiger Menschen, bedarf gesunder Gehirne.

Wer wird dem Müden nicht Erholung gönnen, und fern von uns sei es, als griesgrämige Spielverderber auftreten zu wollen. Aber darüber darf nicht vergessen werden, daß wir das Leben des Proletariats erheben wollen und müssen, daß die Zeit seiner Muße zugleich die einzige Zeit für seine Befreiungsarbeit ist. Kein Wort Lassalles wird öfter zitiert als das, das er im „Arbeiterprogramm“ aussprach: „Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut werden soll“, aber viel seltener denken wir an die Worte, die er diesem Satz vorausschickt:

„Die hohe, weltgeschichtliche Ehre der Bestimmung der Arbeiterklasse muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinns der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf dem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll!“

Aus einer tiefen Empfindung für die Ehre, für die Würde der Arbeiterbewegung, schöpft der proletarische Kampf gegen den Alkohol seine beste Kraft.

(„Der Abstinenz“, Mainummers 1902. Wien.)

Arbeiterbewegung und Alkoholfrage.

In einer vom Verein der Abstinenzten einberufenen Volksversammlung am 23. Mai 1901 sprach nach Dr. Wlassak, der über den Antialkoholkongreß Bericht erstattete,

Dr. Adler: Er sagte unter anderem: Wir haben gelernt, daß der Alkoholismus eine Krankheitsform des Kapitalismus ist, die nur mit dem Kapitalismus verschwinden wird; richtig ist das aber nicht. Ebensogut könnten wir sagen, daß es unsinnig ist, die Unwissenheit, die ja gewiß nur eine Erscheinungsform der

kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, ausrotten zu wollen, da sie nur mit dem Kapitalismus verschwinden kann. Wahr ist, daß die Schäden des Alkohols durch den Kapitalismus begünstigt werden. Zum Dank dafür begünstigt der Alkoholismus den Kapitalismus, indem er das Volk über seine eigene Lage täuscht. Gestehen wir uns es offen: Wenn nicht mehr Schnaps und Bier getrunken würde als nötig ist, sich über den Hunger hinwegzutäuschen, würde der Finanzminister ein erheblich schlechteres Geschäft machen. (Heiterkeit.) Man sagt oft, die Leute haben kein Geld, Zeitungen und Broschüren zu kaufen. Brutal, wie ich war, bin und sein werde (Heiterkeit), erwidere ich: „Trinkt um ein Krügel Bier weniger und ihr könnt Broschüren genug kaufen!“ Unsere Bestrebungen laufen nicht auf Entsagung hinaus, wir wünschen vielmehr, daß alle Menschen alles genießen können, was genießenswert ist. Der Alkohol vermehrt aber nicht die Summe unserer Lebensgenüsse, sondern vermindert sie. (Beifall.) Macht es nicht mehr Freude, ein gutes Buch zu lesen oder mit vernünftigen Genossen über vernünftige Dinge zu reden? Um wieviel präziser, energischer würde unsere politische Arbeit verrichtet werden, wenn der Umstand, daß schon manche hoffnungsvolle Parteigenossen dem Alkohol verfielen, nicht wie ein Schwergewicht auf sie gedrückt hätte! Nicht nur Hygiene und Vernunft, sondern auch das Interesse der sozialen Bewegung, der wir dienen, verlangt von uns, daß wir mit aller Kraft den Alkoholismus bekämpfen — bei uns und bei den anderen. (Stürmischer Beifall.)

(„Arbeiter-Zeitung“ Nr. 143 vom 26. Mai 1901.)

Der Antialkoholkongreß und die Arbeiterschaft.

Am 6. Oktober 1902 sprach Professor Forel, der Schweizer Vorkämpfer der Abstinenzbewegung, in einer Versammlung des Abstinenzvereins im Favoritner Arbeiterheim über die Organisation des Kampfes gegen den Alkohol. In der Debatte sprach nach zwei Rednern

Dr. Adler: Ich erinnere an den Enthusiasmus, den der Antialkoholkongreß in Wien bei der Regierung, beim Landes-

ausschuß, bei Landtagsabgeordneten und bei der Gemeinde fand. Alles, was an Behörden und Autorität hier in Wien ist, war förmlich betrunken von der Begeisterung gegen den Alkohol. (Heiterkeit.) Von dieser offiziellen Begeisterung, die damals zu Ehren des Auslandes zu sehen war, ist heute keine Spur mehr vorhanden. Einen bleibenden Eindruck hat der Kongreß bloß in der Arbeiterschaft und bis zu einem gewissen Grade auch in der Intelligenz zurückgelassen. Hier lebt die Abstinenz, und sie ist nicht mehr auszurotten. Wir haben uns für die Abstinenz das Bürgerrecht erkämpft. (Beifall.) Wenn Professor Forel sagt, er sei kein Politiker, so weiß die Arbeiterschaft, daß seine Arbeit eine Arbeit für die Arbeiterklasse ist. (Lebhafter Beifall.)

(„Arbeiter-Zeitung“ Nr. 277 vom 8. Oktober 1902.)

Jugend und Alkohol.

Rede, gehalten in der Versammlung des Vereines jugendlicher Arbeiter
am 6. Jänner 1903.

Vor allem müssen Sie einen Gedanken festhalten, damit Sie uns, die wir zu Ihnen kommen, um Ihnen „Sonntagspredigten“ gegen den Alkohol zu halten, nicht mißverstehen:

Wir wollen Ihnen nicht etwas wegnehmen, was gut ist, wir wollen Sie nicht eines Genusses berauben, der wert ist, genossen zu werden. Wir wollen nicht, daß Sie auf etwas verzichten, was wertvoll ist und Freude macht. Wir wollen durchaus nicht Ihre Freude am Leben verringern, wir wollen im Gegenteil, daß Sie mehr genießen, als Sie bisher genossen haben; daß Sie mehr genießen sollen, dem gilt unsere ganze Arbeit, nicht nur in der Alkoholfrage, sondern in der viel weiteren, in der sozialen Frage. Dazu führen nun mehrere Wege. Es gibt ja eigentlich überhaupt nur eine Freude — das können Sie zwar noch nicht wissen, aber wenn Sie alt werden, da werden Sie es schon merken. Seine Organe zu gebrauchen, seine eigene Kraft zu gebrauchen, das ist die einzige Freude, die es überhaupt gibt. Man könnte es auch so ausdrücken: Die einzige Freude, die es gibt, ist die Freude an eigener Arbeit. Man kann sich freilich freuen über das schöne Bild, das man gesehen hat. Um aber ein Bild zu sehen, um es schön zu sehen, dazu braucht

es Arbeit. Ich brauche vor allem ein gutes Auge, ich muß aber auch die Fähigkeit haben, dieses Auge zu gebrauchen, ich muß geübt sein, ein Bild zu sehen. Warum ist es denn so, daß eine schöne Sache nicht für alle gleich schön ist? Ich mache Ihnen natürlich keinen Vorwurf daraus — aber wenn ich ein paar von den jüngsten unter Ihnen vor schöne Bilder führen würde, da würden so manche finden, daß da eigentlich nichts Schönes daran sei, weil eben Ihr Auge noch nicht darauf eingerichtet ist, das Auge ist noch nicht geübt genug, um die Schönheiten zu erkennen.

Was immer für eine Freude Sie haben werden, immer ist diese Freude abhängig von Ihrer eigenen Gesundheit, von Ihrer eigenen Leistungsfähigkeit und von Ihrer eigenen Arbeit, eine andere Freude gibt es nicht, und wenn ich genießen soll und die Freude von mir abhängt, da müssen meine Organe in der Verfassung sein, daß ich überhaupt genießen kann. Was tut aber der Alkohol? Der Alkohol setzt Ihre Fähigkeiten zu genießen herunter. Wenn Sie zum erstenmal versuchen, Alkohol zu trinken, so werden Sie vor allem ausspucken — auch der Suff muß erlernt sein. Weder zur Tugend noch zum Laster kommt man ohne Lernen! Schmecken wird es Ihnen anfangs also nicht, aber es kann kommen, daß es Ihnen später schmeckt.

Ich hoffe, daß viele von Ihnen überhaupt noch nicht getrunken haben, aber auch diejenigen von Ihnen, die selbst noch gar nichts getrunken haben, leiden heute schon vielfach durch den Alkohol, sie leiden nämlich durch den Alkohol, den die anderen trinken. Sie leiden darunter, daß diejenigen, die mit Ihnen verkehren, trinken, die Ihre Vorgesetzten, Ihre Meister, Ihre Aufseher, Ihre Antreiber, Ihre Ausbeuter sind und sehr häufig, — ich will niemand einzelnen anklagen, aber uns Alte alle zusammen — unter dem Alkohol, den Ihre Eltern getrunken haben. Sie leiden unter dem Alkohol, den derjenige Mann, der Gewalt über Sie hat, trinkt, denn die meisten von Ihnen sind ja von früh bis abend — und einen großen Teil der Nacht — schutzlos einem Manne, einem Erwachsenen preisgegeben mit Haut und Haaren — besonders mit den Haaren — und Sie wissen, daß dieser Mann nicht immer derselbe ist. Er ist manchmal ein Mensch, der vernünftig handelt, der ungefähr

so antwortet, wie man von ihm erwartet, mitunter ist er aber ein Mensch, der ganz anders anwortet, als man von ihm erwartet, er antwortet auf die ruhigste Frage mit einer ungeheuren Erregung und Sie sind ihm das nächstliegende Opfer dieser Erregung.

Nun werden Sie mich fragen, warum wir da nicht zu jenen anderen gehen und ihnen sagen, sie sollen nicht trinken. Wie Sie wissen, tun wir ja auch das, aber Sie haben es viel leichter, gar nicht anzufangen, viel leichter, als es die anderen haben, damit aufzuhören, und zweitens ist es für Sie viel wichtiger, nicht zu trinken, als für den anderen, der sein halbes Leben ohnehin schon hinter sich hat. Sie alle, wie Sie da sitzen, sind für uns viel wichtigere Menschen als die anderen, darum fangen wir bei Euch an und darum sagen wir, Ihr sollt gar nicht anfangen zu trinken. Gerade für Euch ist es schwer, uns zu folgen. Es ist schwer für Euch, weil es Euch erstens als ein Genuß hingestellt wird, sich einmal am Sonntag auszutoben. Ich sage nicht, daß die Welt, die heute herrscht, den Rausch aus Bosheit und Berechnung in das Volk hineingetragen hat, aber daß es eines der Zwangsmittel ist, Euch zu unterdrücken und niederzuhalten, die Arbeiter nicht aufkommen zu lassen, das ist sicher. Euch wird gepredigt: glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist! Ihr sollt am Sonntag eine Stunde haben, wo Ihr glücklich seid, wo Ihr vergeßt, was nicht zu ändern ist, vergesst das, was Ihr am liebsten ändern möchtet. Ihr möchtet ja auch unter anderen Verhältnissen leben, Ihr möchtet nicht mehr arbeiten, als Euch gesund ist, nicht abhängig sein von der Roheit oder Trunkenheit eines anderen, Ihr möchtet mit Liebe behandelt werden. Es gibt Kinder unter Euch, denen gar nichts abgeht, weil sie nicht wissen, wie gut es in der Welt sein kann, aber den meisten von Euch fehlt etwas, und da man Euch nicht anders helfen will, was gibt es Besseres, als daß man Euch sagt: „Glücklich ist, wer vergißt... trinkt ein paar Glas, dann erscheint Euch die Welt schön; es ist am besten, Ihr vergeßt Euren Kummer.“

Das ist aber gerade das, was wir nicht wollen. Wir wollen nicht, daß Ihr die Augen schließt vor dem, was ist, wir wollen absolut nicht, daß Ihr das Auge auch nur abwendet von dem,

was ist. Wir wollen Euch nicht der Freude berauben, im Gegenteil: freudige und frohe Stunden, die Ihr Euch dadurch erwerbet, daß Ihr die Augen offen haltet, daß Ihr die Schönheit der Welt genießt, solche frohe Stunden sollt Ihr soviel als möglich haben. Aber ein Glück, das Ihr nur dadurch erwerbt, daß Ihr die Augen schließt vor der Wirklichkeit dieses Scheinglück, das nur diejenigen so nennen können, die einen Vorteil davon haben, daß Ihr die Augen nicht aufmacht, dieses Scheinglück wollen wir für Euch nicht. Wir wollen nicht, daß Ihr vergeßt, darum wollen wir nicht, daß Ihr trinkt. Dann: Ihr seht, daß die anderen trinken, und man verhöhnt ja den Buben, der nicht mittrinkt: Was ist das für ein Bub! „Die Gehilfen, die gehen ins Wirtshaus und ich soll nicht mitgehen! Das heißt doch, daß ich mich selber degradire, ich will aber doch so viel sein wie der andere.“ Es gilt als ein Zeichen der Mannbarkeit, zu trinken, und die jungen Leute drängen sich also auch aus diesem Grunde zum Alkohol, sie können es oft gar nicht erwarten. Die anderen, die Erwachsenen aber, die sündigen an Euch sehr oft dadurch, daß sie in ihrer unverantwortlichen Dummheit durch Spott und direkte Aufforderung Euch dazu verführen! Sie schleppen Euch mit in die Wirtshäuser, und so mancher, der unter der Woche den Buben genug gebeutelt hat, am Sonntag „da wichst er ihm was auf“. Das ist eine der größten Sünden, die an Euch begangen werden. Es ist ja sehr schwer, wenn man ein Bub ist und Ehre im Leib hat, da nicht mitzugehen, das weiß ich schon, daß man dem nicht leicht Widerstand leistet.

Aber ich will Euch was sagen: Wir wollen Euch nicht zur Unbescheidenheit erziehen. — die älteren Leute wissen manches besser als Ihr, aber das mit dem Saufen, das könnt gerade Ihr besser wissen. Eine Anzahl vernünftiger junger Leute muß gegen die dumme Mode zu saufen sich zusammentun und sagen: „Just trinken wir nicht! Wir haben noch keinen Vorteil davon gesehen, wir nützen damit weder uns noch anderen, wir trinken nicht und bleiben vernünftig!“ Nur auf diese Weise könnt Ihr es machen! Selbstverständlich, wenn jetzt ein Gesetz erscheinen würde, durch das den Kindern bis zu 16 Jahren der Alkoholgenuß

untersagt würde, wenn man die löblichen Genossenschaftsvorstände und die Meister dafür verantwortlich machen würde, daß Ihr keinen Alkohol zu Euch nehmt, und diese Euch verbieten würden zu trinken, dann würden aus vielen von Euch Säufer werden, weit mehr als heute. Von obenher, mittels eines Verbotes, mittels Zwanges geht es nicht, es geht nur aus Eurem eigenen Entschluß, und es geht, wenn Ihr Euch an das erinnert, was Ihr dabei gewinnt. Wenn — und darauf beruht ja unsere ganze Hoffnung — wenn wirklich eine Generation heranwachsen soll, die für den Kampf mit dem Elend, mit der Unterdrückung anders gewappnet sein soll, als die heutige Generation, dann müssen diese jungen Leute trotz der mißlichen Verhältnisse, unter denen sie aufwachsen, trotz ihrer schlechten Umgebung und schlechten Ernährung ihr bißchen Kraft zusammenhalten.

Man sagt Euch, sparsam sollt Ihr sein. Ich halte vom Sparen nicht viel — vielleicht hat einer oder der andere von Euch ein Postsparkassenbüchel; ich meine nicht, daß er das Geld gleich herausnehmen soll — ich will nur sagen: Das, was Ihr in der Sparkasse habt, wird Euch nicht retten, sparen sollt Ihr, aber mit dem einzigen, was wertvoll ist, das seid Ihr selbst. Spart mit Eurem Gehirn, sparet mit Eurer Nervenkraft, sparet mit Eurer Arbeitskraft, und gerade mit dieser, die von Euch ausgepumpt wird und von der so viel verwendet wird für fremde Zwecke, mit dem Rest, über den Ihr selbst verfügen könnt, mit dem sollt Ihr sparsam umgehen, den sollt Ihr nicht vergeuden, einfach folgend einem Schlagwort, einer üblen Gewohnheit, die ja gar nicht einmal Eure ist, denn Ihr seid ja keine Säufer. Ihr sollt Euch also nicht — mitunter unter großen Mühen — erst schlechte Gewohnheiten aneignen, bloß weil es die anderen tun. Da sag' ich Euch: Nein, spart mit Eurer Arbeitskraft, verschafft Euch die Möglichkeit zu lernen, sucht nicht nur die Wissenschaften zu erwerben, die Euch zugänglich gemacht werden, sondern lernt vor allem jenes Wissen zu erreichen, das Ihr als Arbeiter am ehesten braucht. Ihr sollt Euch eine klare Einsicht in Eure Lage verschaffen. Ihr sollt wissen, daß Ihr nicht vereinzelt seid und daß alles anders werden kann, wenn Ihr Eure ganze Kraft zusammennehmt, um den Druck, der auf Euch

lastet, zu brechen. Wollt Ihr das aber, dann müßt Ihr manches auf Euch nehmen, Ihr müßt auch auf Euch nehmen, verspottet zu werden. Man wird Euch kaum verfolgen, wenn Ihr nicht trinkt; aber ich will Euch die Welt gar nicht besser malen, als sie ist, es kann schon kommen, daß es heißt: „Die Burschen, die nicht trinken, denen soll man nicht trauen, das sind am Ende gar angehende Sozialdemokraten!“ Aber so weit sind wir doch, daß Ihr diesen Verdacht ruhig auf Euch sitzen lassen könnt! Ich erinnere mich gerade, daß vor einem Jahre im Landtag die Rede von den jugendlichen Arbeitern war; da hat der Abgeordnete Geßmann gesagt, daß ja eigentlich die ganze Bewegung der jugendlichen Arbeiter eine systematische Korruption für sozialdemokratische Parteizwecke sei, daß wir Euch in die Wirtschaftshäuser führen und zum Saufen anlernen. Die Leute waren ganz erstaunt, als ich ihnen sagte, daß ein großer Teil der organisierten jugendlichen Arbeiter abstinenter ist — leider konnte ich nicht sagen alle, ich hoffe aber, in ein paar Jahren werde ich es sagen können. Die Leute haben das gar nicht glauben wollen, und es ist dies ganz begreiflich, weil die ganze Welt, in der diese Kleinbürger leben — von Strobach rechts, links, auf- und abwärts — von einer alkoholgeschwängerten Luft erfüllt ist.

Sie müssen erkennen, daß, indem Sie sich von Jugend an mit einer großen Sache beschäftigen, als Arbeiter fühlen, und nicht nur als unterdrückte Arbeiter, sondern als solche, die etwas wollen und die in einer kämpfenden Armee drin stehen — daß das allein schon Ihr Leben schwerer machen wird. Das dürfen Sie sich nicht verhehlen. Wer schwächlich ist, der soll von uns wegbleiben! Abstinenter sein, heißt tatsächlich einen gewissen Kraftaufwand leisten, ein Stück Überzeugung verfechten und ein Stück Überzeugung festhalten. Wenn der Alkohol gar keine so schlechte Sache wäre wie er ist, so wäre das schon eine sehr gute Übung für Euch, eine vernünftige Sache mit Eurer eigenen Person zu vertreten und nicht zu trinken, obwohl es die anderen so haben wollen.

Ich komme wiederum auf die Schwierigkeiten zurück, nicht zu trinken. Unsere ganze Literatur, unsere Sprichwörter, alles ist von Alkohol durchzogen. Da sagt man Euch: Wer niemals einen Rausch gehabt, der ist kein braver Mann. Es gibt Leute, die sehr viele Räusche gehabt haben, darum aber noch lange keine braven Leute sind. Und ich meine, daß man die Bravheit noch anders beweisen kann als durch einen Rausch. Das Sprichwort leitet sich offenbar daher, daß man sagt: Im Wein liegt die Wahrheit, und die Leute lügen sonst immer, nur wenn sie einen Rausch haben, sagen sie die Wahrheit. Wir sind aber Leute, die sich erlauben die Wahrheit zu sagen, auch wenn wir nicht besoffen sind, unsere Wahrheiten haben es nicht notwendig, im Rausch geboren und im Rausch aufgefaßt zu werden, wir wollen nüchterne Wahrheiten sagen und wollen, daß Ihr sie nüchtern aufnehmet.

Wir Sozialdemokraten, die zugleich abstinent sind, sind uns vollständig bewußt, daß wir, indem wir so zu Euch reden, euch persönlich eine Last auferlegen, eine Arbeit auferlegen, zu der ein jeder von Euch ein gewisses Schwung braucht. Der kleinste Bub, der da sitzt, der nicht trinken will, der muß sich einen Schwung geben, um der Verführung zu widerstehen. Aber gerade weil wir dies wissen, darum verlangen wir es, weil wir Euch nicht für Leute halten, denen man das Leben leicht machen soll; wir wollen Euch kräftig haben und wollen Euch nicht erziehen zum Ja sagen, sondern zum Neinsagen.

Es ist notwendig, daß Euch statt des Alkohols etwas anderes geboten wird. Eure Mittel sind zwar sehr klein, trotzdem ist Euch vieles an Vorträgen, an Konzerten, an Theater, an gemeinsamen Spaziergängen zugänglich, so daß Ihr den Alkohol als Bindemittel für Eure Gemeinschaften nicht braucht. Heute dient der Alkohol für sehr viele als ein Bindemittel, besonders die Studentenschaft hat viele Vereine, Klubs, Verbindungen und dergleichen, die ausschließlich durch das Saufen zusammengehalten werden. Es ist eine mit Bier gekittete Freundschaft, die die Leute zusammenhält, und ich stehe nicht an, zu sagen: Ein großer Teil der Verblödung unseres Bürgertums, der Versklavung unserer Bürokratie,

der ganzen Korruption unserer bürgerlichen Gesellschaft hängt ganz bestimmt mit diesen alkoholdurchseuchten Studentenjahren zusammen! Die Studentenschaft als Klasse, und besonders diejenige Schicht derselben, die mit dem Alkohol in so naher Berührung stehen, die sehen auf die Arbeiter herunter; da gibt es einen Wettkampf, bei dem es heißt: „Wer am meisten saufen kann ist König.“ Nun, der König ist meistens danach! Diesem Vorurteil für den Alkohol, das von den Studenten in die Spießerkreise gedungen ist, leistet Ihr Widerstand nicht dadurch, daß Ihr von früh bis abend predigt, sondern indem Ihr selbst nicht trinkt und dem Buben neben Euch, der Euch deshalb frozzelt, sagt: „Der dumme Kerl, der bist Du; Du schadest dir, wenn Du trinkst. Ich mache meinem Meister nicht alles nach, am wenigsten das Saufen.“

Das ist genug für Euch. Wenn Ihr dadurch das Bewußtsein bekommt, einer Klasse anzugehören, die auf sich schauen muß, weil sie ein großes Werk zu vollbringen hat, wenn Ihr dadurch noch mehr als bisher das Bewußtsein bekommt, daß Ihr Eure Kraft und Fähigkeiten für die künftigen Kämpfe aufheben müßt, dann wird Euch Eure Abstinenz sehr viel Genuß und sehr viel innere Freude machen. Ihr werdet aber auch persönlich leistungsfähiger, genußfähiger. Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung Ihnen sagen, ich entbehre dadurch gar nichts, daß ich nicht trinke, im Gegenteil, eine ganze Reihe von Genüssen ist mir heute zugänglicher als früher. Meine Organe sind frischer, meine Nerven sind besser. Ich bin arbeitsfähiger und in Zeiten, wo ich außergewöhnlich viel zu leisten habe, fühle ich mich widerstandsfähiger als früher. Das müßt Ihr glauben und nicht erst ausprobieren, ob es bei Euch auch so ist.

Aber nicht nur Ihretwegen, sondern unser aller wegen müssen Sie Abstanten werden. Sie sind mit einer großen Aufgabe belastet: auf den kleinsten Buben, der hier sitzt, ist unser Blick gerichtet, weil wir von ihm etwas hoffen, etwas erwarten; von Euch kleinen Jungen erwarten wir, daß Ihr tüchtige Männer werdet; wir erwarten und hoffen von Euch, daß Ihr den vollen Ernst des Zieles, das vor Euch liegt, haben werdet. Wir wollen Euch ein Stück der schönen Welt, die man Euch zudeckt, zu hören und zu sehen

geben, Euch in den Stand setzen, ein Stück mehr dieser Welt Euch zu erkämpfen. Mit jedem Stück Freiheit, das wir Euch geben und das Ihr Euch selbst nehmt, bekommt Ihr ein Stück Welt mehr zu sehen! Es muß einmal anders kommen, es kann nicht so bleiben, daß die Welt der Kinder regiert wird von Leuten, die jeden Abend besoffen sind, es geht nicht an, daß Ihr abhängen sollt von der Laune von Menschen, die nicht fähig sind, sich selbst zu beherrschen, geschweige andere. Das sollt Ihr eben uns ändern helfen. Darum sollt Ihr erzogen werden nicht nur zu Leuten, die die Welt schön und vernünftig machen wollen, sondern vor allem anderen zu nüchternen Leuten, die fähig sind, diese Arbeit zu leisten. Wenn Ihr das alles aber wollt, so werdet Abstinenten. Ihr verliert nichts, Ihr gewinnt aber das Beste: Eure eigene Kraft.

(Broschüre im Verlag der Monatschrift „Der Abstinente“. Wien, 1903.)

Mahnworte an die Arbeiterjugend.

Am 20. September 1909 sprach Viktor Adler im Schützenhaus in Reichenberg zu mehr als tausend jungen Arbeitern und Arbeiterinnen. Seiner Rede sind die folgenden Ausführungen entnommen.

Indem wir euch diesen Ernst lehren, wollen wir euch die Heiterkeit nicht nehmen. Euch ziemt aber nicht jene gedankenlose Heiterkeit, die durch Alkohol gefördert wird; wir wollen euch nicht vorzeitig zu Erwachsenen machen und euch die Laster der Erwachsenen lehren — damit fängt die bürgerliche Jugenderziehung an! Aber darum sollt ihr durchaus nicht Duckmäuser und traurig sein — nein, heiter und fröhlich sollt ihr sein, ihr sollt wissen, daß ihr in einer Werkstatt arbeitet, die die ganze Welt umfaßt.

Wir kommen zu euch, um euch dieses Bewußtsein zu geben. Wir kommen aber auch, um von euch etwas zu fordern.

Wir fordern von euch, daß ihr Fleiß habt und Achtung vor dem Wissen, daß ihr euch einzuordnen wißt in unsere Disziplin. Vielleicht würde es vielen von euch besser passen, wenn wir euch als Träger der Politik auf die Straße vorausschicken würden. Die Politik auf der Straße und im Rate besorgen aber wir Erwachsenen und Erfahrenen schon selbst. Wir brauchen euch nicht zum Kanonenfutter, wir brauchen euch nicht, um die Lücken auszufüllen wie andere, die nicht

Mannschaft genug haben und daher mit der Jungmannschaft paradieren müssen. Wir fordern Arbeit von euch, wenn ihr fähig geworden seid, und fähig wollen wir euch machen. Wir fordern Ernst, wo Ernst am Platze ist, und wenn wir Jugendorganisationen aufbauen, so locken wir euch nicht mit leichten Vergnügungen an, bringen euch nicht Bier und Tabak — wir wünschen sehr, daß beides vermieden werde. Solange es geht, bleibt frei von überflüssigen Giften! Wenn ihr den Alten etwas nachahmet, so ahmt nicht das nach, was bei uns am schlechtesten ist.

(„Der jugendliche Arbeiter“, November 1909, Wien.)

Arbeiterbewegung und Alkoholkämpfung.

In einer Versammlung des Vereines der Abstinenten in den Wiener Sophiensälen am 11. April 1901*) hatte Otto Lang, Oberrichter in Zürich, einen Vortrag über „Die Arbeiterschaft und die Alkoholfrage“ gehalten. Nach Professor Gruber und Forel sprach in der Debatte Adler:

Genossen und Genossinnen!

Sie werden vielleicht alle mit mir empfinden, daß wir schon lange nicht einer so bedeutungsvollen Versammlung beigewohnt haben, wie es die heutige ist, wo wir nicht nur die beiden Vorträge der Gelehrten**), sondern auch den Vortrag des Genossen Otto Lang, den jeder von uns in jedem Wort unterschreiben muß, gehört haben.

Es ist ja eine Frage: Wie kommt es, daß wir heute auf einmal anfangen, gegen den Alkohol loszugehen? Ja es ist vielleicht eine Frage, ob wir überhaupt schon anfangen? Da gestehe ich Ihnen, daß es mich sehr interessiert hat, als ich auf dem Kongreß*) sah, wie eine Reihe von Leuten aufgestanden ist und ihre eigenen Erfahrungen mit dem Alkohol und mit der Abstinenz erzählt haben.

Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen auch die meinigen mitteile.

Ich gestehe offen, daß ich noch vor wenigen Jahren — und die Genossen Dr. Fröhlich und Dr. Wlassak können Ihnen davon erzählen, sie haben mit mir manche Mühe gehabt

*) Die Versammlung fand anläßlich des 3. Internationalen Kongresses gegen den Alkoholismus (Wien, 9. bis 14. April 1901) statt.

**) Vorher hatten Professor Max Gruber (Wien) und Professor August Forel (Chigny, Schweiz) gesprochen.

(Heiterkeit) — der Alkoholfrage so gegenüber gestanden bin, wie Genosse Lang Ihnen heute geschildert hat, daß die älteren Herren der Partei ihr gegenüberstehen, nämlich ziemlich unverständlich und vor allem in der Empfindung, daß die Partei keine Zeit habe, sich damit zu beschäftigen.

Aber es ist gelungen, mich zu veranlassen, zu lernen, zu studieren, und insbesondere haben mich hiebei die Arbeiten von Professor Kraepelin und von Forel, den Sie heute hier gehört haben, überzeugt.

Ich habe seit etwa drei Jahren, es ist noch nicht ganz drei Jahre, das bißchen Alkohol — ich war immer ein Bierkrüppel, ich habe nie viel getrunken — ganz aufgegeben, mit schwerem Herzen, nach langer Überlegung, und zwar darum, weil ich erstens fest überzeugt war, daß man, ohne einen halben Liter Bier getrunken zu haben, nicht schlafen kann, wenn man vorher schwer gearbeitet hat, und das habe ich immer in den Abendstunden, und zweitens weil ich überzeugt war, daß man eine vermehrte Arbeit nicht leisten kann, ohne Alkohol zur Anregung zu haben.

Ich habe also gemeint, wie sehr viele von Ihnen hier meinen, daß man den Alkohol braucht, um einzuschlafen und um wieder aufzuwachen.

Ich kann Ihnen heute nach etwa dreijähriger Erfahrung sagen, daß ich vorzüglich schlafe, nachdem ich ein Glas Wasser getrunken habe, auch wenn ich schwer gearbeitet habe, und ich kann Ihnen sagen, daß ich jede Strapaze, die ja, wie Ihnen nicht unbekannt ist, auch in meinem Leben manchmal vorkommt, aushalte und besser ertrage ohne Alkohol als jemals früher. Ich kann Ihnen sagen, was Ihnen, namentlich den Wiener Genossen, vielleicht bis zu einem Grade interessant ist, weil sie die näheren Umstände kennen, daß ich die ganze Wahlbewegung, die mir, wie Sie wissen, einige Mühe verursacht hat, von Anfang bis zu Ende durchgemacht habe bloß mit Wasser.

Ich freue mich Ihnen sagen zu können, daß ich die feste Überzeugung habe: es ist überflüssig, zur Erhöhung der physischen und der Gehirnleistung Alkohol zu verwenden.

Ich freue mich Ihnen das sagen zu können, und ich sage es Ihnen darum, weil ich nicht zu den Leuten gehören will, die öffentlich Wasser predigen und heimlich, oder auch bei Ministern öffentlich, Wein trinken.

Nun, Parteigenossen, wenn ich vorhin gesagt habe, daß das, was Genosse Otto Lang Ihnen erzählt hat, vollständig meine Überzeugung ist, so muß ich jetzt doch bemerken, daß ich nur in einem einzigen Punkt von ihm abweiche.

Er sagte, es wäre vielleicht notwendig — und er hat da den deutschen Parteitag etwas unwirsch behandelt, der sich mit der Alkoholfrage nicht näher beschäftigen wollte — es wäre also notwendig, den Alkoholpunkt ins Parteiprogramm aufzunehmen.

Ich habe das Programm der deutschen Sozialdemokratie nicht so genau im Kopfe, aber das der österreichischen, unser Hainfelder Programm, kenne ich. Und da sage ich Ihnen: Wir haben es nicht notwendig, die Frage darin aufzunehmen, denn da steht sie schon drin.

In unserem Hainfelder Programm steht: Der Kernpunkt des ganzen Programms ist, die Arbeiterklasse physisch und geistig fähig zu machen, sich zu befreien.

Für mich ist mithin sicher, daß, sobald einmal die Erkenntnis gekommen ist, daß Alkoholmißbrauch vor allem, aber auch der Alkoholgenuß ein Hindernis für diese Befreiung ist, wir nach unserem Programm berechtigt und verpflichtet sind, den Kampf gegen den Alkohol in allen seinen Formen aufzunehmen.

Parteigenossen! Warum trinken denn die Leute? Genosse Lang hat gesagt: Weil die anderen trinken. Aber nicht allein deswegen; die Proletarier trinken — und je tiefer sie in ihrer Lebenshaltung stehen, um so mehr trinken sie — um zu vergessen, sie trinken in der mehr oder weniger klaren Absicht, sich zu täuschen, und nachdem der Inhalt unserer ganzen Arbeit ist, das Proletariat nicht vergessen zu lassen, sondern es zu erinnern und aufzurütteln, ist jeder Mann, den wir dem Alkohol abgewinnen, ein Gewinn für die Partei, für unsere Sache.

Genossen, täuschen wir uns nicht, und niemand, der sich mit unserer Organisationsarbeit beschäftigt, sei es politisch oder gewerkschaftlich, mit Versammlungen oder durch die Presse oder sonstwie, wird es leugnen können, daß uns die Säufer in jeder organisatorischen Arbeit stören. Wir haben allerdings nicht so viele Säufer unter uns, wie am Kongreß

erzählt wurde: die Wiener Arbeiter saufen nicht soviel als angegeben wurde, aber sie saufen immer noch viel zu viel.

Wir wollen den Leuten nicht deshalb den Alkohol wegnehmen, um sie zufrieden zu machen oder um ihnen sparen zu helfen. Wir wollen den Alkohol nicht wegschaffen, um Konflikte mit den Unternehmern zu vermeiden, nicht, um den Kampf gegen die Unternehmer als Klasse und als einzelne zu beseitigen oder zu beschwichtigen, sondern wir bekämpfen den Alkohol vor allem darum, weil der Alkohol eines der Hauptbetäubungs- und Beschwichtigungsmittel dieses Kampfes ist. Alle, die in den Werkstätten stehen, wissen, daß die Indifferenten diejenigen sind, die am meisten trinken; vielleicht kommen Sie auch zu der Ansicht, daß jene, die am meisten trinken, die Indifferenten sind, und vielleicht kommen Sie auf die Idee, daß man diese aus ihrer Indifferenz herausreißen muß, auch durch das anscheinend mechanische Mittel der Entziehung und Abgewöhnung des Alkohols.

Ich habe nicht die Hoffnung, ebenso wenig wie Genosse Dr. Fröhlich, der in diesen Dingen ein viel größerer Optimist ist als ich, daß sich plötzlich von heute auf morgen eine alkoholfreie Arbeiterorganisation in ganz Österreich entwickeln wird, weil ich genau weiß, wie auch Genosse Lang richtig und vielleicht noch zu wenig scharf ausgeführt hat, wie abhängig wir vom Wirtshaus sind, das von uns Alkoholgenuß verlangt, aber wahr ist, daß man auch schon heute ganz gut als alkoholfreier Mensch in Wirtshäusern verkehren kann.

Dem Genossen Lang sind hier die Trinksitten aufgefallen — er hat nämlich die paar Gläser Bier hier im Saale gesehen; ich muß gestehen, und ich kenne das Publikum besser, mir ist es im Gegenteil auffallend, daß ich so viele Sodawasserflaschen gesehen habe.

Aus eigener Erfahrung muß ich freilich sagen, daß es nicht ganz leicht ist, abstinent zu sein. Man wird von seinen besten Freunden ausgelacht, aber lassen Sie sie nur ruhig lachen und seien Sie überzeugt, dieses Lachen ist nicht mehr ganz aufrichtig, dieses Lachen will vielfach nur das Eingeständnis verhüllen, daß man nicht die Courage hat, mit alten Gewöhnungen ein Ende zu machen.

Was ein regelmäßiger und gründlicher Trinker ist, meint wirklich ein Opfer zu bringen; diese Schwäche einzugestehen und sich selber auszulachen, kommt ihm schwer an, darum lacht er uns aus. Aber wenn wir mehrere sind und wenn das gerade solche sind, die an der Spitze der Organisationen stehen — darauf lege ich Gewicht — dann werden wir dieser vernünftigen hygienischen Maßregel der Abstinenz das Bürgerrecht verschaffen, und das genügt für den Anfang.

Es wird noch genug getrunken werden, täuschen wir uns darüber nicht; wir haben es mit einer weit verbreiteten Gewohnheit zu tun, und es wird schwer werden, sie zu beseitigen, aber wir werden ganz gewiß Nützliches schaffen, wenn wir den Mut haben werden, gerade wir, die wir an der Spitze der Organisationen stehen, voranzugehen.

Darum und nur darum habe ich das Wort ergriffen, um Ihnen zu sagen, daß ich, so viel an mir liegt, das tun will.

(Broschüre „Die Arbeiterschaft und die Alkoholfrage“. Ein Vortrag von Otto Lang. Verlag des Vereines der Abstinenten. 1902.)

Wissenschaft und Alkohol.

In einer Spiritusausstellung in der Rotunde in Wien im Juni 1904 hatte der Prager Professor Hueppe den Braumeistern einen Vortrag gegen die Abstinenz gehalten. Als Antwort darauf beriefen die Antialkoholvereine Wiens am 6. Juni in den Ronachersaal eine Versammlung ein, wo nach Professor Weichselbaum, Dr. Kirchmayer und Professor Kassowitz auch Dr. Adler sprach:

Dr. Adler: Wir Sozialdemokraten sind verpflichtet, den Männern der Wissenschaft, die nicht nur dicke Bücher gegen den Alkohol schreiben, sondern gegen ihn in Versammlungen agitieren, den wärmsten Dank auszusprechen. (Laute Zustimmung.) Sie tun damit etwas sehr Wichtiges, denn der Arbeiter hat Respekt vor der Wissenschaft, der auch nicht untergraben wird, wenn einzelne Gelehrte für kleine Interessen interessierte Reden halten. (Bravo!) Wenn ein Professor der Hygiene das tut, ist das ein Verbrechen an der Gesundheit des Volkes. (Bravo!) Wenn auch Hueppe mit wissenschaftlichen Subtilitäten kam, die Brauherren unterscheiden nicht so fein. (Heiterkeit.) So viel Verantwortlichkeitsgefühl muß ein Lehrer der Gesund-

heitspflege haben, daß er mit solchen Dingen, wenn er sie auch für wahr hielte, nicht auf den Markt geht und besonders nicht auf einen solchen Markt. Es ist also wohlthätig, daß Professoren die öffentliche Meinung davor gerettet haben, daß die „Wissenschaft“ Hueppes auf sie wirkt. Dr. Kirchmayer und Professor Kassowitz haben disputiert, ob nur die Proletarier Abstinenten sein sollen. Beide haben recht. (Heiterkeit.) Wir können ja sagen: Wenn die herrschenden Klassen verblöden wollen, braucht uns das nicht zu genieren. Aber — junge Säufer, alte Hofräte! (Lebhafte Heiterkeit.) Und es kann uns nicht gleichgültig sein, wie die Bürokratenklasse aussieht, die uns regiert. Ich wünsche mir nicht verblödete Gegner. Ihre Macht wird deshalb nicht schwächer. Die Sache des Proletariats ist so gut, daß wir auch mit abstinenten Gegnern fertig werden. (Sehr gut!) Wir fördern allerdings nicht die Alkoholbewegung um ihrer willen, sondern wir stellen sie in unseren Dienst. Deshalb haben beide recht, Dr. Kirchmayer und Professor Kassowitz. Für uns in Österreich ist sie eine Lebensfrage, wo wir alle Hirne vernünftig brauchen. Die Herrschenden brauchen allerdings Dusel, Nebel und Dunst. (Stürmischer Beifall.) („Arbeiter-Zeitung“ Nr. 157 vom 7. Juni 1904.)

Der alkoholfreie Wahltag.

In der 460. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 28. November 1906 verlas der Präsident:

Petition des Vereines »Arbeiter-Abstinentenbund« in Österreich betreffend ein Verbot, am Wahltag geistige Getränke zu verabreichen etc. (überreicht durch Abgeordneten Dr. Adler).“

Präsident: Zu dieser Petition hat sich zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Adler; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Ich beantrage, daß die eben verlesene Petition des Arbeiterabstinentenbundes in Österreich, welche eine Ergänzung zum Gesetz betreffend den Schutz der Wahlfreiheit anregt, dahin gehend, daß am Wahltag der Ausschank geistiger Getränke eingeschränkt werde, dem stenographischen Protokoll wörtlich beigedruckt und dem Wahlreformausschuß zugewiesen werde.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Adler beantragt, die von ihm überreichte Petition vollinhaltlich dem stenographischen Protokoll beizudrucken.

Ich bitte diejenigen Herren, welche diesem Antrag zustimmen, sich zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist angenommen.

Dem Wunsch auf Zuweisung an den Wahlreformausschuß wird Rechnung getragen werden.

(Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses,
460. Sitzung am 28. November 1906.)

Alkoholismus und Gewerkschaft.

Auf dem Fünften Gewerkschaftskongreß Österreichs (abgehalten vom 4. bis 25. Oktober 1907 im Arbeiterheim Ottakring zu Wien) war Adler Referent zu Punkt 6: Alkoholismus und Gewerkschaften, und hielt folgende Rede:

Parteigenossen! Die Frage des Alkoholmißbrauches und seiner Bekämpfung wurde bereits auf einem der früheren Gewerkschaftskongresse berührt. Sie wurde darauf vom Parteitag im Jahre 1903 erörtert und sie wurde vom letzten Gewerkschaftskongreß für den nächsten Gewerkschaftskongreß zur Behandlung empfohlen. Der Genosse Hueber hat Ihnen in seinem Referat über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission berichtet, daß die Kommission ja bereit war, diesem Beschluß nachzukommen. Ich kann aber sagen, daß die Kommission sowohl als auch speziell Genosse Hueber wie insbesondere auch ich sehr erfreut waren, als aus der Mitte der Gewerkschaften und ihrer Vertrauensmänner heraus eine ernste Mahnung erfolgte, diesen Gegenstand ja nicht zu vergessen. Insbesondere haben die Genossen in Graz einen Beschluß gefaßt, worin sie die Gewerkschaftskommission an diesen Punkt der Tagesordnung erinnern und die Forderung aufstellen, es möge ein Totalabstinient als Referent auf dem Kongreß fungieren. Leider sind Totalabstinenten, obwohl sie sich erheblich vermehrt haben, noch immer nicht so zahlreich, daß man nicht in der Not nach mir gegriffen hätte, der ich erfreut bin, diese Forderung, ein Totalabstinient zu sein, seit zehn oder zwölf Jahren zu erfüllen, und der ich doppelt und dreifach erfreut bin, daß es mir möglich ist, diese nach meiner innersten Überzeugung lebenswichtige Frage auf diesem Gewerkschaftskongreß mit einigen Worten zu erörtern.

Vor allem, Genossen, will ich Ihnen sagen, worüber ich nicht sprechen werde. Ich werde Ihnen vor allem nicht ausführlich auseinandersetzen die Folgen des Alkoholismus, nicht

ausführlich auseinandersetzen, was Sie heute in allen Büchern lesen können, was Sie in zahlreichen Artikeln unserer Blätter gelesen und in vielen Vorträgen gehört haben; ich will nicht auseinandersetzen die Folgen des Alkoholismus auf die menschlichen Organe. Ich nehme an, daß jeder von Ihnen weiß und durchdrungen ist davon, daß der Alkohol ein Gift ist, dessen Wirkungen zur Verderbnis einer ganzen Reihe von Organen des menschlichen Körpers führen, daß Leber, Nieren und Magen kaput gehen; aber worauf ich hier den größten Wert lege und worauf ich einzig und allein einzugehen haben werde in meinen Ausführungen, ist: daß der Alkohol ein Gift ist, das unser wichtigstes Werkzeug, das Gehirn und unser Nervensystem, zerstört, das Werkzeug, mit dem wir alles schaffen, was wir als Partei und insbesondere auch in den Gewerkschaften schaffen können.

Ebensowenig als ich mich über die Wirkungen des Alkohols im einzelnen verbreiten werde, ebensowenig werde ich über die Ursachen des Alkoholismus reden. Ich spreche hier unter Genossen, die geschulte Sozialdemokraten sind. Ihnen habe ich nicht erst auseinanderzusetzen, daß der Alkoholismus der breiten Massen eine der Erscheinungen ist, die der Kapitalismus mit sich führt, heute, wie jede Art der Sklaverei in der Vergangenheit. Ich werde nicht ausführlich auseinandersetzen, und ich glaube, Sie werden es auch nicht erwarten, daß ich erst sage, wie das Elend in der Bevölkerung, die schlechten Wohnungen, die Überarbeit, die mangelhaften Zustände in den Betriebswerkstätten, die Qualität der Arbeit, wie das alles zum Teil zum Alkoholmißbrauch führt. Ich brauche weiter nicht auseinanderzusetzen, daß die Bekämpfung des Alkohols für jeden bei uns begonnen wird mit der Bekämpfung der zerstörenden Wirkungen des Kapitals überhaupt. Das Kapitel, das Sie gerade behandelt haben, die Sozialpolitik, gehört ja mit zu den Mitteln, die wir zur Bekämpfung des Alkoholismus kennen und anwenden. Das ist der Unterschied zwischen uns und den bürgerlichen Alkoholgegnern. Wir wissen, das Elend führt unter anderem auch zum Suff; die sagen, der Suff führt zum Elend. Wir Sozialdemokraten haben vom ersten Moment an, seit es eine solche Bewegung gibt, diesen Aberglauben auf das allerschärfste bekämpft. Wir wissen ganz genau, daß, um den Alkoholismus als Massen-

erscheinung zu bekämpfen, auch die Besserung der Existenzbedingungen der Arbeiter nötig ist.

Nachdem ich das festgestellt habe, werden Sie mich wohl dessen entheben, über all diese Dinge, über die wir ja alle einig sind, noch weiter zu sprechen. Ich halte es vielmehr für meine Aufgabe, von den Dingen zu reden, über die wir leider noch lange nicht einer Meinung sind und über die leider noch viele Irrtümer verbreitet sind, sei es infolge Mangels an Verständnis, sei es infolge Mangels an konsequentem Erkennen der Tatsachen. Das ist vor allem die Tatsache, daß der Alkoholismus auch als Massenerscheinung nicht nur durch die Verelendung begünstigt wird, sondern daß er auch auf individuellen Gewohnheiten, auf persönlichen Vorurteilen beruht. Es sind hier viele Genossen aus Schlesien, aus Mähren, aus Galizien, die die Branntweinpest als Massenerscheinung kennen und die sehr wohl wissen, welch furchtbares Hindernis diese Branntweinpest für jeden proletarischen Fortschritt ist. Aber neben dieser Branntweinpest — und darüber herrscht noch keine solche Klarheit — gibt es auch eine Bierpest und eine Weinpest, hier mitten unter uns. Und das ist es, worauf ich besonders Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns in die Erörterungen der Physiologen einzumischen, ob es eine Quantität von Alkohol gibt, die für den einen oder den anderen unschädlich ist; wir könnten ja dieselben Untersuchungen auch über das Morphin, ja sogar über das Strychnin anstellen. Es gibt Dosen auch von diesen furchtbaren Giften, die von gewissen Menschen vertragen werden. Aber es wird doch niemand von uns sagen, daß, weil es Menschen gibt, die gewisse Dosen von Morphin vertragen — wie sie es vertragen, darüber will ich mich in keine Untersuchung einlassen — daß deshalb der tägliche Genuß von Morphin etwas ist, dessen Zulässigkeit man auch nur einen Augenblick in Erwägung ziehen kann. Dieses Argument muß aus unserer Betrachtung ausscheiden. Alkohol ist ein Gift, und zwar in jeder Dosis ein Gift und er ist in keiner Dosis ein Nahrungsmittel. Er ist in

keiner Dosis nützlich, in keiner Dosis und unter gar keinen Umständen unentbehrlich.

Wir haben mit dem Aberglauben in den verschiedensten Formen auch in unseren eigenen Reihen zu kämpfen, und eine der gefährlichsten Formen dieses Aberglaubens, jene, die sich am meisten an uns rächt, ist die, daß man ohne Alkohol schwere Arbeiten nicht leisten kann und daß man durch die schwere Arbeit allein schon zum Alkohol gezwungen ist. Vor drei oder fünf Jahren hätte ich mich darüber ausführlich verbreiten müssen. Heute aber ist dieser Aberglaube beseitigt bei allen Leuten, die davon auch nur das geringste verstehen. In einer ganz kurzen Zeit ist dieser Aberglaube, daß der Alkohol beiträgt, die Leistungsfähigkeit des Menschen zu erhöhen, in die letzten Schlupfwinkel verdrängt worden. Alle Leute, die Sport irgendwelcher Art betreiben und die noch vor wenigen Jahren Alkohol als eine unbedingte Notwendigkeit zur Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit gebraucht haben, haben ihn weggeworfen, und es gibt heute keinen Touristen, keinen Radfahrer, Schwimmer, Turner mehr, der nicht nach Prüfung der Frage jene Ansicht aufgegeben hätte. Auch in der Armee wird überall, wenn Leistungen ernster Natur verlangt werden, der Alkohol ausgeschieden.

Trotzdem herrscht dieser Aberglaube leider noch in vielen Köpfen unserer besten Genossen, und die Genossen glauben sich noch nicht berechtigt, auch dem Arbeiter, der beim Hochofen arbeitet, zu sagen: Du erhöhst deine Leistungsfähigkeit nicht durch den Alkohol! Du verlängerst dein Leben nicht, du hast nicht Not nach Alkohol, sondern nach Flüssigkeit, und du kannst die Flüssigkeit einnehmen in einer Form, die dir nicht zugleich Gift in den Körper bringt. Du stillst mit dem Alkohol dein Durstgefühl; aber du vergiftest zugleich deinen Körper! Natürlich ist es das wichtigste, daß man diese schwere Arbeit in eine menschlich erträgliche umwandle, die Arbeitszeit verkürze, die Hitze durch Ventilation vermindere, die Staubentwicklung durch Aufsauger hindere. Weil aber diese Vorkehrungen nicht getroffen sind, weil die Arbeiter diesen

schweren Leiden ausgesetzt ist, folgt daraus, daß man ihm ein weiteres Übel zufügen muß, daß er, außerdem daß er vom Kapitalismus gemordet wird, auch noch sich selbst mordet, sein Leben selbst verkürzt, indem er zum Alkohol greift?

Wenn ich sage, daß dieser Aberglaube noch vielfach herrscht, so bin ich allerdings zu meiner Freude auch berechtigt zu sagen, daß er im Zurückweichen ist — namentlich dank der Arbeit der sozialdemokratischen Pioniere der Antialkoholbewegung. Und nicht nur hier, in ganz Europa haben die Gewerkschafter zur Bekämpfung dieses Aberglaubens ganz Erhebliches geleistet. In diesem Sinne hat die Frankfurter „Volksstimme“ eine Umfrage darüber bei den Gewerkschaften veranstaltet und dabei hat sich ergeben, daß bei einer ganzen Reihe von Gewerkschaften in Deutschland die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Bekämpfung des Alkohols bereits erwacht ist; es wurde aber auch konstatiert, daß eine ganze Reihe von Vertrauensmännern es schon durchgesetzt hat, daß wirklich weniger Alkohol verbraucht wird.

Zu diesem Aberglauben, von dem ich jetzt gesprochen habe, gehört aber auch die Anschauung, daß die Abstinenz eine Art Askese ist, ein Puritanismus, eine Abwendung von der Lebensfreude, eine Feindseligkeit gegen die Genüsse des Lebens, eine Selbstquälerei. Und man wirft uns vor, daß, indem wir unseren Arbeitern den Alkohol wegnehmen, wir ihnen eine Quelle der Freude entziehen. Hierin liegt einer der wesentlichsten Fehlschlüsse. Ich werde denjenigen von Ihnen, die gewohnt sind, eine Portion Alkohol zu sich zu nehmen, hier ihren Aberglauben absolut nicht nehmen; denn den Beweis, daß ich recht habe und nicht Sie, könnten nur Sie selbst führen, wenn sich diejenigen, die an den Alkohol gewöhnt sind und glauben, aus ihm Freude zu schöpfen, des Alkohols, wenn auch für eine noch so kurze Zeit, entwöhnen könnten. Dann könnten Sie sehen, welche neuen Freuden Ihnen ein gesundes Gehirn bietet anstatt eines betäubten Gehirns. Solange aber Ihr Gehirn selbst bis zu einem gewissen Grade betäubt ist, werden Sie mir das nicht glauben. Wir kämpfen aber nicht

für Verringerung Ihrer Lebensfreude, sondern für deren Erhöhung. Das Organ unserer Vorstellungswelt, unserer Willenswelt ist unser Gehirn. Alles, was wir erreichen können, muß den Weg durch unser Gehirn nehmen, und wir können nichts Höheres erreichen, als unser Gehirn klar, unseren Willen stark, die Organe, die aufnehmen, rein zu erhalten. So wenig Sie auf einer getrübbten Platte ein richtiges Bild der Welt aufnehmen können, so wenig kann ein alkoholisiertes Gehirn — und mag es alle Tage nur in ganz geringem Grade alkoholisiert werden — ein richtiges Bild der Welt aufnehmen.

Was bedeutet nun die Alkoholfrage speziell für die gewerkschaftliche Organisation? Wir haben in unserem Parteiprogramm — von dem ich ja auf diesem Kongreß als von einer gemeinsamen Angelegenheit sprechen kann — festgestellt, daß das Mittel, um zum Ziele zu kommen, ist, die Arbeiterklasse geistig und physisch kampffähig zu machen. Das gilt aber nicht nur für die ganze Klasse, sondern vor allem auch für die persönlichen Träger der Bewegung, die Vertrauensmänner der Arbeiter. Da appelliere ich an Sie, da Sie alle Vertrauensmänner sind. Auf dem Vertrauen, das man zu uns hat, und auf dem Vertrauen, das wir zu uns selbst zu haben berechtigt sind, beruht unsere ganze Bewegung. Ich kenne keinen höheren Ehrentitel als den, Vertrauensmann der Arbeiterschaft zu sein. Aber wenn wir Vertrauen haben wollen, müssen wir auch das Bewußtsein haben, daß wir dieses Vertrauen verdienen, und ich erkläre Ihnen, daß ich es zu den ersten Pflichten jedes Vertrauensmannes rechne, daß er die Waffen, mit denen er in der Armee dient, rein und gebrauchsfähig erhalte. Dem Soldaten schaut man alle Tage sein Gewehr und seinen Säbel nach, ob er sie geputzt hat, der Arbeiter in der Werkstatt muß sein Werkzeug jeden Tag kontrollieren, ob es gebrauchsfähig ist. Parteigenossen! Wir, die wir uns Vertrauensmänner der Arbeiterschaft nennen, wir haben die oberste Pflicht, unser Werkzeug gebrauchsfähig zu erhalten; unser Werkzeug — das ist unser Gehirn, ist unser Nervensystem. Jeder von uns hat schwere Pflichten in seinem Kreise zu erfüllen, die Verantwortung, die auf jedem von uns lastet, ist nicht gering und steigert sich oft zu einer tragischen Höhe. Es gilt oft rasche Entscheidung, es gilt kühle Überlegung, es gilt im vollen Besitz seiner Kräfte

zu sein. Fragen Sie sich selbst: Sind wir immer im Gesamtbesitz aller unserer Kräfte, wenn wir unter Wirkung des Alkohols stehen? Ich spreche hier nicht von den armen schwer Alkoholkranken. Die einmal so weit sind, das sind die Verunglückten, das ist der Abfall. Aber ich appelliere an Ihre eigene Erfahrung, erinnern Sie sich der schweren und verantwortlichen Entscheidungen in wichtigen Sitzungen und Versammlungen, bei Streiks und dergleichen Gelegenheiten, und ich frage Sie: Ist es nicht wahr, daß da oft eine Entscheidung getrübt wird dadurch, daß die Menschen zu erregt sind, nicht klar genug sehen, daß sie nicht imstande sind, sich zu beherrschen? Und gerade Selbstbeherrschung ist es, was von den Vertrauensmännern der Arbeiterklasse in allererster Linie verlangt wird.

Ich spreche hier als Genosse zu Genossen und Sie müssen verzeihen, wenn ich hier ein persönliches Wort sage, persönlich Zeugnis ablege. Wir haben alle miteinander drei schwere Jahre durchgemacht und wir haben einen Sommer und einen Winter durchgemacht, die jeder, der an verantwortlicher Stelle gestanden hat, sein Leben lang nicht vergessen wird. Es hat sich so gefügt, daß ich da im Vordergrund stand. Ich habe eine schwere Verantwortung auf mir gehabt und ich habe die schwere höchste Pflicht der Selbstbeherrschung in einem Grade üben müssen in Momenten, wo es mir wirklich schwer gefallen ist, aber es war notwendig; und ich sage es offen, als meine tiefste Überzeugung, daß ich nicht imstande gewesen wäre, dieser großen Aufgabe zu genügen, wenn ich nicht im vollen Besitz meines Gehirns gewesen wäre; wenn ich den Schwankungen unterlegen wäre, die der tägliche Alkoholgenuß im Gehirn erzeugt, wenn auch die kleine Portion Bier noch so harmlos erscheint.

Und das ist kein Einzelbeispiel. Ich habe nur an mir selbst persönlich erlebt, wofür es zahllose Beispiele gibt: so der Lokomotivführer, von dem man heute verlangt, daß er ein Abstinenter sei; und wo immer große Dinge im Menschenleben auf dem Spiele stehen, verlangt man von dem Manne, der sie

leisten soll, daß er enthaltsam, daß sein Gehirn in Ordnung sei. Sie, die Vertrauensmänner, haben die Pflicht, die Waffe, die ihnen das Proletariat anvertraut hat, gebrauchsfähig zu erhalten. So manches andere Versehen ist von geringeren Konsequenzen, als wenn Sie Ihre eigenen Kräfte vermindern, die Sie ausschließlich im Dienste des Proletariats zu verwenden haben.

Hier spreche ich noch immer nur von dem normalen Alkoholgenuß, spreche nicht von einem, der oft „umwirft“, der ein „B'suff“ ist. Aber reden wir auch einmal von diesen. Ich fordere denjenigen, der sich traut, hier aufzustehen und zu sagen: Ich kenne niemand, ich kenne keinen Genossen, der in einer verantwortlichen Stellung uns kompromittierte und der nicht mit durch den Alkohol dahin gebracht worden ist, uns und sich zu kompromittieren. (Zustimmung.) Schauen Sie die Schädlinge der Organisation einmal an. Ich könnte Ihnen Namen nennen in großer Zahl aus alter Zeit bis auf die neueste Zeit. Schauen Sie diese Leute an, die alle den Milderungsgrund für sich haben, daß sie alkohol- kranke Menschen sind. Wir haben keinen Konflikt in der Partei gehabt — von Hanser bis zu Simon Starck — wo nicht der Alkohol eine entscheidende Rolle gespielt hätte. (Lebhaftes Zustimmung.) Ich komme eben aus dem Parlament, wo wir im chronischen Kampfe gegen den chronischen Alkoholismus des Grafen Sternberg stehen. (Heiterkeit und Rufe: Hauen! Ohrfeigen!) Sie sagen durchhauen. Ja, was ist damit geschehen? Probieren Sie dieses Mittel bei dem Alkoholiker, den Sie irgendwo in Ihrer Werkstätte haben. Das kann ein Abwehrmittel sein, aber ein Erziehungsmittel, ein Heilmittel ist es nicht. (Heiterkeit.) Aber bei einem solchen Herrn mag uns das gleichgültig sein, über dessen Degeneration wir uns ja trösten, wie es ja nicht unsere Sache ist, wenn die uns beherrschende Klasse durch den Alkohol degeneriert wird. — Aber wenn unser eigenes Fleisch und Blut durch den Alkohol geschwächt wird, wenn der Alkohol in unserer Organisation seine Wirkung übt, da haben wir die Pflicht, selbst ein Opfer zu bringen — es ist ja nur ein Opfer des Aberglaubens, nur ein Opfer der Gewohnheit. Mir

fällt nicht ein, zu verlangen, es soll jeder Vertrauensmann verpflichtet werden, abstinent zu sein; ich beantrage es nicht, weil es nicht durchgeführt werden wird, heute nicht. Aber ich sehe die Zeit kommen, wo man auch bei uns von dem, den man zum Vertrauensmann wählt, verlangen wird, daß er ein Mensch ist, der physisch und geistig komplett ist, kein Krüppel an seinem Gehirn, daß er volle Selbstbeherrschung zu üben imstande ist. Die Zeit wird kommen, und dann werden wir uns vielleicht auch das dazugehörige Gesetz machen. Das Papier ist mir Nebensache. Wichtig ist mir, daß Sie diese Empfindung hier in sich aufnehmen und von hier mit sich hinaustragen.

Da kommt allerdings sofort wieder der Einwand: Man muß sich ja nicht besaufen; aber mäßig kann man doch sein! Die Abstinenten sind doch schwache Kerle, die trauen sich nicht einmal ein Glas Bier zu trinken; wir aber sind stark und haben uns in der Hand, daß wir nur ein oder zwei Glas trinken, die wir vertragen.

Aber untersuchen Sie diese starken Leute nur genauer und Sie werden bald auf ihre Schwächen kommen. Und dann noch folgendes: Ich spreche zu Ihnen nicht als Personen und nicht Ihr persönliches Heil und Ihre persönliche Gesundheit sind das Objekt meiner Erwägung, sondern ich spreche zu Ihnen in Ihrer Rolle als Vertrauensmänner, als Erzieher der Arbeiterschaft. Wenn Sie die Arbeiterschaft dem Alkohol entfremden, wenn Sie sie erobern wollen für eine gesunde, reinliche, menschliche Lebensweise, dann können Sie das nicht durch das Beispiel, das Ihre Mäßigkeit gibt, sondern nur durch die Abstinenz. Meine Waffe gegen den Alkohol ist dieses Glas Wasser, das ich vor mir habe, und wer diese Waffe nicht zur Verfügung hat, ist im Kampf gegen den Alkohol wehrlos. Wohl, Sie trinken nur ein Glas. Aber dieses eine Glas macht Sie wehrlos im Kampf gegen den Alkohol und kein Mensch in Ihrer Werkstätte hört mehr auf Ihr Wort, wenn Sie ihn dem Alkohol abwenden wollen, weil er immer das Argument gegen Sie hat: Er trinkt ja selber. Wenn Sie den Kampf wirksam führen wollen, wenn Sie es als Ihre Pflicht ansehen, ihn zu führen, müssen Sie ganze Abstinenten sein. Und Sie werden nichts

dabei verlieren, wohl aber werden Sie an Selbstachtung, an Sicherheit und Festigkeit, an Selbstbeherrschung weit mehr gewinnen und an Klarheit des Kopfes, die auch gar nicht zu verachten ist.

Den Kampf gegen den Alkoholismus in der Arbeiterschaft haben in Österreich wesentlich zwei Männer aufgenommen: Dr. Fröhlich, den hier zu sehen ich mich freue, und Dr. Wlassak — zwei Parteigenossen, die als Sozialdemokraten den Kampf geführt haben, als einen Teil des Kampfes des Proletariats. Dadurch sind uns zahllose Irrwege erspart worden, aber trotzdem war ihr Weg ein sehr schwerer. Sie wurden verhöhnt, belächelt, und ich habe vor einem Dutzend von Jahren selbst zu denen gehört, die sich dagegen gesträubt haben. Mich haben zum Abstinenten nicht die Professoren gemacht, sondern nur jene Genossen, die mir Kummer gemacht haben und der Partei Schande.... Es gibt gewiß noch genug Leute, die trinken, und der Abstinenten sind wenige, aber umsonst haben sie nicht gekämpft. Ich sage es mit Stolz, überall, auf unseren Kongressen bis in unsere Organisationssitzungen hinein, überall verringert sich die Zahl derer, die glauben nicht beraten zu können, ohne das Bier- oder Weinglas vor sich zu haben; überall gibt es Leute, die Wasser trinken, und vor allem haben wir es so weit gebracht, daß sich die öffentliche Meinung in der Arbeiterschaft bis zu einem hohen Grade auch in den Werkstätten geändert hat, daß — Sie werden es mir bestätigen — nicht mehr wie vor einigen Jahren noch derjenige, der am meisten sauft, bewundert, und der, der nicht sauft, verhöhnt wird. Die Wasserflasche und die Milchflasche haben sich ihr Recht auch in den Werkstätten bereits erobert. Das ist ein großer Erfolg für den Anfang. Aber es ist nur ein Anfang.

Genosse Dr. Fröhlich hat in einem seiner Aufsätze, die er als Frucht von einer englischen Reise gebracht hat, geschildert, wie in die englische Gewerkschaftsorganisation der Antialkoholismus eingedrungen ist, wie dort eine große Zahl der ersten Vertrauensmänner bereits abstinent ist und für die Abstinenz kämpft,

und er hat geschildert — was mich am meisten interessiert hat — wie gelegentlich eines Gewerkschaftskongresses der Ansatz zu einem Verein abstinenten Gewerkschaftsvertrauensmänner geschaffen wurde. Ob unsere Gewerkschaftsvertrauensmänner einen solchen Verein bilden sollen, das ist Sache der Organisation; das Wichtigste aber scheint mir, daß Sie die Arbeit unserer Abstinentenvereine und insbesondere des Bundes abstinenten Arbeiter fördern, daß Sie es als Ihre Pflicht ansehen, diese Bestrebungen nicht nur nicht zu verhöhnen und durch übermütigen Hohn von oben herab zu erschweren, sondern als Ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, diese wichtigen Bestrebungen zu unterstützen, und daß Sie darauf halten, daß Ihre Versammlungen — von den Beratungen der Ausschüsse bis zu den Massenversammlungen — womöglich unter Umständen tagen, wo der Trinkzwang ausgeschlossen ist. Wir können Ihnen nicht raten, es zu tun wie die englischen Arbeiter, die ihre Versammlungen nicht mehr in Wirtshäusern abhalten. Heute ist das Alkoholkapital noch so mächtig, daß es alle öffentlichen Lokale in seiner Hand hat — ja sogar unsere Lokale bis zu einem gewissen Grad. Das beweist aber nicht, daß wir nicht etwa schon stark genug wären, dort den Alkoholgenuß nicht mehr als Bedingung der Anwesenheit zu dulden. So stark sind wir schon, daß wir uns den Trinkzwang nicht mehr gefallen lassen müssen, und wenn in England über ein Drittel der Orte, wo Gewerkschaften zusammenkommen, bereits alkoholfrei sind, so könnte auch bei uns, wenn man jetzt kräftig einsetzt, ein entscheidender Fortschritt gemacht werden.

In die Einzelheiten dieses Kampfes will ich mich nicht einlassen. Was ich aber will, das ist, bei Ihnen die Überzeugung wachzurufen, daß es sich hier um eine große Sache handelt, um eine Sache, die uns allen ans Leben geht und die mit dem Fortschritt und Erfolg unserer Bewegung im innigsten Zusammenhang steht, die Überzeugung, daß jeder Vertrauensmann, der selbst trinkt, alle Ursache hat,

dabei ein schlechtes Gewissen zu haben. Möge er trinken, aber möge er wissen, daß er nicht das Recht hat, reinen Gewissens vor uns zu treten. Wir sind nicht unfehlbar und wir können nicht verlangen, daß alle unfehlbar seien. Wohl aber können wir verlangen, daß der Mensch, der diesen Fehler hat, das wisse, daß er wisse: Hier habe ich etwas, was mich lähmt, etwas, womit ich meiner Pflicht und meiner Funktion nicht genüge, zu beseitigen! Wir können verlangen, daß jeder Vertrauensmann weiß, daß er, wenn er ganz das Vertrauen seiner Genossen verdienen will, alkoholfrei sein muß.

Wir glauben hier nicht weiter gehen zu müssen, als das bereits der Parteitag getan hat. Wir stellen an Sie nicht die Zumutung, eine Resolution zu fassen, die jeden einzelnen bindet; wir wollen durch Überzeugung binden, nicht durch Zwang. Diese Überzeugung wächst in den weiten Kreisen unserer Genossen, und ich kann konstatieren, daß der „Bund der abstinenten Arbeiter“ heute nicht mehr allen Anforderungen nach Vorträgen genügen kann. Indem ich Sie bitte, diesen Bund zu unterstützen, beantrage ich folgende Resolution:

„Der Gewerkschaftskongreß erblickt im Alkoholismus einen schweren Schädiger der physischen und geistigen Kampffähigkeit der Arbeiterklasse, einen mächtigen Hemmschuh aller organisatorischen Bestrebungen der Gewerkschaften — die daraus erwachsenden Schäden zu beseitigen, darf kein Mittel unversucht bleiben.

Das erste Mittel in diesem Kampf wird stets die ökonomische Hebung des Proletariats sein; eine notwendige Ergänzung hiezu bildet aber die Aufklärung über die Alkoholkwirkung und die Erschütterung der Trinkvorurteile.

Der Gewerkschaftskongreß empfiehlt daher allen Organisationen und Genossen die Förderung der alkoholgegnnerischen Bestrebungen und erklärt als einen ersten wichtigen Schritt in diesem Kampf die Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften von Organisationen.

Den für die Abstinenz gewonnenen Genossen ist als wirksamstes Mittel der Agitation gegen den Alkohol der Zusammenschluß im sozialdemokratischen Bund abstinenten Arbeiter zu empfehlen, der wieder dafür zu sorgen haben wird, daß seine Mitglieder ihrer Pflicht gegen

die politische und die gewerkschaftliche Organisation nachkommen.“

Die Abstinentenorganisation, die wir schaffen, kann selbstverständlich nur eine Organisation von Genossen sein, die politisch und gewerkschaftlich organisiert sind. Wir wollen mit den bürgerlichen Vereinen nichts zu tun haben, sondern schaffen eine Organisation für uns, und wir wollen nicht fremde Elemente haben, die die Pflichten der Organisation nicht auf sich nehmen. Damit stellt sich diese Organisation voll in den Dienst unserer Organisation.

Parteigenossen! Vertrauensmänner der Gewerkschaften! Nehmen Sie das wenige, was ich Ihnen gesagt habe, nicht als ein erschöpfendes Referat über den Alkohol und werfen Sie mir nicht vor, ich hätte eine ganze Reihe wesentlicher Dinge nicht erwähnt. Das war auch nicht meine Absicht. Ich wollte nur an Ihr Gewissen, an Ihr Pflichtgefühl appellieren und an Ihren Stolz. Wir haben unsere eigene Ehre als Vertrauensmänner, von der ich meine, daß sie höher steht als alle die anderen Ehrenstandpunkte, von denen die beherrscht sind, die uns beherrschen. Wir haben unseren eigenen Adel, und die Grundlage und der Grundsatz unseres Adels ist, daß wir so tüchtig, so kampffähig, so stark werden, als wir können, weil wir alle unsere Tüchtigkeit, unsere Kampffähigkeit und unsere Stärke in den Dienst unserer heiligen Sache, unseres heiligen Befreiungskampfes stellen. Wir dürfen keine Selbstverstümmeler haben in unserem Kampf, und wie der Soldat, der sich selbst verstümmelt, ausgeschlossen wird, so muß es auch einmal dahin kommen, daß derjenige, der leichtsinnig die Waffe, die er für das Proletariat zu handhaben hat, verdirbt, seine Kraft verstümmelt, keine Möglichkeit mehr hat, als Vertrauensmann in unserer Partei zu fungieren, weil er das Vertrauen mit bestem Willen nicht mehr rechtfertigen kann. Dahin haben wir allerdings noch weit. Aber jetzt schon sind Sie auf Schritt und Tritt genötigt, die äußersten Opfer dieser Selbstverstümmelung aus Ihren Reihen auszuschließen; sorgen wir dafür, daß es bald dahin komme, daß wir auch die kleineren, chronischen, aber darum nicht weniger gefährlichen Alkoholschäden aus

unserer Partei, aus unserer Organisation ausrotten. (Lebhafter Beifall.)

(Verhandlungsprotokoll des Fünften ordentlichen Gewerkschaftskongresses Österreichs. Abgehalten vom 21. bis inklusive 25. Oktober 1907 im Arbeiterheim Ottakring zu Wien. Verlag A. Hueber, Wien. Separatabdruck als Broschüre des Arbeiter-Abstinentenbundes Wien.)

Alkohol und Befreiungskampf.

Der Kampf gegen die Alkoholvergiftung ist zunächst ein Kampf für individuelle Hygiene, für die Gesundheit des einzelnen. Der Verderb des Körpers und seiner einzelnen Organe, die Hemmung und Wertverminderung ihrer Funktion, die ganze Skala der Alkoholübel bis zum völligen Zusammenbruch, das sind zunächst persönliche Übel, herbeigeführt durch individuelle Ursachen, zu vermeiden durch persönliches Vermeiden dieser Ursachen. Das Individuum trinkt, das Individuum wird alkoholkrank, und wenn wir das Individuum zur Enthaltung vom Trinken bringen, so bewahren wir es persönlich von diesem Übel oder retten es vor seinen Folgen.

Der Kampf gegen den Alkohol ist also vor allem ein Werk persönlicher Aufklärung und Erziehung, ein Kampf von Mann zu Mann. Wer ihn aber ernst nimmt, sieht bald, daß ihm noch ein anderes entgegentritt als der Hang und die Gewohnheit des Individuums, der sieht bald, daß die Alkoholvergiftung auch eine soziale Tatsache ist, bedingt und befördert durch soziale Dinge, durch gesellschaftliche Zusammenhänge, durch den gesamten Zustand unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. In gewissem Sinne könnte man von einem Status alcoholicus der kapitalistischen Gesellschaft reden. Der Alkohol ist ein Teil der Unterdrückungsmaschinerie, er trägt dazu bei, die ausgebeuteten Klassen in jenem Zustand der Täuschung und der Unwissenheit, der Schwäche des Intellekts und des Willens zu erhalten, der bewirkt, daß sie sich Unterdrückung und Ausbeutung gefallen lassen. Aber eben diese Unterdrückung und Ausbeutung, eben dieses Elend ist auch der Boden, auf dem die Alkoholvergiftung aus einem persönlichen Übel zu einer sozialen Seuche erwächst. Wie in allen großen Zusammenhängen haben wir hier ein ganzes System der Wechselwirkungen von Alkoholismus und sozialem Elend miteinander

verknüpft, das sie beide als Ursache, beide als Wirkung erscheinen läßt.

Wer also den Alkoholismus brechen will, muß sich entschließen, das System zu brechen, auf dem er wuchert und das er seinerseits wieder stützt. Mit persönlicher Propaganda allein ist der Alkohol so wenig endgültig zu besiegen, wie die Tuberkulose aus der Welt zu schaffen ist durch Medikamente und Heilstätten allein. Gewiß: die Menschen werden erst gesund werden, wenn sie frei geworden sind.

Aber wiederum: Was ist der große Hebel im Befreiungskampf? Was ist die Macht, die endlich die Summe ziehen wird der kulturellen Entwicklung? —: Das täglich heller werdende Bewußtsein der arbeitenden Massen des Volkes, ihr täglich stärker werdender Wille. Die Revolutionierung der Gehirne, das ist die Hoffnung, das ist die Arbeit aller, die für die Zukunft der Menschheit kämpfen. Nun hat aber die Masse kein Gehirn, das nicht im Schädel des Individuums säße, und von der Gesundheit aller einzelnen Gehirne wird es in hohem Grade abhängen, wie schnell, wie gründlich und wie erfolgreich sich die Revolutionierung der Gehirne vollzieht. Wir brauchen die Gesundheit der Gehirne auf dem Wege zur Befreiung — die Organisation des Proletariats, die politische wie die gewerkschaftliche, wird um so leistungsfähiger, um so schlagfertiger sein, je nüchterner sie sein wird. Wir brauchen die Gesundheit der Gehirne erst recht, je näher wir dem Siege kommen. Das kämpfende Proletariat braucht Disziplin, das siegende Proletariat wird erst recht Selbstbeherrschung, Ruhe und Festigkeit brauchen.

Wer die Emanzipation von der Ausbeutung will, muß die Befreiung vom Alkohol wollen; und wer die Menschheit von dem Fluch der Alkoholvergiftung erretten will, muß eintreten in die Reihen der Kämpfer für die soziale Befreiung der Menschheit.

Nicht individuelle Bekämpfung des Alkoholmißbrauches oder Kampf gegen seine sozialen Ursachen, sondern beides muß unsere Aufgabe sein. Noch einmal: die Welt wird nicht entalkoholisiert werden, solange sie nicht frei wird; aber sie wird um so früher, um so leichter frei werden, je mehr nüchterne, gesunde Gehirne den Kampf für die Befreiung führen.

(„Der Abstinente“, Mainummer 1904. Wien.)

Arbeiterheim und Alkoholkonsum.

Auf dem Gesamtparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, Wien 1903, hatte in der Diskussion, die sich an das Referat des Genossen Dr. Richard Fröhlich über „Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage“ anschloß, Genosse Hieronymus Schloßnikel (Sternberg) die Frage der Arbeiterheime aufgeworfen, die am Alkoholkonsum interessiert seien: „Wir wollen die Abstinenz propagieren. Aber was sollen wir mit unseren Arbeiterheimen machen, die zum großen Teil auf dem Konsum von Bier und Wein beruhen? Mancher gute Abstinente ist sehr niedergeschlagen, wenn er am Ende des Monats erfährt, daß im Arbeiterheim einmal weniger Bier vertilgt wurde als sonst.“ Ihm antwortete in einer tatsächlichen Berichtigung

Adler: Ich habe gegen Schloßnikel zu bemerken: Es ist nicht richtig, daß Arbeiterheime, die vernünftig geführt werden, den Alkoholismus befördern; es ist nicht richtig, daß sie den Trinkzwang befördern, sondern sie heben den Trinkzwang auf. Nicht überall, wo Arbeiterheime gebaut werden, sind auch die Vorbedingungen dafür vorhanden, und es gibt gewiß solche Unternehmungen, die besser unterblieben wären. Aber wo die Vorbedingungen bestehen, geben gerade die Arbeiterheime die Möglichkeit, Lokale für unsere Organisationen zu schaffen, wo man bei den Sitzungen nicht immer Alkohol vertilgen muß. Es ist wahr, daß wir aus dem Alkoholgenuß einen Teil unserer Zinsen zu zahlen haben. Aber ich wünsche mir gar nichts weiter, als daß Dr. Fröhlich alle Arbeiter zu Abstinente macht. Dann werden wir uns sofort ein zweites Arbeiterheim gründen. (Heiterkeit und Beifall.)

(Protokoll des Gesamtparteitages der Sozialdemokratischen Partei in Wien 9. bis 13. November 1903. Volksbuchhandlung Wien.)

* * *

Ähnlich hatte sich Dr. Viktor Adler schon ein Jahr vorher in einer am 6. Oktober 1902 im Favoritener Arbeiterheim abgehaltenen Versammlung, in der Professor Dr. August Forel über „Die Organisation des Kampfes gegen den Alkoholismus“ referierte, geäußert. In der Diskussion begegnete er einem das Arbeiterheim betreffenden Einwand mit den Worten:

Genossen, werden Sie doch alle Abstinente und geben Sie mir nur den zehnten Teil dessen, was Sie früher für Bier ausgegeben haben, und wir werden kein Bier mehr ausgeben lassen, und ich verspreche Ihnen, daß wir neben diesem hübschen Arbeiterheim viel größere errichten werden, als heute zur Verfügung stehen!

(„Der Abstinente“, II. Jahrgang, Nr. 2, Februar 1903.)

Biersteuer und Abstinenz.

Im niederösterreichischen Landtag hielt Adler am 3. Juni 1902 eine Rede zum Budget, worin er unter anderem auch gegen die Biersteuer sprach.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Hingegen bin ich selbstverständlich überhaupt gegen diese Biersteuern, wie gegen jede indirekte Steuer, insbesondere eine solche, die auf den Verzehr der breiten Massen des Volkes gelegt wird. Die Biersteuer speziell ist eine solche, die nach mehreren Richtungen geradezu gemeinschädlich wirkt. Sie wissen sehr gut, daß durch die Erhöhung der Abgaben auf alkoholische Getränke der Verbrauch von Alkohol nicht eingeschränkt wird, sondern daß dadurch nichts anderes bewirkt wird, als daß schlechtere und gefährlichere alkoholische Getränke genossen werden.

Sie wissen auch sehr gut, daß die Form dieser Biersteuer eine solche ist, die eine umgekehrte Progression darstellt. Wir wünschen, daß die Steuern im Verhältnis zu dem Einkommen des Besteuernten aufgelegt werden. Die Steuer, wie alle Verzehrungssteuern, wirkt aber wie eine umgekehrte Progression; je weniger einer hat, je schlechteres Bier er trinkt, einen um so höheren Prozentsatz von seinem Verbrauch muß er an die Gemeinde für ihre Bedürfnisse bezahlen.

Es ist das eine auch von der Bevölkerung, von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft insbesondere klar empfundene Tatsache, und der Herr Bürgermeister von Mödling weiß sehr gut, daß gerade die Arbeiterschaft in Mödling in sehr energischer Weise gegen die von ihm geplante Biersteuer Stellung genommen hat.

(Stenographisches Protokoll des niederösterreichischen Landtages, 3. Sitzung vom 3. Juni 1902.)

Das Gesetz gegen die Trunksucht. KD

In der 34. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. März 1910 sprach Abgeordneter Dr. Adler zu der Regierungsvorlage über ein Gesetz gegen die Trunksucht. 11

Abgeordneter Dr. **Adler**: Meine Herren! Wir haben hier ein Gesetz vor uns, das eine Materie von ungeheurer Wichtigkeit, von der größten Bedeutung behandelt, welches aber selbst nicht bedeutend ist. Ich will gleich vorwegnehmen, daß ich bei der leider sehr absprechenden Kritik, die ich dem Gesetz angedeihen lassen muß, eine gewisse Befangenheit fühle; es

tut mir nämlich in der Seele weh, wenn ich mich in der Gesellschaft seh'. (Sehr gut!) Es tut mir sehr weh, daß ich die Rückverweisung in der Gesellschaft offener oder maskierter Schnapsinteressenten (Heiterkeit) befürworten soll, und in der Gesellschaft von Zünftlern, die nur Wirtsinteressen und Schnapsverkaufsinteressen darstellen, die überhaupt glauben, daß der konzessionierte Schnapsrausch eigentlich eine gottgefällige Handlung ist. (Heiterkeit.) Gerade mein unmittelbarer Herr Vorredner, der manches sehr Triftige gesagt hat, hat aber unter anderem auch die Angst erwähnt, die weite Kreise der konzessionierten Wirte ausstehen, weil in den Ausschänken beim Heurigen, wo ausgesteckt wird, es vorkommt, daß ganz unkonzessionierte Weinräusche und unbefugter Suff dort geduldet wird, solche Leute, erst wenn sie zu drei Vierteln schon besoffen sind, zu ihm kommen und dann erst das vierte Viertel in konzessioniertem Suff ergänzen. (Heiterkeit.) Dazu kommt, meine Herren, daß dieser Kampf gegen den Alkohol und gegen den Schnaps unter dieser merkwürdigen Patronanz der Regierung geführt wird. Schon im Jahre 1891, glaube ich, haben wir die erste Vorlage gehabt. (Berichterstatte Dr. Stojan: 1894!). 1891 haben wir die erste Regierungsvorlage gehabt, Hochwürden, die übrigens in vielen Punkten besser war als das, was uns jetzt vorgeschlagen wird. Das wird also unter der Patronanz der Regierung vorgeschlagen, die ja natürlich sich wie als Bekämpfer alles Schlechten, so auch des Schnapsgenusses darstellen muß, so wie sie ja auch bekanntlich gegen den Spielteufel ist, aber das kleine Lotto nicht aufheben kann. Es weiß doch jeder, und das muß von jedem Redner, der überhaupt den Mund dazu aufmacht, festgestellt werden, daß ein großer Teil der ganzen Finanzgebarung des Staates auf dem Schnaps ruht, und so durchseucht mit Schnaps ist kein Säufer, wie die ganze kapitalistische Wirtschaft und die Regierung mit Schnapsinteressen durch und durch verseucht ist. Daß also der Schnaps mit den innersten Wurzeln unserer ganzen Gesellschaftsordnung, unserer ganzen Staatsverfassung, mit der ganzen Aufrechterhaltung des Klassenstaates zusammenhängt, das will ich hier nur streifen und gar nicht näher erörtern. Das ist nur eine Seite, ich möchte sagen die staatsfinanzielle Seite der Sache. Wie aber erst der Alkoholgenuß mit der Aufrechterhaltung des Kapitalismus

zusammenhängt, wie die Massenvergiftung mit Alkohol dazu dient, um den bestehenden Zustand aufrechtzuerhalten und möglich zu machen, das brauche ich hier nicht näher auszuführen. Das ist der Grund, warum wir Sozialdemokraten seit vielen Jahren auf unseren Parteitag und mehr und mehr in allen Ländern die Bekämpfung des Alkohols als eine der wichtigsten Aufgaben auch der Sozialdemokratie erkannt haben. Wir haben hier ein Gesetz vor uns, das schon mit einer Falschmeldung anfängt. Der Titel ist schon falsch. Er heißt: „Bekämpfung der Trunksucht.“ Die Trunksucht wird selbstverständlich nicht bekämpft. Es handelt sich auch nicht um den Alkohol überhaupt, sondern es handelt sich ausschließlich um den Schnaps; nicht um Bier, nicht um Wein, dessen Gebrauch, verschieden nach den Landessitten und Bevölkerungsschichten, ebenso devastierend auf das Gehirn und die anderen Organe des Menschen wirkt und ebenso kulturzerstörend und degenerierend wirkt wie der Schnaps; davon ist in diesem Gesetz nicht die Rede. Es ist weiter nicht vom Schnaps überhaupt die Rede, sondern nur vom Schnaps der armen Leute. (So ist es!) Meine Herren! Ich gestehe offen, daß ich diesen Vorwurf am allerwenigsten mit Leidenschaft erhebe. Wenn die herrschenden Klassen sich degenerieren wollen, dann ist nur unsere Sorge, die arbeitenden Klassen von dieser Degeneration und ihren Wirkungen zu befreien. Ich habe gar nichts dagegen, daß sich der hohe Adel und was damit zusammenhängt, besauft, duelliert und was sie wollen, ich gönne meinen Feinden alle Laster. (Heiterkeit.) Das ist also kein Vorwurf, den ich gegen das Gesetz erhebe. Aber es ist eine Falschmeldung und noch eines, es ist eine Heuchelei; denn wenn man die Aufgabe des Gesetzes so einschränkt, dann darf man nicht von Laster reden und darf nicht an den besitzlosen Opfern dieser Seuche bestrafen, was man an den reichen Kavalieren oder — um dem hohen Adel nicht Unrecht zu tun — an der Blüte des Bürgertums, an unserer Universitätsjugend, leider als eine Tugend schätzt. (Zustimmung.)

• Meine Herren! Wir stehen allen Bestrebungen, den Alkoholgenuß einzuschränken, sympathisch gegenüber, wir möchten aber sehr wünschen, daß die Anstrengungen, die da von verschiedenen Seiten gemacht werden, und die Reden, die gehalten werden, die auch auf verschiedenen mehr oder minder

frommen Kongressen zu hören sind, auch eine praktische Betätigung finden würden, die aber in diesem Gesetz nicht vorliegt. Und ich sage gleich, wie weit es der Regierung und wie weit es diesem Hause Ernst ist mit der Bekämpfung des Alkohols, das werden wir nicht hier sehen — denn dieses Gesetz ist, wie ich mir noch nachzuweisen erlauben werde, leider zu einem Teil schädlich und zum anderen Teil ein Schlag ins Wasser, leider! — sondern das werden wir sehen bei der Schnapssteuer, wenn der Antrag, den Herr Abgeordneter K r e k bereits gestellt hat, zur Verhandlung kommen wird, mit dessen Tendenz wir uns vollständig einverstanden erklären und den wir durch weitere Initiativanträge fördern werden, wonach ein Teil, und zwar ein beträchtlicher Teil der Einnahmen, die der Staat bei dem Branntwein macht, bestimmt werde zur Bekämpfung der Trunksucht in einer gründlicheren und systematischeren Weise, als es durch dieses Gesetz erreicht werden kann.

Da, bei dieser Bestimmung werden wir sehen, inwieweit es den Herren Ernst ist. Meine Herren! Das ist doch charakteristisch: alles, was Sie hier in dem Gesetz finden, das kostet gar nichts; wenn Sie das viele Papier, das verschrieben werden wird — das auch so verschrieben wird — nicht rechnen, so kostet das Gesetz gar nichts; etwas Mühe den Beamten, und — was ich am meisten auszusetzen habe — ich fürchte, recht wenig Mühe, aber sonst kostet es nichts. Das, was man ursprünglich zugleich machen wollte und hätte machen müssen und ohne das das Gesetz wirklich ein Rumpfgesetz ist, ein Stückwerk, unhaltbar an und für sich: daß man für die Einrichtung von Trinkerheilstätten (So ist es!) und von Trinkerasylen vorgesorgt hätte, diese viel wichtigere Sache, als je dieses Gesetz werden kann, fehlt hier vollständig. Hier, in diesem Punkt werden wir sehen, ob wir diesem vom Alkoholteufel besessensten Staate etwas werden herausreißen können. Der Trunksüchtigste ist ja der Staat. (Heiterkeit.) Der Trunksüchtigste ist der Finanzminister (Sehr richtig!), und ob wir von ihm etwas bekommen werden für die Bekämpfung der Trunksucht, daran werden wir sehen, wie weit es den Herren Ernst ist.

Meine Herren! Vor allem will ich Ihnen gewiß keine lange Alkoholrede halten, so verlockend es wäre, einmal auch

in diesem Kreise, der es — ich spreche da gar nicht vom einzelnen — wirklich notwendig hätte, nach meiner Ansicht vielfach notwendig hätte (Heiterkeit), über dieses Kapitel zu vernünftigen Anschauungen zu kommen. (Berichterstatter Doktor Stojan: Ein Privatissimum zu hören!) Ja, so notwendig es wäre, ich will darauf verzichten; aber das kann ich mir nicht versagen, Sie immer wieder darauf zu lenken: der Alkohol ist ein Gift, das sich von anderen Giften dadurch unterscheidet, daß der Staat davon lebt und daß die Giftverabreichung nicht eingeschränkt, sondern durch einen großen Organismus, durch eine gewaltige Maschinerie fortwährend in Gang erhalten wird und so zur individuellen und Massenvergiftung führt — der Alkohol ist ein Gift und führt zur Krankheit. Meine Herren! Das Trinken ist gewiß nicht nur ein Laster, sondern es ist eine soziale Erscheinung und erwächst am allermeisten im größten Umfang auf dem Boden der sozialen Not — darüber ist kein Zweifel. (Zustimmung.) Diejenigen, die nur predigen: Hört auf zu trinken! heucheln, wenn sie das Trinken, den Hang, sich zu berauschen, die Realität zu vergessen, dadurch fördern, daß sie diese bitterste und traurigste Realität aufrechterhalten. Und, meine Herren, Sie dürfen nicht glauben, daß, wenn man vom Rausch spricht, es da der sinnlose Rausch sein muß; der chronische Rausch, das Wohlbefinden, die Zufriedenheit mit aller Welt, die durch ein gewisses Quantum Bier, Wein oder Alkohol erzeugt wird, diese fröhliche, zufriedene Stimmung mit Gott, der Welt und der hohen Regierung (Heiterkeit), das ist eines der Nebenprodukte für die Herrschenden, das sie bei ihrem Schnapsgeschäft einheimsen, ein Nebenprodukt, das politisch und kulturell nicht hoch genug eingeschätzt werden kann als eine der reaktionärsten, allen reaktionären Dingen am meisten dienende Erscheinung. Und darum, weil wir diese Zufriedenheit aus künstlich geschaffener Blindheit, weil wir diese Behaglichkeit aus künstlich geschaffennem Vergessen aller Tatsachen, die auf die Menschen drücken, aller Schandtaten, die die heutige Welt bietet und die den einzelnen, die den Proletarier drücken, darum, weil wir das für eines der reaktionärsten, die proletarische Bewegung am meisten behindernden Dinge halten, darum kämpfen wir auch mit einem gewissen Erfolg, kann ich sagen — gegen den Alkohol.

Aber, meine Herren, falsch wäre es — und das kann ich nicht oft genug sagen — falsch wäre es auch, zu glauben, daß umgekehrt die Trunksucht, daß die Alkoholkrankheit ihre einzige Bedingung in der sozialen Not hat, falsch wäre es, überhaupt Alkohol und Not in diesen einfachen, eindeutigen, ursächlichen Zusammenhang zu stellen, den es überhaupt in gar keinen Dingen gibt. In allen Dingen sind Wechselwirkungen. Es ist nicht wahr, daß die Armut von der Trunksucht kommt und es ist nicht wahr, daß die Trunksucht von der Armut kommt, sondern beide stehen in Wechselwirkung. Darüber ist ja kein Zweifel, und wir können schon — und wir haben gerade darin Erfolge — auch die ärmsten Arbeiter, auch die ärmsten Proletarier durch Aufklärung so weit bringen, daß sie einsehen, daß sie chronischen Selbstmord üben, Selbstmord an sich, Selbstmord an ihrer Klasse, wenn sie sich dem Trunke ergeben, und ich für meine Person füge hier bei, nicht nur dem Schnaps, sondern auch dem Bier und dem Wein. (Zustimmung.) Und ich sage den Arbeitern immer wieder: Niemand tut ihr damit einen Gefallen als den hohen Herren, die die Zügel führen, die die Zuchtrute über euch schwingen und die diesen Vorwand haben, daß ihr euch in künstlicher Unmündigkeit erhaltet, die außerdem noch mit der Tugend protzen können, weil sie nur im geheimen saufen und ihr öffentlich!

Meine Herren! Da wird gesprochen von Trunkenheitsexzessen, und mein unmittelbarer Herr Vorredner hat mit Genugtuung erzählt, daß in Wien, seitdem man die Schenken am Samstag nachmittags sperrt, wofür ich ja sehr bin, die Trunkenheitsexzesse zurückgegangen sind. Eine Maßregel, für die ich unbedingt bin, das will ich gar nicht bestreiten. Ich bin dafür, weil eine Gelegenheit, sich einen Rausch anzusaufen, weniger da ist, aber, meine Herren, die Trunkenheitsexzesse sind nicht das Gefährliche, der Exzeß ist nicht das Gefährlichste, individuell gefährlich ist der chronische Suff. Das Gehirn ist ja nicht das alleinige Organ, das durch den Alkohol krank wird. Darum haben ja all die Statistiken, auch die offiziellen, die die Regierung uns in dieser Vorlage gegeben hat, gar keinen Wert; denn da kommen ja nur Alkoholerkrankungen vor, insoweit sie das Gehirn betreffen, aber die Leberkranken, die Herzkranken, die Magenkranken, die Tausende und Zehntausende, die daran einfach zugrunde gehen, unterscheiden sich von den eigent-

lichen Trunksuchtserkrankungen, von den Alkoholikern, nur dadurch, daß sie unter einer anderen Diagnose an Alkohol kaput gehen und darum statistisch nicht erfaßt werden. Es gibt Leute, die ein sehr gesundes — sagen wir nicht gesundes — aber robust gebautes Gehirn haben. Die vertragen das halt leichter; der Kerl ist jedoch kaput gegangen an einer Säuerleber oder er kommt in eine ganz andere Abteilung und stirbt unbescholten. (Lebhafte Heiterkeit und Sehr gut!) Alle diese Einschränkungen sind ja falsch, und was den Trunkenheitsexzeß anlangt, so ist er nicht nur pathologisch das weniger Gefährlichste, denn er löst höchstens einmal einen akuten Tobsuchtsanfall aus, der nicht lange dauert bei jemand, der ohnehin immer an der Grenze steht, dessen Gehirn ein so labiles Gleichgewicht hat; und moralisch sind sie mir gar nicht unangenehm. Ich würde diese Leute nicht verstecken, sondern sie durch die Straßen führen, als abschreckendes Beispiel zeigen. Bei den Spartanern hat man Sklaven besoffen gemacht und herumgeführt und gemietet: Ich würde mir heute Studenten und Kavaliere aussuchen. Der Exzeß ist nicht das Gefährliche, im Gegenteil; natürlich der Staat, der doch alle Tugenden hat, auch die der Mäßigkeit, sucht nur zu verhüllen, der Staat ist ja prüde in allen Dingen, und das ist natürlich etwas, womit das ganze Schnapskapital von oben bis unten einverstanden ist: Der kleinste Wirt will keinen Exzeß haben, gesoffen soll werden, aber exzediert nicht. Wie geht der Vers, ich weiß ihn nicht mehr genau: „Schnaps zu brennen, ist sehr nobel, schön ist's auch Schnaps zu verkaufen, doch ganz niederträchtig elend ist es, Schnaps zu saufen.“ — Nämlich so viel, daß man einen Rausch bekommt.

Wenn aber der Verbrauch und das Trinken von Branntwein eingeschränkt werden soll — denn, wie gesagt, nur mit dem Branntwein beschäftigt sich das Gesetz —, so gibt es dazu nur zwei Mittel: Das ist vor allem Aufklärung und Agitation, das können wir hier nicht erwarten, dafür geschieht gar nichts. Das zweite ist: Die Verminderung der Gelegenheit, ihn zu kaufen. Wir müssen zugeben, daß damit nicht allzuviel erreicht wird, aber es wird etwas erreicht und es kann vielleicht ein Drittes vermieden werden, nämlich der Zwang, Schnaps zu kaufen, denn auch der ist vorhanden. Wir haben einen Trink-

zwang angeblich heute noch in den Gastwirtschaften, er besteht aber auch nicht mehr, die Vernunft der Agitation hat sich in den meisten Wirtshäusern schon Bahn gebrochen und man braucht sich heute nicht mehr zu genieren, wenn man kein Säufer ist, auch in einem ganz anständigen, eleganteren Lokal nicht. (Heiterkeit.) Aber es kommt noch etwas dazu. Der Schnapsschenker, möge er konzessioniert oder nicht konzessioniert sein, möge er eine eigene Schnapskonzession haben oder ein Kaufmann sein, der Schnaps nebenher ausschenkt, ist außerdem Schnapswucherer und zwingt — das gilt insbesondere für die proletarischen Schichten — zum Schnapskauf und gibt für Lebensmittel vielfach nur dann Kredit, wenn auch Schnaps genommen wird. Diese Dinge sind im Süden, in gewissen Alpenländern, aber insbesondere in Mähren, Schlesien und Galizien, außerordentlich ausgebildet und spielen eine sehr große Rolle in unseren Grubenarbeiterbezirken. Ich verweise diejenigen, die sich für diese ernsten Dinge interessieren, auf die wirklich vorzügliche Arbeit, die Dr. Wlassak über den Alkoholismus im Gebiet von Mährisch-Ostrau verfaßt hat. Da finden Sie auch die Tatsache festgestellt, daß der Schnapsverkauf heute nicht ausschließlich, ja nicht einmal hauptsächlich von den Schnapsschenkern, sondern daß eigentlich der Lebensmittelhändler, mag er nun heißen wie er will, derjenige ist, der die größten Mengen von Schnaps ausschenkt. Und da liegt große Gefahr und ich gestehe, ich würde eine Maßregel, die denjenigen, der Schnaps kaufen will, auf die Schnapsschenken verweist und dem Lebensmittelhändler verbietet Schnaps zu verkaufen, durchaus billigen, obwohl ich weiß, daß sich darüber niemand mehr freuen würde als die Schnapshändler, die dadurch natürlich augenblicklich ein für sie wertvolles Monopol bekämen und die Konkurrenten verlieren würden. Trotzdem würde aber der Schnapsverbrauch wirksam eingeschränkt werden. Aber ich weiß ja, daß ein solcher Antrag, heute gestellt, hier wahrscheinlich keine Majorität finden würde. (Abgeordneter Dr. H o r s k ý: Warum nicht?) Nun, wir werden ja im Sozialpolitischen Ausschuß sehen. (Berichterstatter Dr. S t o j a n: Da werden gewiß einige Herren zum Schutz der Lebensmittelhändler aufstehen!) Natürlich! Sie werden ja hören.

Wir haben soeben eine sehr beredte Kritik dieses Gesetzes von Herrn P a b s t gehört, aber ich bezweifle, daß er mit

einem solchen Vorschlag zur Bekämpfung des Alkohols einverstanden sein wird.

Eine andere Methode — und das wäre das Wichtigste, und das strebt ja auch angeblich dieses Gesetz an, das will es angeblich fördern — ist die Einschränkung der Schnapsverkaufsstätten. Das wird auf zweierlei Weise erreicht: 1. Durch den Konzessionszwang. Über den Wert des Konzessionszwanges haben wir unsere eigenen Gedanken. Jedermann weiß, daß der Konzessionszwang in den Händen der Gemeinden, in den Händen der Bezirke und der Länder ein Dispositionsfonds politischer Natur ist (Zustimmung), ich will nicht sagen ein Korruptionsfonds, das geht mir zu weit. (Rufe: Auch!) Aber sicher ist er ein Dispositionsfonds. Daß ich diesen Körperschaften zumuten soll, daß sie sich bei der Verleihung respektive Abweisung von Konzessionen ausschließlich von dem Gedanken der Alkoholbekämpfung leiten lassen, so optimistisch bin ich nicht. Ich weiß sogar, daß selbst hier in Wien, wo wir eine Gemeindevertretung, einen Magistrat und eine Statthalterei haben, die an allen Alkoholkongressen nicht nur teilgenommen, sondern eine Art Führung gehabt haben, die sich sogar, das muß man schon sagen, um manches ganz verdienstlich gemacht haben, sie lassen Dinge drucken, die mitunter ganz nützlich sind, wo es allerdings mitunter sehr schwer ist, eine Gasthauskonzession zu bekommen, aber nicht aus dem Grunde, weil man da etwa einschränken will, sondern weil das Monopol bleiben soll, ein Versuch, alkoholfreie Wirtschaften einzuführen, auf den größten Widerstand gestoßen ist.

Meine Herren! Manche von Ihnen erinnern sich vielleicht daran, daß vor mehreren Jahren der „Verein abstinenter Frauen“ im Volksheim draußen eine alkoholfreie Wirtschaft eingerichtet hat, die selbstverständlich vom Magistrat abgewiesen worden ist (Hört! Hört!), weil kein Lokalbedarf bestehe. (Heiterkeit.) Sie wurde aber dann von der Statthalterei bewilligt, es wäre ja ungerecht, das nicht festzustellen. Es wäre auch zu kraß gewesen, das abzuweisen.

Aber, meine Herren, der Magistrat ist ja auch eine alkoholfreundliche Behörde, die auf diese Dinge sehr viel Einfluß hat. (Abgeordneter Reumann: Organisationsstelle für das städtische Bier!) Wenn schon getrunken wird, warum soll da nicht städtisches Bier getrunken werden? (Heiterkeit.)



Dann ist aber ein anderer Versuch gemacht worden, in den Straßen auf Wagen Tee herumzuführen und insbesondere auf Märkten, wo sehr viel Alkohol konsumiert wird, in den Frühstunden heißen Tee und Kaffee auszuschenken, um den Leuten dort den Schnaps abzugewöhnen. Man muß das nur einmal mitgemacht haben; ich kenne diese Märkte aus früherer Zeit, wo ich häufig um diese Zeit nach Hause gegangen bin — nicht von einer Schnapsstudie, sondern von anderen Dingen — daher weiß ich und jeder, wieviel Schnaps da konsumiert wird. Diesen Leuten nun auf Wagen Tee und Kaffee zuzuführen, ist auch aus Gründen der Gewerbeordnung, der Zunftinteressen und des Lokalbedarfes mißglückt. Ich habe mich schon in manche schwere Geschichte hineinfinden müssen und habe manches kennengelernt, aber diese Wissenschaft habe ich nie erlernen können und ich habe alles aufgegeben, was mit dem Konzessionswesen zusammenhängt, das ist ein unentwirrbarer Weichselzopf von Interessen.

In der Schweiz, meine Herren, ja sogar in Deutschland, wo das Alkoholinteresse so stark ist, sind diese alkoholfreien Wirtschaften zu einem System ausgebildet, das geradezu großartig ist. Ich bitte jeden von Ihnen, der je nach Zürich kommt, sich das anzusehen. Das Interessanteste in Zürich sind diese kolossal großen alkoholfreien Wirtschaften, die sich selbst erhalten, glänzend geführt werden, billiger sind als jede andere und mehr und mehr die Arbeiter und kleinen Angestellten vereinigen, die heute oben am Zürichberg ein Erholungsheim, ein großes Rekonvaleszentenheim gegründet haben, eine Pension, wo man für ein paar Franken im Tage — dort natürlich haben sie Platz genug, sie sind ja übersetzt — leben kann. Was glauben Sie davon, hier eine solche Wirtschaft zu führen? Das fehlte uns noch, eine alkoholfreie Wirtschaft! Es ist kein Lokalbedarf! Glauben Sie, Sie würden das hier durchsetzen? Das ist ausgeschlossen. Wollen Sie einen Beweis dafür? Wir haben auch alkoholfreie Wirtschaften, ganz im kleinen, versteckte, von denen kein Mensch etwas wissen darf, von denen man gar nicht spricht. Das sind die kleinen Auskochereien in Privathäusern, wo so manche arme Studenten essen. Ich war nicht so arm, habe aber Kollegen zuliebe als Mediziner monatelang in so einer kleinen Wirtschaft gegessen, in der Schlüsselgasse, und es war sehr gut, sehr sauber, sehr nett. Wir haben

dort halt kein Bier und keinen Wein bekommen. Diese kleinen Auskochereien, wie man sie nennt, damit die Geschichte recht unappetitlich aussieht (Heiterkeit), die werden von den Wirten auf das alleräußerste verfolgt. (Abgeordneter N ě m e c: Und von den Behörden!) Die Behörden sind ja nur ein Ausschuß der Wirte, das versteht sich von selbst. Ja, meine Herren, da können Sie sich vorstellen, wenn solche Tendenzen obwalten, was wir von diesem Gesetz erwarten können. Die Regierung hat ursprünglich beabsichtigt und vorgeschlagen, es sollen die Verkaufsstätten für Schnaps so eingeschränkt werden, daß auf 500 Einwohner nicht mehr als eine Verkaufsstätte kommt. Als Maximalzahl könnte man das ruhig gelten lassen. Die Regierung ist seit dem Jahre 1891 Schritt für Schritt vor diesem Vorschlag zurückgewichen. Der Herr Abgeordnete P a b s t sagte, er möchte ein Rahmengesetz haben, wo hier beschlossen wird, was wir wollen, wo aber jedes Land, jeder Landtag, sich das einrichten kann, wie er will, weil dort die Schnapsinteressenten, je weiter man hinunterkommt, desto stärker sind. Wir haben ein solches Rahmengesetz. Das ist das schlimmste. Wir haben jetzt endlich ein Rahmengesetz bekommen, was zum Glück kein Rahmengesetz für die Legislative ist — es wäre noch schlimmer, wenn das den Landtagen überlassen würde —, sondern ein Rahmengesetz für die Exekutive. Es ist nämlich den Statthaltereien, den Landesstellen überlassen, solche Verhältniszahlen aufzustellen und danach die Verkaufsstellen für Branntwein zu bestimmen. Wenn wenigstens in dem Gesetz stünde, die Landesstellen sind verpflichtet, solche Verhältniszahlen aufzustellen; aber dazu sind sie nur ermächtigt. Ich habe nicht viel Vertrauen zu den alkoholgegnерischen Bestrebungen des Ministeriums des Innern, daß es die Landesstellen zwingen wird, das auch durchzuführen, noch weniger Vertrauen habe ich aber zu all den verschiedenen Landesstellen selbst. Es mag sein, daß wir in einzelnen Ländern bessere Bestimmungen bekommen wie hier, welche ein vernünftiger Landeschef, der etwas Energie hat und sich vor den Schnapsleuten nicht fürchtet, vielleicht durchführt. Aber es wird auch Länder geben, wo nichts geschieht und wo die Ermächtigung einfach auf dem Papier bleibt. Schon darum, meine Herren, ist das vorliegende Gesetz, wie es ist, ein Schlag ins Wasser. Ich gebe zu, daß wir sehr bescheiden

sein müssen angesichts der Tatsache, daß dem Alkohol große Mächte zur Seite stehen und die Alkoholgegner heute leider Gott noch sehr schwach sind. Ich gebe zu, ich bin der letzte, der nicht kleine Dinge gern nimmt, ohne darum auf den Kampf für weiteres zu verzichten, ich würde das sehr gern einstecken und nehmen, wenn es noch so wenig ist, aber Null ist halt sehr wenig und außerdem haben wir andere Dinge in dem Gesetz, die es unmöglich machen, es anzunehmen. Für eine nichts-sagende, in ihrer Wirkung zweifelhafte Reform sollen wir eine schwere Gefährdung gerade für die Besitzlosen einhandeln. Und das wollen wir nicht. Wir haben nämlich die strafgesetzhchen Bestimmungen, die sich in zwei Gruppen teilen. Gegen die eine Gruppe, welche die Wirte treffen soll, habe ich gar nichts einzuwenden im Gegensatz zu meinem Herrn Vorredner. Wenn der Wirt vor sich den Paragraphen sieht, daß er einem Betrunknen nicht einschenken soll, so wird ihn das vielleicht doch abhalten, wenn er der Gunst des Polizeimannes nicht schon sicher ist, die übrigens — ich will keinen Polizeiwächter beleidigen — selbst auf Grund eines Verstoßes gegen das Trunksuchts-gesetz unschwer zu bekommen ist. Aber lassen wir das! Immerhin kann dieser Paragraph abschreckend wirken, wenn er auch mitunter zu Vexationen der Wirte führt. Das halte ich aus. Wenn der Wirt das einmal nicht verdient hat, abgestraft zu werden, so hat er es wegen der anderen Male verdient, wo man ihn nicht erwisch't hat. (Heiterkeit.) Das kann man ruhig sagen.

Nur ist gerade in diesem Gesetz eine furchtbar komische Bestimmung enthalten. Wir haben den § 6, der von den Automaten handelt. Ich halte diese Automatengeschichte nicht für sehr wichtig; ich glaube nicht, daß gegenwärtig sehr viele Automaten mit Schnaps bestehen. Wenn aber dieses Gesetz zustande kommt, dann schafft sich jeder Wirt einen Automaten an. Er wird dann einfach, wenn einer zu ihm kommt, von dem er nicht weiß, ob er schon volltrunken oder nur angesäuselt ist — es wäre mitunter für einen geübten Psychiater schwer, das festzustellen, der Wirt soll es aber verstehen — sagen: Ja wozu soll ich mich in die Gefahr begeben? Der Mann soll sich automatisch besaufen. (Lebhafte Heiterkeit.) Was kann man denn mit dem Automaten machen? Dem wird man es nicht ansehen, beim wievielten Glas Schnaps er in Funktion getreten

ist. Allerdings wird mit dem Automaten sehr heikel umgegangen; er wird ein bißchen eingeschränkt und soll nur dort aufgestellt werden, wo die Behörde dafür ist. Will man ihn vielleicht hier im Couloir aufstellen? (Heiterkeit.) Dann wäre er ganz ungefährlich. Ich wollte Ihnen an diesem Beispiel nur zeigen, wie wenig Wert die Bestimmungen gegen die Wirte haben. Immerhin bin ich dafür; vielleicht ist es eine Vogel-scheuche, die doch ein wenig abschreckt.

Hingegen sind die Bestimmungen, welche die sogenannten Trunksüchtigen treffen sollen, absolut nicht zu rechtfertigen. Es geht nicht an, den Trinker zu bestrafen anstatt ihn zu heilen. Es geht nicht an, ihn in seiner Klassenlage, in seinem Elend zu belassen, ihn durch die ganze Maschinerie unserer Wirtschaft zum Suff zu verführen, der Aufklärung über das Trinken aber Hindernisse in den Weg zu legen. Es mag jetzt vielleicht besser geworden sein. In Galizien ist einmal ein Geistlicher, der für die Abstinenz gepredigt hat, ins Irrenhaus gekommen, wenn ich nicht irre. (Heiterkeit und Rufe: Hört! Hört!) Jawohl. Es ist nicht sehr lange her, da hat man nicht den Trunksüchtigen für geisteskrank gehalten, sondern den, der nicht trinkt. (Abgeordneter Dr. Diamand: Das hat wahrscheinlich die Finanzlandesdirektion besorgt! — Heiterkeit.) Das ist sehr wahrscheinlich. Man darf also nicht den Mann in seiner Notlage belassen und aus seinem Trunk Vorteile zielen, wenn er aber wirklich zu viel trinkt, ihn bestrafen.

Es heißt in dem Gesetz, daß derjenige zu bestrafen ist, der innerhalb eines halben Jahres wiederholt an einem öffentlichen Ort im Zustand offener Trunkenheit betroffen wird. Was ist das für ein öffentlicher Ort? Ist das der Jockeyklub? (Heiterkeit.) Ist das — verzeihen Sie — das Couloir unseres Abgeordnetenhauses, wo solche Fälle auch vorkommen? Sind es die Orte, wo sich die elegante Welt versammelt? Nein! Diese Trunksüchtigen werden in den Gummiradler verpackt oder jetzt mit dem Auto nach Hause geschafft und am anderen Tage dürfen sie sich wieder in den Zustand offener Trunkenheit begeben. (Heiterkeit.) Oder glauben Sie, bei der ganzen Handhabung unserer Gesetze und Verwaltung, daß Studenten, die im Zustand offener Trunkenheit, nicht exzedieren — dafür hat man einen eigenen Ausdruck, exzedieren ist ordinär, das tun nur Proletarier, Studenten randa-

lieren (Heiterkeit) oder sie veranstalten einen Bierulk auf der Straße — wegen des Zustandes offenkundiger Trunkenheit etwas geschehen wird? Gar keine Spur. So viel Respekt hat doch ein jeder Wachmann vor dem noblen Suff, vor dem reglement- und kommentmäßigen Suff, daß er weiß, daß das die richtige Vorbereitung für die höheren Staatsämter ist, wo es dem Manne sehr gut tun wird, wenn er der ersten Leidenschaft der Jugend losgeworden ist und das überflüssige ideale Feuer ein bißchen hat abbrennen lassen, damit das richtige Phlegma, wie es der Bürokrat braucht, um so sicherer zurückbleibe. (Lebhafte Heiterkeit.) Also davon kann gar keine Rede sein.

Wen wird man packen? Doch immer nur den armen Arbeiter, der wirklich über den Durst getrunken hat, was wir ja gar nicht leugnen, der wirklich betrunken ist und der zu seinem Elend nun auch noch wegen Übertretung mit Arrest von einem Tag bis vier Wochen bestraft werden und dann für sein ganzes Leben mit dem Stigma der Bescholtenheit herumgehen soll. Während der reiche Mann ein nobler Kerl und unbescholten ist, ja im Gegenteil, sich noch etwas darauf einbilden kann, wird der Arbeiter bestraft und unterliegt noch, was wir nicht unterschätzen wollen, der tendenziösen Verfolgung durch Partei- und Klassenfeinde. (Zustimmung.) Das können wir nicht akzeptieren. Wenn das hohe Haus oder die Parteien, die das Gesetz unterstützen, uns sagen, es stehe im Gesetz, daß die Judikatur über die Übertretungen den Bezirksgerichten zugewiesen sei, so ist mir der Richter aus zwei Gründen durchaus keine Garantie. Erstens kann der Richter nur den verurteilen oder beurteilen, der ihm hingestellt wird, und es wird da der größte Unterschied bestehen. Der Anzeiger ist in dem Falle schon der Richter (Zustimmung) — das dürfen Sie nicht vergessen — weil es ja keinen Beschädigten gibt, der sonst die Anzeige macht. Und zweitens soll das Bezirksgericht darüber urteilen, ob der Mann vor sechs oder vier Wochen, vor acht oder selbst drei Tagen — Zeugen sollen das angeben — besoffen war oder nicht. Wenn jemand ein gewissenhafter Richter wäre, müßte er vor allem feststellen, ob nicht die Zeugen oder die Anzeiger zu derselben Zeit zwar nicht offenbar, aber klandestin gesoffen haben. (Heiterkeit.)

Das wird gerade von den Gegnern des Alkohols, von den Abstinenten, die von der Alkoholfrage wirklich was verstehen,

direkt als ein Klassengesetz bezeichnet und einem solchen können wir unsere Zustimmung unter gar keinen Bedingungen geben.

Damit Sie aber nicht meinen, daß wir hier nur solche Fanatiker sind und den Verfolgungswahn haben, daß alles gegen die Arbeiter ausgenutzt wird, will ich Ihnen einige Zeilen aus einem Werke eines Mannes vorlesen, der von der Sache etwas versteht, des Professors Aschaffenburg, eines ersten Fachmannes in Deutschland, der in einer vergleichenden Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechtes in einer längeren Abhandlung folgende Sätze ausspricht (liest):

„Trunksuchtsgesetze halte ich für überflüssig, wenigstens soweit sie die Trunkenheit zum Gegenstand strafrechtlicher Folgen machen. Der Kampf gegen den Alkohol kann nicht dadurch geführt werden, daß man einzelne Trunkene auf der Straße herausgreift. Die Erfahrungen der Länder, die die öffentliche Trunkenheit mit Geld- oder Haftstrafen bedrohen, können nicht gerade dazu ermutigen, diesen Weg auch einzuschlagen. Der Besitzende, der im Wagen nach Hause fahren kann, bleibt vor der Strafe geschützt und dadurch wird die Gefahr einer Klassenjustiz lebendig. Der wesentliche Grund aber ist der, daß die kurzen Geld- oder Haftstrafen sich erfahrungsgemäß als völlig wirkungslos gezeigt haben. (Zustimmung.) Nur da, wo man die Behandlung des Trinkers in den Vordergrund treten läßt, können Erfolge erzielt werden. Aber dazu erscheint ein Trunksuchtsgesetz überflüssig.“
usw.

Ja, meine Herren, wer den Trinker als einen Verbrecher anstatt als einen Kranken ansieht, der versteht überhaupt nichts von der Sache. Der Trinker ist einer, der demoralisiert ist, der von seiner Not und von seinem Laster dazu gebracht ist. Das hängt ja miteinander zusammen. Der individuelle Trunk kann von der Not unabhängig sein. Das zeigt sich, obwohl der obligate Müßiggang und die erbliche Belastung mit sehr vielen noblen Ahnen auch ein soziales Verhängnis ist. Aber davon abgesehen, haben wir bei der Trunksucht genau dieselbe Erscheinung wie bei allen anderen Krankheiten. Die Alkoholseuche ist nicht die einzige Seuche, die auch sozial bedingt ist. Die Blattern, der Scharlach, der Typhus, von der Tuberkulose gar nicht zu sprechen, findet sich viel häufiger

in proletarischen Vierteln und wird durch die dort bestehenden Verhältnisse bedingt. Deshalb werden wir aber nicht darauf verzichten, individuelle Abwehrmaßregeln gegen die Ansteckung zu treffen. Aber wir können doch einen Mann, der das Objekt ist, an dem sich die Krankheit zeigt, der das Opfer aller dieser Zustände ist, nicht abstrafen. Das ist sinnlos und schon aus diesem Grunde müssen wir das Gesetz an den Ausschuß zurückweisen.

Meine Herren! Ich habe vielleicht Ihre Geduld schon zu lange in Anspruch genommen. Ich wiederhole, daß es mir wirklich ernstlich, persönlich wehe tut, daß ein solches Gesetz jetzt nicht zustande kommen soll, weil ich die Bekämpfung des Alkoholismus in der Arbeiterschaft für eine meiner wichtigsten persönlichen Aufgaben halte. Sie ist mir eine Herzenssache. (Beifall.) Ich kann Sie versichern: Wir haben im großen Umfang Erfolge erzielt, die nicht nach der Zahl der Abstinenten einzuschätzen sind — ich mache darauf aufmerksam, daß da ein Unterschied besteht. Eine große Anzahl unserer tüchtigsten Parteigenossen — entschuldigen Sie, daß ich mich auch dazu zähle — sind schon seit vielen Jahren Abstinenten. Diese Beispiele haben bewirkt, daß in weiten Kreisen der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsvertrauensmänner und darüber hinaus bis in die Werkstätte hinein die Trinkgewohnheiten sehr abgenommen haben. Aus meiner eigenen Erinnerung weiß ich, daß eine Versammlung unserer Leute vor 20 Jahren ganz anders ausgesehen hat, als sie zum Glücke heute aussieht. Unsere Arbeiterheime können wir allerdings nicht alkoholfrei machen; dadurch würden wir ihren Zweck gänzlich verfehlen und wir hätten sie leer. Aber sie wirken ganz nach der Tendenz des Göttenburger Systems, sie schaffen nämlich tatsächlich Versammlungsorte für den Arbeiter, wo er vom Trinkzwang frei ist. Das äußert sich in einem direkten Rückgang selbst des Bierkonsums, vom Schnapskonsum gar nicht zu reden.

Da bekomme ich heute von den Schnapsleuten, von der „Genossenschaft der konzessionierten Spirituossenschenker in Wien“, etwas zugeschickt — Sie werden das auch bekommen haben. Sie warnen uns vor dem Gesetz — wie gesagt, es tut mir leid, daß ich diesen Leuten da einen Gefallen tun muß — jammern, daß der Alkoholkonsum im Verhältnis zur Be-

völkerung zurückgeht (Heiterkeit) und sagen (liest): „Die höhere Intelligenz der Arbeiterschaft, ihr gehobener Klassengeist, die strammen Organisationen, in welchen gegen das Branntweintrinken energisch Stellung genommen wird, sowie die vielen Abstinenzvereine haben zur vorangeführten tatsächlichen Abnahme des Branntweinkonsums wesentlich beigetragen.“ (Heiterkeit.) Es tut mir leid, mich gerade auf dieses Zeugnis berufen zu müssen, aber sachverständig sind ja schließlich die Leute. (Lebhafte Heiterkeit. — Abgeordneter Cech: Bilinski sorgt ja auch für die Abnahme des Konsums!) Nun, das macht nichts aus!

Es läßt sich also auf diese Weise etwas machen. Wir wissen, daß dann ein Antrag auf Rückverweisung dieses Gesetzes an den Ausschuß gestellt werden wird, und ich würde sehr wünschen, daß dieses Gesetz nach zwei Richtungen geändert vom Ausschuß zurückkäme: verschärft in gewerberechtlicher Hinsicht und, wenn schon die Trennung des Schnaps Handels vom Lebensmittelhandel nicht ausgesprochen wird, was ich zwar wünsche, worauf ich aber jede Hoffnung aufgeben muß, doch zumindest mit Restituierung der Verhältniszahl in das Gesetz. (So ist es!) Im äußersten Falle bitte ich mindestens um einen Zwang gegenüber den Statthaltereien, die Sache gründlicher durchzuführen.

Ich habe absichtlich die kleinen Details bezüglich dieser gewerberechtlichen Bestimmungen, wo sie einander widersprechen usw., nicht aufgezählt, weil das ermüden würde, das kann man ja dann machen. Heute steht die Geschichte tatsächlich so, daß die Branntweinschenken, zum Beispiel um einen Schacht herum — weil gerade von Ostrau die Redewar — gesperrt werden, die anderen Herren aber, die vom Zwang nicht getroffen werden, sperren auf, zu ihnen kommen dann die Leute und saufen. (Abgeordneter Dr. Ritter v. Demel: Und machen das Geschäft!) Daß sie das Geschäft machen, mag Ihnen bedauerlich sein, Herr Abgeordneter v. Demel, mir ist das Wurst, ich will, daß keiner es macht.

Von Einzelheiten abgesehen ist dies also die eine Richtung, in der das Gesetz verschärft werden sollte. Zweitens aber ist das Gesetz, selbst wenn es etwas verbessert werden würde, für uns noch immer unannehmbar, wenn die Strafbestimmungen aufrechterhalten bleiben. (Lebhafter Beifall und Hände-

klatschen.) Wenn der Antrag auf Rückverweisung an den Ausschuß, den ich dem Herrn Kollegen, der ihn zu stellen beabsichtigt, nicht vorwegnehmen will, gestellt wird, werden wir ein Amendement nach zwei Richtungen hinzufügen: Erstens daß wir wünschen, daß der Ausschuß mit möglichster Beschleunigung wieder referiert. Denn das Gesetz soll nicht vertelt werden. Wir haben heute ein funktionsfähiges Haus, wir brauchen nicht, wie früher immer, zu glauben, es könne nur durch Gottes gnädige Fügung geschehen. Wir sind Herren unserer Tagesordnung und unserer Arbeit, wir können das Gesetz sehr gut in ein paar Wochen wieder haben. Zweitens werden wir den Antrag stellen, daß diese Rückverweisung an den Ausschuß mit dem Auftrag erfolgt, die Strafbestimmungen gegenüber der Trunksucht auszuschließen. Damit schließe ich. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen — Redner wird beglückwünscht.)

(Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses,
34. Sitzung vom 17. März 1910.)

Zum Gründungsfest des Arbeiter- Abstinentenbundes.

Wenn der Arbeiter-Abstinentenbund heute auf zehn Jahre agitatorischer und organisatorischer Arbeit zurückblickt, so darf er sich seiner Erfolge freuen. Der unermüdliche Eifer der proletarischen Propagandisten des Kampfes gegen die Alkoholvergiftung hat Ergebnisse gehabt, die nicht etwa allein an der wachsenden Zahl der Vereinsmitglieder zu messen sind, sondern weit darüber hinausgehen.

Wenn man an die Anfänge der Bewegung in Österreich denkt, die freilich etwa zwanzig Jahre zurückliegen, so wird man den ungeheuren Fortschritt ermessen können, der erzielt worden ist. War die Abstinenzbewegung damals von den Massen der Arbeiterschaft bis in ihre geistig vorgeschrittensten Schichten im ersten Jahrzehnt als die Angelegenheit einiger Sonderlinge und komischer Käuze angesehen, der jeder Ernst abgesprochen wurde, so hat sie heute moralisch längst den Sieg über Unverstand und Gleichgültigkeit errungen.

Fast jeder größere Betrieb ist der Schauplatz eines unausgesetzten Kampfes gegen den Alkohol, der das freilich leider langsame, aber deutlich erkennbare unaufhaltsame

Zurückdrängen der Trinksitten zur Folge hat. Die Trinksitte hat in weiten Kreisen des industriellen und insbesondere des sozialdemokratischen Proletariats den Charakter des Zwanges verloren. Das will ja bei weitem nicht sagen, daß die Mehrheit der Arbeiter abstinent geworden ist. Davon kann vorläufig noch gar keine Rede sein. Aber mehr und mehr neigt sich die öffentliche Meinung gerade in proletarischen Kreisen der Überzeugung zu, daß der Proletarier als Klasse wie als Individuum in der Alkoholvergiftung einen seiner gefährlichsten Feinde zu bekämpfen hat.

Für diesen Wandel der Anschauungen zeugen nicht nur die Beschlüsse unserer politischen und gewerkschaftlichen Kongresse, sondern vor allem das Bild, das diese Zusammenkünfte selbst, die größten wie die kleinsten bieten; überall sehen wir nicht etwa schon durchgängige Abstinenz, aber wir sehen unverkennbar den Alkohol auf dem Rückzuge. Nichts soll uns ferner liegen, als das Erreichte etwa zu überschätzen; gerade die eifrigsten Kämpfer wider die Alkoholvergiftung wissen selbst am besten, wie viel noch zu tun ist, ja daß wir trotz alledem bisher noch immer bei den ersten Schritten halten. Aber das Erreichte gibt Mut und Kraft zur Ausdauer auf dem beschrittenen Wege.

Zu den günstigen Bedingungen, unter denen die Anti-alkoholbewegung in Österreich aufgetreten ist, gehören vor allem zwei Umstände. Erstens, daß sie dank der Klugheit und geistigen Überlegenheit ihrer ersten Vertreter, unter denen man die Genossen Fröhlich und Wlassak immer mit Verehrung nennen wird, von Anfang an von allen hemmenden Äußerlichkeiten fanatischer Sektiererei freigehalten wurde und, was noch viel wichtiger, ja der entscheidende Punkt ist, daß sie von vornherein als ein Stück des proletarischen Befreiungskampfes erkannt wurde und in steter Fühlung mit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation blieb. Vielleicht legte dieser sorgfältig erhaltene Zusammenhang hie und da manche unbequem erscheinende Rücksicht auf; aber das hat sich reichlich gelohnt und zahllose Hemmungen für das Wachsen der Erkenntnis sind dadurch beseitigt worden.

Täglich wächst die Zahl der Abstinenten unter den Genossen, die in den wichtigsten Vertrauensämtern zu arbeiten haben, und längst sind wir gewöhnt, den Mann, der gegen den

Alkoholeinbruch in sein Hirn geschützt ist, um ein Stück kampffähiger zu halten und von ihm dementsprechend unter sonst gleichen Umständen höhere Leistungen mit größerer Sicherheit zu erwarten.

Der Krieg, dessen Entsetzen all unser Denken bannt, hat die Frage nach dem Nutzen der Alkoholvergiftung auf die offizielle Tagesordnung gesetzt*).

Aus den verschiedensten Ländern kommen Nachrichten von alkoholgegnerischen Maßregeln. Freilich muß man fürchten, daß vieles davon nur auf dem Papiere bleibt, aber es läßt sich nicht verkennen, daß das Verhältnis auch der Regierungen zum Alkohol sich wesentlich geändert hat und daß man selbst in Kreisen, wohin die klarsten Wahrheiten am spätesten dringen, anfängt, die Massenvergiftung durch Alkohol als Gefahr zu erkennen. Leider sind gerade in Österreich die Konsequenzen nicht mit der erforderlichen Energie gezogen worden, und manche auch opfervolle Leistung, die sich gewiß im besten Glauben als „Labedienst“ gibt, könnte weit nutzbringender sein, wenn sie alkoholfrei wäre. Immerhin wird auch der Kampf gegen den Alkohol nach dem Kriege ganz andere Bedingungen vorfinden, und es wird auch auf diesem Gebiet ein reiches Arbeitsfeld für unsere Organisationen geben.

Mit vollem Vertrauen dürfen wir erwarten, daß auch unser Arbeiter-Abstinentenbund das Seinige leisten wird, und daß er im zweiten Jahrzehnt seines Bestandes eine arbeitsvolle Ernte nach arbeitsvoller Aussaat einbringen wird.

(„Der Abstinente“, 14. Jahrgang, Nr. 10 bis 12, Oktober bis Dezember 1915).

Ein Brief Adlers an den Arbeiter- Abstinentenbund.

Wien, 16. März 1918.

An den geehrten Arbeiter-Abstinentenbund.

Wien.

Werte Genossen!

Für Ihre freundliche Einladung zur Generalversammlung danke ich Ihnen aufs beste, bedaure aber, daß ich wahrscheinlich von ihr keinen Gebrauch werde machen können. Ich bin

*) Die hier fehlende Stelle wurde von der Kriegszensur unterdrückt.

seit einer Woche leidend und bisher nicht ausgegangen. Ich bedaure das um so mehr, nicht nur weil ich an der Entwicklung Ihres Vereines, wie Sie wissen, seit Jahren den wärmsten Anteil nehme, sondern auch darum, weil ich meine, daß gerade jetzt Ihre Tagung eine ganz besondere Bedeutung haben dürfte. Ihre jahrelange, fleißige und opfervolle Arbeit hat gute Früchte getragen. Aber ich habe den Eindruck, als würden gerade jetzt neue Aufgaben ernstester Art an alle herantreten, die für die Befreiung von der Alkoholpest eintreten und arbeiten wollen. Der Übergang von den Greueln des Krieges zu den Greueln, die uns der Friede bringen wird, hat doch bewirkt, daß in umfangreicherer Weise wie bisher auch von den staatlichen und sonstigen offiziellen Faktoren Abwehrbewegungen gemacht werden. Insbesondere ist zu hoffen, daß das soeben beschlossene Ministerium für Volksgesundheit eine größere Aktion einleiten dürfte, Fürsorgestellen einrichten wird, die, wenn sie wirken sollen, sich unbedingt der bestehenden Organisationen als Helfer bedienen müssen. Hier kann nur ein systematisches Zusammenarbeiten wirken. Damit tritt auch an Sie, werte Genossen, eine ernste Pflicht heran. Ich weiß, welche Abneigung besteht, und ich habe sie nicht minder wie jeder von Ihnen, mit Organisationen, die unserer Partei nicht angehören, die auf bürgerlicher oder religiöser Grundlage aufgebaut sind, in nähere Berührung zu treten. Aber ich sehe voraus, daß es nötig sein wird, und weiß bestimmt, daß wir Sozialdemokraten auf diesem Punkte wie auf jedem andern unsere Pflicht in jeder Weise erfüllen werden. Wir haben nichts zu fürchten von dieser gemeinschaftlichen Arbeit, das hat sich an hundertfältigen anderen Stellen während des Krieges schon gezeigt. Nicht **wir** werden von ihrem Wesen angekränkt, vielmehr häufig die andern von einem Strahl sozialdemokratischen Geistes erfaßt und mitgerissen. Jedenfalls aber ist die Art von hingebender und individualisierender Arbeit, die notwendig und vielfach durch Beschaffung der Mittel erst jetzt möglich sein wird, eine Arbeit, die nur von einer proletarischen Organisation, also zunächst von Ihrem Vereine geleistet werden **kann** und darum **muß**. Würde ich morgen Gelegenheit haben, mit Ihnen zusammenzukommen, so würde ich mich freuen, über diese mir jetzt am dringendsten erscheinende Sache weitere Aussprache pflegen zu können. Da

das wahrscheinlich nicht möglich ist, habe ich mir gestattet, veranlaßt durch den Umstand, daß die Errichtung des Gesundheitsministeriums mich in der letzten Zeit vielfach beschäftigt hat, wenigstens mit einem Wort diesen Punkt zu berühren und setze voraus, daß die Versammlung sich irgendwie damit beschäftigen wird.

Jedenfalls, wer te Genossen, bitte ich Sie, meine Abwesenheit zu entschuldigen und bin mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag Ihr ergebener

Victor Adler.

II.

Adler über allgemeine Volks- hygiene.

Allgemeine Volkshygiene.

Im Juni 1893 hielt Adler unter dem mit Rücksicht auf die Polizei absichtlich harmlos gewählten Titel „Über Sprichwörter“ einen Vortrag über den Zusammenhang der Volksgesundheit mit den sozialen Verhältnissen. Der Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ darüber lautet:

Wien. Am 10. Juni, 8 Uhr abends, fand im Saal „Zur roten Bretze“ eine von 700 Personen besuchte allgemeine Vereinsversammlung mit einem Referat von Genossen Dr. Adler „Über Sprichwörter“ statt. Der Referent sagte unter anderem:

Die Behauptung, Sprichwörter seien Wahrwörter, wird sich als eine falsche erweisen, sobald das Volk diese ihm bei jeder Gelegenheit dargereichten, stark abgenützten Münzen nach ihrem Werte prüft und nachwiegt. „Morgenstund' hat Gold im Mund“, lernen wir schon in unserer Kindheit. Nun, jenes Bäuerlein, welches seinem hungrigen Gaul ein Bündel Heu an einer Stange vor der Nase befestigte, um denselben trotz wenig Futter zum Laufen anzuspornen, zeigt uns, was es für ein Bewandtnis mit dem Golde hat, das wir schon so viele Morgen suchen und das sich trotzdem noch immer in den Taschen derjenigen befindet, welche nicht wissen, wie es vor 9 Uhr auf der Gasse aussieht.

Die Volksschule lehrt uns manches Hübsche, aber was für das Volk so wichtig ist, die Grundzüge der Hygiene, daß der Mensch täglich soundso viel Stoff benötigt, um die verbrauchten Kräfte wieder zu ersetzen, daß er zu seinem Gedeihen Luft und Licht und last not least auch der körperlichen und geistigen Erholung bedarf, das wird ängstlich totgeschwiegen, denn Salz und Brot macht Wangen rot.

Mäßigkeit predigt man uns im Essen und Trinken und zeigt uns als abschreckendes Beispiel, wie der Reiche mit seinem überladenen Magen und vor lauter Nichtstun überspannten Nerven sich schlaflos auf seinem Lager wälzt, während der Arbeiter in einen erquickenden, göttlichen Schlaf verfällt; ein Beweis, wie schwer jene armen Reichen an ihren Reichtümern zu tragen haben. Der Pfarrer Kneipp schreibt

die große Kindersterblichkeit dem Umstand zu, daß die Kinder mit warmem statt kaltem Wasser behandelt werden. Dies stimmt nicht ganz genau, Herr Pfarrer, die Mortalität unter den Kindern der Reichen, die ja auch warm gebadet werden, ist eine viel geringere, und warum? weil diese Kinder auch etwas zu essen bekommen.

Ein weiteres nettes Sprüchlein lautet: „Ehrlich währt am längsten.“ Im Mittelalter würde besagtes Sprüchlein wohl wenig Anklang gefunden haben, denn der Herr Raubritter hatte es als sein gutes Recht betrachtet, den vorüberziehenden Kaufleuten ihre Bürde zu erleichtern. Heute aber, wo an Stelle des Barbarismus die Kultur ihr Banner entfaltet hat, macht man es nicht mehr so; die edlen Nachkommen sind eben ehrlich geworden, sie plündern keine Kaufleute mehr, ruhig sitzen sie in ihren Büros, um daselbst die Produkte menschlicher gesellschaftlicher Arbeit in Empfang zu nehmen und deren Wert zu bestimmen. Dies ist viel ehrlicher als Rauben, und man fährt auch gut dabei. Aber obiges Sprüchlein sollte, den heutigen Verhältnissen angepaßt, eigentlich heißen: „Schlauheit währt am längsten“, denn es gibt grundehrliche Leute und wieder solche, deren Rockärmel das Luchthaus streifen, nicht immer aber haben die ersteren ein längeres Leben zu verzeichnen.

Ein gar wichtig Sprüchlein ist dasjenige vom Sparen. Rothschild sparte auch, aber er sparte das, was andere produzierten. Verzinsung nennt sich dieser Sparprozeß und vollzieht sich von selbst. Auch der Staat spart, er spart Kanonen und Flinten und Pulver und Blei. Könnten wir da nicht auch sparen lernen? Ei gewiß, wir wollen dies in Zukunft auch tun. Wir wollen unser einziges Gut, unsere Arbeitskraft, sparen, wir wollen auch unser Blut sparen, denn heilig ist auch unser Eigentum. Derjenige Arbeiter, der sich freiwillig vom Munde abzwackt, wird zum Verbrecher an seinem eigenen Körper, und die zurückgelegten Pfennige, ach, sie wandern nur zu gewiß in die Taschen unserer sogenannten „Brotgeber“. Diese Prozedur nennt sich Lohnreduzierung und entsteht meist durch flauen Geschäftsgang. Wert hat dagegen das Sparen der organisierten Massen. Dieses Geld sparen wir wirklich für uns, denn es bildet den Widerstandsfonds, die Schutzwehr gegen die exzessivste Ausbeutung.

Noch eins: „Ruhe ist des Bürgers Pflicht.“ Denken wir uns einen Starken auf der Brust eines Schwachen kniend, den Knebel in der Hand und bereit, denselben beim geringsten Anlaß in Anwendung zu bringen, so haben wir ein ungefähres Bild dieser bürgerlichen Ruhe, die eigentlich genau das Gegenteil von Ruhe ist. Aber in Belgien hat dieser Schwache trotz des Knebels einen Schrei ertönen lassen, stark genug, um in Europa gehört zu werden und seinen Peiniger einen Moment in Verwirrung zu setzen. Unsere heilige Pflicht ist es aber, unentwegt im Kampfe auszuharren um Menschenwürde, um Freiheit und Recht; das höchste Ziel, die Ruhe und Ordnung unter den Menschen, ist das einstens erreicht, dann wird niemand die Macht haben, sie uns wieder zu rauben.

Enthusiasmirt von den Ausführungen Dr. Adlers und unter Absingung des Liedes der Arbeit verließ die Menge den Saal.

Ed. Puricki, Schriftführer.

(„Arbeiter-Zeitung“ Nr. 26 vom 30. Juni 1893.)

Cholera und Sozialpolitik.

Im „Sozialpolitischen Zentralblatt“, das sein Schwager Dr. Heinrich Braun damals herauszugeben begonnen hatte, veröffentlichte Adler zur Zeit einer Choleraepidemie (1892) folgenden Artikel:

„In der Cholera ist — vielleicht das einzige Mal in der Weltgeschichte — aus einem Fluche für die Menschheit durch schwere und tapfere Arbeit von Wissenschaft und Staatsverwaltung ein Segen geworden“; diesen Satz stellt Lorenz v. Stein an die Spitze der Geschichte der Organisation des Gesundheitswesens (Stein, Das Gesundheitswesen, p. 121). In der Tat wirken weitverbreitete und akut auftretende Epidemien auf das öffentliche Bewußtsein ganz eigenartig. Das Elend breiter Volksschichten, die notwendige Kehrseite moderner Wirtschaft, wird plötzlich Gegenstand ängstlicher Aufmerksamkeit und fieberhaften Tatendranges. Der Zustand der Faktoren, von welchen die Volksgesundheit in erster Linie beeinflußt wird: Luft und Wohnung, Trinkwasser und Boden, Lebenshaltung und Nahrung wird eifrig untersucht; ja selbst die psychischen Folgen des materiellen Elends, Unwissenheit, Energielosigkeit, geistige Depression werden als eine allgemeine Gefahr empfunden. Wie wenn der mit dem Reagens befeuchtete Schwamm über eine mit sympathetischer Tinte angefertigte Schrift fährt und die längst vorhandenen Züge in

voller Deutlichkeit erscheinen läßt, so bringt das Hereinbrechen einer schweren Seuche der Gesellschaft ihre eigenen Zustände, die sie längst kennt, aber vor denen sie gewaltsam die Augen zu schließen gewohnt ist, zu grellem Bewußtsein.

Diese Wirkung der Epidemien und insbesondere der Cholera ist keineswegs bedingt durch die Zahl der Opfer, welche sie heischt. Ohne Zweifel verfallen allein der Tuberkulose weit mehr Menschenleben, als die furchtbarste Choleraepidemie vernichtet. Zudem ist die Cholera sowie die Tuberkulose wesentlich eine Proletarierkrankheit. Die besten Namen der hygienischen Wissenschaft bezeugen das: Eulenberg stellt fest, „daß mit der zunehmenden Wohlhabenheit in den einzelnen Berufsklassen auch die Zahl der Erkrankungen an Cholera (natürlich nur im allgemeinen) abnimmt, und konstatiert weiter „das Überwiegen, ja zuweilen fast ausschließliche Auftreten der Krankheit unter Proletariern, also einem Bevölkerungsteil, bei welchem alle durch die Armut bedingten, sich auf eine quantitativ ungenügende, qualitativ unzweckmäßige Ernährung beziehenden Verhältnisse neben anderweitigen hygienischen Übelständen in erster Linie in Betracht kommen“ (Eulenberg, Handbuch des öffentlichen Gesundheitswesens, I, p. 517 ff.). Und was wir in den letzten Wochen in Hamburg erlebt haben, bestätigt durchaus diese Erfahrung.

Wenn trotzdem die Cholera unvergleichlich mehr als die Tuberkulose ein Impuls zu Reformen der öffentlichen Gesundheitspflege geworden ist, so hat das seinen Grund in dem plötzlichen und erschreckenden Auftreten der Epidemie und dem akuten Verlauf der Krankheit am Individuum, welches, einmal ergriffen, wenn nicht durchaus, so doch im wesentlichen gleich wehrlos ist, ob reich oder arm. Stein drückt dieses psychologische Moment mit gewohnter Meisterschaft aus: „War die Cholera einmal da, so war die besitzende Klasse ebensogut gefährdet wie die nichtbesitzende. Damit ergab sich, daß die Sicherung der zahlreichen unteren Klasse zuletzt als die einzige Sicherung auch der höheren erschien. War die erstere ergriffen, so war die Gefahr der Gesundheit der letzteren und die damit nicht mehr zu verkennende Gefahr der öffentlichen Gesundheit gegeben.“ Zieht man nun noch in Betracht, daß die Ab-

wehr der Einschleppung der Cholera eine Behinderung des Geschäftsverkehrs bewirkt, welche die Interessen der Besizenden einschneidend berührt, so hat man so ziemlich die Summe der Umstände gezogen, welche bewirken, daß die Cholera-epidemien eine psychologische Disposition bei den herrschenden Klassen und den Regierungen erzeugen, die sie eingreifenderen hygienischen Maßnahmen geneigt macht, auch wenn sie einige Kosten verursachen sollten. Diese psychologische Disposition ist nun ein sozialpolitisch auszunützendes Moment und darum hat die Cholera eine gar nicht zu unterschätzende sozialpolitische Bedeutung.

Was läßt sich nun erreichen? Selbst dem vertrauensseligsten Optimisten hat das Beispiel Hamburgs gelehrt, daß die Errungenschaften hygienischer Wissenschaft und Technik von der modernen Staats- und Kommunalverwaltung fast ungenutzt bleiben. Ohne Zweifel haben in Hamburg lokale und persönliche Umstände mitgewirkt, um einen Gipfel sanitärischer Impotenz aufzuzeigen, der hoffentlich nicht überall erreicht werden wird. Aber nicht um Verhütung der Einschleppung und Weiterverbreitung der Seuche von Ort zu Ort handelt es sich sozialpolitisch in erster Linie. Was da als größter Mangel grell in die Augen springt, der Mangel an einer staatlichen Organisation der Gesundheitspflege, an einem Seuchengesetz, an einer wirksamen, mit Befugnis der Kontrolle und Exekutive ausgestatteten Reichsgesundheitsbehörde wird wohl ganz ohne Zweifel infolge der gegenwärtigen Epidemie beseitigt werden.

Aber der alte Satz Pettenkofer's, „daß der Verkehr höchstens die Gefahr eines Zünders oder einer Lunte in sich trägt, daß aber die Gewalt der Epidemie von lokal angehäuften Zündstoff abhängen muß“, weist weit über diese Maßnahmen hinaus.

Es muß mehr gefordert werden. Die Assanierung des Bodens und des Wassers, die Entfernung und Verwertung der Abfallstoffe ist als eine öffentliche Notwendigkeit, die mit Hilfe der staatlichen Gewalt durchzusetzen ist, heute mehr denn je zum Bewußtsein gekommen. Es ist einer der bezeichnendsten Widersprüche, von welchen die kapitalistische Gesellschaft erfüllt ist, daß durch den Überfluß an mensch-

lichen Exkrementen die Städte und die Wasserläufe verseucht werden im Widerspruch mit aller Hygiene, und daß durch den Mangel an solchen Exkrementen, an Dungstoffen, der Ertrag der landwirtschaftlichen Arbeit vermindert wird im Widerspruch mit aller Volkswirtschaftslehre. Dieser Widerspruch aber läßt sich in hohem Grade mildern im Rahmen der heutigen Ordnung, und wir zweifeln nicht, daß die Hygiene durchsetzen wird, was die Volkswirtschaft seit langem begehrt. Daß es aber nur der Staat beziehungsweise das Reich sein kann, welchem die Macht zu Gebote steht, die Widerstände, welche städtischer Krämergeiz und kurzsichtige Kirchturmpolitik bereiten, zu beseitigen, ist klar.

Weiter sind in Hamburg zwei Umstände aufgetreten, die um so mehr zum Denken auffordern, als sie gerade in einer Großstadt nicht erwartet werden konnten. Wir meinen den Ärztemangel und die Teuerung der Desinfektionsmittel und Medikamente. Beide Übel müßten sich ins Ungemessene verschärfen, wenn die Epidemie eine Ausbreitung auf das flache Land erfahren sollte, wo beide Zustände stets chronisch vorhanden sind. Wir meinen, daß es gar kein schärferes und wirksameres Argument gibt für die Forderung der Verstaatlichung des Ärzteswesens und die Verstaatlichung der Apotheken, als diese Tatsache. Ob man die Konsequenz ziehen wird, ist freilich die Frage; zuviel Privatinteressen treten da in den Weg.

Aber auch damit wäre lange nicht alles geschehen. Wir haben ausgeführt, wie die Choleraepidemie die Lebenslage und den Gesundheitszustand des Proletariats als eine Gefahr für die Besitzenden erscheinen läßt. In der Tat ist das Wohnungselend, die Unterernährung, die Arbeitslosigkeit und ihr Heer von Folgen gegenwärtig der Gegenstand eifriger Konstatierung von Amts wegen — allerdings nur in den Großstädten. Überall, besonders deutlich in Wien, werden Zustände enthüllt, deren brutale Scheußlichkeit alles übertrifft, was bisher amtlich zur Kenntnis genommen wurde. Dutzende von Familien, in Kellerlöchern schlafend, auf Treppen, Böden, Höfen, überall menschliche Leiber, in wirrem Durcheinander Männer, Weiber, Kinder. Dazu sind das keineswegs durchaus Arbeitslose, nein, man findet — und das erhöht den Ekel, welcher die Gesellschaft vor ihrem eigenen Zustand erfaßt —

Leute, welche ihren regelmäßigen Erwerb im Verschleiß von Lebensmitteln haben, in solchen Lokalitäten schlafend auf Säcken, die mit Gemüse gefüllt sind! usw. Die Kontrolle und Räumung dieser „Massenquartiere“ wird emsig betrieben; aber was geschieht mit den Delogierten? In Wien ist die Sache einfach: die nicht in Wien Heimatberechtigten werden in ihre „Heimat“ abgeschoben, dem Rest der Rat gegeben, bessere Wohnung zu suchen. Und immer und immer wieder finden die Sanitätskommissionen Massenquartiere, angefüllt mit denselben Menschen, welche sie vor einigen Tagen aus einer anderen Stätte des Elends vertrieben. Und wie sollte das anders sein können?

So sehr die psychologische Disposition zur Sozialreform durch die Epidemie erhöht ist, so sehr den Besitzenden und dem Staat die Gefahr des Anwachsens des Proletariats nun von der Hygiene eingepaukt wird — des Proletariats kann sich die heutige Gesellschaft nicht entledigen. Immerhin aber könnte sie manches, wenn die Furcht vor der Cholera ihr eine Zeitlang in den Gliedern bliebe. Ein Minimum an Wohnung und Nahrung könnte die heutige Gesellschaft von Staats wegen ohne alle Schwierigkeiten jedem darbieten. Die Produktivität ist derart gestiegen, daß Mangel weder an Nahrungsmitteln noch an hygienisch notdürftig ausreichenden Wohnungen zu gewärtigen, und daß der Staat ohne seinen Klassencharakter irgendwie zu gefährden in der Lage wäre, das „Recht auf Existenz“ heute schon zu verwirklichen. Freilich würde damit in einem Sprung die Lebenshaltung der gesamten Lohnarbeiterschaft und damit die Höhe des Lohnes bedeutend in die Höhe gehen; und das wäre ein Schnitt ins Fleisch des Kapitalismus. Aber der Staat hat nur die Wahl zwischen dieser für eine Minorität seiner Glieder schmerzhaften Operation und zwischen dem Offenhalten eiternder Wunden am sozialen Körper und der Verewigung von Seuchenherden in seiner Mitte. Ob er die Konsequenz ziehen wird? Wir haben wenig Hoffnung. Wenn auch heute eingesehen wird, daß „die Folgen des Sinkens der öffentlichen Gesundheit der nichtbesitzenden Klasse an und für sich eine beständige Gefahr für die besitzende bilden“ (Stein, l. c., p. 297), die Gefahr, welche die noch so dürftige Verwirklichung eines Existenzminimums für die Intensität der kapitalistischen Ausbeutung mit sich führt,

wird den Besitzenden noch immer eine größere und dringendere erscheinen. Daher kommt die tiefbegründete Resignation der gesamten Hygiene, welcher Finkelnburg noch vor kurzem (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, III., p. 857) in den folgenden Worten so deutlich Ausdruck gegeben: „Nicht in der (Sanitäts-)Organisation allein darf indes die Bedingung praktischer Fortschritte in der öffentlichen Gesundheitspflege gesucht werden. Um die von letzterer gebotenen Maßnahmen, welche vielfach in wichtige geschäftliche und persönliche Interessen, ja in die Eigentumsrechte des einzelnen verletzend eingreifen, von der öffentlichen Meinung durchführbar zu machen, muß der Gemeinsinn in den leitenden und besitzenden Klassen sich reicher entwickeln, das Verständnis für die notwendige Beschränkung der Einzelrechte gegenüber dem Gesamtwohl überhaupt und insbesondere gegenüber dem allgemeinen Gesundheitsinteresse tiefer in das allgemeine Bewußtsein eindringen, als bis jetzt in Deutschland der Fall ist. Die fortschreitende soziale Volksbildung wird auf keinem Gebiet unmittelbarer lohnende Früchte tragen als auf demjenigen der öffentlichen Gesundheitspflege.“

Wir vermuten, daß die Hygiene vergebens auf diese „reichere Entwicklung des Gemeinsinnes in den leitenden und besitzenden Klassen“ warten wird, die „soziale Volksbildung“ hat heute nicht die Besitzenden zum Träger, so sehr ihnen die Cholera nahegehen mag, sondern die Besitzlosen. Immerhin ist zu erwarten, daß auch diese Epidemie wenigstens der Ansporn sein wird, kleinere und vor allem billigere Dinge namentlich auf dem Gebiet der Sanitätsorganisation zu verwirklichen.

Wien.

Viktor Adler.

(„Sozialpolitisches Centralblatt“ [Berlin].
I. Band, Nummer 38, vom 19. September 1892.)

Eine Rede über die Cholera.

Eine Choleraepidemie war der Anlaß zu einer Rede Adlers in einer Volksversammlung im September 1892. Der Bericht darüber lautet:

„Das Wesen der Cholera und ihre Bekämpfung“ lautete die Tagesordnung einer vom politischen Verein „Gleichheit“ am 24. September im X. Bezirk in Rappels Rosensälen abgehaltenen Volks-

versammlung, die sehr gut besucht war. Nachdem Genosse Popp die Anwesenden begrüßt hatte und Genosse Hübsch zum Vorsitzenden gewählt worden war, begann Genosse Dr. Ellenbogen sein Referat. Er besprach die Geschichte der Epidemie, ihre Entstehung und Verbreitung längs der Verkehrswege, die verschiedenen Ansichten über die direkten Ursachen der Krankheit (Bazillus und Grundwasser) und konstatiert, daß die Cholera von Anfang an im Gefolge von Hungersnot aufgetreten ist. Das wichtigste Moment für die Verbreitung sei die Armut, „die Cholera ist eine Krankheit des Proletariats“; die Reichen fliehen und benützen das Proletariat, damit sich die Krankheit an ihm erschöpfe. Ein Mittel zur Heilung der Cholerakranken gibt es bis jetzt noch nicht; aber viel wichtiger noch wäre die Frage, wie man die Seuche überhaupt verhindert. Nur dadurch, daß das Volk „seuchenfest“ gemacht werde, nur durch gesunde und ausgiebige Nahrung, durch gesunde Wohnungen, durch Schutz vor Überanstrengung. Dafür wird nicht gesorgt; und die Sanitätsgesetze werden nicht ausgeführt. Eine Menge von Erlässen werden herausgegeben, die nur Hokusfokus sind. Man kann die Cholera nicht durch Erlässe und nicht durch die Polizei bekämpfen, sondern nur, indem man die sanitären Zustände hebt. Bemerkenswert sei auch die Feigheit der Bourgeoisie. Schon Peter Frank habe gesagt: „Der ruhige Bürger läßt ohne Vorsorge alles Bedrohliche näher an sich herankommen; wenn es ihn aber direkt bedroht, dann ruft er kläglich nach Polizei.“ Es wurden in Wien auch Revisionen vorgenommen, Delogierungen, die nichts nützen; man hätte schon lange ungesunde Massenquartiere unmöglich machen sollen. Jetzt ist es zu spät. Wir sind heute überhaupt nicht imstande, einer Epidemie zu begegnen. Solange es Klassen gibt, die sich auf Kosten der anderen bereichern und ihre Gesundheit erhalten, so lange ist von einer Beseitigung der Cholera keine Rede. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Dr. Adler: Zum ersten Male wird das Volk von offizieller Seite darüber belehrt, daß es notwendig ist, gut zu essen, gut zu wohnen, ordentlich zu leben. Sonst wird in den Schulen die Sparsamkeit, die Zuziehung des Schmachtriemens gepredigt. Heute wird erklärt, erste Menschenpflicht sei es, gut zu essen. Diese Logik hat die Cholera den Herrschenden eingepaukt. Nun zeigt es sich nämlich den Herrschenden, daß derselbe Umstand, der die Grundlage ihres Reichtums ist, die Ausbeutung, zugleich eine Gefahr auch für sie bedeutet. Die Cholera ist aber gar nicht das Schrecklichste. Die Lungentuberkulose rafft mehr Menschen hin als die Cholera. Aber vor der Tuberkulose kann sich der zufällig von ihr befallene Reiche noch durch gute Luft, Nahrung, Pflege retten oder wenigstens seine Lebensdauer verlängern, bei der Cholera ist das nicht möglich, die übt zu schnell ihre Wirkung. Vor Epidemien sind die Klassen viel mehr gleich als vor schleichenden

Krankheiten, und deshalb werden die Behörden in Bewegung gesetzt. Am meisten leiden unter der Cholera die Armen. In Budapest waren 1886 von 810 an Cholera Erkrankten die Hälfte 415 Lohnarbeiter, 130 Dienstmädchen, 232 Handwerker und 33 Soldaten, nur 156 von den besser Situierten. Jetzt findet man plötzlich, daß die Wohnungen überfüllt sind; schon lange war dies bekannt, die amtlichen Statistiken besagten schon seit langem, daß der größte Teil der Bevölkerung in Wohnungen lebe, die unter dem unbedingt notwendigen Niveau stehen. In Wien findet die Seuche unter hundert Wohnungen 66, wo sie einen guten Boden antrifft. In Hernals zum Beispiel seien **55 Prozent**, in Neulerchenfeld gäbe es **65 Prozent**, im zehnten Bezirk sogar **66.5 Prozent** einzimmerige Wohnungen, und davon hätte ein Drittel, volle **20 Prozent** aller Wohnungen nicht einmal Küchen.

Gegen Überfüllung nützt der Schubwagen nichts. Es müssen Zustände geschaffen werden, wo jeder sich gesund erhalten kann. Indem wir jedes Jahr den 1. Mai feiern und den achtstündigen Arbeitstag fordern, protestieren wir gegen die Cholera. Die heutige Gesellschaft zwingt nicht nur die Menschen, in elenden Löchern zu wohnen, sie hindert sie auch, sich bessere Wohnstätten zu machen. Die Bauarbeiter dürfen sich keine Häuser bauen, weil der Boden Privateigentum ist; das Wasser muß verschlechtert werden, weil einige Herren „heilige“ Wasserrechte auf die Quellen haben. Die heutige Gesellschaft kann nicht mit Erfolg gegen die Cholera kämpfen; allerdings könnte doch etwas mehr geschehen, anstatt Geld für Hokuspokus hinauszuerwerfen. Wenn die Cholera vorübergeht, herrscht die alte Schweinerei. Aus Gründen der Reinlichkeit und der öffentlichen Gesundheitspflege allein schon ist die Beseitigung der heutigen Produktionsweise und die sozialistische Gesellschaft eine Notwendigkeit, und darum wollen wir unermüdlich kämpfen für die Beseitigung der heutigen gesundheitswidrigen Gesellschaftsordnung. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Hofer bespricht in drastischer Weise die Art und Weise, wie die Sanitätsvorschriften ausgeführt werden. Alles, was heute geschieht, nützt nichts, weil alles nur halb ist, um nicht viel Geld auszugeben. Er erzählt seine Erfahrungen über die Desinfektion an der Reichsgrenze und teilt mit, daß er in einer Versammlung im Februar scheußliche Wohnverhältnisse geschildert habe, ohne daß sich die Behörde rührte; als er dieselben

Tatsachen im August wieder vorbrachte, wurde er mit Vorladungen überhäuft, und nun fand die Behörde, was sie schon im Februar hätte finden können. (Der Polizeikommissär Feldmann unterbricht mehrmals.) Die Besitzenden haben nicht den Willen und die Kraft, etwas zu tun. (Beifall.)

Um Mitternacht schließt der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, eifrig für die Sozialdemokratie zu agitieren. Die Versammlung bringt ein dreimaliges Hoch auf die internationale Sozialdemokratie aus und die Anwesenden entfernen sich nach Absingung des „Liedes der Arbeit“.

(„Arbeiter-Zeitung“ Nr. 40 vom 30. September 1892.)

Über kommunale Gesundheitspflege.

Im Februar 1896 wurde eine Reihe von Volksversammlungen abgehalten, in denen das kommunale Programm der Sozialdemokraten besprochen wurde. In einer solchen Versammlung am 3. Februar in Ottakring sprach nach Schuhmeier und Riedl als dritter Redner Adler über kommunale Gesundheitspflege.

Er sagte: Es ist vor kurzem ein Bericht des Stadtphysikats erschienen, der in sehr interessanter Weise die Gesundheitsverhältnisse in Wien bespricht und nachweist, was in dieser Richtung geschehen ist. Die Quintessenz von dem allen ist in einem Satz des Berichtes, der lautet: „Die Vorkehrungen gegen die Armut sind ein Gebot der sozialen Hygiene.“ Dagegen ist aber eigentlich kein Kraut heutzutage gewachsen. Solange es Ausbeutung gibt, gibt es auch Arme, und solange es Arme gibt, gibt es nach dem Bericht des Physikats keine Gesundheit. Aber wenn die Armut auch noch nicht zu beseitigen ist, die großen Schweinereien, die speziell in Wien in ihrem Gefolge sind, die kann man beseitigen.

Der Redner weist mit Ziffern nach, wie die Kindersterblichkeit mit dem Elend zusammenhängt. Von je 1000 Einwohnern sind im I. Bezirk Wiens unter einem Jahre gestorben 10 Prozent, II. Bezirk 29 Prozent, III. Bezirk 26 Prozent, im X. Bezirk 42½ Prozent. Im X. Bezirk sind viermal mehr Kinder unter einem Jahre zugrunde gegangen als in der Innern Stadt. Die Vororte kommen kaum unter die 30 Prozent herunter. Im XII. Bezirk übersteigt es 45 Prozent. Die Kinder sind gestorben, nicht weil es ein Verhängnis ist, das die grausame Natur über uns verhängt hat, sondern weil es ein Verhängnis ist, das die wahnsinnige und grausame kapitalistische Produktion über uns verhängt. Der Bericht des Physikats sagt, daß das auch mit der Verwaltung zusammenhänge; die Einführung des Hochquellen-

wassers habe zum Beispiel die Sterblichkeit gemindert. Aber das lassen wir uns nicht einreden, daß die heutige Methode der Verwaltung etwas Wesentliches ändern kann. Das Physikat sagt, das einzige Mittel, das alles zu bessern, ist Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und genügende Ernährung. Mehr verlangen wir ja nicht; wenn Sie wollen, sind wir eigentlich keine Politiker, sondern bloß Hygieniker; unsere Forderungen sind die Logik der Gesundheitswissenschaft. Aber eben deswegen muß die Arbeiterschaft die politische Macht erobern, denn nur sie wird die Forderungen der Vernunft der Menschlichkeit und der Hygiene verwirklichen, aber die möglichste Verbesserung der hygienischen Verhältnisse noch innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft liegt sogar im Interesse der Reichen, denn vor der Cholera sind bis zu einem gewissen Grade doch alle Menschen gleich, und von einer Blatternepidemie verirrt sich doch ab und zu ein Spaltpilz in die Paläste der herrschenden Klassen. Wir verlangen nun, daß das Gesundheitsamt das wichtigste Amt sei von Wien, daß es entscheide über die Wohnungsverhältnisse nicht im Interesse der Hausherren, sondern im Interesse der Gesundheit, daß unabhängige Männer der Wissenschaft die Kontrolle üben.

Auf die heute den Gemeinderat beherrschenden Parteien läßt sich nun in dieser Richtung keine Hoffnung setzen, weder Liberale noch Antisemiten werden hier Wandel schaffen. Allerdings jene Borniertheit und Brutalität in sozialpolitischen Dingen wie die Liberalen haben die Antisemiten nicht, und in vielen Fällen haben sie eine doch etwas vernünftigere Haltung eingenommen. Aber auch sie werden immer weniger volkstümlich, je mehr sie aufhören, die Partei des dritten Wahlkörpers zu sein, und beginnen die Partei des gesamten christlichen Volkes mit Einschluß der Hausherren zu werden. Der Redner bespricht nun die Forderungen in der Wohnungsfrage, den Ankauf von Gründen und Herstellung von billigen Wohnungen. Wenn bisher auf allen Gebieten Schmutzkonkurrenz herrsche, so soll die Gemeinde einmal eine Reinlichkeitskonkurrenz inszenieren.

Der Redner beleuchtet ferner die übrigen Forderungen in bezug auf die Hygiene und charakterisiert die Verleumdung

der antisemitischen Presse, daß die Aktion den Zweck habe, die Arbeiter vom Kampf ums Wahlrecht abzulenken. Niemand hat die Liberalen schärfer bekämpft als wir, aber daraus, daß man mit dieser alten abgerackerten, lendenlahmen Partei fertig ist, folgt noch nicht, daß wir die Antisemiten als Erlöser begrüßen. Sie sollen doch zu unserem Programm Punkt für Punkt klare Stellung nehmen, wenn sie es wagen. Wenn die Antisemiten nun sagen, daß unsere Aktion eine absichtliche Gefälligkeit für Badeni ist, so ist das eine ganz gemeine Infamie von Leuten, die noch keinen Finger gerührt haben im wirklichen Kampfe gegen Badeni, während die Landesgerichte fast täglich beschäftigt sind mit politischen Prozessen gegen Sozialdemokraten, weil sie dem Badeni gegenübertreten, während ich selbst, den sie persönlich angreifen, schon eine ganze Reihe von Anklagen wegen „Badeni-Beleidigungen“ auf dem Halse habe. Nein, ihre Verleumdung entspringt einfach der Verlegenheit. Sie scheuen das Licht, das wir aufstecken, weil sie fürchten, daß man erkenne, sie seien genau so wie die Liberalen: Jämmerlinge und Phrasendrescher. (Stürmischer Beifall.)

(„Arbeiter-Zeitung“ Nr. 34 vom 4. Februar 1896.)

Zur Wiener Krankenhausfrage.

In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 15. Oktober 1901 nahm Adler im folgenden Artikel zu dem Neubau der Wiener Krankenhauskliniken, worüber er bereits im niederösterreichischen Landtag gesprochen hatte, Stellung. Der Artikel lautet:

Wien, 14. Oktober 1901.

Zu unserer freudigen Überraschung fanden wir in der „Wiener Zeitung“ von gestern einen Artikel über den „Neubau der Wiener Krankenhauskliniken“. Es ist jetzt fünf Monate her, daß die Krankenhauskommission der Welt triumphierend verkünden ließ, sie habe endlich eine Entscheidung in der Spitalfrage getroffen, habe das Ottakringer Projekt definitiv verworfen und sich definitiv dafür entschieden, ein neues Klinikum auf dem Terrain zu errichten, das durch den Ankauf der Landesirrenanstalt und des Versorgungshauses erworben werden wird. Seither hat sich der Landesausschuß vom Landtage die Genehmigung zum Verkauf der Irrenhausrealität geben lassen, sonst aber hat man von der Sache während der ganzen fünf Monate auch nicht ein ein-

ziges Wort gehört. Kein Wunder, daß jeder Interessent, und jeder Wiener ist Interessent in dieser Sache oder sollte es doch sein, den Artikel der „Wiener Zeitung“ trotz seiner ungewöhnlichen Länge geradezu mit Heißhunger verschlingen mußte, um zu erfahren, welche Fortschritte die Sache gemacht habe, die für die ganze Bevölkerung eine brennende ist. Wie dringend die Vermehrung der Spitäler für Wien ist, wird leider der kommende Winter erweisen, der in Verbindung mit der täglich furchtbarer werdenden Krise die Unzulänglichkeit der sanitären Einrichtungen Wiens in furchtbarem Lichte zeigen wird. Nicht nur die Kälte, sondern auch der Hunger macht den Proletarier krank und jagt ihn ins Spital. Wir stehen vor einer ganz außerordentlichen Verschärfung und Steigerung des Wiener Spitalskandals.

Was hat uns nun das Amtsblatt zu berichten? Absolut nichts, was nicht schon bekannt gewesen wäre. In ausführlicher Auseinandersetzung werden wieder einmal die Gründe dargelegt, die verhindert haben, daß ein großes Krankenhaus auf den spottbilligen Wilhelminengründen in Ottakring errichtet wird, und die für das gewählte Terrain entschieden haben, das allein — ohne Bau — mehr als 18 Millionen Kronen kosten wird. Ich gestehe, daß diese Motive, so oft sie auch wiederholt werden, mich nicht überzeugen konnten, weil für mich die ausgiebige Vermehrung der Bettenzahl bei der Wiener Spitalsreform in allererster Linie steht. Ich gebe aber zu, daß man, wenn man die Interessen des medizinischen Unterrichtes in erste Reihe stellt, zu einer anderen Entscheidung kommen kann, keineswegs etwa muß. Die Bedenken, die gegen die Verlegung der medizinischen Schulen an die Peripherie der Stadt sprechen, werden meines Erachtens sehr überschätzt, aber sie sind immerhin da, und ich möchte die Gelegenheit benützen, um der mehrfach ausgesprochenen Meinung entgegenzutreten, ich hätte in meiner diesen Gegenstand betreffenden Rede im niederösterreichischen Landtag die Professoren, insbesondere Herrn Professor Nothnagel, die gegen das Ottakringer Projekt auftraten, durch Imputierung unehrenhaft egoistischer Motive verletzen wollen, was keineswegs meine Absicht war. Ich habe mich überdies seitdem überzeugt, daß speziell Hofrat Nothnagel nicht, wie ich irrtümlich annahm, an der Spitze dieser Opposition stand, daß er vielmehr schon seit mehreren Jahren

mit dieser Sache nichts mehr zu tun hatte, und will übrigens ohneweiters zugeben, daß der meines Erachtens einseitige Standpunkt der Gegner des Ottakringer Projekts darum noch kein engherzig egoistischer sein muß. Trotzdem erscheint mir, wie gesagt, die Entscheidung der Spitalskommission als eine bedauerliche.

Aber diese Entscheidung ist gefallen und unabänderlich geworden. Es kann sich nunmehr nur darum handeln, daß das beschlossene Projekt auch mit aller Beschleunigung ausgeführt werde. Darüber hoffte man in dem amtlichen Artikel von gestern einiges zu hören. Im Mai vorigen Jahres wurde an dieser Stelle dargelegt, daß das Projekt so unklar und unfertig wie nur möglich sei, daß nicht nur ein Bauplan, sondern sogar ein Finanzplan gänzlich fehle; daß die Kommission nicht einmal mit Bestimmtheit sage, ob auch nur für die in dem zu demolierenden Allgemeinen Krankenhause gegenwärtig vorhandenen 2600 Betten voller Ersatz geschaffen, geschweige ob für die so dringend notwendige Vermehrung der Spitalsbetten Vorsorge getroffen werden wird. Im Landtag habe ich diese Fragen mit aller Schärfe wiederholt, aber weder der Referent, Bürgermeister Dr. Lueger, noch der Vertreter der Regierung, Statthalter Graf Kielmannsegg, haben eine Antwort zu geben gewußt. Und nun, nachdem Monate verstrichen sind, erfahren wir amtlich — und das ist das einzige, was wir erfahren — daß die Angelegenheit auch nicht um einen einzigen Schritt weitergerückt ist. Es heißt dort: „Da bisher nur die Platzwahl zur definitiven Entscheidung gelangt ist, liegt ein konkret ausgearbeitetes Projekt und demnach auch ein genauer Kostenvoranschlag für den Spitalbau noch nicht vor; ebenso ist die Frage, wie die erforderlichen Mittel für diese Bauführungen aufgebracht werden sollen, noch eine offene.“

Über den Umfang des neuen Instituts wird nur gesagt, daß auf der verfügbaren Area von mehr als 200.000 Quadratmeter Kliniken „mit einem Gesamtbelagraum von gegen 1800 Betten und nach Zulaß des verfügbaren Raumes auch einige Abteilungen untergebracht werden, wogegen die restliche Zahl von Abteilungsbetten dem Wilhelminenspital in Ottakring angeschlossen werden dürfte“. Daraus geht hervor, daß man bisher nur über einen einzigen

Punkt klar ist, daß nämlich die neuen klinischen Anstalten so gebaut werden sollen, daß der Flächenraum, der auf je ein Bett entfällt, knapp an, ja wahrscheinlich unter das gerade noch zulässige Minimum reichen wird, als welches auch von den österreichischen Fachmännern ein Flächenraum von 120 bis 125 Quadratmeter pro Bett bezeichnet wird. Sicher ist darum auch, daß man im Gegensatz zu allen modernen Tendenzen des Spitalbaues entschlossen ist, Pavillons mit zwei, ja zum Teil drei Geschossen zu bauen, und daß an eine spätere Erweiterung dieser klinischen Einrichtungen nicht zu denken sein wird.

Das schlimmste aber ist, daß man heute noch nicht weiß, was und mit welchen Mitteln man auf der Irrenhausrealität bauen wird, ja daß man offenbar noch nicht genau weiß, was man dort nicht bauen wird, also an anderer Stelle, also zunächst auf den Wilhelminengründen bauen muß. Seinerzeit hat der niederösterreichische Landesauschuß meine an der beliebten Lösung der Spitalfrage geübte Kritik in einem offiziellen Artikel des „Deutschen Volksblattes“ abgewehrt. Dort wurde in Aussicht gestellt, daß die Spitälernot gerade durch den einen gewählten Weg sehr rasch gelindert werden würde, indem die Regierung durch sofortige Errichtung der geburts-
hilflichen Kliniken, das Land durch sofortigen Neubau der Hebammenschule 600 Betten des Allgemeinen Krankenhauses freimachen, und indem weiter „sofort“ der Bau eines Spitals in Ottakring begonnen wird, wodurch weitere 600 Betten gewonnen werden. Dieser Artikel erschien am 13. Juli und machte mir trotz seiner überflüssigen Flegelhaftigkeit viele Freude, denn man konnte daraus die Hoffnung schöpfen, daß in der Tat einige Energie am Werke sei, um den für die Bevölkerung unerträglichen Zustand in absehbarer Zeit zu mildern. Heute stellt sich heraus und jedermann kann es in der langatmigen Stilübung der „Wiener Zeitung“ lesen, daß bisher kein Strich eines Planes da ist, und zwar weder für den Neubau der geburts-
hilflichen Kliniken, noch für den des Ottakringer Spitäles, und daß also das „Sofort“ des Landesoffiziosus eine vorläufig noch unabsehbare Zukunft bedeutet. Die „Wiener Zeitung“ sagt darüber: „Da die rechtskräftige Erwerb-
ung der Irrenhaus- und der Versorgungshausgründe schon für die nächste Zeit bevorsteht und, nach dem jetzigen rascheren

Fortgang der Verhandlungen zu schließen, wohl auch die Ausarbeitung des Projekts nicht allzulange währen wird, kann gehofft werden, daß der Neubau des Krankenhauses schon in einem der nächsten Jahre wird begonnen werden können; allerdings muß dem der Neubau einer Landesirrenanstalt und eines städtischen Versorgungshauses vorhergehen, doch sind Land und Stadt bereit, diese Bauführungen nach Möglichkeit zu beschleunigen.“ Da ist kein Wort davon gesagt, daß sofort an die Errichtung von Gebärdkliniken auf einem Teil der Irrenhausrealität und an die Erbauung eines Spitals in Ottakring gegangen werden wird, und wenn solche gute Absichten beständen, würde die Regierung ihr Licht wohl nicht unter den Scheffel stellen.

Die amtliche Darlegung der „Wiener Zeitung“ ist vermutlich ein Stück des Motivenberichtes für das Budget, worin der Kredit für die Erwerbung der Baugründe gefordert werden muß. Aber im Abgeordnetenhaus wird man hoffentlich weitergehen und die Regierung sehr ernstlich an ihre Pflicht mahnen, wirklich sofort und ausgiebig für die Vermehrung der Spitäler in Wien zu sorgen. In der Tat steht gar kein Hindernis im Wege, ohne jede Zögerung auf den Wilhelminengründen ein neues Spital zu errichten, und wenn dieses nur ein Bezirksspital sein wird, so folgt daraus nur, daß auch für andere Bezirke gesorgt, vor allem in der Brigittenau ein weiteres Spital errichtet werden muß. Solange man dieser dringenden Notwendigkeit nicht wirklich genügt, hat die Bevölkerung sehr wenig davon, daß Regierung, Landesauschuß und Kommune auf den Lorbeeren ihrer auf dem Papier erfolgten „Lösung der Krankenhausfrage“ ruhen.

V. Adler.

(„Arbeiter-Zeitung“ Nr. 283 vom 15. Oktober 1901.)

Die Bekämpfung der Tuberkulose.

Im niederösterreichischen Landtag hielt Adler am 22. Juli 1902 eine Rede über die Bekämpfung der Tuberkulose. Er sagte:

Abgeordneter Dr. **Adler**: Meine Herren! Wir haben wohl alle die Empfindung, daß in diesem Hause eine wichtigere Diskussion seit sehr langer Zeit nicht geführt worden ist, und ich glaube, es ist die Pflicht jedes Abgeordneten, sich mit dieser

Frage zu beschäftigen und anzuerkennen, daß es das Verdienst des Herrn v. Lindheim ist, daß er diese Frage zur Diskussion gebracht hat. Ich spreche diese Anerkennung um so lieber aus, als ich leider in sehr vielen Beziehungen nicht auf seinem Standpunkt stehe. Es ist insbesondere ein bewundernswerter und beneidenswerter Optimismus in seinen Worten gelegen, den ich zu teilen nicht in der Lage bin.

Herr v. Lindheim hat seine Rede ausklingen lassen in eine begeisterte Anerkennung und begeisterte Lobrede des Aufschwunges, den die Hygiene in Österreich nimmt. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß in diesem Lande, das er so begeistert lobt, die Hygiene seitens des Staates in so sträflicher Weise vernachlässigt wird, wie in gar keinem anderen Lande.

In dem Augenblick, wo diese Anerkennung ausgesprochen wurde, konnte man in der „Wiener Zeitung“ einen Ministerialerlaß lesen, der wunderschön war. Aber ich, meine Herren, bringe dem gedruckten Papier nur eine sehr beschränkte Würdigung entgegen.

Es ist dies ein Erlaß, von dem ich sagen muß: „Viel Geschrei und wenig Wolle.“

Es ist nichts dahinter. In demselben Moment, wo dieser ausgezeichnete Regisseur, Herr Dr. v. Koerber, diesen Erlaß herausgibt, findet auch hier die Debatte statt; und während hier diese Debatte stattfindet — was sich also recht gut macht — kämpft die Hygiene an der ersten Universität des Reiches einen furchtbar schweren Kampf für die primitivsten Lebensbedingungen ihrer Existenz. Daß Professor Gruber nach München geht oder gehen will — ich hoffe, daß er uns erhalten bleibt — ist nur ein Symptom. Er ist ein sehr tüchtiger, aber nicht der einzige Hygieniker in Österreich.

Es ist also keine Personenfrage. Es ist aber symptomatisch, daß ein tüchtiger Mann hinausgedrängt wird, weil er verurteilt ist, unter Bedingungen zu arbeiten, die eine wissenschaftliche Arbeit überhaupt unmöglich machen.

Gehen Sie, meine Herren, die Sie diesen Erlaß mit Jubel begrüßt haben, in unsere hygienischen Institute und sehen Sie sich an, wie es dort aussieht. Es wurde uns von Bazillenuntersuchungsanstalten erzählt — eine sehr wünschenswerte Sache — aber das Institut, wo die Ärzte ausgebildet werden, die diese

Untersuchungen machen sollen, hat nicht Mikroskope genug für diese Arbeit. Das sind schwächvolle Zustände, und wenn wir darüber reden, so müssen wir die Finger in die Wunde legen und bekennen: bis heute ist in Österreich nichts geschehen, wir haben nichts erreicht, als mehr oder weniger schöne Worte. Natürlich, wir im Landtag sind ohnmächtig. (Rufe: Warum?)

Wir können die Regierung nicht zwingen, wir können Herrn v. Koerber nicht veranlassen, daß er endlich dem Finanzminister sagt, er solle diese elenden paar Tausend Kronen, die die hygienischen Institute kosten, hergeben.

Das können wir nicht; aber anderseits müssen wir wenigstens das tun, daß wir mit Reden und Schreiben, mit dem Finger darauf hinweisen und dann erzählen, wer die Schuld an diesen traurigen Zuständen hat.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur, daß die ganze große Aktion, die man die Regelung der Wiener Spitalfrage nennt, sich im kläglichen Zustand der Verschleppung befindet. Was in dieser Sache geschehen ist, davon ist bisher von der Statthalterei nichts gesprochen worden; das einzige, was geschehen ist und auch anerkannt wird, ist, daß die Irrenanstalt mit Beschleunigung gebaut wird, damit Platz geschaffen werde für den Bau des Versorgungshauses und Allgemeinen Krankenhauses.

Was aber der Staat und der Spitalfonds heute schon tun könnte, nämlich draußen auf den Wilhelminenberggründen nicht Kliniken, sondern Spitalabteilungen zu errichten, das tut er nicht, und wenn Sie dann fragen — ich habe mich ja ebenfalls darum bemüht, weil mich die Sache interessiert — und sich erkundigen, so hören Sie immer: Es werden die Pläne schon gemacht.

Für das hygienische Institut werden meines Wissens schon seit acht Jahren die Pläne gemacht, wenn nicht seit zehn Jahren. Diese Pläne wandern von einem Ministerium zum anderen; es ist eben ein Unglück, daß eine Menge Ministerien beteiligt sind. Diese Pläne kann man zu allem Möglichen verwenden, aber um darin zu liegen und sich kurieren zu lassen, dazu sind diese Pläne nicht zu gebrauchen und ich fürchte daher, daß die Sache noch sehr lange dauern wird.

Ich fürchte, daß von seiten der Regierung eine klare Auskunft darüber nicht zu erlangen sein wird.

Im Reichsrat wurde von meiner Partei mehrmals versucht und auch im Landtag habe ich seit einem Jahr versucht, Auskunft zu bekommen. Ich habe sie nicht bekommen, und fürchte, Seine Exzellenz der Herr Statthalter wird uns auch heute eine klare Auskunft zu geben nicht in der Lage sein. Dies zur Einleitung.

Ich komme nun zur Frage, die uns näher beschäftigt, zur Bekämpfung der Tuberkulose. Wir haben über Anregung des Herrn Abgeordneten v. Lindheim einen sehr schönen Bericht des Landesausschusses erhalten.

Ungemein wertvoll ist bei diesem Bericht das, wenn auch nur ausnahmsweise, angeführte Gutachten des Dr. Weismayr, von dem ich sagen muß, daß ich etwas Umfassenderes und Präziseres nicht leicht in der Hand gehabt habe, als diesen ausgezeichneten Bericht. Er ist auch mit einer wertvollen Offenheit geschrieben und gibt so ziemlich alle Punkte an, bei denen etwas zu erreichen wäre.

Der Bericht, den die Statthalterei gegeben hat, muß sich sachlich diesem Bericht ungefähr anschließen, aber ich habe die Empfindung, daß er nicht mit derselben Rücksichtslosigkeit spricht wie der Bericht des Dr. Weismayr. Rücksichtslosigkeit ist aber überall notwendig und hier am allernotwendigsten. Denn verhehlen dürfen wir uns nicht, daß wir in der Frage der Tuberkulose einen sehr heiklen Boden betreten.

Sie dürfen nicht vergessen, daß das Gewebe, welches wie das Nessushemd die Bevölkerung quält, nicht nur aus dem Einschlag, sondern auch aus der Kette gewoben ist.

Der Einschlag, das sind die Bazillen, die Infektion, aber die Kette, das ist das soziale Elend in allen seinen Formen, und es ist eine höchst einseitige Auffassung, wenn man die Krankheitsursache, nur den Anlaß der Krankheit, fortschreitend verfolgt, wie es heute modern ist und — ich möchte sagen, sogar übertrieben wird, ausschließlich auf die Bazillenjagd geht — während die Leute am Hunger zugrunde gehen.

Ich meine also, es ist ganz unrichtig, wenn man so einseitig vorgeht und vergißt, daß der Boden, auf dem alle Seuchen wachsen, insbesondere die Tuberkulose, das soziale Elend in allen seinen Formen ist.

Ich möchte bezüglich der Jagd nach Bazillen hier gleich erklären, daß ich sie durchaus nicht herabwürdigen will, sie vielmehr für außerordentlich notwendig halte, daß ich sie aber doch für eine kleinliche Maßregel halte im Vergleich zu dem, was eigentlich zu geschehen hätte.

Dieser Erlaß in der „Wiener Zeitung“ ist ein Stück schöner deutscher Prosa. Er ist sehr hübsch gearbeitet, er erschöpft die verschiedenen Seiten, die bei der hygienischen Behandlung der Tuberkulose vorkommen.

Dem Referenten, der das geschrieben hat, kann ich also nur das höchste Lob erteilen. Aber der Erlaß zählt auf, was zur Erhaltung geschehen muß, und zwar heißt es hier a) obligatorische Maßnahmen, also solche, die gemacht werden müssen, und zwar:

a) Allgemeiner Teil.

„Bei jeder Erkrankung an Tuberkulose ist es Pflicht der Pfleger des Kranken und dieses selbst, den infektiösen Hustenauswurf und etwaige andere tuberkulöse Ausscheidungen (Geschwürsekrete) zuverlässig unschädlich zu machen und hiedurch die Weiterverbreitung der Tuberkelkeime hintanzuhalten.“

„Zu diesem Zweck sind nachstehende Verhaltensmaßregeln unbedingt zu beobachten: Sobald ein Erkrankungsfall beim behandelnden Arzt den Verdacht auf Tuberkulose erweckt, ist die mikroskopisch-bakteriologische Untersuchung der diagnostisch wichtigen Exkrete tunlichst bald zu veranlassen.“

Hier haben Sie schon das Wort tunlichst, aber das geht noch.

Nun heißt es aber weiter:

„Ist die Tuberkulose konstatiert, so ist nach Tunlichkeit Sorge zu tragen, daß dem Kranken — unbeschadet der humansten Pflege — ein abgesonderter Schlafräum, jedenfalls aber ein eigenes Lager, eigene Bett- und Leibwäsche, eigene Kleidung, eigene Wasch- und Speiserequisiten beigelegt werden.“

Wüßte ich nicht, daß der Herr Sektionschef v. Kusy, der das wahrscheinlich geschrieben hat, wirklich ein ernster Mann ist, so würde ich glauben, es ist die blutigste Ironie, was hier geschrieben ist, der Kranke soll nach Tunlichkeit einen eigenen Raum haben.

Eben hat uns Herr v. Lindheim erzählt, wie es bei den Tuberkulosen aussieht. Er hat ein paar Stichproben vorgebracht.

Ich will Sie nicht mit gelehrten Ausführungen behelligen, möchte Ihnen aber auch mit ein paar Worten sagen, wie es im allgemeinen aussieht.

Es soll also „obligatorisch“, oder „nach Tunlichkeit“, der arme Proletarier in einer Wohnung isoliert werden, respektive in einem elenden Raum oder in einer Küche, in der er mit fünf oder sechs anderen zusammen schläft.

Wenn dies nur etwas ernsthaft gemeint ist, so meint man offenbar die Spitäler, von denen auch weiter die Rede ist.

Aber das sind Spitäler, die gar nicht da sind, das sind die Spitäler, um die sich heute der Staat, das Land und die Gemeinde herumraufen, die wir darum nicht bekommen, weil dieser furchtbar negative Kompetenzkonflikt besteht.

Diese Forderung, die wichtigste, die dem ganzen Erlaß eigentlich erst den Wert gibt, ist also, wie die Dinge heute liegen, vollkommen undurchführbar.

Wenn man solche Dinge verlangen will, ist es notwendig auch zu sagen: wir wollen und geben die Mittel dazu her.

Ich halte dafür, daß diese 38 Millionen Kronen und die 200 Millionen Kronen, die im ganzen für Haubitzen und Anhang bewilligt werden, in den meisten Fällen, selbst bei einem siegreichen Feldzug, nicht so viele Menschenleben ersparen werden, als erspart werden können, wenn man sie für Spitalbauten und zur Isolierung der Tuberkulose verwenden würde.

Wenn man auch die Sache so ansieht wie die Regierung und nicht wie unsereins mit seinem plebejischen Verstand, so muß man wenigstens so große Worte nicht in den Mund nehmen wenn man weiß, daß sie nichts anderes sind als Phrasen, die der Regierung nichts als eine Anweisung geben, wie sich die Wohlhabenden und Bemittelten zu verhalten haben.

Das ist nun ganz überflüssig, um die braucht sich die Regierung keine Sorge zu machen, die wissen schon, was sie zu tun haben.

Sie lassen sich den Arzt holen und führen alles nach seinen Anweisungen durch.

Wie sehr wahr es aber ist, daß die Tuberkulose direkt mit dem zusammenhängt, was wir die Lebenshaltung nennen, also

mit unserer Nahrung und Wohnung, dafür nur einen ganz kurzen Beweis.

Es ist selbstverständlich, daß man solche Daten nicht aus individueller Erfahrung, sondern nur aus amtlichem Material zitieren kann.

Ich nehme daher auch den Bericht des Wiener Stadtphysikats her, welcher in Übereinstimmung mit sonstigen Quellen erzählt, daß in Wien die Mortalität an Tuberkulose in den zehn alten Bezirken 31 und in den neuen 41·8 auf 10.000 beträgt.

Diese Ziffer gibt aber kein ganz richtiges Bild, denn es ist Favoriten, der X. Bezirk, unter die alten Bezirke gerechnet. Es ist also ein ausgesprochener Proletarierbezirk mit einbezogen in jene Bezirke, wo bessere Verhältnisse herrschen. Wir müssen aber nach sozialen, nicht nach historischen Gesichtspunkten einteilen.

Nehmen wir die Einteilung in vernünftiger Weise vor und rechnen wir Favoriten zu den neuen, den Vorortebezirken, so kommen wir dazu, daß die Mortalität für die neun alten Bezirke 25 und für die anderen Bezirke 42 pro 10.000 beträgt.

Wenn Sie noch weiter gehen und die Bezirke, die dem Proletariat angehören, von jenen sondern, in denen das Bürgertum wohnt, so würden Sie auf die bekannte Tatsache kommen, daß die Mortalität unter den Proletariern mindestens noch einmal so groß ist als unter den Wohlhabenden.

Das gilt übrigens nicht von der Tuberkulose allein.

Die Herren, die sich schon in den achtziger Jahren mit diesen Dingen beschäftigt haben, sich für den internationalen Kongreß für Hygiene und Demographie interessiert haben, werden sich an die aufreizenden Plakate erinnern, die damals dort zu sehen waren.

Ich habe damals meine Parteigenossen in Scharen hingeführt, weil es nichts Belehrenderes gibt. Diese Plakate haben gezeigt, wie alle Infektionskrankheiten ohne Unterschied direkt von der Lebenshaltung beeinflußt werden und daß die bessere Lebenshaltung den Wohlhabenden neben allen anderen Genüssen auch eine gewisse Immunität gegen alle Seuchen, nicht bloß gegen die Tuberkulose, verleiht.

Ja, ich gehe noch viel weiter. Haben Sie die Güte, die Tabelle anzusehen, die Herr Professor Dr. v. Philippovich

seinerzeit gearbeitet hat, der sich mit den Wohnungsverhältnissen ungemein intensiv beschäftigt hat. Er hat seine Aufnahme vor zirka sechs bis sieben Jahren gemacht und eine Probenenquete veranstaltet, die ungemein wertvoll war. Er hat dann anlässlich der Jubiläumsausstellung die Sache etwas erweitert und seine Zusammenstellungen gemacht.

Wenn man die Bezirke nach der Überfüllung der Wohnungen und der einzelnen Räume einerseits und nach der Mortalität andererseits ordnet, so erhalten Sie eine Reihe, die vollständig parallel ist.

Sie fängt an mit dem X. Bezirk, wo $18\frac{1}{2}$ von 100 Wohnungen überfüllt sind, und schließt mit dem I. Bezirk, wo nur 11 Prozent der Wohnungen überfüllt sind. Auf der anderen Seite fängt die Mortalität mit 35 pro 10.000 in Favoriten an und endet ebenfalls im I. Bezirk. Einen ähnlichen Parallelismus ergibt aber das durchschnittliche Lebensalter der Menschen. Man hat genau in dem Maße mehr Hoffnung alt zu werden, als man in einem Bezirk wohnt, der zu den wohlhabenden gehört, vorausgesetzt, daß man auch selbst so vorsichtig war, wohlhabend zu sein, sonst kommt es auf den Bezirk nicht an. (Abgeordneter Dr. Weiskirchner: Vorsicht in der Wahl der Eltern!)

Es muß nicht ererbt sein, Tuberkulose und Reichtum kann man auch erwerben.

Wenn ich Ihnen nun das alles in Erinnerung bringe, so geschieht es nicht etwa, weil ich glaube, daß Sie es nicht wissen, sondern weil ich in Ihnen das Bewußtsein wachrufen will, daß das, was Sie hier tun, nicht genug ist oder, sagen wir aufrichtig, daß das Elaborat des Landesausschusses nur eine Liste von frommen Wünschen ist, die ich in jeder ihrer Einzelheiten begrüße, von der ich mir aber nicht verhehlen kann, daß es eben fromme Wünsche sind.

So wie in dem Erlaß der Regierung von keinem Kreuzer Geld die Rede ist, so kommt leider zunächst auch in dem Antrag des Landesausschusses kein Kreuzer Geld vor.

Dieser Parallelismus hat sogar noch eine unangenehme Seite.

Der Herr Statthalter hat hier ein sehr wertvolles Votum abgegeben insofern, als er sagte, die Pflegeanstalten seien gut, die Abtrennung der Tuberkulose von den Spitalskranken sei

gut. Es wäre also sehr wünschenswert, wenn sich die Länder daran beteiligen würden. Ich glaube, sie könnten da etwas tun, was notwendig ist.

Der Landesausschuß aber wird nervös und erklärt: „Sicherlich würde es die k. k. niederösterreichische Statthalterei mit lebhafter Freude begrüßen, wenn das Land durch die Errichtung von Spezialkrankenanstalten die Sorge für die Errichtung neuer Spitäler abnehmen würde und hat natürlich — das Wort „natürlich“ setze ich hinzu — nicht verfehlt, den Anlaß der Einbringung des Antrages der Herren Abgeordneten v. Lindheim und Genossen dazu zu benützen, um unter Hinweis auf die prekäre Lage des k. k. Wiener Krankenanstaltenfonds dem Lande und der Gemeinde Wien die Errichtung neuer Spitäler zur Entlastung der bestehenden Wiener Krankenanstalten zuzumuten.“

Es sieht beinahe aus, als ob das eine unverschämte Zumutung wäre, die zurückgewiesen werden müsse. Die „Frage“, sagt vorsichtig der Landesausschuß, „wer für die Errichtung neuer Krankenhäuser in Wien vorzusorgen hat, bildet einen alten Streitpunkt, und erscheint es dem niederösterreichischen Landesausschuß nicht angemessen, diese Streitfrage jetzt neuerdings aufzurollen“. Das heißt also mit anderen Worten, es scheint ihm nicht angemessen, sich zu verpflichten, auch nur einen Kreuzer für die Errichtung neuer Spitäler auszugeben. Ich finde es begreiflich, daß der Landesausschuß auf der einen Seite seine Mittel zusammenhält, die lange nicht ausreichen, um all das zu machen, wozu er gesetzmäßig verpflichtet wäre. Ich finde es auch begreiflich, daß die Gemeinde Wien angesichts ihrer Mittel, die ja sehr knapp sind, es versucht, die Kompetenz von sich zu weisen, und endlich finde ich es begreiflich, daß auch die Regierung nichts tun will. Aber, meine Herren, aus der strikten Erfüllung der Pflicht der Sparsamkeit dieser drei Kompetenzen resultiert, daß kein Spital gebaut wird. Das ist das Resultat, und mit dem Hin- und Herschieben wird, meines Erachtens, nichts getan. Meine Parteigenossen im Gemeinderat sind, wenn sie ein Spital verlangt haben, angeschnauzt worden, daß sie keine guten Wiener seien, weil sie gesagt haben, die Stadt Wien solle es bauen. Ich habe, als ich hieher kam, mir gefallen lassen müssen, daß man mir sagte, ich erfülle meine Pflicht als

Landtagsabgeordneter nicht, weil ich meinte, der Landtag solle auch in dieser Beziehung etwas tun. Im Abgeordnetenhaus können Sie über solche Dinge überhaupt nicht reden. Es hat dies aber auch gar keinen Zweck, denn das Budget ist bereits fertig und es geschieht nichts mehr.

Es ist das eine sehr verzwickte Situation, und ich muß gestehen, solange Sie sich nicht entschließen, mit einer gewissen Leidenschaft an die Klärung dieser Frage zu gehen — schließlich geht ja das alles aus demselben Sacke, der Kreuzer teilt sich nur in drei Kanäle, fließt aber aus derselben Quelle — solange Sie sich also nicht entschließen, mit einer gewissen Leidenschaft an die Durchführung eines solchen Asyls zu schreiten, so lange sind alle diese Deklamationen nichts anderes als eben Deklamationen.

Das Wichtigste, was wir brauchen — und darüber wird der Abgeordnete Lindheim mit mir und mit dem Abgeordneten Steiner einig sein, der für alles, was er machen will, sehr warm eintritt und es vorzüglich zur Durchführung bringt — das Wichtigste ist also die Evakuierung der Spitäler, wie Sie es nennen, oder, wie man es auch nennen kann, eine vernunftgemäße, rasonable Vermehrung der Spitäler. Lassen Sie uns gute Spitäler haben. Wie wir das weiter machen, ist das wenigste. Hier aber, meine Herren, sehe ich den Ernst der Sache noch nicht. Der Bericht des Landesausschusses ist übrigens auch nach einer anderen Richtung hin ein bißchen einsilbig. Wenn Sie das Referat des Dr. Weismayr lesen, so finden Sie, daß er die sozialen Ursachen der Tuberkulose pflichtgemäß und rücksichtslos berührt.

Er spricht erstens vom Wohnungselend, er spricht auch vom Elend, das aus der Arbeit entsteht, von der Degenerierung, die daraus entsteht, daß die Proletarier, um die es sich handelt, unter höchst ungünstigen Verhältnissen arbeiten, und er konstatiert wieder, und wenn er es nicht täte, würden wir vielleicht im Bericht des Landesausschusses darüber lesen, daß leider die Verhältnisse im Kleingewerbe noch wesentlich ungünstiger sind als in den Fabriken.

Meine Herren! Ich sage „leider“, daß er das konstatiert, weil das ein Hindernis ist, nicht als ob ich es sonst bedauern würde. Man weiß, daß die Situation im Kleingewerbe eine schlechte ist.

Es ist schwer für die Sanitätsbehörden einzugreifen, weil die Leute, um die es sich handelt, ohnehin mit der ökonomischen Existenz ringen und es wirtschaftlich nicht möglich ist, die Vorkehrungen zu treffen, die sanitär notwendig wären und für Sie aus politischen Gründen unmöglich, weil das die Schichte ist, mit der Sie politisch zusammenhängen, auf der Ihre ganze Organisation aufgebaut ist.

Es ist begreiflich, daß Sie nicht von diesen Dingen sprechen wollen und daß Sie nicht davon reden wollen, daß eine Wurzel der Tuberkulose und aller Seuchen das langsame Zugrundegehen des Kleingewerbes, mit allen Schäden, die damit zusammenhängen, ist. Sie wollen nicht einsehen, daß die Rückständigkeit dieser Betriebsform eine der Hauptwurzeln der Degeneration der Bevölkerung bildet.

Wenn Dr. Weismayr hier sagt, die Behörden werden also dem Kleingewerbe ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben, um diesem denselben Schutz angedeihen zu lassen wie den Arbeitern in Fabriken, nämlich Maximalarbeitszeit, Überwachung der Schlafräume usw., so ist der Landesausschuß wirklich nicht in der Lage, bei der Stellung, die er seiner Partei gegenüber einnimmt, diese Forderung zu unterschreiben, wenn Sie auch wissen, daß es vom hygienischen und sanitären Standpunkt unbedingt notwendig wäre. Es hat Herr Abgeordneter v. Lindheim einen Punkt berührt, der ja gewiß außerordentlich interessant ist, noch interessanter durch die Art und Weise, wie er es getan hat; er hat nämlich von der Berufswahl gesprochen und hat gemeint, es müßten doch Vorkehrungen getroffen werden, daß sich die Menschen einem Beruf zuwenden, dem sie physisch auch gewachsen sind. Sie müssen untersucht werden und es müßte sich der, der zu schwach und untauglich zu einer Arbeit ist, einer leichteren Arbeit zuwenden.

Ja, meine Herren, was Sie über Berufswahl lesen, ist wieder Ironie. Es ist wieder gar nichts als ein frommer Wunsch. Schauen Sie: was ist die leichteste Arbeit? Die leichteste Arbeit — Herr v. Lindheim wird mir zustimmen — ist die Kleidermacherei und alles, was damit zusammenhängt, und gerade dieses Gewerbe zeigt den größten Prozentsatz von Tuberkulösen, männliche und weibliche. Wenn ein Mädels nicht mehr in die Fabrik gehen kann, wenn sie zu schwach ist, wenn

sie schon Blut spuckt und dort nicht mehr genommen wird, dann wird mit Rücksicht auf diesen Zustand, auf die offen zutage tretende Tuberkulose, ihr Beruf geändert. Sie bleibt von der Fabrik aus und setzt sich an die Nähmaschine oder, noch schlimmer beinahe, ohne Maschine macht sie die langen Nächte hindurch furchtbar anstrengende Arbeiten.

Die Berufswahl ist heute einfach nicht zu machen oder, meine Herren, glauben Sie, daß die Arbeiternot und die Dienstbotennot auf dem Lande in diesem Zusammenhang kuriert werden soll? Es wäre sehr ersprießlich, wenn — wir haben ein Referat über die Dienstbotennot auf dem Lande von Herrn Landesausschuß Dr. Scheicher hier liegen — man jene, die des Landaufenthaltes bedürfen und in der Stadt unter den ungünstigsten hygienischen Verhältnissen leben, zur ländlichen Arbeit hinausnehmen würde.

Ich möchte nur auf eines aufmerksam machen, nämlich erstens darauf, daß die Arbeit draußen nicht so leicht ist, wie vermutet wird (Zwischenruf: Gesünder gewiß!), und zweitens gehört — was ich nicht zu vergessen bitte — zur guten Nachbehandlung der Tuberkulose — was bei der Berufswahl zu berücksichtigen ist — eine erhöhte gute Ernährung, ausreichender Schlaf und jede Vermeidung von Überanstrengung. Wenn die Herren auf dem Lande bereit sind, die Proletarier unter diesen Bedingungen zu übernehmen, dann, glaube ich würden wir gern bereit sein, Ihrer Dienstbotennot abzuhelpen. Ich fürchte aber, daß nicht eine dieser Bedingungen zutreffen wird.

Es ist also mit dieser Berufswahl heute auch nichts zu machen. Es ist mit einer gründlichen Behandlung der Wohnungsfrage heute nichts; nicht einmal eine Bauordnung und ein ordentliches Expropriationsgesetz kann man heute den herrschenden Klassen abringen, geschweige denn eine ordentliche Wohnungsinspektion, wie sie notwendig wäre.

Es wurde in diesem Zusammenhang auch von einer Anzeigepflicht bezüglich der Tuberkulose gesprochen. Ich stimme da mit dem Herrn Abgeordneten v. Lindheim überein; aber es ist schwer, sie heute durchzuführen, schwer in einem Gesellschaftszustand, wo der Unglückliche zugleich verachtet ist. Ein vernünftiger Gesellschaftszustand würde niemand das Leben verbittern, und man würde nicht mit Fin-

gern auf jemand, der unheilbar ist, zeigen. Aber in unseren Zuständen ist es schwer möglich, eine unbedingte Anzeigepflicht durchzuführen.

Erwähnenswert wäre in diesem Zusammenhang ein Vorschlag, den ein hiesiger Arzt gemacht hat, Dr. Teleky: man möge jede Wohnung in dem Moment, wo sie verlassen wird, bei jedem Wohnungswechsel, desinfizieren, also eine obligatorische Desinfektion bei jedem Wohnungswechsel einführen. Das ist natürlich Sache der Gemeinde. Er hat ausgerechnet, daß es durchaus nicht soviel kosten würde, wie man annimmt. Es wäre durchführbar und es würde die Gemeinde vielleicht dafür manches ersparen. Aber die Gemeinde ist überhaupt nicht geneigt, viel für solche Zwecke aufzuwenden, ja sie wendet nicht einmal dafür so viel auf, als sie sollte, für Sachen, welche in erster Linie stehen und welche heute am modernsten wären, nämlich für die Bazillenjagd, wie der Ausdruck kurz lautet.

Erstens schauen Sie sich einmal unsere Kehrtrabfuhr an und sehen Sie sich an, wie bei uns die Straßen gekehrt werden. Es wäre mir lieber und es wäre viel besser, sie würden gar nicht gekehrt, als wie sie heute gekehrt werden in einer direkt die sanitären Verhältnisse gefährdenden Weise.

Herr Dr. Weismayr, der seine Sache recht vollständig gemacht hat, sagt, die Straßen sollen zur Nachtzeit, am besten unter Zuhilfenahme großer Mengen Wassers gereinigt werden. Heute haben wir reine Straßen, weil gestern ein leider beklagenswerter Wolkenbruch war, der übrigens sehr traurige Folgen hatte, weil eine Menge von Leuten obdachlos wurde; aber heute haben wir reine Straßen. An anderen Tagen sieht man aber nicht nur am Ring, sondern auch in den Vorstädten folgendes: Auf der Ringstraße ist eine Maschine, welche mit der Walze arbeitet und einen furchtbaren Staub aufwirbelt. Wenn die Leute hygienisch leben und beim offenen Fenster schlafen wollen — natürlich sind jetzt die meisten Fenster geschlossen, der ordentliche Mensch wohnt ja jetzt auf dem Lande (Heiterkeit), aber die Leute, auf die es ankommt, bekommen in die Fenster hinein Bazillen und Pferdemist direkt in die Lungen geschleudert. Das wäre zu vermeiden, wenn man mehr Wasser verwenden würde. Viel schlechter ist es noch in den Vorstädten, wo diese Maschinen nicht arbeiten. Da

sehen Sie ein paar alte Leute — ich kann ihnen das Amt nicht neiden, denn es ist ein ungesundes und schlecht gezahltes Amt — voran geht ein alter Mann mit Gießkanne und gießt, nicht wie ein Hausmeister, sondern er macht Achter, sogar sehr große Achter, und er hat zu wenig Wasser, so daß er beim Aufspritzen den Staub aufwirbelt. Hinter ihm schreiten dann alte Leute mit Besen, die den Staub und Mist nach rechts und links legen.

Ich habe oft nachgedacht, warum dies geschieht, ob da vielleicht ein Aberglaube herrscht, daß der Mist nach rechts und links gefegt wird; bliebe er in der Mitte liegen, so wäre es vom sanitären Standpunkt viel besser, er würde wenigstens nicht aufgewühlt.

Es fällt mir da etwas aus meinem Gefängnisleben ein.

Ich bin im Jahre 1890 im Landesgericht gesessen und habe die Beobachtung gemacht, wie dort abgestaubt wird. Wenn ich zum Spaziergehen geführt wurde und habe den Staub einatmen müssen, da habe ich immer den Eindruck gehabt: Jetzt kriegst du die Bazillen in Magen und Lunge.

Ich habe lange dazu gebraucht, aber es ist mir doch gelungen, die damalige Verwaltung zu bestimmen, diese Methode des Staubaufwirbelns aufzugeben. Als Sträfling ist man ohnmächtig, aber ich habe es doch durchgesetzt, daß jetzt mit feuchten Fetzern und Sägespänen im Landesgericht gereinigt wird.

Wie es bei den Bezirksgerichten aussieht, davon kann ich nicht reden; jedenfalls hat aber Dr. Weismayr recht, daß alle diese Zuchthäuser Seuchenherde sind, und zwar die gefährlichsten, die es gibt! Ich weiß sehr gut, daß ich mich anscheinend vom Gegenstand entferne, aber praktisch können wir hier wenig machen. Herr v. Lindheim hat gesagt, es handle sich um den moralischen Eindruck der Sache; deshalb sollen wir diesen moralischen Eindruck vertiefen und auch über Dinge sprechen, zu denen die Gemeinden verpflichtet werden müssen, und dazu gehört vor allem eine anständige Kehrichtabfuhr und die Methode derselben.

Da ich nun bei dem Kapitel „Gemeinden“ bin, möchte ich noch etwas erwähnen, und zwar möchte ich Herrn Direktor Weiskirchner aufmerksam machen: die Bazillen werden jetzt bekämpft, aber in den städtischen Schulen haben Sie heute

noch diese viereckigen Kästen mit Sägespänen, genau so wie früher.

Ich bringe Ihnen in Erinnerung, daß vor einigen Monaten ein Lehrer sich darüber beschwert hat und daß es damals hieß, die Sache wird abgestellt. Ich glaube, das wäre doch eine billige Reform; die Kästen könnte man in den Ferien beseitigen und an ihrer Stelle Spuckschalen, wie sie die Hygiene verlangt, einführen. Das würde gewiß nicht viel kosten.

Ich gehe jetzt auf die einzelnen Anträge über, die gestellt wurden. Alles, was über diese Anträge zu sagen ist, erschöpft sich in einem Wort: „Der Landtag beschließt im Prinzip.“ Sobald aber etwas im Prinzip geschieht, so ist es so gut, als ob es nicht geschehen würde.

Sie beschließen im Prinzip die Einleitung einer Aktion zur Bekämpfung der Tuberkulose und nun wird diese Aktion in vier Abteilungen vorgeschlagen, und zwar:

1. Maßregeln zur Bekämpfung der Verbreitung der Tuberkulose im Kindesalter. Hier werden vernünftig und sachkundig alle Eventualitäten aufgezählt: die Errichtung von Stiftungsbetten in unseren Kinderhospizen, die Vermehrung dieser Hospize. Es sind Erholungsstätten geplant in der Nähe Wiens und anderer großer Städte etc.

Aber mit all dem haben Sie noch keinen Kreuzer Geld und ich kann sagen: So wenig Vertrauen ich zur gegenwärtigen Landesverwaltung sonst habe, in diesem Punkt habe ich unbedingtes Vertrauen, und ich meine, wir sind verpflichtet, den Landesausschuß in den Stand zu setzen, nicht erst auf alle Zufälligkeiten zu warten oder auf die nächste Session, sondern der Landesausschuß ist in der Lage, sofort, vielleicht noch im Herbst, mit diesen Hospizen, wie sie bestehen, Übereinkommen zu treffen, sie noch zu erweitern usw. Ich möchte ihm darin unbedingt freie Hand lassen.

Ich werde also zu Punkt 1 a und b beantragen:

„Um dem Landesausschuß zu ermöglichen, sofort die ersten praktischen Schritte zu machen, wird ihm ein vorläufiger Kredit von 300.000 K zur Verfügung gestellt.“

Ich bin überzeugt, Sie werden sagen, es ist viel zu wenig. Ich habe auch die Empfindung, daß es sehr wenig ist. Ich möchte aber, daß ein Anfang gemacht wird, und diese Summe

soll ja nichts als ein Anfang sein. Ohne diese Summe steht das, was hier steht, nur auf dem Papier.

Wenn wir aber über die Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter sprechen, so muß ich noch auf einen Punkt hinweisen.

Wie können Sie daran denken, die Tuberkulose der Kinder in dem Stadium festzustellen, in dem sie festgestellt werden muß, um eine günstige Behandlung zu ermöglichen?

Es ist ja bekannt, daß, je früher die sachgemäße Behandlung begonnen wird, der Erfolg um so besser ist. Es ist nun klar, daß dies bei Kindern, insbesondere bei dieser Krankheit, eine sehr schwere Sache ist. Freilich diejenigen, die in besseren Verhältnissen leben, werden jeden Huster ihres Kindes beachten und sofort den Arzt zu Rate ziehen. Sie werden vielleicht eher gar zu ängstlich sein.

Das Proletariat aber ist dazu nicht in der Lage, weil es von seinen Kindern getrennt ist, weil es mit ihnen nicht zusammenlebt, weil es sie nicht beobachten kann, und wenn es sie beobachten könnte, nicht die Mittel hat, den Arzt zu holen.

Es ist also die obligatorische Untersuchung der Kinder eine der ersten und wichtigsten Forderungen bei Einleitung der Aktion, die der Landesausschuß mit Recht an die Spitze stellt.

Diese obligatorische Untersuchung besteht übrigens in zivilisierten Ländern schon. Sie wird besorgt durch die Schulärzte, die die Kommunen anstellen. Es ist selbstverständlich, daß auch Herr Dr. Weismayr diese Forderung aufstellt. Sie werden vielleicht sagen, das gehe das Land nichts an. Aber ich weiß, der Landesausschuß hat einige Fühlung mit der Gemeinde Wien und den anderen Gemeinden. Er hat die Möglichkeit, auf sie einzuwirken, und ich bitte Sie darum, den Antrag anzunehmen, welcher dahin geht, als Punkt e zu setzen:

„Einwirkung des Landesausschusses auf die Verwaltungen zunächst der größeren Gemeinden (insbesondere der Kommune Wien), um sie zur Anstellung von Schulärzten und zur Einführung regelmäßiger Untersuchung der Schulkinder zu veranlassen.“

Diesen Antrag stelle ich darum, weil wir alle wissen, daß die heutige Verwaltung der Gemeinde Wien nicht die Auf-

fassung hat, die sie haben sollte. Sie lehnt es ab und hat es erst vor 14 Tagen wieder getan, Schulärzte anzustellen, weil dies etwas zu kostspielig sei. Von einigen Herren wurde sogar gesagt, die Sache sei zweifelhaft. Darum ist es notwendig, daß von einer anderen Korpöration direkt gesagt wird: Meine Herren! Es ist eure Pflicht. Das sollt und müßt ihr tun, denn sonst, wenn ihr für unsere Anträge stimmt, ist das nichts als eine Heuchelei.

Ich komme nun zur Fürsorge für die Erwachsenen und Heilbaren. Es wäre sehr verlockend, aber es ist auch der Herr Abgeordnete Lindheim der Versuchung widerstanden, auf die Erfolge der Heilstättenpraxis näher einzugehen.

Es ist leider wahr, daß die Errichtung von Heilstätten nicht die ungeheuren Erfolge gehabt hat, nicht die sanguinischen Hoffnungen erfüllt hat, die man anfangs an sie knüpfte. Leider ist es wahr, daß die meisten Patienten bereits in einem Zustand hingbracht werden, in dem sie zwar notdürftig repariert werden können, eine wirkliche Genesung aber ausgeschlossen ist.

Wir müssen es auch verstehen, wenn gesagt wird, die Arbeitsfähigkeit wird für 4, 5 oder 6 Jahre wiederhergestellt; das sei aber nur eine Reparatur, nicht die Genesung, weil in den meisten Fällen der Kranke, der mit der Marke „genesen“ aus der Anstalt entlassen wird, in dieselben elenden Verhältnisse zurückgeschickt wird, aus denen er in die Anstalt gekommen ist. Gewiß, immun macht der Aufenthalt in der Anstalt nicht, und daß ein Mensch, der einmal die Tuberkulose überstanden hat, immer empfindlich gegen diese Krankheit sein wird, darüber ist kein Zweifel.

Herr Landesausschuß Steiner hat die wirklich sehr gute Idee gehabt, man soll für die Leute einen anderen Erwerb schaffen. Gewiß, das wäre sehr schön, aber Sie werden sehen — ich lebe unter den Leuten — wie die Sache liegt, können die Leute, die aus der Anstalt zurückkommen, in den meisten Fällen froh sein, wenn sie nur denjenigen Erwerb wiederfinden, den sie früher gehabt haben. In den allermeisten Fällen kommen sie zurück und sind arbeitslos und werden dem Elend und Hunger direkt überantwortet. Das sind also sehr wünschenswerte Dinge, aber unter den heutigen sozialen Verhältnissen Utopien.

Wenn ich so skeptisch über den Erfolg der Heilstätten urteile, so will ich damit ihre Bedeutung durchaus nicht abschwächen; denn erstens wird ein ziemlicher Prozentsatz immerhin wirklich geheilt, wenn er auch nicht so hoch ist, wie man anfänglich annahm; zweitens ist es nichts so Geringes, einen Familienvater auch nur fünf oder sechs Jahre länger seiner Familie zu erhalten, und drittens handelt es sich ja nicht nur um die Worte „Krankheit und Tod“, sondern diese Worte haben einen furchtbaren Inhalt. Das ist nicht ein Tod, der plötzlich eintritt, sondern langsam, qualvoll, unter den furchtbarsten Empfindungen. Wenn wir gar nichts tun könnten, als die letzten Lebensjahre dieser Menschen besser zu gestalten, wenn wir nur den hundertsten Teil dessen für sie tun könnten, was jeder von uns für seinen Bruder, Vater, seine Mutter und Schwester tun würde, würden dadurch allein schon alle Auslagen glänzend gerechtfertigt sein. (Beifall.)

Aber ich wiederhole, es wird tatsächlich sehr viel geleistet, allerdings nicht so viel, als man gedacht hat. Hier ist der einzige Punkt, wo der Antrag des Verwaltungsausschusses von dem des Landesausschusses abweicht.

In dem Landesausschußantrag war ein Passus enthalten, der sich auf Alland bezog, wonach die Erwerbung und die allfällige Erweiterung der Heilanstalt in Alland in Aussicht zu nehmen war.

Dieser Passus ist weggeblieben. Der Verwaltungsausschuß empfiehlt also nicht, die Sache in Aussicht zu nehmen. Nun gestehe ich Ihnen offen, wenn es sich beim Übergang der Verwaltung dieser Heilanstalt in die Verwaltung des Landes nur um diese Übergabe handeln würde und nicht auch darum — worauf ich das Hauptgewicht lege — daß die Anstalt erweitert werde, würde ich darüber gar nicht sprechen.

Heute wird die Heilanstalt Alland ziemlich gut verwaltet, wir haben keine Einwendung dagegen und hätten auch gar keinen Grund anzunehmen, daß der Landesausschuß die Verwaltung besser führen würde.

Aber, meine Herren, heute ist Alland an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Es ist geradezu kläglich, wenn man in dem Bericht liest, daß im Jahre 1901 anstatt 126 132 Betten aufgestellt werden mußten, also um ganze sechs Betten mehr, während ohne jede Veränderung, ohne große

Mehrausgabe heute schon 300 Betten aufgestellt werden könnten, und zwar mit demselben Zentralapparat, mit denselben Generalunkosten wie heute.

Leider ist es heute aussichtslos, daß die Heilanstalt Alland, solange sie in der Verwaltung des Vereines ist, erweitert wird, und aus diesem Grunde hauptsächlich bin ich dafür, daß sie das Land übernimmt. Es nützt nichts, solche Dinge müssen beim richtigen Namen genannt werden. Es knüpft sich diese Diskussion vor allem an den Namen des Hofrats Schrötter, und daher muß ich diesen Namen erwähnen. Es hat schon Herr v. Lindheim gesagt: das Verdienst des Hofrats Schrötter, die Aktion eingeleitet und die Anstalt errichtet zu haben, wird ihm niemand streitig machen.

Ich bin der letzte, der dieses Verdienst schmälern will, aber wir dürfen uns nicht verhehlen — es ist leider so — daß in diesem Augenblick der Zusammenhang des Namens Schrötter mit der Heilanstalt Alland der Anstalt nicht mehr förderlich ist. (Ruf: Sehr richtig!) Während die Energie des Hofrats Schrötter im Anfang beträchtliche Mittel aufgebracht hat, ist der Name Schrötter heute aus Gründen, die ich hier des näheren nicht ausführen will, für die Aufbringung der Mittel und die Entwicklung des Instituts direkt schädlich.

Ich glaube, daß wir Grund haben, dafür zu sorgen, daß diese Anstalt jene Ausdehnung bekomme, die ihr nützlich ist, ohne Rücksicht darauf, ob dies Herrn Hofrat Schrötter angenehm ist oder nicht. Ich erlaube mir auch meine persönliche Ansicht auszusprechen, daß es dem Herrn Hofrat Schrötter heute weit angenehmer wäre, wenn das Land heute die Anstalt nicht übernehme, er hätte dazu seine guten Gründe. Aber ich glaube, der Landesausschuß hat nicht das Recht, ihm einen Gefallen zu tun, sondern wir müssen die Anstalt übernehmen, auch wenn ihm das unangenehm ist.

Als Grund für die Verzögerung der Verhandlungen wurde unter anderem vorgebracht, daß man die Sache noch nicht genau kenne, nicht wisse, wie die Wasserversorgung zu beschaffen ist, ob die Sache nicht zu kostspielig ist etc.

Meine Herren! Das sind jene Arten von Studien — das letztmal bei Floridsdorf haben Sie gefunden, daß wir zu viel studieren, damals habe ich mich fürs Studieren aus-



gesprochen — jetzt sind die Rollen gewechselt; ich bin gegen weitere Studien, weil diese Studien bereits abgeschlossen sind.

Die Statthalterei und der Herr Landesausschuß Steiner, der die Anstalt genau kennt, weil dieselbe sein Ressort betrifft, werden in der Lage sein, heute ohneweiters die Sachlage zu beurteilen.

Sollte nun das eine oder andere Detail noch fehlen, so sind Sie in der Lage, sich das sofort zu verschaffen, und es ist gar kein Anlaß, bis zur nächsten Session zu warten, um dann erst wieder zu referieren und nachher erst mit Verhandlungen zu beginnen.

Ich meine, Sie können den Antrag des Landesausschusses annehmen und direkt den Landesausschuß beauftragen, er möge die Verhältnisse der Heilanstalt Alland prüfen und gegebenenfalls deren Übernahme in die Verwaltung des Landes und die Erweiterung der Anstalt auf den größtmöglichen Belegraum veranlassen.

Ich stelle also den Antrag, zu Punkt 2 a zu beschließen:

„Prüfung der Verhältnisse der Heilanstalt Alland und gegebenenfalls deren Übernahme in die Verwaltung des Landes, Erweiterung dieser Anstalt auf den größtmöglichen Belegraum.“

Meine Herren! Ich könnte natürlich die Zahl meiner Anträge erheblich vermehren. Nach dem, was ich früher über Wohnungsverhältnisse und Arbeiterverhältnisse gesprochen habe, werden Sie vielleicht erwartet haben, daß ich in dieser Beziehung Anträge stelle. Meine Herren! Dazu bin ich nicht optimistisch genug.

Ich glaube doch, daß Sie alle, wenn Sie dafür stimmen, durchaus nicht die Neigung haben, die Gesetze, die den Arbeiterschutz regeln, zu verschärfen, daß Sie durchaus nicht die Neigung haben, die Inspektion der Wohnungen eintreten zu lassen und durchaus nicht die Neigung haben, bis an die äußersten Grenzen zu gehen, bis zu welchen man gehen kann.

Hier ist der Punkt, wo die Tuberkulosenfrage eine Klassenfrage wird, darüber ist kein Zweifel. Die Tuberkulose ist einerseits der Morbus viennensis, die Wiener Krankheit, die mit den Wiener Verhältnissen aller Art zusammenhängt, anderseits die Proletarierkrankheit; und wenn man daran noch zweifeln wollte, so muß ich — ich kann darauf nicht ver-

zichten — Ihnen diese paar amtlichen Zeilen vorlesen, weil sie geradezu erschütternd sind.

Im Physikatsbericht heißt es — er spricht über die Ursachen der hohen Sterblichkeit bei Lohnarbeitern: „Oft entspricht die Luft in den Arbeitsstätten nicht den hygienischen Anforderungen, ist erfüllt von den Abfällen des Arbeitsprozesses, von Staub, schädlichen Gasen und Dünsten; der Körper des Arbeiters ist bald in hochgradiger Hitze, bald wieder der kühlen Temperatur der freien Luft ausgesetzt“ — jetzt hören Sie — „ja, die bloße manuelle Arbeit allein, zu lange ausgedehnt, untergräbt die Gesundheit, verkürzt das Leben des Arbeiters. Nur zu bald ist der überanstrengte, schlecht genährte Körper abgenützt und ein frühzeitiges Ende schließt ein mühevolltes Leben.“

So schwungvoll, möchte ich sagen, drückt sich ein amtlicher, von sehr nüchternen Leuten geschriebener ärztlicher Amtsbericht aus.

Meine Herren! Wenn das der Fall ist, dann brauche ich Ihnen nicht mehr zu sagen, welches die wichtigste Aktion ist zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die stärkste, einflußreichste, wirksamste Aktion ist die der Organisation der Arbeiter, und denjenigen, die den Sozialdemokraten höhnend zugerufen haben: „Natürlich, was wollt ihr? Mehr fressen und weniger arbeiten“, denen rufe ich zu: Ja, das wollen wir; wir wollen mehr essen und weniger arbeiten; das wollen wir, weil das das Leben ist, weil in diesem Mehrlohn das Leben des Arbeiters und seiner Familie liegt.

Meine Herren! Die Aktion der Arbeiterschaft für die Herabsetzung der Arbeitszeit, die große Bewegung des 1. Mai ist, das getraue ich mir zu sagen, eine mindestens ebenso wirksame Aktion zur Bekämpfung der Tuberkulose, wie die es ist, die wir heute in Angriff nehmen.

Wenn Sie etwas Ernsthaftes tun wollen, um die Proletarierkrankheit zu bekämpfen, wenn Sie wirklich die Tatsachen verstehen, von denen Sie sprechen, dann werden Sie künftighin eine richtigere Haltung einnehmen als heute.

Aber, meine Herren, ein Wort muß ich zum Schluß aus dem Bericht des Landesausschusses herausnehmen.

An einer Stelle wird ausdrücklich bemerkt und an mehreren Stellen gestreift: Um die Tuberkulose zu bekämpfen,

„ist das Land nicht reich genug“. Erlauben Sie, meine Herren: kein Land der Welt ist reich genug, das heißt der Reichtum um alles zu tun, was notwendig ist, zur Erfüllung dieser Ideale der Gesellschaft, der uns erstickt, wird bankrott in dem Moment, wo man ihn nutzbar machen will für wirkliche Bedürfnisse der Gesellschaft. Sie werden mir zugeben, daß man den Satz ganz gut umdrehen könnte: kein Land der Welt ist reich genug, um Hunderttausende von Menschen alljährlich unter den jämmerlichsten Umständen hinzuopfern, darum, weil man die Ausbeutungsrente nicht verringern kann, weil man die Entschlossenheit nicht hat, die Verfettung oben und die Entblutung unten einzuschränken. Und hier, meine Herren, bin ich an einer Grenze, wo ich in diesem Landtag nichts mehr zu reden habe. Sie werden begreifen, daß ich hier, wo die Frage der Tuberkulose in eine Frage der Gesellschaftsordnung übergeht, nichts mehr sprechen kann, aber Sie werden mir gestatten, zu sagen: wir Sozialdemokraten begreifen diese Frage der Tuberkulose als ein wichtiges Symptom der durch den Kapitalismus geschaffenen wirtschaftlichen Lage überhaupt.

Verzeihen Sie, Herr Landmarschall, wenn ich noch einiges vorbringe. Ich würde bitten, ich habe nur noch wenige Minuten zu sprechen, und Sie (zur Rechten) würden mich verbinden, wenn Sie Ihre Gespräche während dieser Zeit aussetzen wollten; ich werde dann ebenso ruhig sein, wie ich es von Ihnen wünsche.

Wir sehen also in der Verbreitung der Tuberkulose eines der Symptome der sozialen Zustände überhaupt. Wir sind auch der Überzeugung, daß eine gründliche Abhilfe nur geschaffen werden kann, nicht wenn das Land reich genug ist, um Vorkehrungen zu treffen — denn es ist ja heute reich genug — sondern wenn Land und Volk entschlossen und befähigt sind, den Reichtum, den sie schaffen, auch richtig zu gebrauchen, das heißt wenn sie ihn in der eigenen Hand behalten, anstatt ihn in die Hand einer kleinen Minorität abzuliefern, um hienach als Wohltat und Bettelpfennig einen Teil von dem zu bekommen, was sie sich im großen haben abpressen lassen.

Wir sind überzeugt, daß eine gründliche Arbeit erst später geschehen wird. Aber, meine Herren, ich bin verpflichtet, hier zu sagen, daß wir trotzdem wissen, daß heute

schon eine ganze Reihe von Vorkehrungen getroffen werden kann, damit das Elend wesentlich eingeschränkt wird, daß aber diese mögliche Verbesserung nicht eingeschränkt werden soll auf Heilstätten, auf die Behandlung von Erkrankten, sondern daß man — und das wäre das billigste vom ökonomischen Standpunkt — mit der Verhütung beginnen solle.

Zu dieser gehören in erster Linie alle Maßregeln zur Hebung der Lebenshaltung des Proletariats, zur Erweiterung des Arbeiterschutzes und alle Maßregeln, die die Wohnungen betreffen. Diese Maßregeln zu unterstützen werden Sie uns immer bereit finden, und ich möchte nur wünschen, daß die Liste der frommen Wünsche, wie ich sie genannt habe, die hier in diesem Antrag niedergelegt sind, sich in eine lebendige Tatsache umwandeln möge. (Beifall links.)

(Stenographisches Protokoll des niederösterreichischen Landtages, 19. Sitzung vom 22. Juli 1902.)

Das Seuchengesetz.

In der 31. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. Juni 1908 hielt Adler eine Rede zum Budget. Darin kam er auch auf das Sanitätswesen zu sprechen, verlangte ein eigenes Gesundheitsamt und verwies auf die Schwierigkeiten, die dem vom Ministerium des Innern fertiggestellten Epidemiegesetz vom Finanzministerium bereitet wurden. Er führte dazu aus:

Abgeordneter Dr. **Adler**: Meine Herren! Es ist jetzt ein Jahr her, wo ich hier in ausführlicher Weise über die Reform des Gesundheitswesens gesprochen habe. Man hat dann später so getan, als wollte man darin etwas reformieren und ein Reichsgesundheitsamt oder eine Abteilung im Ministerium des Innern einrichten. Das war eine Rederei, man hat darüber wieder geschwiegen. Nun stelle ich hier öffentlich fest, daß der wichtigste Behelf und der wichtigste Fortschritt für unser gesamtes Sanitätswesen, das Reichsseuchengesetz, im Ministerium des Innern unter Zustimmung und Mitarbeit des Obersten Sanitätsrates fix und fertig gestellt ist und daß es seit langer Zeit im Finanzministerium liegt (Hört! Hört!), weil Herr v. Korytowski sich noch überlegen muß, ob die Ausgaben für die Gesundheit des Volkes zu den produktiven oder unproduktiven Ausgaben gehören. (Hört! Hört! — Zwischenrufe.)

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Rede von einer Novelle zum Tierseuchengesetz gesprochen, die gewiß, wie ich

gar nicht leugne, wichtig ist und deren Ankündigung eine neue Bewegung unter unseren Herren Agrariern und Viehzüchtern hervorgerufen hat. Ich gönne es ihnen, es ist ganz notwendig — gewiß; aber das Menschenseuchengesetz ist doch mindestens ebenso notwendig. Hier haben Sie den stärksten Widerstand des Finanzministers.

Wir haben eine Forderung gestellt, die von allen Parteien des Hauses im Budgetausschuß unterstützt wurde, die Erhöhung der Zahl der Gewerbeinspektoren und eine vernünftige Einrichtung des Gewerbeinspektorats. Das kostet ein paar hunderttausend Kronen.

Wissen Sie, wohin wir betteln gehen müssen, wissen Sie, auf wen wir einwirken müssen? Auf den Herrn v. Korytowski und den Sektionschef Engel, ob er in Gnaden gewogen sein werde, dies für das nächste Jahr einzustellen. Die Herren tun ja, als ob sie diese Dinge aus eigener Tasche zahlen würden. (Beifall.)

Niemand von Ihnen besinnt sich wegen ein paar Millionen bei einer Steuer — das geht prompt — aber wenn es sich um ein paar hunderttausend Kronen für die wichtigsten Dinge handelt, die sozialpolitisch und sanitär notwendig sind, da setzen sich die Herren auf das hohe Roß und überlegen mit Herrn Dr. Steinwender, ob das eine produktive oder unproduktive Ausgabe ist. (Sehr gut! — Abgeordneter Doktor Steinwender: Wie komme ich dazu?) Herr Abgeordneter Steinwender, Sie müssen es sich gefallen lassen, hier als der Prototyp und der Wortführer der verderbtesten Fiskalisten zu stehen. (Beifall.) Es tut mir leid um ihn, aber ich kann ihm nicht helfen. (Abgeordneter Dr. Steinwender: Lieber bei der Wahrheit bleiben!) Ja, ja, die Wahrheit genügt, die Wahrheit ist schlimm genug.

(Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses,
31. Sitzung vom 3. Juni 1908.)

* * *

In der 57. Sitzung vom 16. Juni 1910 kam Adler abermals auf das Gesundheitsamt und das damals von der Regierung bereits eingebrachte Seuchengesetz zu sprechen, das im Sanitätsausschuß durch den Widerstand der bürgerlichen Parteien nicht erledigt wurde. Er sagte:

Beim Ministerium des Innern ressortiert noch immer unser gesamtes Sanitätswesen, nicht zum Vorteil dieses Sanitätswesens. Es müßten da einzelne

Abteilungen aus verschiedenen anderen Ministerien herausgezogen werden, es müßte ein eigenes Amt, ein eigenes Gesundheitsamt oder Ministerium — auf den Namen kommt es ja gar nicht an — bestellt werden, welches die gesamten sanitären Fragen zu erledigen hat. Meine Herren, wir sind hier im größten Rückstand in bezug auf die ganze Organisation des Sanitätswesens, das ist wiederholt gesagt worden, das wissen wir ja. Ich will auch da nicht auf Einzelheiten eingehen, aber ich möchte Sie nur fragen: Wäre es denn möglich — unterscheiden wir, meine Herren, was eine Regierung für ihre Lebensfrage ansieht, was sie mit dem größten Nachdruck fördert oder was sie durch ihre Referenten im täglichen Betrieb einfach erledigen läßt, wie es der Tag eben bringt; diese sanitären Fragen gehören nicht zu den Lebensfragen — ich sage: Wäre es möglich, daß eine Angelegenheit, wie dieser Skandal unserer Spitalverhältnisse, so lange ungelöst bliebe, daß da gar keine energische Hand eingreifen würde, wenn die Regierung diese Frage als eine ebenso ernste ansehen würde, wie sie die Frage ansieht, ob der Herr Kriegsminister zu seinen Kanonen kommt? Ich weiß, es ist eine ungeheuer komplizierte Frage und die Regierung für sich allein kann sie nicht lösen. Wir haben es da mit der Rückständigkeit und dem Fiskalismus nicht nur der Regierung, sondern auch der autonomen Verwaltungen zu tun, und es gehört sehr viel guter Wille und eine sehr energische Hand dazu, um da eine Aktion ins Werk zu setzen, aber es müßte doch endlich geschehen — und von wo soll der Anstoß kommen? Jetzt hat man wieder die Spitalverpflegsgebühren erhöht. Ja, meine Herren, es gibt kein Land der Welt, wo die Verpflegsgebühren die Selbstkosten in den Spitälern irgendwie decken, es gibt keine vernünftige Beziehung zwischen den Gebühren und den Kosten der Spitalverwaltung (Sehr richtig!), und es ist ganz absurd, daß man ein Defizit in der Spitalverwaltung, das eine Pflicht der Öffentlichkeit und der Staatsverwaltung, der Landesverwaltung und der Gemeindeverwaltung ist, auf die Konsumenten wälzen will. Das ist ein ganz absurder Gedanke; auch unsere Justiz ist wahrscheinlich nicht aktiv — ich weiß es nicht. Das ist also ein absurder Gedanke. Aber um solche Dinge kümmert sich die Regierung nicht und wir wissen, bei den Regierungsparteien ist noch weniger Ernst für solche Dinge vorhanden. Ja wenn es sich um eine nationale

Geschichte handeln würde... (Abgeordneter Dr. Renner: Oder den Veteranensäbel!) ja, oder um die Bewaffnung der Veteranen oder das Hausiergesetz — das sind wichtige Dinge!

Meine Herren! Wir haben ein sehr wichtiges Gesetz, das die Regierung eingebracht hat und das jetzt im Sanitätsausschuß verhandelt wird: das Seuchengesetz; ein Gesetz, das möglicherweise in Kürze eine sehr traurige Aktualität erlangen kann, denn, meine Herren, die Cholera ist auf dem Marsche; ob wir sie noch in diesem oder im nächsten Jahre hieher bekommen, weiß man nicht, aber bedroht sind wir davon, sie ist auf dem Marsche, und die Sanitätsverwaltung steht mit ganz veralteten Bestimmungen dieser Gefahr gegenüber. Nun liegt ein Seuchengesetz vor, das, soweit ich es fachmännisch zu beurteilen in der Lage bin, mich nicht befriedigen oder gar begeistern kann; es ist ungenügend nach sehr vielen Richtungen, insbesondere weil es für die Assanierung, für die Prophylaxe gar nichts tut, sondern nur für die Abwehr und die Isolierung, wenn schon eine Seuche da ist. Aber auch dieses so bescheidene Gesetz, dieses Gesetz, das den Vertretern vieler der autonomen Körperschaften zuliebe in so bescheidenem Umfang gemacht wurde, findet den größten Widerstand und gerade bei den Regierungsparteien, und darum mache ich die Regierung verantwortlich. Die Parteien, die die Regierung stützen und unterstützen in allem, was gegen die Bevölkerung geht (So ist es!), in solchen Dingen stellen sie sich auf die Hinterfüße, und wir haben von einem sehr gewichtigen Mitglied einer sehr gewichtigen Partei, deren Lebensberuf es ist, die Regierung zu stützen, vom Herrn Landesausschuß Bielowlawek, hier gehört: Diese Vorlage wird nicht Gesetz werden! (Abgeordneter Bielowlawek: Nicht in der Form! — Zwischenrufe.)

Meine Herren! Ich will Ihnen etwas sagen! Das schwebt zwischen mir und dem Herrn Landesausschuß. (Abgeordneter Bielowlawek: Es wird schon alles gut werden!) Hoffentlich werden Sie sich bessern, hoffentlich werden Sie, wenn Ihnen von autoritativer Seite — und Sie schwören doch auf Autoritäten (Heiterkeit), Sie sind ja selbst eine (Erneute Heiterkeit) — klargemacht wird, daß das Gesetz eine Notwendigkeit für die Bevölkerung ist, daß all die Absurditäten, die heute verbreitet werden, als ob dieses Gesetz — was es leider nicht enthält — den Impfwang und derlei Dinge ent-

halten würde, wenn Sie sich davon überzeugt haben, daß dieses Gesetz schlecht genug und unvollkommen genug ist, daß Sie es annehmen können; dann wird hoffentlich die Regierung soviel Einfluß auf Sie haben, um es durchzusetzen. Aber ich merke von diesem Einfluß der Regierung nichts, und ich als Mann der Opposition bitte eine hohe Regierung alleruntertänigst, sie möge ihren Einfluß auf ihre Regierungsparteien dahin geltend machen, daß sie dieser ihrer Regierungsvorlage nicht allzu große Schwierigkeiten mache. (Sehr gut!) Die Energie der Regierung in solchen Dingen vermisste ich vollständig; das gehört mit zu der Planlosigkeit. (Abgeordneter Bielowlawek: Sie nehmen auch nicht jede Regierungsvorlage so blank an, wie sie vorliegt!) Das ist wahr, da haben Sie recht. Aber ich würde nicht verkünden, daß diese Vorlage nicht Gesetz wird, ich würde das nicht verkünden, wo es sich um einen zwar kleinen, aber außerordentlich wichtigen Fortschritt für unsere Sanitätsorganisation handelt, und ich würde, wenn ich ein ernster Mann und auch noch mit sanitären Dingen befaßt bin, diese traurigen Vorurteile und traurigen populären Schlagworte, die jetzt in der leichtfertigsten Weise in die Bevölkerung getragen werden, nicht noch unterstützen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Abgeordneter Bielowlawek: Die Arbeiter würden es büßen müssen, wenn das Gesetz wird!) Aber, Herr Kollege Bielowlawek, die Arbeiter müssen in jeder anderen Beziehung Ihres Protektorates entbehren, sie müssen es schon aushalten, auch in dieser Beziehung von Ihnen schutzlos gelassen zu werden. (Lebhafter Beifall. — Heiterkeit.)

(Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses,
57. Sitzung vom 16. Juni 1910.)

Die Verschleppung des Seuchengesetzes.

Erst im Oktober 1912 kam das Seuchengesetz auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses. In der 107. Sitzung vom 23. Oktober 1912 sprach Adler dazu.

Abgeordneter Dr. Adler: Meine Herren! Nach den Ausführungen einer Anzahl von Rednern in der heutigen Debatte, insbesondere nach der ebenso ausführlichen wie wirklich erschöpfenden und glänzenden Rede meines Freundes und Parteigenossen Dr. Schacherl hätte ich eigentlich auf das Wort verzichten können, wenn ich nicht genötigt wäre und mich für verpflichtet halten würde, erstens ein paar Worte

über die geschäftliche Führung dieser Angelegenheit zu sagen, wobei auch meine Person in Betracht kommt, und wenn ich nicht auch etwas über den allgemeinen Zusammenhang dieser Angelegenheit mit unserer Politik überhaupt zu sagen hätte.

Meine Herren! Ich war als Obmann des Sanitätsausschusses verpflichtet, das Meinige dazu beizutragen, um das Gesetz der Erledigung im Ausschuß zuzuführen, und ich habe im Auftrag des Ausschusses, der seinerseits auch diese Pflicht empfunden hat, mehrfache Bemühungen gemacht, um das Gesetz zur zweiten Lesung auf die Tagesordnung des Hauses zu stellen.

Es handelt sich nicht um ein neues Gesetz. Das Gesetz ist seit vier Jahren in parlamentarischer Erörterung, und wer bis heute nicht die Lust und die Pflicht gefühlt hat, sich mit seinem Inhalt bekanntzumachen, der wird es auch weiterhin nicht tun. Das Gesetz ist bereits im Ausschuß des vorigen Hauses beraten worden, es ist diesmal in langen, angestrengten, mühevollen Erörterungen Paragraph für Paragraph durchberaten worden unter der Anteilnahme — wie ich mit Freude konstatiere — der Ausschußmitglieder aller Parteien. Wir haben es ja mit einem Gesetz zu tun, das überhaupt keine Parteiangelegenheit ist, oder nicht sein sollte — möchte man glauben. Das Gesetz ist zustande gekommen nach schwierigen Kämpfen mit der Regierung, insbesondere mit dem Finanzministerium, dem wir doch einige Konzessionen abgerungen haben. Weder ich, meine Herren, noch meine Partei, noch auch der Sanitätsausschuß wären etwa zu schüchtern gewesen, um viel weitergehende, uns notwendig erscheinende Bestimmungen in das Gesetz hineinzubringen, die Geld kosten, aber wir haben uns gesagt: es nützt uns nichts, wenn wir solche Bestimmungen im Hause annehmen und nicht im vorhinein wissen, daß die Regierung sich dafür verbürgt, daß sie auch im Herrenhaus durchdringen werden; denn sonst wird uns die Regierung im Herrenhaus ein Bein stellen, was sie schon bei Dingen tut, bei welchen der Fiskus viel weniger in Betracht kommt als hier, oder sie wird uns wenigstens sträflich im Stich lassen, wie sie das bei ihren eigenen sozialpolitischen Vorlagen, insbesondere bei der Revision des § 74 der Gewerbeordnung im Herrenhaus tut. (Zustimmung.) Es blieb uns also nichts anderes übrig, als im Ausschuß mit dem Finanzministerium ein

Kompromiß zu schließen und ihm herauszureißen, was möglich war, dafür aber die Bürgschaft zu haben, daß das auch vom Herrenhaus angenommen wird.

Und damit sind wir nun vor das Haus gekommen. Wir haben gewußt — und jeder, der die Verhältnisse kennt, hat es gewußt — daß das Gesetz eine Agitation hervorrufen wird von seiten der Impfgegner und der Naturheilvereine. Diese Gegnerschaft ist zwar keine begründete, aber eine erklärliche. Ich möchte da gleich einfügen: So wie es nützlich und förderlich ist, daß die Naturheilmethode, die man besser die physikalisch-diätetische Heilmethode nennt, ohne die heute die Medizin überhaupt nicht mehr auskommt und ohne die sie übrigens niemals ausgekommen ist, die immer bestand und nun allerdings durch das Verdienst einer ganzen Reihe von Leuten — darunter, ich will den Naturheilern das Vergnügen machen und in allererster Linie Prießnitz nennen — einen großen Fortschritt gemacht hat, immer mehr Anhang gewinnt, so wie es nützlich und notwendig ist, daß dadurch unsere Bevölkerung an das Waschen mehr gewöhnt wird, als das leider bis jetzt der Fall ist, wobei ich bemerke, daß das Waschen, Baden und sonstige Reinigen mit der Natur gar nichts zu tun hat — diejenigen, welche der Natur am nächsten stehen, waschen sich gerade am allerwenigsten. (Heiterkeit.) Das hat also mit der Natur gar nichts zu tun — so wie die Naturheiler auf diesem Gebiet sich in der Tat Verdienste durch ihre Agitation erwerben können, so gehen sie anderseits darüber weit hinaus und entfesseln einen Fanatismus gegen die wissenschaftliche Medizin, was sie um so weniger tun sollten, als diese Lehren, die Prießnitz mitverbreitet hat, ebenfalls ein Bestandteil der wissenschaftlichen Medizin längst geworden sind. Wenn man die Verdienste von Prießnitz und meinetwegen auch vom Pfarrer Kneipp, dem wir eine zum Teil ausgezeichnete Methode verdanken, die natürlich kein Allheilmittel ist, ebenso wenig wie das Morphin oder Digitalis, wenn wir diese Verdienste anerkennen und jeder Vernünftige sie anerkennen muß, so ist es töricht, fanatisch und beschränkt, die glänzenden Erfolge der medizinischen Wissenschaft im abgelaufenen Jahrhundert, die Errungenschaften von Pasteur, von Koch und ihrer Schule einfach als medizinischen Aberglauben zu verurteilen. (Beifall.)

Meine Herren, ich will hier über die Impfung nicht reden, ich bin überzeugt, daß die Impfung notwendig ist; eine ganze Reihe von Herren hier ist davon überzeugt, sie haben nur nicht die Courage, sich dazu zu bekennen. Aber davon reden wir nicht. Das Gesetz hat mit der Impfung nichts zu tun. Ich möchte Sie aber, meine Herren, auf folgendes aufmerksam machen. Nur das eine Wort. Wenn es heute allerdings viel schwerer wäre, einen Impfwang gesetzlich zu statuieren, als das vielleicht noch vor dreißig Jahren möglich gewesen wäre, wo das in Deutschland usw. geschehen ist, wenn heute die Impfgegnerei eine größere geworden ist, so ist das in erster Linie ein Verdienst der Impfung selbst, weil die Blattern dank der Impfung eine so seltene Krankheit geworden sind, daß man die Gefahren der Blattern nicht mehr so hoch einschätzt und einschätzen kann im Verhältnis zu den Unannehmlichkeiten, die das Impfen mit sich bringt. Das ist aber ein anderes Gebiet. Ich sage, das ist der Fehler, daß die Herren Impfgegner und Naturheiler oder vielmehr ihre fanatischen Führer dieses Gesetz zum Objekt einer Agitation gemacht haben, die in dem Gesetz selbst nicht zu begründen war. In diesem Zusammenhang hat man mich — ich muß das sagen — angegriffen in der Presse und auch im Haus auch heute wieder; ich bin nicht empfindlich gewissen Angriffen gegenüber, wie sie insbesondere in dem viel verbreiteten Blatte des Herrn Schnitzer gegen mich gerichtet wurden. Da sage ich eines: es gibt eine Satisfaktionsfähigkeit, nicht nur eine moralische, sondern auch eine intellektuelle, und es gibt Leute, die für mich unter dem Niveau der intellektuellen Satisfaktionsfähigkeit stehen. (Beifall.) Dazu gehört auch einer der Herren Vorredner, dessen Namen ich nicht einmal nenne. Meine Herren! Diese Agitation ist nun weiter gegangen, hat sich einiger Bestimmungen bemächtigt, die die Gewerbetreibenden und, wie wir gestern von einem Wiener Arzt gehört haben, auch die Hauseigentümer ungeheuer aufregt — es gibt beinahe schon gar keine Schicht der Bevölkerung mehr, die nicht durch das Gesetz „bedroht“ wäre — und wir haben da eine Agitation hereinbekommen. Das war vorauszusehen und darum — das sage ich Ihnen offen, weil wir dieses Parlament kennen und wissen, welcher Grad von Überzeugungstreue und Nackensteifigkeit bei den verschiedenen Parteien vorhanden ist —

hätten wir es sehr gern gesehen, wenn das Gesetz erledigt worden wäre, bevor diese Agitation so absurde Formen angenommen hat. Wenn Sie, meine Herren, heute den Ver- tagungsantrag, das Gesetz an den Ausschuß zurückzuschicken, trotzdem annehmen und diese große Verantwortung auf sich laden, dann sage ich Ihnen, werden Sie selbst erst recht froh sein müssen, daß wir es durchgesetzt haben, daß wir heute wenigstens zu dieser Debatte gekommen sind. Denn wenn wir das Gesetz nicht im Sommer auf die Tagesordnung gesetzt, „angeschnitten“ — wie der Ausdruck lautet — und heute darüber gesprochen hätten, so würden wir uns durch Monate bemühen, es auf die Tagesordnung zu setzen, und dann würden Sie erst recht dieselbe Komödie haben, die Sie heute haben, Sie hätten es dann erst an den Ausschuß gewiesen und auf diese Weise ein halbes Jahr mehr verloren. Wir mußten also unter allen Umständen darauf dringen, daß das Gesetz auf die Tagesordnung komme und so gut erledigt werde, als es das Gewissen, der Verstand und der Mut der Herren hier verträgt. Ja, Herr Graf L a s o c k i lächelt, wenn ich davon spreche; ich muß schon sagen — Herr Graf, verzeihen Sie, daß ich Sie anspreche — ich muß schon sagen, ich bewundere Ihren Mut! Ich habe das nicht ironisch gesagt: es gehört sehr viel Mut dazu, ein Gesetz zu verschleppen, möglicherweise auf lange Zeit zu vereiteln, von dem man weiß und wissen muß, wenn man den Gegenstand kennt, daß von ihm und seiner genauen Durchführung die Wohlfahrt und Gesundheit sehr breiter Schichten abhängt (Lebhafter Beifall und Händeklatschen); es gehört noch viel mehr Mut dazu, wenn man aus einem Lande kommt, das in allererster Linie dem Anprall der Seuchen aus- gesetzt ist (Zustimmung), wenn man aus einem Lande kommt, dessen ökonomische Bedingungen und dessen ganze Ent- wicklung leider danach angetan sind, die Seuchen zu fördern, und es gehört dreifacher Mut dazu, wenn man einer Partei oder Interessentengruppe angehört, die es über sich bringt, damit ja kein verdächtiges Schwein herüberkommt und wir es zu essen bekommen, die ganze Ernährung der österreichischen Bevölkerung einzuschränken und herabzusetzen. Dazu haben Sie den Mut und da haben Sie den noch viel größeren Mut, dieses Gesetz vereiteln zu wollen.

Die Herren außerhalb dieses Hauses — sehr wenige sind es innerhalb dieses Hauses — die aus wirklich — ich möchte sagen — ehrlichem Fanatismus gegen das Gesetz sind, indem sie sagen, die Bazillen und die Ansteckung durch Bazillen sind überhaupt nur ein medizinischer Aberglaube, diese Leute haben in ebendiesem Fanatismus, in ebendieser Unwissenheit gewisse Milderungsgründe für sich. Was soll ich aber von jenen Herren sagen, die wir hier in der Debatte gehört haben, die sich als Anhänger und überzeugte Befürworter der ganzen Tendenz des Gesetzes bekennen und bekennen müssen, die selbst Ärzte, die selbst Mitglieder des Ausschusses sind, die selbst erklären müssen: Ja, das Gesetz ist nicht nur notwendig, es ist dringend! und die dann damit enden, daß sie, obwohl sie das wissen, bewußt zur Vereitlung dieses Gesetzes beitragen. (Sehr richtig!) Die sind viel schlimmer als die Fanatiker, wie ja alle Sünden aus Fanatismus immer leicht wiegen gegen die Sünden aus Feigheit.

Schon mein Freund Schacherl hat die Frage aufgeworfen, warum wir uns so für dieses Gesetz echauffieren. Meine Herren! So oft etwas Vernünftiges in diesem Hause gewollt werden wird, werden Sie uns in der ersten Reihe finden. Leider passiert das sehr selten. Beim Wehrgesetz haben Sie den Vortritt, beim Abwehrgesetz sind wir da. Beim Wehrgesetz, welches den Mord vorbereitet, ist Ihre Begeisterung überströmend, da sind Sie hier, beim Abwehrgesetz gegen den Tod und die Krankheit sind wir in erster Linie da, und müßten wir sogar im Bunde mit der Regierung sein, die leider nicht so fest auf den Beinen steht, als wir es wünschen würden. (Zustimmung.) Meine Herren! Nicht ohne Grund tun wir das. Denn Krankheit und Tod, das ist eine Sache der Armen. Wie die meisten Sprichwörter nicht wahr sind, so ist es auch eine Lüge, daß vor dem Tod alle Menschen gleich sind. Es ist nicht wahr, daß vor dem Tod alle Menschen gleich sind. Fragen Sie jede Statistik in jeder Stadt und fragen Sie, wie gerade die epidemischen Krankheiten in den begüterten Quartieren und wie sie in den Bezirken der Armut wirken, dann werden Sie sehen, wie auch der Tod sich vor dem goldenen Kalb verbeugt; auch der hat Respekt vor dem Geldsack.

Die ansteckenden Krankheiten, die Epidemien, die Seuchen und ihre Verbreitung hängen von zwei Komponenten

ab: von dem, was man die Disposition nennt, und von dem Krankheitserreger. Disposition im weitesten Sinne ist die ökonomische Lage, ist die Wohnung, ist vor allem die Ernährung, ist der Reinlichkeitszustand und so fort, mit einem Wort ist die ganze Lebenshaltung des einzelnen. Diese Komponente, die eine Bedingung für die Krankheit ist, diesen Faktor der Lebenshaltung weniger gemeingefährlich zu machen, die Lebenshaltung ständig zu erhöhen, gegen die Verbreitung der Seuchen zu kämpfen, das ist der Lebensinhalt der sozialdemokratischen Partei, das ist unsere oberste Pflicht, der dient unsere ganze Politik in jeder Einzelheit und sie beherrscht unsere Handlungen.

Aber, meine Herren, darum darf man doch die andere Komponente nicht vernachlässigen, das sage ich nicht nur den Herren Naturheilern, sondern auch vielen von den Herren, die hier von großen Maßregeln für die Hebung der Gesundheit im allgemeinen gesprochen und diese für wichtig angesehen haben. Das ist schon wahr, wenn Sie mir in die eine Hand ein vernünftiges Wohnungsgesetz, aber mit drakonischen Maßregeln für die Herren „Hauseigentümer“, wie man sie nennt, und Hauswucherer geben und in die andere dieses Seuchengesetz, da werde ich nicht zweifelhaft sein, welches ich zuerst nehme. Aber wenn ich das Wohnungsgesetz genommen habe, dann werde ich das Seuchengesetz auch brauchen und verlangen; denn, meine Herren, es ist wahr, daß die Disposition für die Erkrankung mit dem Steigen der Lebenshaltung verringert wird, aber sie verschwindet nicht und es ist das erste Gebot der modernen Seuchenbekämpfung, jeden ersten Krankheitserreger und seinen Träger am Anfang zu verfolgen und unschädlich zu machen. Es ist eine Torheit, wenn hier geklagt wird, wie es in der ganzen Debatte vorgekommen ist, welche Bedrohung in dem Gesetz für soundso viele Individuen liegt, die man isolieren wird. Nein, meine Herren, wenn Sie nicht im ersten Falle, der zur Kenntnis kommt, sofort einschreiten, dann tritt erst diese Bedrohung für so viele andere ein. Das ist doch das, was wir durch das Gesetz ermöglichen wollen, erreichen wollen.

Zweitens, meine Herren, wird sehr viel mit dem Argument gekämpft: durch die Furcht, die Angst, die durch ein solches Gesetz verbreitet wird, die Angst, die durch die

Anzeigepflicht und die Bekanntmachung, das Bekanntwerden eines einzelnen Falles verbreitet wird, wird die Seuche gerade gefährlicher und, was natürlich noch schlimmer ist, es werden auch Sommerfrischen und Hotels geschädigt. (Ruf: In den Badeorten werden die Fälle verheimlicht!) Sie werden selbstverständlich verheimlicht. Ja, meine Herren, mit solchen Argumenten ist nicht zu rechten, ich möchte aber fragen: Was kann auf die Bevölkerung beruhigender wirken, wenn sie weiß, daß jeder erste Fall, der gefährlich ist, verfolgt und nach Kräften unschädlich gemacht wird, oder wenn sie weiß, daß ein Verschweige- und Totschweigesystem da ist, daß man verheimlicht, bis die Gefahr eine große geworden ist? Wir können nicht zugunsten einiger Hotels, wir können nicht zugunsten einiger Sommerfrischen die Bevölkerung ausliefern. (Abgeordneter Dr. Diamand: Und am Ende ist es zu ihrem Schaden, denn wenn es losbricht, ist es viel ärger!) Sehr richtig, schließlich ist es zu ihrem Schaden; denn es läßt sich die Sache nicht verheimlichen und es entstehen dann übertriebene Gerüchte, die viel mehr schaden, als wenn man den Tatbestand amtlich veröffentlicht hätte. Das alles, meine Herren, ist also hinfällig.

Wenn Sie nun gegen diese Vorlage nur das vorbringen würden, was Sie wirklich dagegen haben, wenn Sie nur Abänderungen beantragen und durchsetzen wollten, die Sie eingestehen können und die Sie auch formulieren können, dann würden Sie nicht beantragen, das Gesetz an den Ausschuß zurückzuweisen. Das ist, meine Herren, einfach die Flucht, die Flucht vor ein paar Wählerkreisen, die Sie auf der einen Seite fürchten, während Sie ja dabei doch das dunkle Gefühl haben, daß Sie etwas begehen, was unmöglich ist, wenn Sie das Gesetz ablehnen. Meine Herren, wir haben hier einen Redner gehört, einen Kollegen und ein Mitglied des Ausschusses, der sehr warm für das Gesetz eingetreten ist und der damit geschlossen hat, der Deutsche Nationalverband habe ihn beauftragt, das Gesetz zurückzuschicken. Ich bedauere, meine Herren, den Deutschen Nationalverband. Bisher war die Sache ohnehin schon schwer. Man hat ihm nachgesagt, daß der eine sitzt und der andere steht. In Zukunft wird die Sache aber noch schwerer werden, denn die Herren werden sich bemühen müssen, jeder persönlich zugleich zu stehen und zu sitzen. (Heiterkeit.) Das wird noch viel schwerer sein, Herr Kollege.

Wie Sie das machen werden und es mit Ihrer wissenschaftlichen Überzeugung (Lebhafte Heiterkeit) und technischen Fähigkeit vereinbaren können, das muß ich Ihnen überlassen. (Abgeordneter Dr. Tobisch: Wir wollen es ja nicht verschleppen!) Wenn Sie es nicht verschleppen wollen, dann dürfen Sie es nicht an den Ausschuß zurückgehen lassen. (Zustimmung.) Verehrter Herr Doktor, Sie sind ein junges Mitglied des Parlaments, aber vielleicht ist Ihnen aus den Zeitungen etwas über die Arbeitsweise dieses Parlaments von früher her schon bekannt geworden und da können Sie schon wissen, daß es nicht gar so einfach ist, ein Gesetz durch einen Ausschuß zu bringen und dann wieder auf die Tagesordnung zu setzen, um so weniger, wenn die Herren vorhaben, in dem Ausschuß eine Enquete darüber zu veranstalten (Hört! Hört!), wie die Herren Hausbesitzer, wie die Herren Gemüsehändler, wie die Herren Fabrikbesitzer und wie schließlich auch die Herren Impfgegner über das Gesetz denken. Also gar so einfach ist das doch nicht.

Wir haben, meine Herren, Gelegenheit gehabt, im Ausschuß alles zu vernehmen, und wenn Herr Dr. Tobisch, der, wie ich höre, einige Zeit krank war, nicht immer anwesend sein konnte, so hat er Freunde und Parteigenossen genug, die seine Wünsche im Ausschuß hätten vorbringen können. Und der Herr Dr. Jerzabek war überhaupt nicht krank. Der Herr Dr. Jerzabek, der uns jetzt mit 18 Amendements bedroht oder die Zurückweisung verlangt, hat im Ausschuß einen einzigen Punkt beanstandet (Hört! Hört!), einen einzigen Punkt, wo er unrecht gehabt hat, und das bringt mich auf ein Thema, das, glaube ich, noch nicht sehr berührt wurde und das ich doch mit einem Wort streifen muß. Man spricht von den ungeheuerlichen Strafen, die angeblich in dem Gesetz stehen. Man spricht davon, daß sogar ins Strafgesetz ein neuer Paragraph eingefügt wird. Ja, meine Herren, es wird allerdings der § 393 geändert. Aber wie wird er geändert? Er wird ja gemildert! Wissen Sie denn nicht, daß durch dieses Gesetz eine Milderung bewirkt wird? Das sollten doch mindestens die Mitglieder des Ausschusses wissen, von denen ich annehme, daß sie wenigstens das Gesetz gelesen haben, wenn sie schon, wie ich bei Herrn Dr. Jerzabek zu meinem größten Bedauern habe konstatieren müssen, die Motive nicht gelesen

haben, die uns das Herrenhaus in sehr umfänglicher Weise dazu gegeben hat. Ich bitte, durch die Annahme des neuen § 393 des Strafgesetzes wird der alte Paragraph aufgehoben und wird auch das alte Pestpatent mit allen den alten, absurden, für die damalige Zeit notwendigen Bestimmungen außer Kraft gesetzt. Herr Dr. Jerzabek hat gemeint: das mutet einen an, wie wenn die Todesstrafe eingeführt werden sollte. Jetzt, meine Herren, haben Sie die Todesstrafe, jetzt haben Sie schweren Kerker usw. auf die Verletzung des Pestpatents, jetzt haben Sie die Bestimmung, daß, wenn einer den Kordon überschreitet, er ohneweiters niedergeschossen werden kann. Das ist heute Gesetz und dadurch fühlen Sie sich nicht bedroht. Weil man aber sagt: wenn einer wissentlich eine Krankheit verbreitet, soll er bestraft werden, da fühlen Sie sich auf einmal bedroht. Ja, meine Herren, es ist ein Unglück: für die ganze Bevölkerung gilt der Grundsatz, Unkenntnis des Gesetzes entschuldigt nicht; aber für die Abgeordneten sollte dieser Grundsatz erst recht gelten. Die Abgeordneten wenigstens wären verpflichtet, die Gesetze, über die sie abstimmen, zu kennen. Darüber ist doch gar kein Zweifel.

Wenn Sie nun, meine Herren — ich wiederhole — sich durch einzelne Punkte beschwert fühlen und sie ändern wollen, so können Sie das in der Spezialdebatte tun. Nachdem wir das Gesetz so durchgearbeitet haben — unfehlbar ist niemand, nicht einmal der Sanitätsausschuß, das will ich bekennen — mag ja irgendeine Verbesserung noch möglich sein und ich werde der erste sein, der ihr zustimmt. Sie haben ja gehört, daß man Ihnen den § 6 hinwirft. Mein Gott, was haben wir mit dem § 6 schon alles durchgemacht. Im vorigen Parlament haben die Landesausschüsse sich dagegen gewehrt, sie haben darin eine Strangulierung der Autonomie gesehen; auf einmal sind es die Impfgegner, die darin die Zwangsimpfung gesehen haben. Schließlich hat der Herr Minister gesagt, er hat nur eine deklarative Bedeutung; schlimmer ist es: er hat nur eine dekorative Bedeutung; und wenn Sie wirklich glauben, daß die Behörden, die durch diesen Paragraphen verhalten werden, nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Durchführung der Seuchenabwehr ihre Pflicht zu tun, wenn Sie glauben, daß die Behörden diese Ermahnung nicht brauchen, lassen Sie den Paragraphen in Gottes Namen weg! Wenn es Ihnen eine Be-

ruhigung ist, daß er draußen ist, uns ist es keine Beruhigung, wenn er drinnen ist. Das kann ich Ihnen schon sagen! Außerdem aber werden Sie wahrscheinlich wenig Abänderungen machen können. Denn die Abänderung, die jetzt von einer Reihe von Gewerbege nossenschaften usw. verlangt wird, die sich die Sache gar nicht überlegt haben und nur durch eine wirklich schon sehr frivole Agitation hineingehetzt worden sind, die Abänderung, daß man an einen Betrieb oder ein Haus nicht heran kann, wenn der Verdacht einer Erkrankung besteht, werden Sie, wenn Sie ein Gewissen im Leibe haben, nicht machen. Denn wenn der Verdacht entsteht, muß man eingreifen, sonst ist es zu spät. Sie wissen, mit welchen Schwierigkeiten die Diagnose zu kämpfen hat, daß man warten muß, bis sich die Krankheit entwickelt hat, aber rechtzeitig vorkehren muß, um nicht andere Menschen, ja um nicht einen sogar höheren oder mindestens besonders geschützten Menschentypus, die Gewerbetreibenden selbst, am meisten zu schädigen. Im Interesse weiter Kreise der Gewerbetreibenden müssen Sie eingreifen, wenn schon der erste Verdacht vorliegt.

Also, meine Herren, Sie werden wenig machen können. Darum seien Sie ehrlich, treten Sie in die Spezialdebatte ein und verschleppen Sie das Gesetz nicht! Wir sagen Ihnen hier die Wahrheit und sagen sie Ihnen ohne jedes Interesse. Im Gegenteil, meine Herren, politisch steht ja die Sache so: Bei dem Gesetz können wir Sozialdemokraten, was Wähler anbelangt, nur verlieren und nicht gewinnen. Sie wissen es und darauf gründet sich Ihre noble und vornehme Spekulation. Sie wissen es, daß eine ganze Anzahl von Sozialdemokraten, sonst tüchtiger und vernünftiger Parteigenossen im Norden Böhmens dieser Naturheilbewegung angehören und daß sie in vielen Dingen weiter gehen, als es mir und uns allen als vernünftig erscheint. Und nun hoffen Sie als politische Marodeure, die Sie sind, bei der Sachlage ein Geschäft zu machen und uns ein paar Dutzend oder hundert Stimmen für die nächste Wahl abzutreiben. Sie denken sich so für den Verlust zu decken, den Sie sich vielleicht bei Ihrer begeisterten Zustimmung für das Wehrgesetz beibracht haben. Die Spekulation ist ja ungeheuer einfach und so genial, daß wir dem genialen Flug dieser Politik nicht zu folgen vermögen. Wir tun unsere Pflicht und selbst auf die Gefahr hin, daß wir zunächst Stimmen verlieren

und bei einem Teil — ich hoffe bei einem kleinen Teil — unserer Wählerschaft nicht auf Verständnis stoßen, werden wir unbekümmert das tun, was wir zum Heile dieser Wähler für notwendig und richtig erachten, und verlassen uns auf die altgriechische Anekdote, glaube ich, in welcher es heißt: Was wirst du tun, wenn die Athener verrückt geworden sind? Dann werden sie dich hängen. Das sagen Sie; Sie hoffen, die werden uns hängen, weil sie verrückt sind, Sie rechnen mit dieser Verrücktheit. Darauf antworten wir Ihnen mit dem griechischen Philosophen: Und dich werden sie hängen, wenn sie wieder zur Vernunft gekommen sind. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Diese politische Spekulation also, meine Herren, wird Ihnen nichts nützen.

Nun aber zu etwas anderem, ich habe mich genug damit beschäftigt, meine Zeit ist ungemein kurz; aber ein paar Minuten muß ich dem löblichen Finanzministerium widmen, das mit dieser Vorlage eng zusammenhängt. Nur ein paar Worte. Wir haben eine Resolution eingebracht, haben diese Resolution vorher dem Finanzminister und seinem Erzengel (Heiterkeit) vorgelegt, worin wir das Ministerium aufgefordert haben, für Tuberkuloseheilstätten Fonds bereitzustellen. Wir haben den Herren die Notwendigkeit der Sache nachgewiesen. Der Herr Kollege Dr. T o b i s c h hat da auch einen Fall von Nordböhmen erwähnt, von Beneschau nämlich, und Sie wissen, daß wir ein großes Sanatorium in Südtirol errichten wollen für das Rolliersche Verfahren, nämlich für chirurgische Fälle. Wir haben vom Ministerium verlangt, daß es Mittel dafür bereitstelle und diese Aktion mindestens durch die Garantie der Zinsen fördere, da wir das Geld für dieses Institut dann später von der Unfallversicherung und ähnlichen Instituten bekommen. Außerdem hat das Ministerium des Innern, nämlich die Sanitätsverwaltung, eine Reihe von Subventionen für diese Dinge in Aussicht genommen, die dringend notwendig sind. Ich schaue mir das Budget an und in demselben Budget, von dem gestern der Herr Finanzminister erzählt hat, daß wir es glücklich auf drei Milliarden gebracht haben, in diesem selben Budget ist wiederum nur ein Bettel für diese Zwecke drin. Darüber, meine Herren, werden wir bei der Budgetdebatte noch ausführlich reden; aber Sie dürfen denn doch nicht vergessen, daß Sie sich dieser Wirtschaft gegenüber geradezu mit-

schuldig machen, mitschuldig machen, weil Sie der Verwaltung alles in die Hand geben und dem Gesetz, dem Parlament nichts überlassen wollen. Sehen Sie, Sie sagen doch, was da in dem Gesetz steht, wird ja heute ohnehin schon gemacht ohne Gesetz. Natürlich, das ist echt österreichisch. Da wollen Sie es über sich ergehen lassen, aber die Verantwortung wollen Sie nicht tragen. Sie übernehmen die Verantwortung für die volksfeindlichsten Gesetze; aber für diese Unbequemlichkeit, die bei der Seuchenverhütung unvermeidlich ist, wollen Sie die Verantwortung nicht übernehmen, weil Sie politisch vielleicht in dem einen oder anderen Bezirk dadurch Unbequemlichkeiten haben.

Meine Herren! Mit dem Finanzministerium werden wir uns noch auseinandersetzen. Sie aber fordere ich auf: Haben Sie den Mut, das Gesetz abzulehnen, dann lehnen Sie es ab. Haben Sie aber so viel Pflichtgefühl, um zu wissen, daß Sie es durchführen müssen, dann stimmen Sie heute für das Eingehen in die Spezialdebatte, sagen Sie dort, was Sie zu sagen haben, aber betreten Sie nicht den Weg, der politisch unwahr ist, der nicht aufrichtig ist; betreten Sie nicht den Weg, daß Sie das Gesetz vereiteln, weil Sie nicht den Mut haben, sich zu Ihrer Überzeugung zu bekennen. (Lebhafter, andauernder Beifall und Händeklatschen.)

(Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses,
107. Sitzung vom 23. Oktober 1912.)

Die Erledigung des Seuchengesetzes.

Das Seuchengesetz war im Oktober 1912 im Plenum nicht zur Annahme gelangt, sondern an den Sanitätsausschuß zurückverwiesen worden. Erst im Jänner 1913 wurde es im Abgeordnetenhaus erledigt. Adler sprach in der Sitzung vom 30. Jänner 1913 noch einmal dazu.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Meine Herren! Sie werden wohl alle mit mir das Gefühl haben, daß wir froh wären, wenn dieses Gesetz endlich erledigt wäre, nicht allein weil es notwendig ist, sondern weil es direkt blamabel ist und das österreichische Abgeordnetenhaus nicht nur vor unserer Wählerschaft, nicht nur vor allen Sachkundigen im Inland, sondern auch insbesondere vor der sachkundigen Welt im Ausland direkt herabsetzt, daß wir ein so einfaches und so notwendiges Gesetz, ein Gesetz, das eigentlich völlig unbestritten sein sollte, hier nur mit den größten Schwierigkeiten durchsetzen können.

Das Gesetz ist an den Ausschuß zurückgegangen, und wie zweifellos und logisch notwendig die Bestimmungen des Gesetzes sind, geht schon daraus hervor, daß der Ausschuß beim besten Willen nichts Wesentliches hat ändern können. Sie können überzeugt sein, daß die Herren, die dem Ausschuß angehören, schon sehr gern etwas Wesentliches geändert hätten, um gewissen Wünschen, die in ziemlich heftiger Form aufgetreten sind, entgegenzukommen. Sie hätten sehr gern etwas für jene Wählergruppen getan, welche durch Demagogie und Mißverstand aufgereizt worden sind, es war aber wirklich nicht möglich. Die Beseitigung des § 6, der hier schon preisgegeben wurde, weil an ihm nichts zu halten war und weil er weder etwas Gutes noch etwas Schlechtes beinhaltet hat, hätte sich sehr gut auch im Plenum durchführen lassen, ebenso diese einschneidende Änderung, die man den Gewerbetreibenden und der Industrie zuliebe vorgenommen hat, daß, wenn ein Betrieb infolge Verseuchung geschlossen werden muß, das nur im Falle wirklichen Bedarfes und wirklicher Notwendigkeit geschehen darf. Auch das hätte sich unschwer schon hier machen lassen. Und schließlich die dritte, wenn Sie wollen, etwas tiefer einschneidende Sache, daß unter den Mittellosen, die einen Entschädigungsanspruch haben, auch das Kleingewerbe und die kleinen Landwirte genannt werden: auch das hätte sich hier ruhig machen lassen.

Ich leugne gar nicht, daß in dieser Beziehung, was Entschädigungen anbelangt, das Gesetz lange nicht so weit geht, wie wir alle wünschen. (So ist es!) Auch hier handelt es sich ja nur um ein Kompromiß. (Sehr richtig!) Auch hier müssen wir einfach sagen: Wir brauchen das Gesetz unbedingt, wir müssen der Regierung an Entschädigungen abnötigen, was möglich ist, wir können aber das Gesetz nicht daran scheitern lassen, daß diese Entschädigungen nicht so weit gehen, wie wir es wünschen.

Nun aber, meine Herren, haben wir es aber doch noch mit einer Opposition zu tun. Verzeihen Sie das vielleicht etwas heftige Wort: es ist direkt eine Schmach, daß sich ein Abgeordneter findet, der jetzt abermals die Rückverweisung an den Ausschuß verlangt. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist dies um so mehr eine Schmach, weil der Herr, der als polnischer Bauer verkleidet ist (Abgeordneter Dr. D i a m a n d:

Ein Eisenbahndirektor aus Stanislau!), durchaus nicht die Unmöglichkeit der Einsicht in die Verhältnisse hat, wie sie etwa ein polnischer Bauer hätte. Es ist direkt eine raffinierte und frivole Demagogie. Ich bedaure die polnischen Bauern, die sich von einem solchen Herrn irreführen und hineinlegen lassen (Sehr richtig!) und die das Odium eines Attentats auf ihre eigenen Interessen auf sich nehmen müssen; denn sie sind es ja, die das erste Objekt aller Seuchen sind. Meine Herren! Ich hoffe aber, daß dieses Attentat abgewiesen werden wird. Der Ehre der Demagogie ist durch die einmalige Zurückverweisung genug geschehen, man muß ja die Dinge nicht bis zum Äußersten treiben; wir werden heute diesen Antrag fallen sehen.

Nun haben wir es aber doch noch mit einer Reihe von Einwendungen zu tun, die ich hier ganz kurz charakterisieren werde. Wir haben schon im Ausschuß und auch bei der ersten Behandlung hier einen Hauptgegner des Gesetzes gehabt, das ist der Herr Graf Lasocki, auch so ein Bauernkönig, ein Mann, dessen Vorleben ihn besonders dazu befähigt, die möglichen Gefahren zu erkennen, die von Bezirkshauptleuten und Behörden ausgehen können, weil er ja selbst Bezirkshauptmann war und jetzt, wie ich glaube, Statthaltereirat ist. Der Mann hat uns bei jeder Gelegenheit gewarnt und dahin gehen auch seine Anträge: Ich bitte, den Behörden ja keine Möglichkeit zu geben, im Verordnungsweg etwas zu tun, denn das wird alles mißbraucht. (Heiterkeit.) Man weiß ja das, aber es ist doch wahrscheinlich nicht notwendig, daß wir alle Behörden und insbesondere unsere Sanitätsbehörden mit dem Maßstab messen, den so ein ehemaliger galizischer Bezirkshauptmann aus eigenster Selbsterkenntnis hergenommen hat. (Heiterkeit.) Wir könnten, wenn wir solche Maßstäbe anlegten, überhaupt nichts machen. Nun hat er trotz seines sehr zähen Kampfes — die Gerechtigkeit muß man ihm widerfahren lassen, der Mann hat Fleiß und Energie — die absurden Anträge im Schweiß seines Angesichtes immer wieder gestellt und hat sie trotz aller sachlichen Widerlegungen immer wieder gebracht. Ich muß im Interesse der Klarheit der Debatte und der Abstimmung Ihnen einmal kurz darlegen, welches seine Einwände sind und warum wir auf sie nicht eingehen. Es sind mehrere Gruppen von Einwänden. Erstens geht Graf

Lasocki in seinen Anträgen von einer fixen Idee aus, nämlich daß die Seuchen in zwei Gruppe zu trennen sind, von denen die einen gefährlich, die anderen aber nicht gefährlich sind. Er hält Cholera, Pest und merkwürdigerweise auch Gelbfieber, das wirklich bei uns wenig häufig praktisch wird, für gefährlich, hingegen hat er eine geradezu perverse Vorliebe für die Bazillen von Scharlach, Diphtherie, Abdominaltyphus usw. Diese Bazillen möchte er bei jeder Gelegenheit schonen. (Heiterkeit.)

Das ist geradezu unverständlich, wenn man sich nicht immer wieder erinnert, daß das ein galizischer Bezirkshauptmann gewesen; bei allem, was wirklich bei jeder Gelegenheit aktuell wird, will er unwirksame Maßregeln, und nur in Ausnahmefällen, wo wenig Gelegenheit ist, will er scharfe Maßregeln. Das ist das eine. Wir erklären selbstverständlich, daß alle Anträge, die auf dieser Linie laufen, abgewiesen werden müssen.

Zweitens hat er die merkwürdige Idee, daß die Seuchenabwehr erst beginnen soll, wenn ein Krankheitsfall unzweifelhaft ärztlich festgestellt ist und nicht schon vom Verdacht der Erkrankung an. Nun ist aber damit, wie schon wiederholt gesagt wurde, das ganze Gesetz einfach hinfällig und praktisch unmöglich, unwirksam gemacht. Denn die ganze moderne Seuchenbekämpfung geht davon aus, den allerersten Fall, der verdächtig ist, bis in seine ganze Genealogie — möchte ich sagen — zurückzuverfolgen, die Sache gleich an der Wurzel zu packen und dadurch die weitere Ausbreitung unmöglich zu machen. Das Argument, das hier gebraucht wird, ist: Wie soll der Verdacht einer Ansteckung erkannt werden? Ja, meine Herren, dann genügt auch die Diagnose nicht, da warten wir gleich auf den Sektionsbefund! (Heiterkeit.) Dann fangen wir mit der Verfolgung erst an, bis die Diagnose durch den Sektionsbefund feststeht. Also das ist ein Unsinn — pardon, das ist unparlamentarisch — das muß abgelehnt werden.

Drittens wünscht er die Verordnungsgewalt der Sanitätsbehörden bei einer ganzen Reihe von Paragraphen einzuschränken oder zu beseitigen, das heißt den Sanitätsbehörden das Recht zu nehmen, daß sie beim Auftreten von Krankheiten, die hier noch nicht genannt sind, Verfügungen treffen. Wenn wir das machen würden, meine Herren, müßten wir ge-

wissenschaftlicher Weise auch diese Krankheiten jetzt schon aufnehmen; wir müßten heute schon aufnehmen, was wir jetzt der Verordnung überlassen wollen, und würden dadurch eine Verschärfung hervorrufen. Das ist also nicht zu machen und wir müssen es ablehnen.

Schließlich wünscht er den Verlust des Entschädigungsanspruches einzuschränken. Bei Desinfektionen entstehen natürlich Verluste an Güterwerten und da ist im Gesetz eine billige, halbwegs angemessene Entschädigung vorgesehen. Diese Entschädigung soll aber nach dem Gesetz nicht gewährt werden, wenn derjenige, der sie beansprucht, sich gegen das Gesetz verfehlt hat. Wenn zum Beispiel jemand, der wesentlich einen Cholerakranken bei sich gehabt hat, die Anzeige nicht gemacht und dadurch die Möglichkeit oder die Tatsache einer größeren Verbreitung hervorgerufen hat, dann kommt und sagt: Bitte, die Desinfektion hat mir soundso viel genommen, so soll man sagen: Nein, wir geben dir keine Prämie dafür, daß du ohne Risiko verheimlichen kannst, sondern jemand, der sich gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes verfehlt hat, hat keinen weiteren Anspruch. Das ist eine durchaus notwendige Sicherung. Nun, ich will niemand Unrecht tun, einem so zähen Herrn wie dem Grafen Lasocki schon gar nicht, sonst macht er mir eine tatsächliche Berichtigung: er will den Verlust des Entschädigungsanspruches nicht ganz beseitigen, er will ihn für solche Fälle belassen, wo es sich um Entziehung der Gegenstände der Desinfektion handelt, aber er will die Entschädigungspflicht dann aufrechterhalten, wenn es sich um die Unterlassung der pflichtmäßigen Anzeige handelt.

Da aber das Rückgrat des ganzen Gesetzes und der Seuchenbekämpfung die Durchführung der Anzeige, die Kenntnis von der Seuche ist, so ist das der entscheidende Punkt und wir können auch diese Gruppe seiner Anträge nicht akzeptieren. Hingegen ist es ihm gelungen — der Graf Lasocki ist ja Mitglied des Polenklubs und kann mehr ausrichten als wir armen Hascher — der Regierung einige Konzessionen bezüglich der Entschädigungen abzurufen, und zwar — das ist sehr wichtig — hat er bei jenem Paragraphen, wo bestimmt wird, daß die Gemeinden, die Vorkehrungen zu treffen haben, insbesondere in den Grenzgebieten — er meint

natürlich nur Galizien — und denen dadurch Ausgaben erwachsen, Entschädigungen erhalten sollen, durchgesetzt, daß die Regierung, nicht wie der Ausschuß in den Verhandlungen mit der Regierung bloß durchsetzen konnte, nur ermächtigt ist, zu helfen, sondern daß sie zu helfen hat, und zwar bis mindestens zur Hälfte der Aufwendungen der Gemeinden. Das ist eine durchaus nützliche Sache und wir werden selbstverständlich dafür stimmen.

Außerdem hat er eine wirkliche Lücke entdeckt, die wir gelassen haben. Es sind nämlich zweierlei Arten von Entschädigungen festgesetzt, Entschädigungen für Desinfektion und Entschädigungen für Verdienstverlust bei Isolierungen. Bezüglich der Entschädigung für die Desinfektion haben wir eine Frist von dreißig Tagen für die Geltendmachung vorgesehen, wir haben es jedoch verabsäumt, eine Frist für die andere Entschädigung vorzusehen. Hier hat er einen Antrag gestellt und der wird selbstverständlich angenommen werden.

Ich komme nun, meine Herren, zu dem Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Jerzabek. Der Herr Abgeordnete Dr. Jerzabek hat bei der ersten Verhandlung eine ganze Reihe von Anträgen — ich glaube achtzehn — gestellt und erklärt, wenn die nicht zurückgewiesen werden, werde er das Gesetz hier verfechten. Er hat nun aber alle diese Anträge fallen gelassen, indem er eingesehen hat, daß die Beziehungen auf das deutsche Gesetz falsch waren und auf einer mangelhaften Lektüre beruht haben.

Aber eine Sache ist doch geblieben. Der § 17 besagt nämlich, daß im Falle von Verdacht auf eine anzeigepflichtige Krankheit die Isolierung stattfinden kann und er wünscht diese Absonderung nur für solche, die keinen ordentlichen Unterstand haben, wie Obdachlose, Hausierer, Umherziehende usw.

Nun, meine Herren, das sieht ja ganz gut aus und man möchte meinen, daß hier nur der Gedanke vorliegt, man wolle überflüssige Behelligungen vermeiden; und er bezieht sich dabei immer wieder auf das deutsche Gesetz. Nun steht die Sache so: Er hat übersehen, daß im deutschen Gesetz zwei Bestimmungen sind; die eine Bestimmung bezieht sich — ich bitte, das zu beachten — auf die Beobachtung von Krankheitsträgern, das heißt von solchen Personen, die vermutlich oder auch sichergestellt Keime mit sich herumtragen, die also selbst

noch nicht krank sind, vielleicht auch nicht krank werden, die aber in Evidenz gehalten und beobachtet werden müssen, eine Beobachtung, die wochen- und monatelang dauern kann und muß. Für diese Fälle sagt das deutsche Gesetz, daß allerdings nur die abgesondert werden müssen, die keinen festen Wohnsitz haben, weil die anderen mit Meldepflicht usw. ohnehin zu beaufsichtigen sind. Dann kommt ein weiterer § 16 im Reichsgesetz, wonach diejenigen, die wirklich erkrankt sind, abgesondert werden können, wenn es der Arzt für notwendig erklärt, das heißt, wenn in ihrer Wohnung die nötigen Isolierungsvorkehrungen nicht zu haben sind.

Meine Herren! Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, daß bei einem sehr großen und breiten Teil der Bevölkerung, auch wenn es nicht Hausierer sind und wenn sie nicht obdachlos sind, in ihrem sogenannten Obdach, in ihrer sogenannten Wohnung es ganz ausgeschlossen ist, eine vernünftige Isolierung durchzuführen, obwohl man doch auch in solchen Fällen eine Isolierung durchführen muß. Ich kann also im besten Falle, bei der weitesten Nachsicht den Antrag des Herrn Jerzabek nur als ein wohlmeinendes Mißverständnis der Sachlage bezeichnen (Heiterkeit) und ich bitte Sie daher, auch gegen diesen Antrag zu stimmen.

Ich komme nunmehr zu dem Antrag des Herrn Doktor Potzinger. Dr. Potzinger, der Mitglied unseres Ausschusses war, hat in dem Ausschuß eine ganze Reihe von Anträgen gestellt, Anträge, die immer auf Erleichterungen ausgingen. Ich muß Ihnen das so darlegen, damit Sie die Tendenz kennen, in der die Anträge gehen, und auch unsere Anträge, die sich auf kleine Einschaltungen beziehen, verstehen und wissen, worüber Sie abstimmen — es kann ja nicht schaden, daß das mitunter der Fall ist. (Heiterkeit.) Er hat immerhin im Interesse der Bauern, die durch das Gesetz behelligt werden, Anträge gestellt, und natürlich sind die Landwirte ungeheuer empfindlich gegen jede Behelligung, ungeheuer wehleidig und alle diese Anträge sehen ungeheuer menschenfreundlich aus; es hat mitunter im Ausschuß geschienen, als würden wir weniger ein Gesetz zur Abwehr von Seuchen und ansteckenden Krankheiten machen als zur Abwehr von Behörden und Sanitätsmaßregeln. (Heiterkeit.) Nun, ich muß aber zugeben — ich will das ausdrücklich konstatieren — daß Herr Doktor

Potzinger wahrscheinlich im Laufe der Ausschußverhandlungen, die ja wirklich sehr belehrend waren, doch ein anderes Bild gewonnen hat, daß er die meisten seiner Anträge vollständig fallen gelassen und sich hier mit einer gewissen Leidenschaft und Begeisterung für das Gesetz im ganzen ausgesprochen hat. Allerdings hat er gemeint, daß die armen Bauern, die armen Landwirte in Österreich und die armen Agrarier — hat er schließlich gesagt — gar nichts durchsetzen; den Sozialdemokraten komme man gleich entgegen, aber die armen Agrarier (Heiterkeit), also die armen Leute mit ihrem Meliorationsfonds, mit ihrer Einrichtung unserer ganzen Handelspolitik einzig und allein für ihre Spezialzwecke und ihren Geldsack, mit der Aufopferung aller unserer Lebensinteressen und unserer ganzen Ernährung für ihren Sack — die Armen, die setzten nichts durch. (Abgeordneter Dr. Diamand: Mit der Steuerpolitik!) Ja, auch mit der Steuerpolitik, die Sie begünstigt und uns hineinlegt. Kurz und gut, ich hoffe, daß Herr Dr. Potzinger, der noch nicht lange in der Politik steht, auch hier noch zu anderen Überzeugungen kommen wird. Aber eines habe ich von ihm gelernt — da hat er recht: wir Sozialdemokraten fangen die Geschichte ganz falsch an — er versteht das besser; das Weinen und Schreien, das ist sehr gut. Wenn die Agrarier fortwährend so schreien, als ob sie am Spieß stecken würden, so ist das viel gescheiter, als wie wir es machen. Sie stellen Forderungen auf, sie stellen wahnsinnige Forderungen auf, während wir vernünftigerweise nur das fordern, von dem wir glauben, daß es auch durchzusetzen und zu machen ist. Das ist ganz falsch. Je wahnsinniger, je toller, desto besser. Wir werden es uns überlegen, ob wir nicht jene andere Taktik einschlagen sollen. Vorläufig hat er in der Tat etwas durchgesetzt. Es handelt sich um die Entschädigung für solche, die im Interesse der Seuchenverhütung isoliert oder in der Ausübung ihres Berufes gestört werden müssen. Natürlich haben wir volle Entschädigung für alle verlangt. Wir haben mit dem Finanzministerium sowohl bei der ersten wie bei der zweiten Ausschußberatung gekämpft. In der Herrenhausvorlage war ursprünglich überhaupt nichts von einer Entschädigung, das ist ganz neu und wurde erst im Abgeordnetenhaus geschaffen. Wir haben es schließlich so weit gebracht, daß für jene, die in ihrem Erwerb gestört sind, eine Vergütung

bis zu 60 Prozent des ortsüblichen Taglohnes geleistet wird, also eine Parallele mit dem Krankenversicherungsgesetz. Nun haben aber die anderen Herren verlangt, daß es nicht heißen soll: „Arbeiter“; es soll überhaupt keine Gruppe genannt werden, sondern anstatt dessen soll die Fassung treten: Alle jene sind entschädigungsberechtigt, welche nicht einkommensteuerpflichtig sind. Wir haben gesagt: das müssen wir ablehnen, das können wir nicht machen, weil eine große Schicht der Arbeiterschaft nicht nur einkommensteuerpflichtig ist, sondern die Steuer auch zahlt, was nicht immer dasselbe ist (Heiterkeit), während es große Schichten gibt, die zwar steuerpflichtig wären, die Steuer aber nicht zahlen und die hier eine Entschädigung bekommen würden, während die qualifizierten Arbeiter durchfallen. Das ist nicht gut gegangen. Richtig ist es dem Herrn Dr. Potzinger gelungen, die Regierung zu dem Zugeständnis zu bewegen, daß erstens alle Arbeiter und Kleingewerbetreibenden, die mittellos sind, eine Entschädigung bekommen, und außerdem generell alle diejenigen, welche keine Einkommensteuer zahlen. Das ist etwas, worauf wir selbstverständlich mit Handkuß eingehen.

Herr Dr. Potzinger wünscht aber außerdem, weil er ein gutes Herz hat, die Herabsetzung der Strafen. Meine Herren! Darauf können wir nicht eingehen. Er wünscht die Herabsetzung der Strafen auf ein so geringes Maß, daß sie wirklich nicht mehr abschreckend wirken. Ein Staat, der einem Menschen, der in der Not eine Semmel stiehlt, mit der Infamierung droht und ihn monatelang einsperrt, ein Staat, bei dem das Eigentum so heilig ist, bei dem ein solcher Götzendienst mit der Heiligkeit des Eigentums getrieben wird, daß jede, die geringste Entwendung mit den härtesten Strafen bedroht wird, ein solcher Staat kann nicht die Bedrohung von Menschenleben — nicht für einzelne, sondern für die ganze Bevölkerung — und die Vernichtung von viel mehr Eigentum als bei großen Eigentumsdelikten in Frage kommt, mit so geringen Strafen wie von acht Tagen usw. hingehen lassen. Man kann nicht die Vergehungen gegen das Sanitätsgesetz auf eine Stufe herunterbringen mit der Übertretung eines Schnelfahrverbotes oder so etwas. Das geht nicht. Das würde auch die moralische Wirkung, die verhütende Wirkung verfehlen. Wir sind sonst gar nicht Bewunderer von hohen Strafen, aber hier,

wo es sich wirklich nicht um die Verteidigung der Vorrechte und Privilegien, sondern um die Verteidigung der Gesundheit und des Eigentums der ganzen Gesellschaft handelt, sind wir schon für eine energische Abwehr und werden also diese Anträge ablehnen.

Ich komme schließlich zu den Anträgen des Herrn Abgeordneten Hummer. Der Herr Abgeordnete Hummer hat zunächst eine ganze Reihe von Anträgen gestellt, für die man sein kann, für die man nicht sein kann, weil sie wenig beinhalten. Sie sind meist stilistischer Natur. Er hat in der Tat entdeckt, daß irgendwo ein „und“ steht, wo ein Beistrich stehen sollte, und wir sind ihm dafür sehr dankbar. (Abgeordneter Dr. Ellenbogen: Im Interesse der deutschen Sprache!) Ja, das ist ja sehr schön.

Wenn wir, meine Herren, solche Anträge stellen wollten, könnten wir es ja auch. Glauben Sie, ich bin von dem Gesetz entzückt? Gar nicht. Weder von dem Umfang desselben noch weniger von seinem Inhalt und schon gar nicht von der Formulierung. Ich würde manches ganz anders gefaßt haben. Solche Anträge könnte auch ich und könnten wir ja alle stellen, aber mich reizt es nicht, den Ruhm eines parlamentarischen Kieselack zu erwerben (Heiterkeit) und bei jedem Paragraphen meinen Namen zu finden. Darum stellen wir alle diese Verschönerungsanträge nicht, wir müssen uns aber, trotzdem ja manches recht naheliegt, nun doch mit den Anträgen beschäftigen, die der Herr Abgeordnete Hummer eingebracht hat. Von dem gewissen Beistrich abgesehen, wünscht er im § 9, daß die Schließung der Schulen usw. nur für die Dauer der Ansteckungsgefahr bestehen soll. Das klingt außerordentlich vernünftig und ich müßte unbedingt dafür sein, wenn nicht schon im § 6 stehen würde, daß alle folgenden Anordnungen nur für die Dauer der Ansteckungsgefahr gelten. Wenn ich dasselbe also nochmals im § 9 sagen will, kann ich es tun; es ist aber nicht einmal ganz ungefährlich, weil diese Wiederholung, wie der Herr Abgeordnete Hummer ganz unzweifelhaft sagen würde, *ex contrario* (Heiterkeit) darauf schließen läßt, eine legistische Auffassung — nicht wahr? — zuläßt, als ob dann an anderen Stellen die Sperrung länger zulässig wäre.

Im § 28, der den Ärzten des Hauses ein wenig am Herzen liegt, heißt es (liest):

„Bei der Bestellung der Epidemieärzte werden ihre Bezüge durch Vertrag mit der Maßgabe geregelt, daß sie im Falle ihrer Erkrankung, die nicht die Berufsunfähigkeit begründet, ihren vollen Gehalt fortbeziehen.“

Nun beantragt der Herr Abgeordnete H u m m e r — man möchte meinen, daß da wirklich etwas dahintersteckt — es solle heißen „im Falle ihrer Erkrankung“, und zwar auch dann, wenn sie „nicht die Berufsunfähigkeit begründet“. Meine Herren, wir haben unsere Köpfe zerbrochen und haben lange vermutet, daß das ein Antrag ist, der etwas bedeutet. Es hat sich aber herausgestellt, er bedeutet gar nichts (Heiterkeit), es ist ein rein stilistischer Antrag. Also, Herr Kollege, wir können ganz ruhig sein, wir können ihn annehmen oder ablehnen, es wird dabei gar nichts passieren; wenn Sie ihn annehmen, machen Sie dem Herrn H u m m e r eine Freude (Heiterkeit), vielleicht sind Sie dazu aus Parteirücksichten verpflichtet. (Erneute Heiterkeit.) Wir haben diese Rücksicht nicht.

Eine wirkliche Verbesserung oder Erweiterung beinhaltet der Antrag, daß nicht nur Amtsärzte und für die Dauer der Epidemie angestellte Epidemieärzte im Falle ihrer Erkrankung an einer epidemischen Krankheit erstens eine Krankenunterstützung bekommen und dann weiter pensionsfähig usw. sind, sondern daß sich diese Bestimmung auf alle jene Ärzte bezieht, die überhaupt bei einer Epidemie tätig sind und an einer Infektionskrankheit zugrunde gehen oder bleibend geschädigt werden. Die Regierung hat das akzeptiert, wir begrüßen es und sind dafür.

Hinsichtlich eines weiteren Antrages zu § 35 muß man dem Abgeordneten H u m m e r Gerechtigkeit widerfahren lassen; dieser Paragraph ist in der Tat dadurch etwas klarer gefaßt, es ist da ausdrücklicher und klarer gesagt, daß auch Pflegepersonen und nicht nur Krankenträger gewisse Bezüge im Falle ihrer Erkrankung bekommen.

Wir sind, wie Sie sehen, bei Erledigung dieser Anträge vollkommen vorurteilslos vorgegangen und sind weit entfernt von irgendeiner Rechthaberei. Es liegt sowohl dem Ausschuß wie den Mitgliedern meiner Partei sowie mir oder dem

Referenten sehr fern, irgendeinen Antrag, der eine wirkliche Verbesserung bringen kann und der durchführbar ist, abzulehnen. Aber, meine Herren, wir müssen auch solche Anträge, die wir wünschen würden, ablehnen, wenn wir die Gefahr vor uns sehen, daß dadurch das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet wird. Und wenn sich die Regierung über den Antrag des Herrn Dr. Potzinger auf Ausdehnung der Entschädigung auf alle diejenigen, die keine Einkommensteuer zahlen, klar äußert, wenn sie sagt, daß sie diesen Antrag im Herrenhaus zum Anlaß nimmt, um das Gesetz zu Fall zu bringen, dann werden wir zwar schweren Herzens, aber doch diesen Antrag nicht annehmen.

Meine Herren! Sie müssen einen Unterschied zwischen diesem Gesetz und anderen Gesetzen machen. Daran sind wir nicht schuld, wir können hier nicht so stramm vorgehen wie bei anderen Gesetzen, weil die Regierung eine ganz andere Haltung einnimmt. Ich habe mich gestern gefreut, einmal in der mir ganz ungewohnten und seltenen Lage zu sein und den Genuß zu haben, einem Minister beistimmen zu können. Es war ja eine wahre Wonne, einmal dieses Gefühl haben zu können. Es passiert ja unsereinem sonst nicht. Ja gewiß, sie sind dafür. Aber, meine Herren, wenn Sie glauben, daß derselbe Aufwand an Energie und Kraft von der Regierung für ein Gesetz aufgebracht werden kann, das der Bevölkerung nützlich ist, wie die Regierung ihn bei einem Gesetz aufbringt, das die Bevölkerung schädigt, so täuschen Sie sich. Wir können hier der Regierung nicht dasselbe zumuten, gerade weil es ein gutes Gesetz ist, was sie etwa beim Wehrgesetz oder bei irgendeinem anderen Gesetz, zum Beispiel beim Kriegsdienstleistungsgesetz, getan hat. Das dürfen Sie nicht vergessen. Die Kriegsdienstleistungsgesetze sind streng befristet. Seuchengesetz! Da kann die Regierung warten. Die Cholera! Man wird mit der Cholera schon fertig, sagt sie sich, und da kann sie immer warten. Darum, meine Herren, müssen wir hier doppelt vorsichtig sein, und weil wir das Zustandekommen des Gesetzes wollen, müssen wir auf diese Schwäche der Regierung — ich weiß nicht, ist das eine berufsmäßige Schwäche, die mit der ganzen Konstitution einer bürgerlichen Regierung zusammenhängt — Rücksicht nehmen — nicht wahr, auf die konstitutionelle Schwäche müssen wir Rücksicht nehmen? Na ja! (Heiter-

keit) — und dürfen wirklich nur solche Dinge beschließen, die das Gesetz nicht gefährden, und uns vorbehalten, das andere später einmal zu machen.

Ich bin zu Ende. Ich habe mich bemüht — vielleicht ist meine Rede doch länger ausgefallen, als ich es wollte — Ihnen einen möglichst kurzen Überblick über das zu geben, was die Streitpunkte sind. Sie werden zugeben, daß das lauter Punkte sind, die eigentlich das innerste Wesen, das Wichtigste nicht berühren; denn die Dinge wie „Verdacht“ usw. in den Anträgen Lasocki, das sind extreme Geschichten, und sie sind derart, daß sich hier, wie ich glaube, auch nicht eine kleine Minorität findet, die für solche Absurditäten stimmen kann. Alles andere bewegt sich in Breiten, die nicht so entscheidend sind, und Sie können mit gutem Gewissen für jede der Bestimmungen als eine notwendige und nützliche Sache eintreten.

Aber, meine Herren, wenn der Antrag auf Zurückverweisung, der von der Gewissenlosigkeit einzelner oder einzelner Gruppen eingebracht ist, wenn dieser Antrag damit kombiniert wird, daß dann ein größerer Ausschuß gewählt und die Zahl der Ausschußmitglieder verdoppelt werden soll, so sehen Sie schon daraus, daß es sich um einen Verschleppungsantrag handelt. Aber ich sage Ihnen, daß sich in diesem Hause weder 26 noch gar 52 finden werden, die, wenn sie die Verantwortung auf sich nehmen müssen, als Ausschußmitglieder sich mit der Sache bekannt zu machen, etwas anderes beschließen können, als wir beschlossen haben. Ich für meinen Teil erkläre, daß ich selbst, und ich bin überzeugt, sehr viele von den Herren, die mit mir im Ausschuß gearbeitet haben, daß wir uns dafür bedanken würden, für die Frivolität, die Unwissenheit und die gewissenlose Demagogie einzelner Herren in diesem Hause zu büßen und eine Arbeit, die wir zweimal mit vollem Ernst und voller Gewissenhaftigkeit gemacht haben, noch einmal zu machen.

Meine Herren! Stimmen Sie für das Gesetz, erledigen wir es. Es ist eine Schande, daß wir so lange dazu gebraucht haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

(Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses,
136. Sitzung vom 30. Jänner 1913.)

Schutz gegen gewerbliche Vergiftungen.

Auf dem VI. Internationalen Kongreß für Hygiene und Dermographie in Wien 1887 wurde in der Hygienischen Sektion über Fabrikhygiene und Fabrikgesetzgebung verhandelt. Dr. Schuler, schweizerischer Fabrikinspektor, stellte zehn „Schlüsse“ auf. Der 5. Punkt lautet:

Wo gewisse schwere Gefahren nur durch Untersagung einzelner Betriebsweisen (wie etwa Verbot der Verwendung von Arsen, gelbem Phosphor) oder sonstige schwere Eingriffe beseitigt werden können, sind diese Maßregeln möglichst mittels internationaler Vereinbarungen durchzuführen.

Viktor Adler, der am Kongreß mit Pernerstorfer und Heinrich Beer teilnahm, ergiff in der Debatte das Wort.

Adler Viktor (Wien) beantragt, für den Punkt 5 von „internationaler“ Vereinbarung abzusehen, weil er befürchtet, daß bei Annahme der These in der vorliegenden Formulierung die Gefahren, auf welche Professor Bücher aufmerksam gemacht hat, eintreten könnten. Diese Eingriffe müssen auf nationalem Boden erfolgen. Er werde am Schlusse ein Amendement vorschlagen, die Fabrikgesetzgebung überhaupt, und nicht nur auf diesem Gebiete, sei auf dem Wege internationaler Vereinbarung zu fördern.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Achtstundentag als hygienische Forderung.

Zu Punkt 8, welcher lautete:

„Die Gesundheit der erwachsenen Männer leidet häufig durch eine übermäßig lange Arbeitszeit sowie durch Nacharbeit. Beide üben auch einen nachteiligen Einfluß auf Moralität und Intelligenz des Arbeiters aus. Erfahrungsgemäß vermag sich dieser nur selten gegen eine solche Beanspruchung zu wehren und es liegt deshalb in der Aufgabe des um die Erhaltung einer tüchtigen Bevölkerung besorgten Staates, durch die Gesetzgebung vorzubeugen.“

Den gegenwärtigen Verhältnissen dürfte ein Maximalarbeitstag von 11 bis 10 Stunden am besten entsprechen.“

Adler sprach: Wir haben hier nur als Hygieniker zu reden. Die Hygiene verlangt aber eine Beschränkung der Arbeit auf acht Stunden täglich und vollständige Beseitigung der Nacharbeit. Gerade weil wir hier nicht Sozialpolitik

treiben wollen, müssen wir das trocken aussprechen. Übrigens sind alle hier dagegen vorgebrachten Einwürfe längst widerlegt.

Wenn ein Maximalarbeitstag von 11 bis 10 Stunden vorgeschlagen wird und der Antrag vorliegt, diese für die leichte Industrie noch zu erhöhen, so sollte der Herr Antragsteller als Beneider der englischen Gesetze auf England sehen, wo gerade für die Textilindustrie nur neun Stunden, statt wie für die anderen zehn Stunden bewilligt sind.

Wo Nachtarbeit aber unvermeidlich ist, bei kontinuierlichen Betrieben, muß in drei Schichten zu je acht Stunden gearbeitet werden, so daß die Nachtschicht jeden Arbeiter nur alle drei Wochen trifft.

Die Hygiene muß ihre Forderungen um so präziser formulieren, als die Gesetzgebung ohnehin nur einem Kompromiß zwischen den Forderungen der Hygiene und den angeblichen Forderungen der Industrie zustimmt. Redner beantragt zu These 8 folgenden Zusatz:

„Bei allen nach dem heutigen Stande der Technik notwendig kontinuierlichen Betrieben muß die Arbeit auf drei Schichten zu acht Stunden verteilt werden, so daß den Arbeiter nur jede dritte Woche Nachtarbeit trifft. In allen übrigen Betrieben ist die Nachtarbeit zu untersagen.“

Der Antrag wurde abgelehnt.

Das Verbot des giftigen Phosphors.

In der 89. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. Juni 1908 brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten folgenden Dringlichkeitsantrag ein:

„Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Adler, Schrammel, Černý und Genossen betreffend das Verbot des weißen Phosphors.“

Die Gefahren der Verarbeitung von weißem Phosphor für die in diesen Betrieben, insbesondere in Zündhölzchenfabriken beschäftigten Arbeiter sind bekannt.

Im vorigen Jahre hat in Bern eine internationale Konferenz stattgefunden, bei welcher ein internationales Übereinkommen zum Verbot des weißen Phosphors beschlossen wurde. Diesem Übereinkommen hat sich die österreichische Regierung nicht angeschlossen, sondern sie hat sich damit begnügt, eine Verordnung vorzubereiten, die Maßregeln zum Schutze der

Gesundheit der Arbeiter vorschreiben soll. Diese Verordnung ist nach dem Urteil aller Fachmänner vollständig ungenügend.

Es haben sich nicht nur der Oberste Sanitätsrat, die Gesellschaft der Ärzte in Wien, die Vertreter der Fachorganisationen der Arbeiter dahin ausgesprochen, daß diese Verordnung ein Schlag ins Wasser wäre, sondern es hat in den letzten Tagen auch die Unfallverhütungskommission, gewiß das kompetenteste Organ zur Beurteilung dieses Gegenstandes, annähernd einstimmig beschlossen, auf die Beratung dieser Verordnung als einer völlig wirkungslosen Maßregel nicht einzugehen.

Auch sie hat das Verbot des weißen Phosphors als die einzig richtige und zweckmäßige Forderung hingestellt. Nun läuft der Termin für die Ratifizierung der Beschlüsse der Berner Konvention mit diesem Jahre ab.

Es ist darum höchste Zeit, daß die Regierung sich entschließt, ihre für Österreich beschämende Haltung endlich aufzugeben und uns nicht in einer Frage des Arbeiterschutzes in beschämender Weise hinter den anderen Staaten zurückbleiben zu lassen.

Wir stellen darum den Antrag:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

»Die Regierung wird aufgefordert, ein Verbot der Verwendung des weißen (gelben) Phosphors zur Erzeugung von Zündhölzchen zu erlassen und der Berner Konvention noch vor Ablauf der für ihre Ratifizierung festgesetzten Frist (31. Dezember 1908) beizutreten.«

(Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses,
89. Sitzung vom 17. Juni 1908.)

Verhandlung des Dringlichkeitsantrages.

In der 102. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. Juli 1908 kam der Dringlichkeitsantrag Adler und Genossen zur Verhandlung im Hause.

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag der Herren Abgeordneten Dr. Adler, Schrammel, Černý und Genossen betreffend das Verbot des weißen Phosphors.

Als Regierungsvertreter ist im hohen Hause erschienen Herr Sektionschef Dr. Mataja.

Ich erteile das Wort dem Antragsteller, Herrn Abgeordneten Dr. Adler.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Hohes Haus! Wenn meine Partei es unternommen hat, das Haus mit einer Einzelheit des Arbeiterschutzes zu befassen, wenn sie nach dem Dringlichkeitsantrag über die Altersversorgung, der ein ungeheures Gebiet des Arbeiterschutzes und der Sozialpolitik zum Gegenstand hatte, nun ein ganz kleines Einzelgebiet hervorhebt, so ist das, wie wir gar nicht leugnen wollen, nebenbei auch aus politischen Gründen geschehen. Ich sage das gerade den Herren da drüben, die im Laufe der Debatte gefunden haben, daß unsere Dringlichkeitsanträge eigentlich nicht notwendig, überflüssig wären und die meinen, daß nur dann, wenn sie ein Bedürfnis haben, über mitunter recht bei den Haaren herbeigezogene Gegenstände, die ganz ungenügend vorbereitet sind, zu sprechen, das Haus damit befaßt werden kann. Ich sage das den Herren ganz nachdrücklich: Ja, wir haben außer dem sachlichen Grunde, der sowohl für den meritorischen Inhalt unseres Antrages als auch für die Dringlichkeit spricht, allerdings auch den politischen Grund gehabt, am Ende einer Tagung des Hauses unseren Wählern zu sagen, daß wir der Ansicht sind, daß die Arbeit des Hauses, die Ziele des Hauses nicht allein durch die Erhöhung der Rekrutenzahl und etwa noch durch die Frivolität einer Branntweinsteuererhöhung konsumiert werden dürfen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Abgeordneter **Daszyński**: Ich glaube, **Korytowski** hat schon darauf verzichtet!) Ja, es mag sein, daß Herr v. **Korytowski** schon etwas Wasser in seinen Schnaps gegossen hat (Heiterkeit), aber hier spricht der böse Wille für die böse Tat. (Zustimmung.)

Aber abgesehen von diesem allgemeinen politischen Grund haben wir einen sehr triftigen Grund, gerade jetzt und bevor wir in die Ferien gehen, uns mit dieser Frage zu beschäftigen.

Es ist ja eine Kleinigkeit, um die es sich handelt, und ich werde mich bemühen, Ihre Zeit durch die allerdings sehr interessanten Details nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen. Ich wiederhole, es ist eine Kleinigkeit, es handelt sich um die Gesundheit von ein paar hundert Proletariern. Die Ziffern sind nicht genau bekannt.

Sie wissen ja, wenn große Herren krank sind und sterben, dann erscheinen früh, mittags und abends Bulletins in den Zeitungen; wenn aber Dutzende von Arbeitern an einem der

schmerzhaftesten Übel zugrunde gehen, so hat man die allergrößte Mühe, das zu erforschen und auch nur die Tatsache festzustellen.

Die Minimalziffer, um die es sich handelt, beträgt nach den schon a priori zu erkennenden ungenügenden Angaben 25 Menschenleben im Jahre. Aber mit großer Wahrscheinlichkeit kann man annehmen, daß es sich um 70 und mehr Menschenleben im Jahre handelt.

Es handelt sich um 70 Menschen, die an einer der furchtbarsten Seuchen erkranken, an einer Krankheit, die so entsetzlich ist, daß es genügen würde, Ihnen einen dieser Kranken hereinzuführen, um ein einstimmiges Votum für das Verbot des weißen Phosphors hier zu erzielen (Zustimmung), und um in Ihnen das Gefühl — ich will nicht sagen des Abscheus — aber der großen Verwunderung darüber wachzurufen, daß es Menschen gibt, die es wagen, die Ursachen dieser Krankheit noch weiter fort dauern zu lassen.

Da wir nicht in der Lage sind, Ihnen einen Patienten vorzuführen, haben wir es mit Freuden begrüßt, daß die Österreichische Gesellschaft für Arbeiterschutz und der Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie, das sind die organisierten Arbeiter der chemischen Industrie, zwei Körperschaften, die in der Frage der Verhütung der Phosphorvergiftung in der letzten Zeit eine wirklich anerkennenswerte Mühe und agitatorische Arbeit geleistet haben, wenigstens Bilder zur Verfügung gestellt haben, und ich möchte Sie bitten, mit dieser Drucksorte anders zu verfahren als mit den Hunderten von Drucksorten, die ihnen alltäglich auf die Bänke gelegt werden.

Sie haben hier wirklich ein Stück soziales Problem, ein Stück aus dem Leben des Proletariats, und ich gestatte mir, Ihnen zu sagen, es ist eine kleine Stichprobe. Denn dessen sind wir uns sehr wohl bewußt, daß die Phosphorvergiftung einen kleinen Kreis umfaßt und daß es außerhalb dieses Kreises Hunderte und Tausende von Menschenleben gibt, die in ähnlicher Weise, nur in anderer Form zugrunde gehen, als es Ihnen durch diese Bilder dargestellt wird.

Ich will das Krankheitsbild der Phosphornekrose nicht ausführlich schildern, aber ganz kurz möchte ich Ihnen folgendes sagen: Die Arbeiter, die mit dem weißen Phosphor unmittelbar zu tun haben, unterliegen der Gefahr, und zwar in einem so

außerordentlich hohen Grade, daß die Vergiftung unmittelbar auf die Knochen wirkt und außer einer allgemeinen chronischen Vergiftung, die das ganze Knochensystem erfaßt, die in ihren Erscheinungsformen nicht so auffallend ist und wo sich der Prozeß nicht so auffallend dramatisch abspielt wie bei der Nekrose, von der ich spreche, gibt es auch eine mehr verhältnismäßig akute.

Die chronische Form, die das ganze Knochensystem erfaßt, hat die Wirkung, daß die Knochen mürbe werden, und es wird Sie interessieren, zu hören, daß es einen Bezirk in Deutschland gibt, wo Phosphor — bis zum Verbot — viel verarbeitet wurde, wo, wie das überall auch bei uns der Fall ist, ländliches Proletariat, das billig zu haben ist, in diese Phosphorfabriken hineingestellt wurde, wo, wenn die Burschen raufen und eine Körperverletzung entsteht, etwa ein Glied bricht, ein Arm oder ein Bein zerschlagen wird, es als ein Milderungsgrund gilt, wenn der Mann Phosphorarbeiter ist, weil eben seine Knochen sehr mürbe sind. (Hört!)

Soviel von diesem allgemeinen Phosphorismus, von dem in den ganzen Diskussionen recht wenig die Rede ist. Die Phosphornekrose, mit der wir uns aber hauptsächlich beschäftigen, erfaßt den Kiefer. Wo ein schlechter Zahn, wo nur eine Verletzung der Beinhaut ist, da setzt sich der Phosphor an. Es entsteht eine Knochenentzündung, von welcher der Unter- und der Oberkiefer erfaßt werden. Er wird förmlich zu einem Fremdkörper in dem Gerüst des Schädels. Er abszediert, es entstehen Abszesse und die Knochen können dann, man könnte beinahe sagen, mit der Pinzette entfernt werden. Sie fallen einfach weg. Natürlich ist das nicht ohne schwere Eiterungen möglich, ohne daß der Mensch ein ganz elendes Dasein führt.

Sehr charakteristisch scheint mir — ich will Sie ja mit medizinischen Schilderungen gewiß verschonen — eine Äußerung des Krankenhausdirektors in Biala. Er sagt (liest):

„Wen das tote Verzeichnis der im Spital verpflegten Phosphorkranken nicht rühren mag, der möge den jetzt bei mir im Spital daniederliegenden Kranken ansehen, welcher in der Blüte seiner Jahre nach fünfjähriger Marter zugrunde geht.“

Jene, bei welchen das Mitleid für die Leiden ihrer Nächsten noch nicht erloschen ist, werden ganz bestimmt beim Anblick solcher Unglücklichen, wenn sie Einfluß haben, dahin

zu wirken bestrebt sein, daß die Verwendung des weißen Phosphors zur Zündhölzchenfabrikation verboten werde.“

Und ein französischer Arzt, der berühmte Trélat, schildert die Lage der Patienten mit den Worten (liest):

„Bleich, mit verbreitertem unteren Teil des Gesichtes stehen sie abseits, fern von ihren Leidensgefährten, denen sie ein Gegenstand des Ekels sind. Da sie sich wegen der schwer verständlichen Sprache nicht mit Unterhaltung zerstreuen können, sieht man sie damit beschäftigt, den Eier auszuspeien, der ihren Mund überschwemmt, und die Ströme von Eiter abzuwischen, der ihnen den Nacken, die Schulter und das Hemd beschmutzt.“ (Bewegung.)

Es mag ja sein — ich weiß nicht, ob Sie vor dem Speisen oder nach dem Speisen sind — daß manchem von Ihnen ein solches Bild den Appetit stört. Aber ich führe das nicht an, um auf Ihre Nerven zu wirken, sondern um auf Ihren Willen zu wirken und Sie darauf vorzubereiten, daß man gegenüber solchen Dingen sich nicht begnügen darf mit einem Schlag ins Wasser, sich nicht begnügen darf mit einem Ablaßzettel, möchte ich sagen, von der Hygiene, sondern daß man wirklich etwas Entscheidendes, etwas Wirksames tun muß.

In welchem Umfang kommt denn das vor? Unsere Phosphorindustrie zählt ja nicht zu den großen Industrien. In der ganzen Industrie sind zirka 5000 Arbeiter beschäftigt und die Entwicklung der Industrie geht dahin, daß sich der Betrieb immer mehr konzentriert. Die kleinen Betriebe sind schon oder werden immer mehr lebensunfähig, die größeren Betriebe haben sich in einem großen Kartell, dem bekannten Solo-Kartell, vereinigt, das von der Länderbank finanziert wird, was auch dazu beiträgt, daß gewisse kleinere Betriebe, die ihnen im Wege stehen, eingestellt werden.

Damit ist nun ein Umschwung eingetreten. Nach der einen Seite wird diese Industrie, weil sie sich konzentriert, weil sie sich immer mehr auf die kapitalkräftigen Firmen beschränkt, mehr befähigt, hygienische Vorschriften zu erfüllen, wird sie immer mehr befähigt, auch der Gesundheit der Arbeiterschaft in jeder Weise Rechnung zu tragen, zugleich aber wird sie auch politisch befähigt, energischen Widerstand zu leisten.

Die kleinen Hausindustriellen, die mittleren und kleinen Betriebe, die da zerstreut sind, konnten natürlich nicht einmal der Verordnung vom Jahre 1846, geschweige der vom Jahre 1885 Genüge leisten, und aus den Berichten unserer Gewerbeinspektoren können Sie die ewige Klage hören, daß diese Verordnungen nicht durchgeführt wurden, nicht etwa nur in Galizien, wie man meint, oder in den kleinen Orten Mährens, wie Bärn, wo die Ärmsten der Armen sind, sondern auch in Steiermark, auch im Pilsener Bezirk, wo die größten Betriebe sind, die wir überhaupt haben, auch da wurde die Verordnung nicht ganz durchgeführt. Der Widerstand dieser Herren ist natürlich ein um so größerer, je mehr Kapital hinter ihnen steht, je stärker sie werden innerhalb der Bürokratie.

Anderseits ist es nun selbstverständlich klar: wenn die Gefahr bei der Phosphorfabrikation, die Vergiftung, an den Vorgang der Fabrikation, an das Einatmen der Phosphordämpfe und der pulverigen Staubmassen gebunden ist, sind gewisse Vorschriften, wie Abzüge, die Verwandlung der ganzen Arbeit in eine Maschinenarbeit, wo die Hand des Arbeiters überhaupt mit dem Phosphor wenig in Berührung kommt, überhaupt bei kleinen Betrieben nicht durchführbar, und es ist ganz richtig, daß hier wie auf so vielen Gebieten jeder hygienische Fortschritt gebunden ist an die Einstellung, an das Verschwinden der kleinsten Betriebe.

Und, meine Herren, da muß ich konstatieren, daß man auch hier gewagt hat, die Heuchelei auszusprechen, daß es sich um den Schutz des kleinen Mannes — das ist hier der kleine Zündhölzchenfabrikant — handelt, während der Schutz des noch kleineren und zahlreicheren Mannes, des Phosphorarbeiters, diesem Schutze preisgegeben wurde. (So ist es!)

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß dieses Schlagwort hier von vornherein auf das schärfste zurückgewiesen werden muß.

Meine Herren! Wenn die Gefahr der Phosphorvergiftung im Betrieb für die Phosphorarbeiter schon eine sehr große ist, so hört die Giftigkeit des Phosphors nicht auf, wenn das Zündhölzchen den Betrieb verläßt. Das Phosphorzündhölzchen ist heute jenes Gift, welches trotz aller unserer Giftverordnungen jeder Frau, jedem Unmündigen, jedem kleinen Kinde stets zur Verfügung steht. (So ist es!) Und in welcher umfassenden

Weise gerade von diesem Gift Gebrauch gemacht wird, das können Sie aus der Eingabe erfahren, die an die Regierung und das Abgeordnetenhaus von der Gesellschaft der Ärzte in Wien vor kurzem gerichtet wurde. Sie faßt die gewerbehygienische Seite der Sache kurz zusammen, legt aber insbesondere ein großes Gewicht auf die Gefahr der Verwendung des Phosphorzündhölzchens als Gift.

In Wien sind vom Jahre 1895 bis zum Jahre 1904, also in einem Zeitraum von zehn Jahren, neben 1137 Phosphorvergiftungen nur 1149 andere Vergiftungen vorgekommen (Hört! Hört!), also die Hälfte aller — wohlgemerkt — in den Wiener Krankenanstalten behandelten Vergiftungen hat das Phosphorzündhölzchen verschuldet.

In Prag ist es noch ärger. Da sind in demselben Zeitraum neben 416 Vergiftungen durch andere Mittel 935 Vergiftungen durch Phosphorzündhölzchen erfolgt. (Hört! Hört!)

Und Sie dürfen nicht etwa meinen, daß das nur leichte Fälle waren. Von den 1137 Vergifteten sind 322 und von den 935 Vergifteten 251 gestorben. (Hört!) Es ist da eine Mortalität von einem Viertel bis zu einem Drittel, es handelt sich also um eine ernste Gefahr.

Wenn nun die Sache so steht, dann begreifen Sie, daß es sich hier nicht nur um eine Frage handelt, die die paar Proletarier angeht, sondern um eine solche, die die ganze Bevölkerung angeht. Da müssen Sie doch sagen, daß die Frage entsteht: Wir tun doch alles mögliche, um die Gifte möglichst aus dem Verkehr zu entfernen, wir haben die schärfsten Bestimmungen darüber, zum Beispiel sogar nicht immer ganz vernünftige und über das Maß des Vernünftigen hinausgehende Bestimmungen. Und da läßt man ein Gift, welches die größte Verlockung für die Anwendung bietet, welches fortwährend zur Hand ist, weil es jedem zur Verfügung steht, unbehindert im Verkehr. Dabei ist noch zu beachten, daß ein großer Teil dieser Vergiftungen, etwa zwei Drittel der ganzen Vergiftungszahl, auf die Frauenwelt entfällt, und zwar darum, weil der Phosphor verwendet wird, um das Verbrechen der Fruchtabtreibung zu begehen, also als Abortierungsmittel gebraucht wird.

Meine Herren! Ich wünsche Sie mit den Ziffern, mit den Tatsachen nicht sehr zu ermüden, aber Sie werden mir nach

dem, was ich Ihnen jetzt in Erinnerung gebracht habe, doch zugeben, daß, wenn es ein Mittel gibt, um die Arbeiter, welche Zündhölzchen erzeugen, die wir ja brauchen, von der Gefahr eines so scheußlichen Siechtums zu befreien und ein gefährliches Gift aus dem täglichen Verkehr zu entfernen, von diesem Mittel Gebrauch gemacht werden muß. Wenn aber davon nicht Gebrauch gemacht wird, dann muß es dafür triftige Gründe geben. Sehen wir uns diesbezüglich ein wenig um.

Meine Herren! Es gibt ein solches Mittel. Man hat es lange Zeit versucht, die Verwendung des Phosphors in den Fabriken durch hygienische Vorkehrungen ungefährlicher zu machen. Ich habe schon erwähnt, daß wir in Niederösterreich und in Böhmen schon im Jahre 1846 eine gute Verordnung hatten. Im Jahre 1885 hat man diese Verordnung erneuert und erweitert und auf ganz Österreich ausgedehnt. Ich weiß, unter welchen Beschwerden dies geschehen ist. Ich war zufällig damals dabei mitbeteiligt. Ich bin gerade aus der Schweiz gekommen, wo ich mit den Gewerbeinspektoren eine ganze Reihe von Zündhölzchenfabriken gesehen habe.

Dort hat gerade der Kampf um die Abschaffung des Phosphors getobt. Es war ja ein sehr schwerer Kampf auch in der Bevölkerung dort gewesen. Ich weiß, mit welchen Schwierigkeiten jede einzelne Bestimmung dieser Verordnung damals hierzulande zu kämpfen hatte. Selbstverständlich, für die Sache war damals auch kein so starker Rückhalt von irgendeiner Partei. Von der Arbeiterorganisation war es damals ganz ausgeschlossen. Es war eigentlich eine rein sanitäre Sache, die zwischen der Bürokratie des Handelsministeriums, des Gewerbeinspektorats auf der einen Seite und dem obersten Sanitätsrat auf der anderen Seite gespielt hat.

Heute, meine Herren, ist festgestellt, daß diese Verordnung, so gut sie gemeint war, nicht genützt hat; heute ist das festgestellt; die Gewerbeinspektoren haben soundso viele Fälle festgestellt, und über die Gewerbeinspektoren hinaus wurde das auch konstatiert.

Ich verweise auf das wirklich mit dem größten Fleiß und mit einer rühmenswürdigen Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit gearbeitete Buch von Dr. Teleky über Phosphornekrose, das von der Österreichischen Gesellschaft für Arbeiterschutz herausgegeben wurde und das eine hervorragende Stelle einnimmt.

neben der Arbeit des Dr. Kaup, der früher bei uns in Österreich der Gewerbehygiene so gute Dienste geleistet hat, der aber jetzt in Berlin ist und wahrscheinlich in Berlin bleiben wird, weil man dort besser weiß, daß man Hygieniker braucht. Bei uns hält man dieselben für überflüssige Leute.

Die beiden Arbeiten, um die sich die Österreichische Gesellschaft für Arbeiterschutz verdient gemacht hat, geben Ihnen insbesondere in bezug auf Österreich ein reichhaltiges Material nicht nur nach der hygienischen, sondern auch nach der wirtschaftlichen und auch nach der industriepolitischen Seite. Da finden Sie, daß also weit über die offiziellen Ziffern der Gewerbeinspektoren hinaus die Phosphornekrose vorkommt.

Nun, meine Herren, nicht nur bei uns hat man Verordnungen erlassen und nicht nur bei uns haben sie sich als unzureichend herausgestellt — das ist in Deutschland auch geschehen, das ist in der Schweiz geschehen, und ich möchte Ihnen, weil es mir manches zu sagen erspart, mit ganz wenigen Worten nur das eine Urteil vorlesen, das der Graf Posadowsky gefällt hat, um Sie darüber zu informieren, wie weit man mit Verordnungen kommt.

Graf Posadowsky hat im deutschen Reichstag im November 1902 ein Gesetz vorgelegt, das den Gebrauch des gelben Phosphors überhaupt verbietet, und sagt (liest):

„Die Erwartung, daß diese Bestimmungen die Gefahr der Phosphorerkrankungen beseitigen würden, hat sich nicht erfüllt. (Hört!) Sie haben die Zahl der Nekrosefälle zwar zu vermindern, diese Gewerbekrankheiten aber nicht zu unterdrücken vermocht.“ . . . „Die Erfahrung hat aber die Unzulänglichkeit der im Jahre 1884 beziehungsweise 1893 angeordneten Vorsichtsmaßregeln dargetan, und es ist bei der Eigenschaft des Phosphors, schon bei gewöhnlicher Temperatur zu verdampfen und die Arbeits- und Lagerräume mit giftigen Dämpfen zu erfüllen, auch nicht zu hoffen, daß es gelingen könnte, wirksame Vorkehrungen zur Unterdrückung der Phosphornekrose zu treffen, wenn man sich nicht entschließt, die Verwendung von weißem oder gelbem Phosphor bei der Herstellung von Zündhölzchen und anderen Zündwaren ganz zu verbieten.“

Das war die Erwägung, von der das Deutsche Reich ausgegangen ist, und von der eine Reihe von anderen Staaten aus-

gegangen ist, um anstatt nutzloser Verordnungen endlich das blanke, strikte Verbot auszusprechen, ein Verbot für die Herstellung von Zündhölzchen, ein Verbot für den Verkehr und für die Ausfuhr von Phosphorzündhölzchen. Das ist eine alte Sache; in Finnland ist der Phosphor schon im Jahre 1872 verboten worden, in Dänemark 1874, in der Schweiz 1900, in Holland 1901, in Deutschland 1907, und nun hätten wir durch die Anregung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz Gelegenheit gehabt, uns einer Konvention anzuschließen, die ein Phosphorverbot international ausspricht, und es haben auch Italien und Luxemburg diese Gelegenheit ergriffen, Österreich aber hat sich davon ausgeschlossen. Wir setzen unsere Hoffnungen noch immer auf einschränkende Gesetze, noch immer auf einschränkende Verordnungen, und da müssen Sie mir gestatten, meine Herren, in kurzem die Politik unseres Handelsministeriums in dieser Beziehung zu kennzeichnen.

Aus Anlaß dieser Bemühungen um internationale Phosphorverbote habe ich mir schon am 6. September 1906 erlaubt, an den damaligen Herrn Handelsminister Fořt die Anfrage zu richten, warum Österreich sich diesem Verbot nicht angeschlossen hat, und da hat Fořt sehr bald, nämlich am 16. Oktober, eine Antwort gegeben, von der er wohl gemeint hat, daß sie sehr befriedigend ist, von der Sie aber gleich sehen werden, daß sie sich über das Niveau der alten, landläufigen Phrasen nicht erhebt.

Er hat, nachdem er die Geschichte der Phosphorabwehr in Österreich erzählt hatte, gesagt (liest):

„Wichtige Interessen der heimischen Zündholzindustrie zwangen aber die österreichische Regierung, ihre Zustimmung hiezu von der Bedingung abhängig zu machen, daß nicht dadurch eine Verschiebung in den Exportverhältnissen zum Nachteil Österreichs herbeigeführt werde.“

Er erklärt dann, daß von den exportierenden Staaten als unsere Konkurrenten Italien und Japan in Betracht kommen. Italien ist bekanntlich der Konvention beigetreten (Hört!), und wir warten derzeit auf Japan heute noch!

Handelsminister Dr. Fořt resümierte seine Auseinandersetzungen dahin, daß, solange diese Staaten sich von einem internationalen Übereinkommen bezüglich des Verbotes des ge-

wöhnlichen Phosphors fernhalten, auch die österreichische Regierung an die Erlassung eines absoluten Phosphorverbotes nicht denken könne, wenn sie nicht einen ganzen Industriezweig, in dem nahezu 5000 Arbeiter beschäftigt sind, in seinen vitalsten Interessen empfindlich treffen wolle.

Meine Herren! Das ist eine falsche Angabe, die man dem Herrn Minister hier in den Mund gelegt hat. Es ist nicht wahr, daß durch ein Phosphorverbot unsere Zündhölzchenindustrie in ihren vitalsten Interessen empfindlich getroffen würde. Wahr ist, daß ein großer Teil, ein täglich wachsender Teil unserer Zündhölzchenindustrie bereits ohne weißen Phosphor arbeitet und zu der Verarbeitung von rotem Phosphor und Phosphoresquisulfid übergegangen ist, und daß die Zahl der Unternehmungen, die noch weißen Phosphor verarbeiten, und die Menge der in Betracht kommenden Ausfuhr von Jahr zu Jahr sinkt.

Es ist also nicht wahr, daß man, um die Interessen von 5000 Arbeitern zu schützen, die Arbeiter der Nekrose preisgeben muß. (Zustimmung.) Dieses Sichverstecken hinter einem Arbeiterinteresse, wenn man gegen das Leben der Arbeiter losgeht, ist einer der gewöhnlichsten und durchsichtigsten Kniffe der Gegner des Arbeiterschutzes.

Meine Herren! Das ganze Um und Auf, um was es sich dreht, ist heute nicht einmal eine Million Kronen an Ausfuhr. Unsere ganze Ausfuhr beträgt etwa $3\frac{1}{2}$ Millionen, vielleicht etwas darüber (Handelsminister Dr. Fiedler: $3\frac{1}{4}$ bis $3\frac{1}{2}$ Millionen!), ich weiß es nicht genau, davon ist aber annähernd die Hälfte phosphorfreies Material und ein anderer ganz beträchtlicher Teil, da Italien zu den phosphorfreien Zündhölzchen übergegangen ist, vor jeder Konkurrenz durch phosphorhaltige Zündhölzchen geschützt. Italien war unser Hauptkonkurrent. Die Italiener haben sich vor Österreich nicht gefürchtet, sie haben es vorgezogen, den Interessen ihrer Arbeiter Rechnung zu tragen.

Wir stehen demnach offiziell — ich hoffe heute eine Erklärung zu hören, die etwas anderes sagt — auf dem Standpunkt, daß wir wegen des restlichen Exportes den Phosphor beibehalten müssen.

Und nun hören Sie! Handelsminister Fořt hat uns damit getröstet, daß die strengsten Maßnahmen für die Sicherung

der hygienischen Zustände ergriffen werden, daß eine viermalige Revision durch die Organe der Gewerbeinspektion stattfinden, daß ein ärztlicher Funktionär dieser Revision beigezogen werde, daß er ein Gesetz, daß er eine strenge Verordnung erlassen wird, und heute sind wir in der Lage, zu sehen, was bei diesen Versprechungen herausgekommen ist.

Meine Herren! Wir haben eine Verordnung und ein Gesetz. Das Gesetz kann man mit sehr wenigen Worten abtun. Das Gesetz ist so konstruiert, daß es die Verwendung von Phosphor in der Hausindustrie und in der Heimarbeit verbietet und neu zu errichtende Fabriken unter den Konzessionszwang stellt, unter einen Konzessionszwang, der von der Verordnung, die auch gleichzeitig vorgelegt wurde, geregelt und beeinflußt sein soll.

Meine Herren! Diese Verordnung — und ich will mich nur auf fachkundige Urteile beziehen, ich will Ihnen nicht eine Kritik über die einzelnen Punkte hier vortragen — ist ein Schlag ins Wasser. (Zustimmung.) Sie wird nicht mehr leisten, als die bisherigen Verordnungen geleistet haben, und zwar darum, weil das, was sie verlangt, zu einem Teil schon im Sinne der Verordnung nicht angewendet werden kann und zum andern Teil nicht angewendet werden wird, weil die Durchführung nicht kontrolliert und nicht erzwungen werden wird und kann, so wie das bisher nicht geschehen ist.

Meine Herren! Sie haben eine Verordnung, wo eine Reihe von Anordnungen, die den Fabrikanten nach den Berichten diverser Handelskammern schon als etwas Furchtbares erscheinen, getroffen werden. Bäder werden angeordnet, Anzüge werden angeordnet, eine eigene Garderobe für das Arbeitskleid und das gewöhnliche Gewand, es wird angeordnet, daß die Räume streng voneinander geschieden, daß gewisse Apparate luftdicht geschlossen werden usw., das scheint schon den Fabrikanten vielfach als unerträglich und unmöglich, und ich gestehe es Ihnen ohne weiteres, viele von diesen Bestimmungen sind für viele dieser Fabrikanten, wie sie heute sind, wirklich unmöglich, sie können sie nicht ausführen.

Aber, meine Herren, die Herren Fabrikanten haben einen Trost. Sie wissen, in Österreich — wir sind doch ein Staat, wo Recht und Gesetz etwas gilt (Heiterkeit), wir haben eine ganze Reihe von Heiligtümern, insbesondere aber das

Heiligtum des Besitzes — werden die erworbenen Rechte hoch geachtet; das Recht auf Gesundheit ist kein erworbenes Recht, ist leider ein angeborenes, und mit diesen Rechten wird immer schlecht umgegangen. (Zustimmung.) Aber das erworbene Recht ist etwas Famoses, und das Recht, Menschen mit Phosphor zu vergiften, ist ein erworbenes Recht, ebenso wie das Recht, Menschen durch Zelluloidexplosionen zu verbrennen, auch unter Umständen ein erworbenes Recht ist. Das heißt: wenn man nachträglich Verordnungen und Gesetze erläßt, welche sich auf die Assanierung solcher Betriebe beziehen, so kann das erworbene Recht, Menschen durch Phosphor zu vergiften, nicht umgestoßen werden, das gilt nur für die späteren.

Demjenigen aber, der schon einen Betrieb hat, wo er Menschen vergiftet, kann man das nicht mehr nehmen, und Sie finden in all diesen Konsensen solche Bestimmungen und auch in dieser Verordnung (liest):

„Die Bestimmungen dieser Verordnung finden sowohl auf schon bestehende als auf erst zu errichtende Anlagen mit der Maßgabe Anwendung, daß jene Anordnungen, welche die Anlage der Betriebsräume bereits rechtskräftig konsentierter Betriebe betreffen, nur insofern anzuwenden sind, als sie nicht etwa mit dem Konsens in Widerspruch stehen.“

Selbstverständlich, das erworbene Recht muß respektiert werden. Ich meine, die Tatsache ist ja nicht neu, aber die Anwendung im speziellen ist hier wichtig, schon darum, weil neue Fabriken überhaupt nicht errichtet und die alten nicht assaniert werden, erstens weil es die Leute nicht können und zweitens, weil sie es nicht zu tun brauchen. Werden Sie mir vielleicht einreden wollen, daß auf einmal die Exekutive so stark geworden ist, daß man das jetzt durchsetzt, was man früher nicht durchgesetzt hat? Das glaube ich nicht. Schon darum ist damit nichts zu machen. Zweitens ist eine Reihe von Bestimmungen überhaupt ein Schlag ins Wasser, was man vielleicht einem Bürokraten langwierig auseinandersetzen müßte, was aber Leute, die im Leben stehen und die Arbeit kennen, sofort begreifen. Wenn ich Ihnen erzähle, daß in der Verordnung steht, daß jene Arbeiter, die mit dem Phosphor direkt zu tun haben, nur einen Monat lang in diesen Räumen beschäftigt werden dürfen und dann wechseln müssen, um wo anders beschäftigt zu werden, so wissen Sie, was das heißt. Wenn ich Ihnen noch sage, daß es



der Gipfel der Vollkommenheit ist, daß da steht, wenn sich bei einem Arbeiter ein kariöser Zahn findet, soll er sich melden, und er muß sofort von diesem Ort wegversetzt und zu einer ungefährlichen Arbeit gebracht werden (Heiterkeit), so lachen Sie darüber. Am grünen Tisch erscheint das alles höchst ernst.

Die Leute wollen es nicht verstehen, nicht nur hier nicht, sondern überhaupt nicht, daß man dem Arbeiter hygienische Maßnahmen, Selbstschutz mit Gewalt aufdrängen muß, weil die chronische Gefahr der Phosphorvergiftung für ihn lange nicht so empfindlich ist wie die akute Gefahr des Verhungerns. (Lebhafte Zustimmung.) Sie werden das ewig nicht begreifen, daß eine der schwersten Arbeiten unserer Organisationen nicht nur der Kampf mit der Bürokratie, mit der Unternehmerschaft, sondern mit dem armen Arbeiter ist, der nicht aus Mangel an Intelligenz — bilden Sie sich das nicht ein — sondern aus Mangel an Existenzmitteln den Kampf nicht mitführen kann. (Zustimmung.) Dem Arbeiter fehlt es nicht im Hirn, sondern es fehlt ihm im Magen, daß er für die Gesundheit nicht mitzufechten imstande ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Mit solchen Verordnungen kommt es zu nichts. Oder, meine Herren, erwarten Sie sehr viel von der Gewerbeinspektion oder von der neuen sozialpolitischen Ära, in die wir hoffentlich eingetreten sind? Keiner von Ihnen kann mehr davon erwarten wie ich und keiner mehr Hoffnungen daran knüpfen. Aber verlangen wir doch von der Gewerbeinspektion nur das, was sie leisten kann.

Ich möchte bei der Gelegenheit dem Herrn Handelsminister einige Bemerkungen alleruntertänigst unterbreiten, die ich für sehr aktuell und nicht nur in diesem, sondern auch in einem weiteren Zusammenhang für notwendig halte. Die Gewerbeinspektion soll erweitert werden.

Der Herr Handelsminister hat im Ausschuß und hier vom Ministertisch aus uns gesagt, er hofft, daß er dem Herrn Finanzminister etwas Erhebliches abringen wird, er hofft, daß er zunächst 21 Beamte neu anstellen können wird, er verzweifelt aber daran, daß er sofort im ersten Ansturm eine Verdoppelung der Zahl der Gewerbeinspektoren erringen wird.

Wenn es nur das wäre und wenn der Handelsminister in der Lage wäre, ehrlich, wie er ist — daran zweifle ich ja nicht — hier zu sagen: „Ja, ich konnte jetzt nur im ersten

Jahr 21 Inspektoren erreichen, aber in den weiteren vier Jahren werden wir schon mehr durchsetzen; wir haben das Versprechen in der Hand, das Ministerium hat sich dafür verbindlich gemacht“, so ließe sich darüber reden.

Aber, meine Herren, ich fürchte, der Handelsminister hat seine 21 Inspektoren für das erste Jahr noch nicht ganz sicher, ich fürchte, daß die Hand des Herrn Korytowski auch hier eine böse Rolle spielt, und ich muß schon sagen, meine Herren, ich finde, daß sich dieser Herr Finanzminister einen Einfluß und eine Macht in Österreich anmaßt, die weder zu seinem Amt und noch weniger zu seiner Person paßt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ich begreife so gut wie alle Welt, daß ein Kassier ein unangenehmer Mann sein muß; man leidet ja überall darunter.

Aber so weit darf die Sache nicht gehen, daß nicht das Parlament, nicht die Regierung, nicht das Ressort bestimmt, was man braucht, sondern daß es vom Wohlwollen des Herrn Korytowski und des Herrn Sektionschefs Engel abhängt. (Beifall), ob Gewerbeinspektoren ernannt werden oder ob die Affenschande weiter bestehen soll, wie unser Physikgebäude, das den Hörern und Professoren einmal über den Kopf zusammenstürzen wird. (Zustimmung.)

Die Studenten und Professoren überlaufen jeden Tag die Abgeordneten, den Unterrichtsminister, wir reden untereinander und mit dem Minister, wir sagen: Ja, was wird denn geschehen?

Dieses Physikgebäude, meine Herren, ist solch ein typischer Fall, der nicht mehr europäisch, wirklich schon asiatisch (Ruf: Wienerisch!), ich will nicht sagen, wienerisch ist (Zustimmung), ich möchte uns nicht so herabsetzen, denn wir können es auch anders, aber leider müssen wir schon sagen, daß das nicht zum erstenmal ist.

Hier bestürmt man die Abgeordneten, die Minister, den Ministerpräsidenten und sagt, das Gebäude werde zusammenfallen. Ich erkläre Ihnen hier ganz offen: ich werde auf meine alten Tage ein Denunziant werden, ich werde bei der Baubehörde einfach die Anzeige machen, so daß sie gezwungen ist, einzugreifen. (Heiterkeit.)

Man kann ja denunzieren und die Professoren und die Hörer werden nicht mehr ins Gebäude können. Und wenn Sie

fragen: Warum wird nicht gebaut? Ja, meine Herren, der Herr Korytowski ist mit sich noch nicht einig, man hat ihn noch nicht so weit gebracht, daß er gestattet, daß in der Währingerstraße, wo der Grund schon seit Jahren fertig dasteht, alle Gelder bewilligt sind (Abgeordneter Dr. Redlich: Die Pläne sind schon fertig!), die Pläne fertig sind, gebaut wird.

Herr Korytowski will nicht. Ja warum will Herr Korytowski nicht und was geht ihn das an? (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wie kommen wir dazu, bei Herrn Korytowski betteln zu müssen, wenn wir die Vermehrung der Gewerbeinspektoren wollen.

Ich weiß gar nichts, ich bin gar nicht unterrichtet, ich weiß nicht, was in den Budgetverhandlungen, die jetzt bei den verschiedenen Ministerien im Zuge sind, passiert, aber ich möchte wetten, daß die notwendigen Anforderungen für die sozialpolitische Sektion, die heute zu ihrer Erweiterung und Arbeitsfähigkeit eine ganz beträchtliche Anlage braucht wie jedes neue Institut, auf den größten Widerstand bei Herrn Korytowski stoßen werde.

Der Größenwahn, ich möchte beinahe sagen der Cäsarenwahn dieses kleinen Herrn wird bald gebrochen sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Aber ich bitte, seien wir nur gerecht: Da handelt es sich nicht allein um eine Person, sondern um ein System und es nützt uns nichts, wenn der Herrgott geht, aber sein Engel bleibt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Heiterkeit.)

Und wir brauchen den Mann nicht wegzuschicken, es genügt, wenn er sich bessert. Ich bin überzeugt, die Herren können es auch anders, man muß nur die entsprechenden Mittel anwenden.

Ich bitte, meine Herren, das Finanzministerium hat schon Geld, nicht für die Gewerbeinspektion, nicht für ein Physikinstitut; aber wenn es gilt, gewissen Petroleumgrubenbesitzern in Galizien das Petroleum um 2 K 40 h abzukaufen, während es gegenwärtig um etwa die Hälfte des Preises zu haben ist, wenn es gilt, diesen Herren durch eine Aktion unter die Arme zu greifen, wenn es gilt, eine solche Aktion durchzuführen, damit dadurch eine Gruppe, damit die Polen gut gestimmt werden und damit wir uns die Schnapsverteuerung gefallen lassen

müssen und sie dadurch bestochen werden, so ist dafür das Geld immer zu haben. (Abgeordneter Dr. Diamond: Das ist für die Kreditanstalt!) Wahrscheinlich ist die Kreditanstalt auch mit dabei beteiligt, ich zweifle gar nicht daran.

Ich will also nur den Zustand kennzeichnen und will sagen, daß wir uns das nicht gefallen zu lassen gesonnen sind.

Wir sind sehr bescheiden in unseren Anforderungen an die Verwaltung, wir haben nicht Listen von Herren, die angestellt werden müssen und die wir auf den Hintertreppen herumtragen. (Sehr gut!) Wir machen nicht aus Personalien Parteifragen, wir verlangen keine Vergünstigungen für Angehörige unserer Partei, wir machen aus der politischen Arbeit kein Geschäft (Zustimmung), aber wir sind unerbittlich darin, unsere Pflicht zu tun und für die Arbeiterklasse den Einfluß auf die Verwaltung durchzusetzen, den sie mit Recht verlangen kann (Zustimmung), einen Einfluß, der nicht gegen die anderen geht, sondern für das Ganze geht, einen Einfluß, der der Allgemeinheit zugute kommt, und wir lassen uns diese Manier, die da vom Finanzministerium geübt wird, absolut nicht gefallen. (Lebhafter Beifall.)

Ich setze immer voraus, denn ich habe keinen Grund für das Gegenteil, daß der Ressortminister pflichtgemäß für diese Forderung eintritt, denn es sind nicht sozialdemokratische Forderungen, sondern Forderungen seines Ressorts, die er braucht, um seine Pflicht zu tun (Abgeordneter Daszyński: Der Minister hat es versprochen!) und der Minister hat es offen versprochen und ich bin überzeugt, daß diese Versprechungen nicht wie die des Herrn Korytowski sind, Versprechungen mit einer Reservatio mentalis, sondern daß wir es hier mit einem ehrlichen Mann zu tun haben, ich setze voraus, daß der Herr Handelsminister diese Forderungen stellt und ich erkläre hier ganz offen, daß, wenn dieselben an dem Widerspruch des Finanzministers scheitern, dies auch politische Konsequenzen haben wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir sind durchaus nicht gesonnen, die Sozialpolitische Sektion und die sozialpolitische Aktion gewissermaßen in der Wiege erdrosseln zu lassen durch die Schmutzereien und die Zweizüngigkeiten eines Herrn Korytowski. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vizepräsident Dr. Ritter v. Starzyński (gibt das Glockenzeichen): Ich bitte . . . (Abgeordneter Seitz: Sie glauben, weil Sie sein Klubgenosse sind, müssen Sie sich darüber mokieren!) Herr Abgeordneter Seitz, ich bitte, mich meines Amtes walten zu lassen. (Zwischenrufe.) Ich bitte, Herr Abgeordneter Dr. Adler, sich Ausdrücke, wie Schmutzereien nicht zu bedienen. (Zwischenrufe. — Abgeordneter Schuhmeier: So oft der Korytowski richtig bezeichnet wird, steht sein Klubgenosse auf und nimmt ihn in Schutz!) Herr Abgeordneter Schuhmeier, ich rufe Sie zur Ordnung. (Zwischenrufe.)

Abgeordneter Dr. **Adler**: Meine Herren! Ich füge mich selbstverständlich, wie es meine Pflicht ist, der Mahnung, ich glaube, über das berechnigte Maß der Kritik nicht hinausgegangen zu sein (Zustimmung) und werde mich daher in meinen Ausführungen dadurch nicht beirren lassen.

Meine Herren! Da ich schon dabei bin, ist noch eine sehr wichtig Sache zu erörtern notwendig. Wir haben eine Sozialpolitische Sektion, die, was immer in der Phosphorsache verfügt werden wird, in allererster Linie berufen sein wird, einzugreifen, und schon aus diesem Zusammenhang, aber auch im weiteren Zusammenhang bin ich verpflichtet, hier zu erörtern, ob sie in ihrer Anlage, organisatorisch, ihrer Aufgabe gewachsen sein wird.

Meine Herren! Luxuriös haben Sie das gerade nicht gemacht, das muß ich Ihnen sagen. Ich weiß nicht, das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat noch nicht das Licht der Welt erblickt, in seinen Besetzungen . . . (Abgeordneter Eldersch: Aber das Haus haben sie schon!) Na, ein Haus, das ist das wenigste . . . (Ruf: Und 80.000 K Provision!) ich spreche jetzt . . . (Abgeordneter Schuhmeier: Warum soll man nicht darüber reden?) Aber lassen Sie es doch, es ist nicht wahr! (Zwischenrufe.)

Ich sage also, das Ministerium für öffentliche Arbeiten wird demnächst in seiner Zusammensetzung bekannt werden und, soviel ich weiß, wird man da viel Personal brauchen — ich will gar nicht von den Gebäuden sprechen.

Wir sind es ja gewohnt, die Sozialpolitik war so lange obdachlos, daß sie sich jetzt als Mietpartei fortzuziehen muß; das wissen wir ja, daß man nicht gleich ein Haus kaufen wird, aber Personal wird gebraucht. Ich habe nun, soweit ich aus der „Wiener Zeitung“ und sonst sehe, den Eindruck, als ob mit dem Personal sehr gekargt werde, als ob die nötigen

Behelfe, die auch finanzieller Natur sind, für die Sozialpolitische Sektion nicht bereitwillig genug bewilligt würden.

Das ist auch eine Sache, die ich dem Herrn Handelsminister sehr ans Herz lege, indem ich ihn bitte, er möge die Güte haben, uns zu seinen Bundesgenossen zu machen. Wenn Sie, Exzellenz, mit dem Herrn v. Korytowski und dem noch viel geschätzteren Herrn Sektionschef Engel gar nicht fertig werden können, ich bitte, nur einen Wink, wir werden Sie nach Kräften zu unterstützen suchen. (Beifall.) In dieser Beziehung werden Sie an uns eine Regierungspartei haben (Heiterkeit und Sehr gut!), die sich an Eifer mit jeder anderen messen kann, die viel besser ist (Abgeordneter Beer: An Verlässlichkeit!), an Verlässlichkeit sie übertreffen wird.

Auch die innere organisatorische Einrichtung ist nicht frei von Kritik. Es ist insbesondere jener Paragraph der Gewerbeordnung, mit dem wir es hier beim Phosphor in erster Linie zu tun haben, der § 74, dessen Handhabung in der Sozialpolitischen Sektion konzentriert sein müßte, aber nicht konzentriert ist. Der § 74 — ich bringe das nur in Erinnerung — sagt (liest):

„Jeder Gewerbeinhaber ist verpflichtet, auf seine Kosten alle diejenigen Einrichtungen bezüglich der Arbeitsräume, Maschinen und Werkgerätschaften herzustellen und zu erhalten, welche mit Rücksicht auf die Beschaffenheit seines Gewerbebetriebes oder der Betriebsstätte zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Hilfsarbeiter erforderlich sind.“

Dieser Paragraph enthält die ganze Gewerbehygiene, alles andere, was wir an hygienisch-technischer Gewerbehygiene besitzen, ist nur ein Korollar dazu.

Nun hat die sozialpolitische Sektion allerdings die Erlassung der Vorschriften und die Mitwirkung bei der Handhabung dieser Vorschriften, aber die Handhabung selbst ist der ersten, der Industriesektion, überlassen. Es heißt: „Die Handhabung des III. Hauptstückes und des § 74 G.-O. . . .“

Ich bitte, das ist der Text der „Wiener Zeitung“. Ich habe es auch zuerst für einen Druckfehler gehalten, Exzellenz; wenn es einer wäre, so würde mich das wesentlich beruhigen. Daß die Handhabung dieses Paragraphen der Sozialpolitischen Sektion zukommt, darüber kann doch kein Zweifel sein.

Ich sage offen, noch eher würde ich es verstehen, wenn man sie einem anderen Departement überweisen würde — so absurd dies auch wäre — als daß man sie zerreißt und die Aktion hemmt, indem man einen wichtigen Teil der Aktion in ein anderes Departement verweist.

Meine Herren! Haben Sie keine Sorge! Die Industrie- und der Industrierat werden sich genug bemerkbar machen. Wenn Seine Exzellenz etwa gefürchtet hat, daß jetzt plötzlich die Bäume der Sozialpolitik, der Gewerbehygiene in Österreich in den Himmel wachsen werden, daß etwa die Sozialpolitische Sektion übermütige Vorschläge machen wird, so können sie ganz unbesorgt sein. Vergessen Sie nicht, daß der Arbeitsbeirat nicht ein reiner Parteirat ist, daß er der einzige ist, aus dem Vorschläge hervorgehen, die sich schon an sich als ein Kompromiß darstellen, daß dort nicht nur die Arbeiter und Unternehmer sitzen, sondern auch die sogenannten Fachmänner — ich nenne sie „sogenannt“, Sie werden erfahren, warum — und die Organe der Regierung. Sie sehen also, eine Gefahr für die Industrie ist nicht vorhanden. Warum also diese Sektion bis zu einem hohen Grade der Exekutive berauben?

Wenn ich die Mienen — möchte ich fast sagen — Seiner Exzellenz recht aufgefaßt habe, so ist das nicht so gemeint, vielleicht ist es eine Sache, die sich ändern läßt. Exzellenz, ich appelliere an Sie nicht nur für Sie, sondern auch für Ihre Amtsnachfolger. Ich gestehe offen, ich habe zu Ihnen das Vertrauen, daß Sie es mit der Sache ernst meinen. Ich habe zu Ihnen das Vertrauen, daß Sie eine wirklich aktionsfähige, Sozialpolitische Sektion in Gang setzen wollen. Aber Sie müssen sie so einrichten, daß sie aktionsfähig bleibt und daß Entscheidungen und Kompetenzkonflikte nicht von vornherein gegeben sind, die heute vielleicht zugunsten der Sozialpolitik entschieden werden können, weil Sie, Exzellenz, da sind, ein Mann, der sich für die Sache interessiert und sie versteht, die aber von irgendeinem Nachfolger im entgegengesetzten Sinne entschieden werden müssen oder können.

Das ist eine Gefahr, ich lenke Ihre Aufmerksamkeit darauf und würde sehr bitten, uns, die wir hier nicht als Partei sprechen, sondern wirklich im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, weit über die Grenzen der organisierten Arbeiterschaft hinaus, in dieser Beziehung zu beruhigen.

Das Schicksal und die Leistungsfähigkeit der Sektion hängt vielfach davon ab und davon hängt auch das Andenken ab, das Ihnen, Exzellenz, als dem Gründer und Errichter der Sektion bewahrt bleiben wird.

Das war ein Exkurs von den Zündhölzchen in das Allgemeine der Sozialpolitik, aber Sie werden mir ihn verzeihen. Er war notwendig.

Ich kehre nun zurück zu den Anschauungen unseres Herrn Ministers über die Phosphorfrage. Die Einbringung unseres Dringlichkeitsantrages hat Seine Exzellenz den jetzigen Herrn Handelsminister bewogen, schon am 22. Juni eine ausführliche Besprechung der Frage zu geben, von der ich mir aber erlaube, sie nicht als eine definitive Erledigung anzuschauen.

Ich möchte gern dem Herrn Handelsminister alle möglichen Brücken bauen, damit er sich von dem ominösen Standpunkt, auf dem er noch halb und halb gestanden ist, recht bald entferne.

Hier spricht er immerhin noch von dem Standpunkt, daß wir zwar „für eine weitere Zukunft das Ziel des absoluten Verbotes nicht aus den Augen verlieren dürfen“, daß wir aber gegenwärtig gezwungen wären, den von Großbritannien, Schweden und Belgien als zureichend befundenen Standpunkt der Präventivreglementierung einzunehmen, das heißt mit anderen Worten: Wir müssen noch auf dem Standpunkt der zurückgebliebenen Staaten bleiben und dürfen uns nicht in die Reihe der Kulturstaaten auf diesem engeren Gebiet einreihen.

Hier steht auch noch der Herr Handelsminister auf dem Standpunkt, als ob sich mit dem Gesetz und der Verordnung, die sein Vorgänger in Zirkulation gesetzt hat — denn mehr kann man davon nicht sagen — etwas anfangen ließe. Er sagte — und daran knüpfe ich meine Hoffnung — daß die Beiräte einvernommen werden sollen, daß sie das Material prüfen und daß das Ministerium schließlich seine Entschlüsse fassen werde, und er schließt damit, daß, wenn er vor der Frage stehen wird, ob man das Menschenleben zu schützen oder den Gewinn einzelner Unternehmungen aufrechtzuerhalten hat, für ihn die Entscheidung nicht zweifelhaft sein kann.

Dieser Satz genügt mir vollständig, denn die Konsequenz davon ist, daß Sie — in welcher Form Sie wollen — das Gesetz und die Verordnung in den nächsten, von mir aus den vornehmsten Papierkorb werfen.

Es genügt vollständig, daß Sie das Verbot des weißen Phosphors sowohl im Verkehr als auch in der Fabrikation zur Tatsache machen. Denn darüber, meine Herren, daß es sich nur um den Profit von einzelnen Unternehmungen handelt und um gar nichts anderes, das dem Verbot des weißen Phosphors im Wege steht, sind wir doch einig.

Es kommt bloß die Ausfuhr der Phosphorzündhölzchen nach Ostindien in Betracht, und diese ist ja gefährdet, da Japan diese Einfuhr besorgen wird. Den Export nach China haben wir ja aufgegeben. Der ist für uns verloren. Ägypten und der Balkan werden von Italien versorgt, welches auch keine Phosphorzündhölzchen hat; es handelt sich also nur um Indien, nur um einige 100.000 K. Das sind 800.000 K, wieviel wollen die Herrschaften an diesen 800.000 K verdienen, von denen die Hälfte, sagen wir 600.000 K, Phosphorzündhölzchen betreffen?

Ich weiß es nicht, aber ich gebe mit reichlichen Händen. Wieviel wollen die Herren von der „Solo“ und von der Länderbank eigentlich verdienen? (Abgeordneter Dr. Velich: Sagen wir 20 Prozent!) Ich bin nicht so schäbig! 50 Prozent! Sie sollen 250.000 K verdienen! (Abgeordneter Dr. Velich: Das ist unmöglich!) Na, ich weiß nicht, die Herren verstehen es! Die Herren von der „Solo“ werden es schon wissen, das ist ihr Geschäft.

Nehmen wir an, es steht da wirklich ein Profit von 250.000 K in Frage, und nehmen wir an, daß es nicht wahr wäre, daß 40 Menschen alle Jahre an Phosphornekrose zugrunde gehen, wie wir überzeugt sind, sondern nur 25. Dann ergibt sich, daß Sie für je 10.000 K wucherischen Profit für die „Solo“ und ein paar andere Fabrikanten ein Menschenleben in der elendesten Weise zugrunde gehen lassen. 5000 fl. pro Kopf!

Meine Herren, wir sind hier 500 Menschen. Nach dem Prozentsatz kämen auf uns 500 Menschen alljährlich fünf. Was meinen Sie, wieviel müßte man uns zahlen? Was kostet denn Ihr Oberkiefer, meine Herren? Wieviel kosten denn ihre

eigenen Knochen den Herren? Wieviel sind sie Ihnen wert? Um wieviel lassen Sie sich sie abkaufen, wenn ich Sie frage? Was kostet bei einem der Herren Verwaltungsräte der „Solo“ der eigene Oberkiefer? Ich weiß nicht, ob er mir ihn für 5000 fl. überläßt. Ich bitte, so steht aber die Frage! (Lebhafte Zustimmung.) Diese ewigen Dinge, diese ewigen Redereien mit dem heiligen Export. Und ist denn der Export wirklich immer so heilig? Der Herr Handelsminister muß hier den wirklichen Forderungen der Humanität, der Vernunft gegenüber den Export schützen, weil es sich hier um bedrohte Menschenleben handelt.

Wenn es sich nicht zufällig um Proletarierleben handeln würde, wenn es sich nicht um kranke Menschen, sondern um kranke Rinder oder Schweine handeln würde (Lebhafte Zustimmung), dann wäre der Herr Handelsminister nicht so stark, um die Interessen der Industrie zu schützen. Wenn es sich um den Export handeln würde, wäre er absolut ohnmächtig. Die ganzen Interessen des Exports, der sich nicht auf Hunderttausende, sondern auf Hunderte von Millionen beläuft, den ganzen Balkan, Serbien bis hinauf nach Rumänien, den ganzen Orient geben wir preis, damit unsere Rinder und Schweine nicht krank werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wenn der Herr Handelsminister in dem einen Punkt so viel Einsicht hat, so hoffe ich, es wird ihm etwas Rücksicht auch hier übrig geblieben sein, und ich bin überzeugt davon, daß er zu dem Schlusse kommen wird: Weg damit!

Nun spricht man allerdings noch von Rücksichten auf andere Staaten, und ich will das nur der Vollständigkeit halber sagen. Daß wir gerade auf den äußersten Osten, auf Japan warten sollen, wird man uns nicht zumuten. Es nützt auch nichts. Daß wir auf Italien so lange gewartet haben, war eine Schande, aber das ist erledigt. England ist eigentlich nicht unser Konkurrent. Ich will England nicht verteidigen, das fällt mir gar nicht ein, aber ich sage nur, England hat nur große Fabriken, und es mag sein, daß die Angaben seiner Verwaltung doch nicht ganz so falsch sind, als wir vermuten. Vielleicht sind wirklich weniger Fälle als wo anders, weil die Einrichtungen eben ganz andere sind.

Aber gerade in den allerletzten Tagen habe ich von einer sehr kompetenten Seite erfahren — die Herren wissen ja offen-

bar, was ich meine, es ist die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und ihr Sekretär Dr. Stephan Bauer, bei dem ja die Dinge alle zusammenfließen — daß auch in England sich ein Umschwung bereits vorbereitet. Die Arbeiterpartei, die ja heute eine ganz andere Rolle im englischen Unterhaus spielt als früher, wird das gewiß unterstützen und die Sache wird erledigt werden.

Schweden weigert sich allerdings, aber es hat wenigstens ein Inlandsverbot. Ich bitte, ich warne Sie davor, machen Sie uns das nicht, das wäre sehr schlecht. (Handelsminister Dr. Fiedler: Es wäre auch nutzlos!) Gewiß, wir brauchen diese Zwischenstufe gar nicht. Man kann aber Schweden, weil es das Inlandsverbot hat, in diesem Zusammenhang nicht anführen.

Die Sache ist also absolut reif, es gibt da gar nichts mehr zu erwägen, und sie ist dringlich, nicht nur weil jeder Tag, den wir zögern, soundso viele Leute mehr der Vergiftung aussetzt, nicht nur weil es geradezu eine Schande ist, daß wir da anderen Staaten gegenüber so zurück sind, sondern auch darum, weil mit dem 1. Jänner ein gewisser Abschnitt in der Behandlung dieser internationalen Konvention eintritt. Ich würde sehr wünschen, daß Österreich noch vor diesem Termin sich der Konvention anschließt. Das wäre der Beschluß der Regierung. Die Durchführung dieses Anschlusses an die internationale Konvention im Inland würde dann die Annahme des Antrages sein, den wir, Kollege Schrammel und ich, namens unserer Parteigenossen eingebracht haben und der dem Sozialpolitischen Ausschuß bereits vorliegt.

Das sind die Gründe, warum ich die Sache für dringlich halte, und ich bitte den Herrn Handelsminister inständigst, uns darüber zu beruhigen, daß er die Sache ernst nimmt und die betreffende Verordnung usw. zu der Makulatur macht, die sie einzig zu sein wert ist; daß er nicht vergißt, daß zwei Körperschaften von größtem Gewicht bereits gesprochen haben und daß der Oberste Sanitätsrat wiederholt seiner Überzeugung Ausdruck gegeben hat, daß es nur eine Möglichkeit gibt, die Gefahr der Vergiftung mit weißem Phosphor zu vermeiden, und das ist das Verbot, und daß — ich freue mich, das hier sagen zu können — die Unfallverhütungskommission, in der Arbeiter und Unternehmer beisammensitzen, beinahe einstimmig

mig gesagt hat, sie lehne überhaupt das Eingehen in die Beratung dieser Verordnung ab und verlange das Verbot.

Nur zwei Unternehmer haben die Kühnheit gehabt, dagegen zu stimmen, und davon war einer Zündhölzchenfabrikant (Heiterkeit), also nicht ganz unparteiisch.

Ich begrüße diesen Wunsch und fordere das Haus auf, sich dem anzuschließen, meinen Antrag für dringlich zu erklären und so den Herrn Handelsminister zu veranlassen, uns eine günstige Aussicht zu eröffnen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Am Schluß der Debatte erhielt Adler nochmals das Wort als Generalredner:

Präsident: Ich erteile dem Generalredner pro, Herrn Abgeordneten Dr. Adler, das Wort.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Meine Herren! Der Zweck unseres Dringlichkeitsantrages ist bis zu einem gewissen Grad erreicht. Ich konstatiere mit Befriedigung und Genugtuung, daß der Herr Handelsminister zugegeben hat, daß die Regierung, respektive das Handelsressort nicht mehr auf dem Standpunkt des Gesetzes und der Verordnung, die der Begutachtung unterbreitet wurden, stehen kann.

Insofern, meine Herren, haben wir gewiß einen Fortschritt erzielt oder — ich will nur der Wahrheit die Ehre geben — unser Dringlichkeitsantrag hat das Resultat der Aktion, die von der Gesellschaft für Arbeiterschutz einerseits, von den Verbänden der Arbeiter der chemischen Industrie anderseits in Angriff genommen wurde, resumiert.

Nun, meine Herren, so sehr ich diesen Teil, ich möchte beinahe sagen, den negativen Teil der Erklärungen des Herrn Ministers mit Befriedigung zur Kenntnis nehme und so sehr ich anderseits aus der ganzen Auffassung, die aus seinen Worten spricht, erkenne oder erkennen zu dürfen glaube, daß, wenn die geplanten Maßnahmen nun wegfallen, es sich um einen Fortschritt auf diesem Gebiete und nicht um einen Rückschritt handelt, so sehr, muß ich gestehen, bin ich doch wenig erbaut von der etwas zaghaften Weise — Seine Exzellenz möge mir das zugute halten — mit der der Herr Minister die weitere Aktion in Aussicht stellt.

Zunächst hat der Herr Minister gesagt: Ja es sind Schwierigkeiten bei einem Verbot, Schwierigkeiten, die sich auf die kleinen Betriebe, welche die Umwandlung in die Er-

zeugung phosphorfreier Zündhölzchen nicht mitmachen, beziehen. Darauf erlaube ich mir grundsätzlich und prinzipiell zu sagen, daß nach unserer Meinung und vielleicht auch nach der Meinung des Herrn Handelsministers ein Betrieb, der ohne ständige Vergiftungsgefahr nicht bestandfähig ist, nicht wert ist, zu existieren! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ein solcher Betrieb muß einfach verschwinden, ob so oder anders, und ich möchte konstatieren, daß nicht nur von dem fortgeschrittenen Standpunkt, auf dem wir jetzt den Herrn Handelsminister sehen, sondern schon von dem etwas rückständigeren Gesichtspunkt, der früher eingenommen wurde, dieser Grundsatz ja eigentlich eingehalten wurde. Denn, meine Herren, der Herr Handelsminister sagt ja selbst und wir wissen es ja alle: Die nächste Wirkung — die einzige beinahe — die von dem alten, unzureichenden Gesetz und von der alten, unzureichenden Verordnung ausgehen würde, wäre die, daß bei einer unzulänglichen Maßregel gerade diese Hausindustriellen mit zusammen 44 Arbeitern oder so etwas und die allerkleinsten Betriebe mit zusammen etwa 140 Arbeitern — ich zitiere aus dem Kopfe, auf ein Dutzend kommt es ja übrigens nicht an — darunter auch die Tiroler Hausindustriellen, die heute beim Herrn Minister waren, verschwinden würden. Das ist ja also das, was ich mir vormittags auszuführen erlaubt habe: eine unzulängliche Verordnung und trotzdem individuelle Unannehmlichkeiten und Nachteile. Von diesem Standpunkt, Exzellenz, läßt sich also eine Einwendung gegen das Gesetz nicht erheben.

Aber es ist noch etwas anderes, meine Herren, und wenn ich mich einen Moment auf den industriellen Standpunkt stelle, der ja gewiß sein volles Gewicht für uns hat, so kann ich sagen: Wir sind ja keine Feinde der Industrie; wir sind weit davon entfernt, es zu sein, nur wünschen wir nicht eine Mordindustrie (Zustimmung), das versteht sich von selbst. Und andererseits dürfen wir das Gewicht des industriepolitischen Standpunktes nicht unterschätzen, weil wir wissen, daß sich, wenn er vielleicht bei uns nicht ganz zur Geltung kommt, die Herren im Handelsministerium schon Geltung zu verschaffen wissen. Darum wollen wir diesen industriepolitischen Standpunkt auch würdigen. Da meine ich aber durchaus von dem spezifisch industriepolitischen Standpunkt zu sprechen, wenn ich sage: Es ist jedem Industriellen auf diesem Gebiete klar, daß diese

Bewegung nicht früher zur Ruhe kommen wird, als bis der weiße Phosphor endgültig beseitigt ist.

Nun ist es für jede Industrie und für jeden Geschäftsmann auf jedem Gebiete viel besser, klar zu sehen und sofort vor bestimmten definitiven Lösungen zu stehen, als die Unsicherheit in seinem Betrieb fortgesetzt auf sich lasten zu haben.

Auch der Industrie sind klare und sichere Verhältnisse lieber als ein fortwährendes Schwanken, eine fortwährende Aussicht auf neue Dinge und ein ewiger Kampf.

Außerdem aber, meine Herren, möchte ich feststellen, daß der Übergang von einem Betrieb mit weißem Phosphor zu einem phosphorfreien Betrieb durchaus nicht mit mehr Kosten verbunden ist, als der Übergang von der schlechten Art des Betriebes zu einem guten, assanierten Betrieb auch nur innerhalb der Grenzen der Möglichkeit.

Eine halbe Maßregel kostet hier also genau soviel, wenn nicht mehr, als eine ganze Maßregel, der Einwand ist daher von diesem Standpunkt absolut nicht haltbar.

Nun kommen wir freilich zu der zweiten Seite der Frage, das ist Ungarn.

Meine Herren! Wo wir in Österreich anfangen, überall Ungarn! Als ob wir nicht im Inland selbst schon reaktionäre Elemente genug hätten, als ob wir nicht rückständig genug wären, als ob wir nicht im Inland an allen Ecken und Enden genug Hindernisse hätten, sollen wir immer die Kette von Ungarn nachschleifen.

Wir müssen eine großartige Branntweinsteuenerhöhung je eher je lieber auf uns nehmen, ja es hat nicht viel gefehlt, so hätten wir sie noch schnell, wie im Fieber, bringen müssen, weil Herr Wekerle es will.

Und nun heißt es, daß es schwer sein wird, ein Einfuhrverbot zu erzielen, weil dies mit Ungarn nicht zu richten ist. Zum Glück steht die Geschichte bei den Zündhölzchen nicht so ganz schlimm wie beim Branntwein.

Ich bitte vor allem, folgendes zu berücksichtigen: In Ungarn ist die Zündhölzchenindustrie noch nicht sehr alt, sie ist erst in der Entwicklung, sie wird allerdings durch die Auswanderung, die Kolonialpolitik der „Solo“ (Heiterkeit), sehr gefördert, die nicht nur hüben, sondern auch drüben Zündhölzchenfabriken errichtet. Sie wissen ja, wie das Kapital schon

patriotisch ist (Heiterkeit), wenn es seine eigenen Landsleute nicht vergiften kann, so begnügt es sich im Notfall auch mit dem Vergiften von anderen, falls das nur ebenso lukrativ ist. (Heiterkeit.) Drüben in Ungarn hat sich also die Industrie entwickelt, sie ist aber jung und leicht umwandlungsfähig.

Ich möchte auch noch feststellen, daß in Ungarn der Wunsch — weil es eben eine junge Industrie ist — an der Methode des weißen Phosphors festzuhalten, gar nicht so stark ist. Erst seitdem die Herren von der „Solo“ drüben sind, haben sie sich zu den modernen Anschauungen bekehrt (Heiterkeit), daß man da mehr verdienen kann. Es wäre also vielleicht mit Ungarn zu reden.

Abgesehen davon aber, meine Herren! Wir brauchen ja mit Ungarn nicht zu reden. Wir haben den Antrag gestellt — und ich glaube, es läßt sich durchsetzen — ein Einfuhrverbot zu erlassen. Wenn aber Ungarn durchaus auf dem Rechte der Vergiftung besteht, dann wird uns ein Verkaufsverbot für Österreich vollständig genügen. (Zustimmung.) Wenn es die Herren einführen wollen, ohne daß sie es verkaufen können, das ist dann ihre Angelegenheit.

Ich möchte übrigens bei dieser Gelegenheit anführen, daß mir soeben mitgeteilt wird, daß zwischen Ungarn und Österreich auf einem anderen Gebiete das umgekehrte Verhältnis besteht. Wir würden Ungarn unrecht tun, wenn wir sagen würden, überall sind wir diejenigen, die vorangehen, und Ungarn ist sozialpolitisch rückständig.

Es gibt einzelne Punkte — allerdings leider wenige und kleine — wo uns Ungarn vor ist. Ein solcher Punkt, der in einem gewissen sachlichen Zusammenhang mit dem Gegenstand steht, der uns beschäftigt, ist das zweite Gift, das auf die Arbeiter in viel größerem Umfang, wenn auch nicht so intensiv wirkt wie Phosphor, das Blei. (Zustimmung.) Ich will die Bleifrage gar nicht aufrollen, das würde zu weit führen. Sie wissen, daß bei uns ein umfassender Kampf herrscht, der schon einige schöne Folgen gezeitigt hat, wenn auch lange nicht ausreichende — wir werden zu gelegener Zeit darüber zu reden haben, aber immerhin geschieht auf diesem Gebiet etwas. In Ungarn nun haben sie auf Grund des Lebensmittelgesetzes eine Verordnung erlassen, daß die Siphonköpfe, die bleihaltig sind, die aus einer Legierung erzeugt werden, nicht mehr als ein

Prozent Blei enthalten dürfen, in Österreich dürfen sie noch bis zehn Prozent Blei enthalten. Infolgedessen dürfen unsere Siphonköpfe, die hier erzeugt werden, nicht nach Ungarn eingeführt (Handelsminister Dr. Fiedler: Eingeführt ja!) oder wenigstens nicht in Gebrauch genommen werden, so daß hier Fabriken sich schon dazu bequemen müssen, auch Siphonköpfe höherer Ordnung mit weniger Blei nach dem ungarischen Gesetz zu erzeugen. Wenn die Ungarn sich gegen unser Blei wehren können, dann — hoffe ich — werden auch wir uns gegen den ungarischen Phosphor wehren können. (Zustimmung.)

Ich meine also, daß diese Bedenken Eure Exzellenz, so sehr ich ja begreife, daß Sie als Vertreter der Regierung das als eine Schwierigkeit erwähnen müssen, nicht abschrecken sollen; und so werden wir auch mit dieser Schwierigkeit fertig werden. (Zustimmung.)

Nun hat Seine Exzellenz — das war die Pointe seiner Erklärungen — gesagt, er werde abwarten, was die verschiedenen Beiräte sagen.

Meine Herren! Ich schätze die Beiräte ungemein, aber sie müssen zu ihrer Zeit eintreten und zu ihrer Zeit gehört werden. Wir wünschen die Beiräte als einen unterstützenden Faktor, als eine unterstützende Institution für das Parlament, aber dazu sind die Beiräte nicht da — und Exzellenz sind gewiß mit mir darin einig — um eine vom Parlament mit klarem Bewußtsein unternommene Aktion aufzuhalten. (Beifall.) Nun ist auf diesem Gebiet wirklich nicht mehr viel zu beraten. Wenn einmal der Oberste Sanitätsrat, eine Körperschaft, vor der ich nach Beruf und Erziehung den allergrößten Respekt habe, von der man weiß, daß sie ein bißchen schwer in Bewegung zu setzen ist und recht bedächtig arbeitet, schon im Jahre 1896 und noch einmal im Jahre 1907 sich einstimmig dafür ausgesprochen hat, daß das Verbot das einzig Richtige ist, wenn das Unterrichtsministerium, welches auf sanitärem Gebiet überhaupt schon schwer in Bewegung zu setzen ist, auf Grund dieses Votums auf das Verbot des weißen Phosphors eingeraten hat, wenn die Unfallverhütungskommission, die ja auch aus Unternehmern besteht, sich schon dafür ausgesprochen hat, dann meine ich, meine Herren, daß man das Votum des Industrierates und des Arbeits-

beirates bei allem Respekt, den ich vor beiden Körperschaften habe, ja ruhig einholen kann, ohne aber auf sein Ergebnis irgendwie zu warten. Denn wir haben im Sozialpolitischen Ausschuß jetzt einen Gesetzentwurf liegen, wir werden — dafür spricht ja die Stimmung im ganzen Hause, es hat kein Mensch dagegen gesprochen, mit einer Ausnahme, auf die ich dann mit einigen Worten zurückkommen werde — wahrscheinlich, so hoffe ich, ein ziemlich einhelliges Votum erzielen, auch der Herr Minister selbst vermag irgendeine vernünftige Einwendung nicht zu machen, und ich meine nicht, daß der geschätzte Industrierat und der von mir gewiß für sehr wichtig gehaltene Arbeitsbeirat an der Sache noch etwas ändern werden.

Ich möchte allerdings bitten, daß der Arbeitsbeirat sobald als nur möglich konstituiert wird — wir warten schon lange genug darauf und seine Konstituierung wäre auch aus anderen Gründen wünschenswert — damit er bald Gelegenheit hat, sich zu äußern und sein Votum wird gewiß ein schätzenswerter Beitrag zu den Arbeiten des Sozialpolitischen Ausschusses sein. In Wirklichkeit ist aber für die Gesetzgebung schließlich die Meinung des Hauses entscheidend, darin ist der Herr Minister mit mir gewiß einig, und ich hoffe, daß er das nicht als ein Hinausziehen der Sache gemeint hat, daß wir auf die Beiräte warten sollen.

Ich nehme also an, daß diese Sache auf dem besten Wege ist und wir werden im Sozialpolitischen Ausschuß Gelegenheit haben, alles zu tun, um sie sobald als möglich einer Lösung zuzuführen.

Ich bin dem Herrn Minister auch sehr dankbar, daß er auf die Angelegenheit mit dem § 74, der sich auf die Organisation der Sozialpolitischen Sektion bezieht, eingegangen ist und daß er anerkannt hat, daß hier eine Unklarheit vorliegt, und ich darf wohl hoffen — ich glaube, seine Worte so auslegen zu dürfen — daß er ankündigt, er werde diese Unklarheit sobald als möglich beseitigen. Diese Unklarheit besteht nicht etwa nur auf unserer Seite, sondern sie könnte auch zu sonstigen Weiterungen führen und vielleicht in einer dem Herrn Minister selbst unangenehmen Weise von irgendeiner Seite mißbraucht werden. Ich hoffe, daß das behoben wird.

Nun gestatten Sie mir zum Schluß, daß ich nur einige wenige Worte dem Herrn Battaglia widme. Er ist natür-

lich auch gegen die Vergiftung, wer will denn vergiften, wenn es nicht viel einträgt? (Heiterkeit.) Das versteht sich ja von selbst. Er hat auch gesagt, er sei kein Sozialist, was wir ihm ja glauben (Heiterkeit), er sei auch kein Kollektivist, was ja ebenso richtig ist, wir wissen, daß er weder Sozialist noch Kollektivist, sondern daß er Sekretär der Fabrikanten ist. (Heiterkeit.) Aber da ist er doch Sozialist, er möchte nämlich die Zündhölzchenerzeugung in ein Monopol umwandeln, um alle diese Betriebe abzulösen, damit, Gott behüte, keinem etwas geschieht.

Mit einem Worte: das ist der spezifische Sozialismus dieser Herren. Bekanntlich ist doch jeder Mensch ein Sozialist, wir leben doch in einer Zeit, wo man sich eher getrauen würde, ohne Hosen auf die Gasse zu gehen, als ohne zu erklären, daß man ein Sozialist ist. (Heiterkeit und Zustimmung.) Aber jeder auf seine Art. Der spezifische Sozialismus dieser Herren stellt sich nämlich immer dann ein, wenn eine vernünftige und dringende Arbeiterschutzmaßregel getroffen werden soll. Der Herr Battaglia entdeckt sein Herz für den Kollektivismus in dem Moment, wo eine so kleinliche Maßregel, wie das Phosphorverbot durchgeführt werden soll. Und überhaupt, was kauft er sich für den ganzen Sozialismus, wenn er nichts einträgt? (Heiterkeit.) Mit einem Wort: es soll ein Geschäft gemacht werden, und hier bin ich sehr zufrieden, daß der Herr Handelsminister darauf nicht weiter eingegangen ist. Es wäre eine große Gefahr, anstatt des klaren, einfachen Weges, der vor uns liegt, uns auf ein Projekt einzulassen, in dessen Verlauf allerhand Geschäfte sehr zweideutiger Art mit in Frage kommen können. Davor möchte ich sehr warnen.

Herr Battaglia spricht natürlich im Namen der galizischen Unternehmer (Abgeordneter Dr. Liebermann: Und der Arbeiterschaft!) und der Arbeiterschaft. Ich wette, er weiß nicht, um wie viele Arbeiter es sich da handelt. Es sind nicht viele, es sind etwas über 300 Zündhölzchenarbeiter, die überhaupt in Galizien in Frage kommen.

Aber, meine Herren, zu den schlechtesten, vernachlässigtesten und gefährlichsten Betrieben gehören gerade diese galizischen Zündholzfabriken, und es bedarf schon einer Courage, gerade an diese industriellen Verhältnisse die Forde-

zung zu knüpfen: wir können das Geschäft nicht aufgeben, wenn man es uns nicht ordentlich bezahlt, weil wir nämlich Ausnahmesozialisten sind.

Auf das Gebiet werden wir uns nicht einlassen, ich will da über die Frage des Zündholzmonopols an und für sich gar nichts gesagt haben. Das ist eine Frage für sich, das ist eine finanzpolitische Frage. Aber das Abc jeder dieser Verstaatlichungsmonopolfragen ist; wenn der Staat kauft, soll er vor allem billig kaufen und brauchbare Dinge kaufen; selbst eine Monopolisierungsaktion ist doch nicht dazu da, um das erworbene Recht der chronischen Phosphorvergiftung für teures Geld den Herren noch abzulösen. Dazu ist das Monopol nicht da.

Es ist eine strittige Frage, auf die ich mich gar nicht einlasse, aber wer ein Monopol wollte, müßte vor allem das Verbot des weißen Phosphors streng durchführen. Wenn das alles durchgeführt ist, wird das Geschäft auch von diesem Standpunkt finanzpolitisch für den Staat leichter und besser zu machen sein. Ich meine, wir brauchen uns mit diesem Einwurf nicht weiter zu befassen, der doch eigentlich nur den Zweck hat, die Debatte von ihrem eigentlichen Zweck abzuleiten und womöglich etwas hereinzuwerfen, was uns auf Abwege führt. Wir lassen uns dazu natürlich nicht verleiten.

Nun danke ich Ihnen, meine Herren, daß Sie dieser Sache mit solcher Aufmerksamkeit gefolgt sind, und ich hoffe, Sie werden durch Ihr einstimmiges Votum bekunden, daß wir wenigstens diesen kleinen Schritt für eine kleine Gruppe des Proletariats in Kürze machen wollen und uns durch nichts abhalten lassen werden, bis zum vernünftigen und notwendigen Ende zu gehen, das ist das gründliche Verbot der Verwendung des weißen Phosphors in den Fabriken und im Verkehr. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

(Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses,
102. Sitzung vom 7. Juli 1908.)

In der 12. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. März 1909 kam das Gesetz, womit die Verwendung weißen Phosphors untersagt wurde, zur Verhandlung. Adler sprach dazu:

Abgeordneter Dr. **Adler**: Meine Herren! Dieser Gegenstand, der das Verbot des weißen Phosphors betrifft, ist in diesem Hause bereits wiederholt erörtert worden, und wenn die Schließung des Hauses nicht dazwischengekommen wäre,

so würde wahrscheinlich der vorliegende Gesetzentwurf bereits im Herrenhaus beschlossen und der Entwurf bereits Gesetz sein. Ich halte es nicht für notwendig, zur Empfehlung und Unterstützung dieses Gesetzes auch nur noch ein Wort mehr zu sagen. Auch die Herren Redner, die kontra eingezeichnet waren, haben selbstverständlich für das Verbot des weißen Phosphors gesprochen, und so schließe ich damit, daß ich den Wunsch ausspreche, es möge das Herrenhaus, dem dieser Entwurf nun zugehen wird, ihn so schnell wie möglich finalisieren, er möge so schnell wie möglich sanktioniert werden, und es mögen unsere Behörden mit der größten Strenge heute schon die Vorschriften einhalten und kontrollieren, die wenigstens zu einer Verminderung dieser entsetzlichen Proletarierkrankheit führen können, bis vom Jahre 1912 an diese mörderische Arbeit überhaupt verboten sein wird.

Ich möchte noch weiter ein einziges Wort über die Resolutionen sprechen. Unter diesen Resolutionen befindet sich eine, die die Monopolisierung der Zündholzfabrikation in Aussicht stellt. Da es sich bloß um Vorstudien handelt, werden wir uns nicht näher darauf einlassen und keine Einwendung gegen diese Vorstudien erheben. Eines aber sagen wir heute schon: Wenn es je dazu käme, daß der Staat die Zündholzfabrikation übernimmt, dann übernimmt er zugleich auch die Verpflichtung, jene Krüppel, jene Opfer der bisherigen Fabrikation in seine Obhut zu übernehmen und für sie zu sorgen (Zustimmung), oder vielmehr er übernimmt die Verpflichtung, beim Abschluß der Verträge jenen Herren und jenen Kapitalisten, die bisher Profit daraus gezogen haben, auch die Sorge dafür aufzuerlegen. Andere Verträge werden wir hier nicht anerkennen.

Mit diesen wenigen Worten empfehle ich Ihnen, für das Gesetz zu stimmen. (Beifall.)

(Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses,
vom 26. März 1909.)

IV.

**Adler über das Ministerium
für soziale Fürsorge und
Volksgesundheit.**

Soziale Fürsorge und Volksgesundheit.

Am 7. Oktober 1917 erschien ein kaiserliches Handschreiben, womit ein Ministerium für soziale Fürsorge geschaffen werden sollte, das Jugendfürsorge, Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Sozialversicherung, Gewerbliches Arbeitsrecht und Arbeiterschutz, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenfürsorge, Wohnungsreform und Auswandererschutz in sich schloß. Am 16. und 20. November 1917 wurde das Gesetz im Abgeordnetenhaus beraten. Die Sozialdemokraten waren dafür, nur fürchteten sie Kompetenzkonflikte mit den anderen Ministern. In der Sitzung vom 20. November sprach Abgeordneter Dr. Adler dazu:

Meine Herren! Eigentlich hat dieses uns vorgelegte Gesetz überhaupt keinen Gegner hier im Hause. Und die noch am liebsten dagegen stimmen möchten, das sind diejenigen, denen sein Gegenstand am meisten am Herzen liegt. Ich bin wohl dem Verdacht nicht ausgesetzt, daß die soziale Fürsorge nicht auch mein Interesse findet und ich kann Ihnen sagen, daß es einer gewissen Selbstüberwindung bedarf, um trotz oder vielmehr wegen dieses Interesses, für diese Art der Erledigung zu stimmen.

Meine Herren! Wir haben hier ein Stück einer Einrichtung vor uns, das nach der einen Seite zu groß ist — es umfaßt eine Menge Dinge, die dieses Ministerium allein nicht wird leisten können — und auf der anderen Seite zu klein ist, weil eine ganze Reihe von Dingen, die unmittelbar mit den Agenden dieses Ministeriums zusammenhängen, ausgeschieden sind.

Es liegt in der Natur, oder ich möchte sagen, in der Unnatur dieser Art der Errichtung von Ministerien, daß Zusammengehöriges auseinandergerissen wird. Es wurde schon hier von Seiner Exzellenz eigentlich im vorhinein der Einwurf abgewehrt, daß man ein großes Ministerium für soziale Verwaltung gründen müsse und daß insbesondere alles, was das Sanitätswesen anbelangt, mit dem Wohlfahrtswesen und mit dem, was wir hier in der sozialen Fürsorge vor uns haben, in ein gemeinsames Ministerium mit Unterteilungen hätte kommen müssen. Der Herr Minister hat diesen Vorwurf, der ja auch im Ausschuß ausführlich genug — das gebe ich zu — ausgesprochen wurde, abgewehrt und hat gemeint, man kann die Dinge nicht so abgrenzen und es wäre vielleicht schwer, einen Mann zu finden oder ein Mann zu sein, der alle diese

Kompetenzen und alle diese Dinge, die als soziale Verwaltung hier untergebracht werden müßten, zu übersehen imstande ist. Dagegen möchte ich eines sagen: Vor der reichen Kenntnis, dem bewährten Können und dem besten Willen des gegenwärtigen Ministers alle Achtung; aber er wird mir zugeben, daß auch er von dem, was hier als Gegenstand der Verwaltung dieses Ministeriums eingereiht ist, nicht alles versteht. Ein ganzer Haufen recht begabter Leute wäre nicht imstande, die Einzelheiten zu beherrschen.

Aber gerade dort hat die Vereinigung anzufangen, gerade dort ist die Zusammenfassung notwendig, wo die Grenzen dieser Gebiete sind, gerade dort gehört der zusammenfassende Organisator hin, wo man eben nicht mehr weiß: ist das noch soziale Fürsorge oder ist es bereits Sanitätswesen. Dort gehört der zusammenfassende Geist, der Organisator hin. Aber so wie wir hier darauf verzichtet haben, Anträge zu stellen, die nichts als unschuldige Resolutionen wären, was bei dem heutigen Papiermangel zu vermeiden ist, so ist es wahrscheinlich auch, ich will nicht sagen überflüssig, aber vollständig wertlos, darüber viele Worte zu verlieren. Wahr und sicher ist, daß durch das Herausschneiden dieses Ministeriums aus der Aufgabe der sozialen Verwaltung, zu der das Gesundheitswesen und das Ernährungswesen auch gehören, eine Reihe von Schwierigkeiten geschaffen und im weiteren Verlauf aufscheinen werden, die sehr schwerer und die eigentliche Arbeit des Ministeriums schwer beeinträchtigender Natur sein werden. Ich will die Herren, die sich mit dieser Frage nicht so nahe beschäftigt haben, nur mit ein paar Worten auf einige Schwierigkeiten hinweisen.

Nehmen Sie das, was jetzt das aktuellste Kapitel ist und jetzt am meisten alle Leute beschäftigt: die Fürsorge für Kriegsbeschädigte. Da haben Sie (liest): „Angelegenheiten der Kriegsbeschädigtenfürsorge, insbesondere Nachbehandlung, Schulung, Berufsberatung, Arbeitsvermittlung.“ Ja, glauben Sie, daß die Nachbehandlung nicht denn doch eigentlich mit dem Sanitätswesen, dem Gesundheitswesen einiges zu tun hat? Glauben Sie nicht, daß die Zuweisung und Einteilung dieser Kriegsbeschädigten, das Aufsuchen und die Zuweisung einer bestimmten Arbeit für sie etwas, was schon nicht nur individualisiert, werden, sondern, was schon im Stadium der

Nachbehandlung anfangen und erörtert werden muß? Glauben Sie nicht, daß das von dem Ressort dieses Ministeriums aus schwer ohne den Arzt zu bewältigen sein wird? Nun werden wir allerdings darüber beruhigt und es wird uns gesagt, es wird eine interministerielle Kommission da sein, die das macht. Ja, meine Herren, mit einer gemischten Kommission ist da nicht gedient. Erstens wissen wir nicht, ob diese Kommission so schnell arbeiten wird, als das eigentlich hier notwendig ist, denn mit den interministeriellen Kommissionen haben wir bisher nicht gerade gute Erfahrungen gemacht — das werden die Herren, die schon in der Lage waren, damit befaßt zu sein, wissen. Zweitens aber handelt es sich ja hier um das Durchgängige der Verwaltung bis in das Spital hinein, nicht um die Kommission allein, die oben sitzt, sondern um die ganze Durchführung der Sache, und glauben Sie, daß das kommissionell von einer solchen gemischten Kommission aus genügend geschehen wird?

Ebensolche Schwierigkeiten und noch größere haben Sie bei der Säuglingsfürsorge, überhaupt bei der Kinderfürsorge. Wir sollen also ein Jugendschutzamt bekommen. Ausgezeichnet! Hoffen wir, daß es selber etwas arbeitet und nicht auf Reklame aufgebaut ist. Hoffen wir, daß es sehr ernst ist und weniger suchen wird, Spektakel zu machen, Agitationsbroschüren zu verbreiten, als sich ernst um die Verwaltung dieser Dinge innerhalb der Grenzen, die eben dem Ministerium gezogen sind, kümmern wird. Wie wollen Sie aber ohne Arzt Säuglingsfürsorge machen? Das ist doch nicht möglich. Aber Sie haben es in Ihrer Kompetenz, Sie haben die Kompetenz hinübergegriffen und das merkwürdigste ist, — Sie werden ja nächstens die Vorlage, betreffend das Gesundheitsministerium in die Hand bekommen — da bekommen Sie mit ganz demselben Wortlaut dieselbe identische Kompetenz. Was Kompetenzkonflikte sind, wissen Sie alle. (Abgeordneter Seitz: Es werden leider lauter negative werden!) Das fürchte ich. Wir haben einen mangelnden Arbeitseifer zu fürchten, aber beinahe noch mehr, einen übergroßen Arbeitseifer. Es kommt dasselbe heraus, ob einer die Sache vernachlässigt und weglegt, oder ob er sich zu viel darum kümmert und den anderen nicht zuläßt. Diese beiden Konflikte werden bestehen und da wir einmal dabei sind, ist es mir ein wahrer Trost — wir stehen ja vor einer vollendeten Tatsache, woran wir jetzt,

was die Herren zugeben werden, nichts ändern können — daß man doch schließlich das Gesetz so gestaltet hat, daß man nicht nur hinein kann, sondern daß man auch heraus kann, das heißt, daß sich nach einiger Zeit der Erfahrung eine andere und bessere Abgrenzung der Kompetenz ergeben wird; denn ein Zusammenlegen der Ministerien, wenn das die Erfahrung als wünschenswert ergeben sollte, erhoffe ich allerdings nicht. Ich würde es sehr wünschen, aber ich weiß, daß es schwer ist, ein Ministerium zu errichten: ich weiß aber auch, daß es ganz unmöglich ist, es wieder loszukriegen, wenn man es einmal hat. Nicht wahr? Das ist also ausgeschlossen! Wir müssen uns zunächst mit dieser Tatsache abfinden und müssen dann sehen — und darauf lege ich Wert, das anzukündigen — daß wir immer und immer wieder auf das hinweisen werden, was notwendig ist. Und damit wir das mit mehr Erfolg und Kompetenz tun können, erkläre ich hier, daß wir eine andere Organisation gewünscht hätten, daß wir zwar für das Ministerium stimmen werden, uns aber nicht für diese Art der Lösung verantwortlich fühlen.

Nun, meine Herren, komme ich zu einer anderen Frage, die auch der Herr Minister kurz berührt hat, das ist jener Teil der Kompetenz, der sich auf den Arbeiterschutz im weitesten Umfang bezieht. Ja, meine Herren, so wie bisher dürfen die Dinge nicht mehr gehen. Der gegenwärtige Herr Minister weiß am allerbesten, wieviel in den letzten Jahren versäumt wurde; er weiß am allerbesten, daß die Angelegenheiten des Arbeiterschutzes einfach stecken geblieben sind, nicht nur hier im Hause, sondern auch in jener sozialpolitischen Sektion, deren Leiter er ja auch geraume Zeit war. Der Herr Minister hat uns gesagt, er erwarte in dieser Beziehung eine ausgreifende Tätigkeit. Er hat uns erzählt, eine Vorlage über den Heimarbeiterschutz sei in Vorbereitung. Es wird sich ja darum handeln, wie sie aussieht, hoffentlich entspricht sie den Notwendigkeiten. Wie wollen Sie aber eine Vorlage über den Heimarbeiterschutz ohne das Ministerium für Volksgesundheit machen? Das müßte auch eine gemeinsame Arbeit der beiden Ministerien sein.

Der Herr Minister hat uns angedeutet, daß er für die Abschaffung des Arbeitsbuches sei. Ich glaube, Abschaffung heißt wohl „Lösung“ der Frage des Arbeitsbuches, denn es gibt ja nur eine Art der vernünftigen Lösung, das ist die Besei-

tigung des Arbeitsbuches, die wir gewärtigen können. Schön. Aber, meine Herren, wir stehen vor anderen Fragen des Arbeiterschutzes, die heute durch Vernachlässigung ungemein ernst sind, die aber nach dem Kriege, wahrscheinlich nach allem was man sieht und hört, durch die Befürchtung einer reaktionären Bewegung sehr ernst werden dürften. Nicht nur, daß wir im Arbeiterschutz rückständig sind, wird uns auch direkt von der Unternehmerschaft — und leider unter dem Schweigen, ich will nicht sagen, unter dem zustimmenden Schweigen, soweit möchte ich zunächst wenigstens nicht gehen, aber unter dem Schweigen der Regierungsorgane, der Minister — ein Angriff auf den gegenwärtigen Zustand unseres Arbeiterschutzes angedroht. Denn, meine Herren, das dürfen Sie nicht verkennen: Wenn in einer großen Industriellenversammlung einer der obersten Kapitäne der Industrie — das ist übrigens schon kein Kapitän, das ist schon mindestens ein Feldmarschall — verkündigt, daß es mit Einschränkungen der Arbeitszeit nach dem Kriege nicht gehen werde, wenn er verkündigt, daß auch die Lohnfrage nicht mehr so geregelt werden kann wie bisher, und sich dagegen keine Stimme der anwesenden Minister erhebt, wenn dort nicht wenigstens erklärt wird, daß die Bestrebungen nach Arbeiterschutz ja auch Bestrebungen sind, die ganz dasselbe Gewicht haben und zum Teil dem Umfang nach ein größeres als die Bestrebungen nach Schutz der Kriegsbeschädigten, wenn dort niemand ist, der aufsteht, und erklärt: Nach dem Kriege und schon jetzt während des Krieges haben wir als allergrößte Aufgabe, unsere Bevölkerung vor Abschwächung, vor Arbeitsunfähigkeit, insbesondere vor Verringerung der Zahl und Qualität nach zu schützen — das ist das erste, was in Betracht kommt, der Arbeiterschutz — wenn wir diese Ankündigungen der Herren Führer der Industrie auf der einen Seite und das Schweigen der Regierenden auf der anderen Seite und ihre Vorgeschichte und ihr eigenes Vorgehen in den Ausschüssen usw. — ich will das Thema jetzt nicht berühren — in Betracht ziehen, so müssen wir wissen, daß wir vor uns einen ganz ersten Kampf haben.

Der Arbeiterschutz ist hier unter die „Fürsorge“ gestellt. Die Arbeiterschaft aber wäre schlecht daran, wenn sie auf die Fürsorge des Staates angewiesen wäre, und sie wäre sehr schlecht daran, wenn sie glauben würde, in Zukunft darauf

angewiesen zu sein. Der Arbeiterschutz ist nicht ein Produkt der Einsicht der Bürokratie, sondern ist ein Produkt des wachsenden Einflusses und der wachsenden Macht der Arbeiterschaft, ist also das Resultat eines Kampfes. Und da kommen wir zu diesem Ministerium, dem man den Arbeiterschutz eingegliedert hat, nicht als die Bittenden, das will ich ganz offen sagen, sondern als die Fordernden.

Wir verlangen, daß der Arbeiterschutz von dem Ministerium, in das er eingegliedert wurde, nach zwei Richtungen hin — nach dem Kriege und jetzt schon von der ersten Stunde des Bestandes dieses Ministeriums — an die erste Stelle gerückt wird: erstens nach der Richtung der Gesetzgebung, und zwar nicht nur bezüglich des Arbeitsbuches und Heimschutzes. Wir haben eine lange Reihe von Gesetzen, wie dem Herrn Minister sehr gut bekannt ist, eine lange Reihe von Anregungen, die alle vorwärtsdrängen und jetzt aktueller sind denn je, die aus einem ganz anderen Geiste als bisher behandelt werden müssen. Ich habe die Hoffnung, daß die Büros des Ministeriums für soziale Fürsorge für die Entwicklung des notwendigen Geistes in dieser Sache eine bessere Luft haben, als die Luft im Handelsministerium war, und ich hoffe, daß sich die sozialpolitische Verwaltung, die jetzt herübergesiedelt ist, etwas energischer um die Dinge annehmen und mehr wissen wird, was ihre Pflicht in der Sache ist, als bisher.

Ich hebe nun eine Sache heraus und zwar deswegen, weil sie eine Sache der Organisation ist, die Sache der Gewerbeinspektoren, die hier schon berührt wurde. Das ist sehr zu trennen von den Inspektoren, von denen der Minister gesprochen hat. Ich möchte wünschen, daß die nicht verwechselt werden, es wurde nämlich, wie ich bemerkt habe, schon verwechselt. Die Inspektion unserer Verwaltung ist ja eine außerordentlich nützliche Sache, hat aber mit dem nichts zu tun. Ein Wort vermisste ich übrigens, das auch mit Inspektion zusammenhängt. Bei dem Punkte „Wohnungswesen“ steht zwar „Gebiet des Wohnungswesens und der Wohnungsaufsicht“, aber ich hätte sehr gewünscht, daß uns der Herr Minister da direkt gesagt hätte, wie er im Einvernehmen mit dem Gesundheitsministerium, wie ich schon bitten muß, hinsichtlich der Wohnungsinspektion und ihrer Aussichten vorgehen wird. Gerade jetzt nach dem Kriege, wo wir eine furchtbare

Wohnungsnot bekommen werden, eine Überfüllung der Wohnungen mit allem, was damit zusammenhängt, brauchen wir die Wohnungsinspektion am allerdingendsten und notwendigsten. Wie viel da von der Herrengasse ausgehen wird, weiß ich nicht. Ich würde sehr wünschen, daß sich die Gemeinden in erster Linie dessen annehmen, aber bei unserer Gemeindeordnung, bei unserer Gemeindewahlordnung ist dazu nicht viel Hoffnung, denn die Monopolisten des Bodens und der Luft über diesem Boden haben wenig Lust, sich inspezieren zu lassen. Es wird also schon von wo anders kommen müssen.

Aber es gibt eine andere Inspektion, die unmittelbar mit dem Arbeiterschutz zusammenhängt, das ist die Gewerbeinspektion. Daß diese ausgebaut werden soll usw., darüber ist ja zwischen uns auch kein Streit, niemand wird eine Resolution, die das wünscht, ablehnen. Um was es sich aber handelt, ist, dieser Inspektion auch administrativ die Möglichkeit des Wirkens zu geben. Und nun ist die Gewerbeinspektion beschränkt in ihrem Wirken, nicht nur nach unten, sondern auch nach oben, nicht nur nach oben, sondern auch nach unten. Meine Herren! Gesetzlich und wie die Dinge liegen, hat die Gewerbeinspektion einen höchst geringen Einfluß auf die Durchführung der von ihr gegebenen Vorschriften oder Ratschläge. Eigentlich ist das, was so ein armer Inspektor tut, doch nichts als ein guter Rat, den er dem Mann gibt. Er kann dem Unternehmer allerdings eine Vorschrift protokollarisch geben, aber wenn der Mann sich nicht daran hält, dann kann der Inspektor nichts tun, als eine Anzeige machen, um dann abzuwarten, ob er überhaupt von der betreffenden Behörde eine Antwort bekommt. (Sehr richtig!) Ich bitte einmal in den Gewerbeinspektorenberichten nachzuschauen, etwa 20 Prozent der Anzeigen werden überhaupt erledigt! Sehr häufig erfährt der Gewerbeinspektor überhaupt nicht, was mit der Anzeige geschehen ist, er hat also keine Möglichkeit, seine Anregungen durchzusetzen, sondern er ist an die Gewerbebehörde erster Instanz gewiesen und die hat nicht immer gerade die Lust, das durchzusetzen, was der Gewerbeinspektor vorgeschrieben hat. Es mangelt also hier vollständig an einer Exekutive und das ist eines der allernotwendigsten Dinge. (So ist es!) Wir haben ausgezeichnete Gewerbeinspektoren,

aber je besser sie sind, je enegischer, um so weniger geschieht das, was wir wollen.

Aber auch oben, meine Herren, sind Schwierigkeiten. Die Gewerbeinspektion hat keine selbständige Sektion, sie untersteht nicht unmittelbar dem Minister und sie hat eine ganze Reihe von Rücksichten finanzieller und sonstiger Natur zu nehmen, die nicht sachlicher Natur sind. Die Gewerbeinspektion sollte unmittelbar dem Minister unterstellt werden — ob jetzt als Amt oder als Sektion; ob der Zentralinspektor auch Sektionschef heißt, ist mir sehr gleichgültig, ich meine, ich habe das gar nicht im Auge. Aber da ich höre, daß der jetzige Zentralgewerbeinspektor ohnehin schon den Rang oder mindestens die Bezüge eines Sektionschef hat, so geht es ja leicht und ich glaube, es würden sich da Hindernisse nicht finden. Wenn Sie die Gewerbeinspektion nach dieser Richtung hin nicht selbständig machen, werden Sie den Ausbau der Gewerbeinspektion und ihrer Wirksamkeit niemals erreichen, wie es im Interesse der Sache und im Interesse der Arbeitsfreudigkeit der Beamten notwendig ist. Meine Herren! Ein Beamter, der sein Geschäft versteht — und Gewerbeinspektor sein ist wohl eines der schönsten Ämter, es war viele Jahre mein Ideal — muß einen entsprechenden Wirkungskreis haben und je mehr er sich hineinlebt, der Beste muß schließlich lahm werden, wenn er sich zum Schreiber in der Kanzlei verdammt sieht (Sehr richtig!) und vielfach Arbeiten machen muß, die ein tüchtiges Schreibmädcl auch leistet. Ich will von den Verhältnissen jetzt im Kriege gar nicht reden, da ist es ja ganz schauderhaft, da sind sie alle natürlich abkömmlich. (Präsident gibt das Glockenzeichen). Sofort, ich bin auch gleich abkömmlich. (Heiterkeit.) Es gibt eine Reihe von Kanzleien, von Behörden, die mit Arbeitern, mit unabkömmlichen Herren sehr stark besetzt sind. Ich habe mir nie vorgestellt, wie viel Manneskraft oder wie vieler Männer Kraft dazu gehört, um einen Bogen Papier von da dorthin zu bringen. Aber die Gewerbeinspektoren sind alle abkömmlich oder beinahe alle. Zu welchen Diensten sie verwendet werden und wo sie in aller Welt herumbummeln — natürlich nicht aus freien Stücken, sondern weil sie müssen — davon macht man sich keinen Begriff; und die hier sind, haben mit Dingen zu tun, die mit der Inspektion sehr wenig gemein haben.

Also, meine Herren, ich schließe; ich muß schließen. Wir brauchen ein energisches Vorgehen im Arbeiterschutz. Nicht als ob wir — ich wiederhole das und lege Wert darauf — als die Bittenden kämen, nicht als ob wir da um eine besondere Berücksichtigung ersuchen würden, sondern wir appellieren an Ihre Einsicht und sind zufrieden, wenn uns aus diesem Ministerium keine Hindernisse erwachsen. Aber das verlangen wir, daß der Arbeiterschaft in dem nächsten Kampfe, der ihr bevorsteht, in dem Kampfe um Ihren physischen Schutz, um ihre Entwicklung, vom Ministerium keine Hindernisse bereitet werden. Wir verlangen weiter, daß Sie, meine Herren, das Ministerium so einrichten, daß aus der Spaltung der Ministerien und der Aufgaben nicht allzuviel Kompetenzkonflikte erwachsen, daß Sie Einrichtungen schaffen, die das vermeiden.

Im übrigen wünschen wir Ihnen das Beste. Unserer Unterstützung bei der ernsten Arbeit können Sie absolut von Fall zu Fall sicher sein und den Rest werden wir Ihnen sagen, wenn wir im Budgetausschusse bei der Beratung über die einzelnen Posten zusammenkommen. Und da wird noch sehr viel zu reden sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)

Bei der Abstimmung wurde eine Resolution Adlers angenommen:

Die Regierung wird aufgefordert, bei der Organisation des Ministeriums für soziale Fürsorge sowohl Zersplitterung als Kompetenzkonflikte möglichst zu vermeiden und vor allem der Sektion für Sozialversicherung alle Sozialversicherungskassen, eingeschlossen die genossenschaftlichen Krankenkassen, zuzuweisen.

Am 15. März 1918 wurde im Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf beraten, der den Wirkungskreis des durch kaiserliche Verordnung vom 24. November 1917 errichteten Ministeriums für Volksgesundheit regeln sollte. Adler hatte sich sehr für das Gesetz interessiert, und sich im Ausschuß lebhaft an der Durchberatung beteiligt. Er war auch als Berichterstatter bestimmt, aber eine neue Attacke seines schweren Herzleidens hinderte ihn daran, das Referat zu erstatten. Es war das letztemal, daß er sich mit Gesundheitspflege befaßte. Einige Monate später kam der Zusammenbruch der Monarchie und Adler wurde Staatssekretär für Äußeres. Bald darauf, am 11. November 1918, machte der Tod all seinem Wirken ein Ende.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort. Von Dr. Michael Schacherl	3

I. Adler über die Alkoholfrage.

Nieder mit der Gemütlichkeit	9
Arbeiterbewegung und Alkoholfrage	10
Der Anti-Alkoholkongreß und die Arbeiterschaft	11
Jugend und Alkohol	12
Mahnworte an die Arbeiterjugend	20
Arbeiterbewegung und Alkoholbekämpfung	21
Wissenschaft und Alkohol	25
Der alkoholfreie Wahltag	26
Alkoholismus und Gewerkschaft	27
Alkohol und Befreiungskampf	40
Arbeiterheim und Alkoholkonsum	42
Biersteuer und Abstinenz	43
Das Gesetz gegen die Trunksucht	43
Zum Gründungsfest des Arbeiter-Abstinentenbundes	60
Ein Brief Adlers an den Arbeiter-Abstinentenbund	62

II. Adler über allgemeine Volkshygiene.

Allgemeine Volkshygiene	67
Cholera und Sozialpolitik	69
Eine Rede über die Cholera	74
Über kommunale Gesundheitspflege	77
Zur Wiener Krankenhausfrage	79
Die Bekämpfung der Tuberkulose	83
Das Seuchengesetz	105
Die Verschleppung des Seuchengesetzes	109
Die Erledigung des Seuchengesetzes	121

III. Adler über Gewerbehygiene.

Schutz gegen gewerbliche Vergiftungen	137
Das Verbot des giftigen Phosphors	138

IV. Adler über das Ministerium für soziale Fürsorge und Volksgesundheit.

Soziale Fürsorge und Volksgesundheit	175
--	-----



Früher erschienen:

VICTOR ADLERS

Aufsätze, Reden und Briefe

I. Victor Adler und Friedrich Engels

Aus dem Inhalt:

Victor Adler und Friedrich Engels, Briefwechsel (1888 bis 1895). — Aufsätze und Reden Adlers nach Engels Tod.

192 Seiten. Geheftet K 24.000
Gebunden „ 39.000

II. Victor Adler vor Gericht

Aus dem Inhalt:

Adler als Angeklagter in den Jahren 1887 bis 1889. — Vor dem Ausnahmsgerichtshof (1889). — Prozesse in den Jahren 1890 bis 1893. — Der Reichenberger Schwurgerichtsprozeß (1893). — Prozesse in den Jahren 1894 bis 1899. — Anhang: Adler als Ankläger, als Verteidiger, als Zeuge, bei Demonstrationen, im Arrest.

375 Seiten. Geheftet K 60.000
Gebunden „ 75.000



www.books2ebooks.eu